

Asylbewerber klagt wegen langer Wartezeit; Migration Ein somalischer Flüchtling will vor dem Osnabrücker Verwaltungsgericht erreichen, dass nach über einem Jahr sein Asylantrag entschieden wird. Der Flüchtlingsrat empfiehlt dem Bundesamt für Migration, sich überflüssige Verfahren zu sparen

taz, die tageszeitung

Mittwoch 14. Oktober 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 25

Length: 745 words

Byline: Gernot Knödler

Highlight: **Migration** Ein somalischer **Flüchtling** will vor dem Osnabrücker Verwaltungsgericht erreichen, dass nach über einem Jahr sein **Asylantrag** entschieden wird. Der **Flüchtlingsrat** empfiehlt dem Bundesamt für **Migration**, sich überflüssige Verfahren zu sparen

Body

von Gernot Knödler

Weil er schon seit mehr als einem Jahr auf die Entscheidung seines **Asylantrages** wartet, hat ein Schutzsuchender aus Somalia beim Verwaltungsgericht Osnabrück Klage eingereicht. Trotz mehrfacher Bitten habe das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf) das Verfahren nicht ausreichend vorangetrieben, erklärte eine Sprecherin des Gerichts.

Kai Weber vom niedersächsischen **Flüchtlingsrat** zeigte Verständnis für das Bundesamt. Es sei wegen der **Flüchtlingswelle** überfordert. Um für Entlastung zu sorgen, empfahl Weber dem Amt, sich auf die eigentlichen **Asylverfahren** zu konzentrieren und sich weitere, bürokratisch aufwändige Prüfungen im Rahmen des Dublin-Abkommens oder des Widerrufsverfahrens zu sparen.

Zur Frage, welche Wartezeit zumutbar ist, gibt es nach Angaben der Gerichtssprecherin noch keine Entscheidung eines Oberverwaltungsgerichts oder des Bundesverwaltungsgerichts. Allerdings hätten sich in erster Instanz bereits Verwaltungsgerichte in verschiedenen Städten mit ähnlichen Fällen befasst.

Nach Angaben des Flüchtlingsrats gehören Flüchtlinge aus Somalia zu den Gruppen, die lange einer Entscheidung harren müssen. Die Leute warten oft 30 Monate und länger auf ein Verfahren, sagt Weber. Das ist unerträglich. Priorität aus Sicht des Bundesamtes hätten Flüchtlinge vom Balkan, aus Syrien oder dem Irak, die mit einer schnellen Anerkennung rechnen können oder mit einer schnellen Ablehnung, sagt Weber.

Asylbewerber klagt wegen langer Wartezeit Migration Ein somalischer Flüchtling will vor dem Osnabrücker Verwaltungsgericht erreichen, dass nach über einem Jahr

Somalier mussten laut einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken 2014 im Durchschnitt neun Monate auf einen Bescheid warten, SyrerInnen und Angehörige religiöser Minderheiten aus dem Irak sieben Monate; PakistanerInnen mit 16 Monaten am längsten. Der Durchschnitt lag bei sieben Monaten. SomalierInnen gehörten 2014 mit 57 Prozent zu den Flüchtlingen, die am häufigsten gegen ihren Bescheid klagten.

Einer Klage gegen das Bundesamt wegen Untätigkeit hat unter anderen das Verwaltungsgericht Regensburg im Mai stattgegeben. In dem Fall hatte eine afghanische Familie seit fast zwei Jahren auf eine Entscheidung über ihren Asylantrag gewartet.

Die andauernde Arbeitsüberlastung des Bundesamtes könne kein Grund dafür sein, den Asylantrag nicht zu entscheiden, urteilte das Gericht. Die Kläger hätten laut Grundgesetz einen Anspruch, dass das Bundesamt sie anhöre und in angemessener Frist entscheide. Das Gericht verpflichte das Amt, das Verfahren binnen drei Monaten zu entscheiden.

Für seine Überforderung ist das Bundesamt aus Sicht des Flüchtlingsrates zum Teil selbst verantwortlich. Die Flüchtlingsräte fordern, dass das sehr aufwändige Dublin-Verfahren auf Eis gelegt wird, sagt Weber. Durch das Verfahren, mit dem Schutzsuchende an den Staat überstellt werden, über den sie in die EU eingereist sind, sei Deutschland per Saldo nur die Zuständigkeit für 2.500 Flüchtlinge losgeworden.

Ähnlich sinnlos sei die im August wieder eingeführte Möglichkeit, Aufenthaltsverbote zu erteilen, und das Widerrufsverfahren, bei dem Asylbescheide systematisch nach drei Jahren überprüft würden. In anderen Ländern seien die Asylverfahren nicht zuletzt deshalb kürzer, weil sie sich nicht so viele überflüssige Verfahren leisteten.

Wir könnten mehr Fälle entscheiden, wenn sich das Bamf auf sein Kerngeschäft, die Asylverfahren, beschränken würde, sagt Weber. Dass sich ein anderer Teil des Bundesamtes mit seinen gut 3.000 MitarbeiterInnen mit anderen Dingen, etwa der Integration, befasse, sei dabei unbenommen.

Mit dem Nachtragshaushalt 2015 hat das Amt 1.000 zusätzliche Stellen für den Asylbereich erhalten. Im September waren bereits über 600 BewerberInnen ausgewählt, bis Ende November sollten alle Stellen besetzt sein. Dann würden 450 Asyl-BearbeiterInnen mehr als 2014 an den Entscheidungen arbeiten. Daneben werde auch Personal zur Annahme der Asylanträge benötigt.

Asylverfahren

Dauer: 2014 haben nach Angaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge 44 Prozent der Asylverfahren länger als sechs Monate gedauert, 30 Prozent länger als ein Jahr.

Anzahl: 2010 waren bei der Bundesbehörde 23.000 Verfahren anhängig, 2013 waren es 96.000, im vergangenen Jahr 169.000 und im ersten Halbjahr 2015 rund 238.000.

Entschieden hat das Amt 2010 rund 48.000, 2013 rund 81.000, im Jahr darauf 129.000 und im ersten Halbjahr 2015 rund 114.000 Verfahren.

Anerkannt als Flüchtlinge wurden 26 Prozent im Jahr 2014 und 35 Prozent 2015. Asylberechtigt waren davon nach Artikel 16 GG 2014 1, 8 Prozent, 2015 waren es 1,1 Prozent.

Load-Date: October 13, 2015

Die Rechte der Anderen; Asyl Mit Willkommen werben, mit Gesetzen abschotten: Ohne Beratung kommen Flüchtlinge nicht zu ihrem Recht. In vielen Fällen wird das erst vor Gerichten erkämpft Schwerpunkt SEITE 43
45

taz, die tageszeitung

Samstag 06. August 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 53

Length: 572 words

Byline: Jean-Philipp Baeck

Body

Asyl Mit Willkommen werben, mit Gesetzen abschotten: Ohne Beratung kommen **Flüchtlinge** nicht zu ihrem Recht. In vielen Fällen wird das erst vor Gerichten erkämpft Schwerpunkt SEITE 43 45

von Jean-Philipp Baeck

Mit Unterstützung und gegen kräftige Widerstände: So lautet die einmütige Antwort unabhängiger ExpertInnen auf die Frage, wie Flüchtlinge in Deutschland zu ihrem Recht kommen. Engagierte Beratungsstellen oder Migrationsrechts-AnwältInnen können gegensteuern beim erniedrigenden Termin vor der Ausländerbehörde, der rechtswidrigen Abschiebehaft oder dem Umzug zu Frau und Kind, den die Behörde rechtswidrig verzögert. Und vor allem: im Asylverfahren gegen das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, deren Ergebnis über den weiteren Lebensweg entscheidet.

Klar: Auch bei Steuer-, Renten- oder Hartz-IV-Bescheiden kann der Rat von ExpertInnen nicht schaden. Eine überhöhte Nachzahlungsforderung allerdings ist etwas anderes als in ein Kriegsgebiet zurück zu sollen.

Je niedriger der soziale Status, desto nötiger der Beistand gegen staatliche Organe. Flüchtlinge und MigrantInnen treffen auf einen Paragrafen-Wust in fremder Sprache, auf Rechte, mit denen der Staat seine Abschottung organisiert.

Asylgesetz, Aufenthaltsgesetz, Asylbewerberleistungsgesetz, Integrationsgesetz. Kaum ein anderer Rechtsbereich ist so vielen gesetzgeberischen Schnellschüssen je nach politischer Konjunktur unterworfen.

Das zeigt das Beispiel im Umgang mit syrischen Flüchtlingen: Noch im Jahr 2015 wurde insgesamt 101.137 Syrern der Flüchtlingsstatus zuerkannt. Weil eine politische Verfolgung allgegenwärtig und allein ihre Flucht vom Assad-Regime als regimfeindlich interpretiert wird. Nur 61 Menschen erhielten einen niedrigeren, sogenannten

Die Rechte der Anderen Asyl Mit Willkommen werben, mit Gesetzen abschotten: Ohne Beratung kommen Flüchtlinge nicht zu ihrem Recht. In vielen Fällen wird das ers....

subsidiären Schutz , der besagt, dass allgemein in ihrem Herkunftsland Bürgerkrieg herrscht. Ganz anders im ersten Halbjahr 2016: Von 136.975 AsylbewerberInnen aus Syrien erhielten 19.172 einen subsidiären Schutz ein enormer Anstieg, der sich zeitlich klar ausmachen lässt: seit März 2016. Keineswegs aber ist Syrien im April sicherer geworden. Vielmehr trat das Asylpaket II in Kraft, das für den Status subsidiärer Schutz anders als beim Flüchtlingsstatus den Familiennachzug für zwei Jahre aussetzt. Um die Flüchtlingsströme besser zu bewältigen , wie die Bundesregierung informiert.

Wir raten durchweg zur Klageerhebung , sagt der Osnabrücker Migrationsrechtler Henning J. Bahr. Das Migrationsrecht sei so überlagert von politischen Interessen, dass eine rechtliche Beratung unumgänglich sei.

Noch im April 2016 suchte das Bundesamt in einer Stellenanzeige nach AnwältInnen zur Vorbereitung für Asylentscheidungen, explizit ohne Kenntnis auf diesem Rechtsgebiet um eine Interessenkollision zu vermeiden, wie der Spiegel schrieb. Herauskommt, was herauskommen soll: Ein Asylantrag gilt da etwa als offensichtlich unbegründet bei einem Afghanen, dessen Vater bei den Sicherheitsbehörden beschäftigt und dessen ganze Familie von den Taliban bedroht ist.

Das Recht muss sich erkämpft werden. 2015 gab es bei 280.000 Entscheidungen über Asylanträge rund 72.000 Klage-, Berufungs- oder Revisionsverfahren.

Lediglich aber 900 MigrationsrechtlerInnen sind beim Deutschen Anwaltsverein registriert. Viel zu wenig. Seit dem 1. März nun gibt es nach jahrelangen Bemühungen einen neuen Fachanwalt für Migrationsrecht . Das könnte fachlichen Nachwuchs bescheren. Doch es bleibt ein ungleicher Kampf.

Load-Date: August 5, 2016

Ein humaneres Modell für Asylbewerber?; Dänemark Die neue Regierung in Kopenhagen will Asylanträge auch außerhalb des Landes ermöglichen

taz, die tageszeitung

Mittwoch 30. November 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 11

Length: 478 words

Byline: Reinhard Wolff

Highlight: Dänemark Die neue Regierung in Kopenhagen will Asylanträge auch außerhalb des Landes ermöglichen

Body

Stockholm taz | Mehrere Flüchtlingshilfeorganisationen und MigrationsforscherInnen haben es vorgeschlagen und im letzten Jahr auch der damalige Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Manfred Schmidt: Flüchtlinge sollten ihren Asylantrag nicht erst nach Einreise in die EU-Staaten, sondern schon außerhalb der EU-Grenzen stellen können. Nun hat Dänemarks neue Regierung angekündigt, sich für die Verwirklichung eines solchen Modells einsetzen zu wollen. Ziel sei es, den Druck von den europäischen Außengrenzen zu nehmen und den Schmugglern ihr Handwerk legen.

Die Regierung will zusammen mit gleichgesinnten europäischen Partnern für ein System arbeiten, bei dem man Asyl von einem Drittland aus und nicht erst an den EU-Binnengrenzen sucht, heißt es im Programm der Koalition aus Rechtsliberalen und Konservativen. Von 88 Seiten widmen sich allerdings gerade einmal sechs Zeilen dem neuen Asylsystem. Natürlich ist mir klar, dass das eine Menge Fragen aufwirft, betonte die altneue Migrationsministerin Inger Støjberg. Ohne aber viel konkreter zu werden: Asylbewerber, die Geld und andere bessere Voraussetzungen haben, sollen eben keine Vorteile gegenüber den anderen haben, und den Menschenhändlern soll die Grundlage für ihr zynisches Geschäftsmodell entzogen werden. Die Flüchtlingskrise des vergangenen Jahres habe zur Genüge demonstriert, dass es notwendig ist, an einer besseren Lösung als der bisherigen zu arbeiten, erklärte Støjberg.

Eigentlich sei das ein grundsätzlich positiver Ansatz, meint Thomas Gammeltoft-Hansen, Forschungsdirektor am schwedischen Raoul Wallenberg Institut für Menschenrechte, der ein scharfer Kritiker der dänischen Abschottungspolitik war. Entscheidend sei allerdings, wie Kopenhagen ein solches System praktisch umsetze. Grundvoraussetzung sei, dass die reichen Länder in viel größerem Maße die Transit- und Nachbarländer entlasten müssten, die jetzt die Hauptlast von Flucht und Migration tragen. Die EU müsse ein funktionierendes gemeinsames Aufnahmesystem entwickeln und unter dem Strich werde dann beispielsweise Dänemark vermutlich mehr Flüchtlinge aufnehmen müssen. Was seiner bisherigen Asylpolitik völlig widersprechen würde.

Ein humaneres Modell für Asylbewerber? Dänemark Die neue Regierung in Kopenhagen will Asylanträge auch außerhalb des Landes ermöglichen

Von einem sympathischen Gedanken spricht Andreas Kamm, Generalsekretär der Flüchtlingsorganisation Dansk Flygtningehjælp : Aber wie soll das praktisch gehen? Voraussetzung sei eine Solidarität innerhalb der EU, an der es bislang völlig fehle: Das wird eine verdammt lange Warteschlange geben.

Martin Lemberg-Pedersen, der an der Universität Aalborg über globale Fluchtbewegungen forscht, lehnt den Vorschlag ab: er sei schlimmer als heiße Luft . Mit den aus Europa ausgelagerten Asylbehörden solle offenbar der Schutz durch die bisherigen nationalen Asylrechtssysteme ausgehebelt werden.

Reinhard Wolff

Ein System, bei dem man Asyl von einem Drittland aus sucht

Load-Date: November 29, 2016

**Politik will Flüchtlingen ans Taschengeld THEMA DES TAGES; Asylbewerber
Der Chef des Bundesamts für Migration, Manfred Schmidt, unterstützt
Innenminister Thomas de Maizière bei der Forderung, Flüchtlinge vom
Balkan nicht länger 143 Euro monatlich in bar auszuzahlen**

taz, die tageszeitung

Montag 17. August 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AKTUELLES; S. 2

Length: 663 words

Byline: Daniel Bax

Highlight: Asylbewerber Der Chef des Bundesamts für Migration, Manfred Schmidt, unterstützt Innenminister Thomas de Maizière bei der Forderung, Flüchtlinge vom Balkan nicht länger 143 Euro monatlich in bar auszuzahlen

Body

von Daniel Bax

Berlin taz | Kann man Asylbewerber vom Balkan rechtlich schlechterstellen als Antragsteller aus anderen Ländern? Das befürwortet der Präsident des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Manfred Schmidt. Denn wenn jemand nur nach Deutschland komme, um hier staatliche Leistungen zu erhalten, könnten ihm diese laut Gesetz gekürzt werden, sagte Schmidt der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Statt Geld könne man insbesondere an Asylbewerber vom Balkan auch Fahrscheine oder Gutscheine ausgeben, regte Schmidt an.

Der Behördenchef sprang damit seinem Dienstherrn Thomas de Maizière (CDU) zur Seite. Der Bundesinnenminister hatte vorgeschlagen, Flüchtlingen das Taschengeld zu kürzen. Dabei hatte er vor allem Flüchtlinge vom Balkan im Blick, die kaum eine Chance auf politisches Asyl haben. Die Höhe unserer Asylbewerberleistungen ist teilweise höher als ein Erwerbseinkommen in Albanien und Kosovo, hatte de Maizière vorgerechnet. Bei Sozialverbänden, der Opposition und der SPD stieß der Vorstoß auf scharfe Kritik.

Die Flüchtlingsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoğuz (SPD), sagte, de Maizière erwecke den falschen Eindruck, Flüchtlinge stünden enorme Geldsummen zur Verfügung. In Wirklichkeit reiche das Taschengeld von 4,64 Euro pro Tag gerade mal für Telefonate, Fahrkarten oder eine Zeitung. Es sei eine Lebenslüge, dass sich der Zustrom von Flüchtlingen über die Höhe der Leistungen begrenzen ließe, kritisierte Grünen-Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt. Linke-Fraktionschef Gregor Gysi bezeichnete den Vorschlag als Schikane. Der Paritätische Wohlfahrtsverband sprach von Stimmungsmache, Pro Asyl von Populismus in der Sommerpause. Unterstützung erhielt de Maizière dagegen von den Kommunen. Es sollte geprüft werden, ob das deutsche Asylsystem zu viele

Politik will Flüchtlingen ans Taschengeld THEMA DES TAGES Asylbewerber Der Chef des Bundesamts für Migration, Manfred Schmidt, unterstützt Innenminister Thomas

Anreize biete, heißt es in einem Forderungskatalog des Deutschen Städte- und Gemeindebunds, der am Samstag publik wurde.

Wie viel Bargeld ein Flüchtling erhält, hängt davon ab, wie lange er im Land ist. In den ersten drei Monaten leben Flüchtlinge gewöhnlich in Erstaufnahmeeinrichtungen, in denen es vorrangig Sachleistungen gibt. Zusätzlich erhalten sie dort ein Taschengeld von 143 Euro im Monat. Werden sie nach drei Monaten auf die Kommunen verteilt, werden Asylbewerbern vorrangig Bargeldleistungen gewährt. Dabei erhalten Alleinstehende 216 Euro im Monat, was zusammen mit dem Taschengeld 359 Euro ergibt. Erst nach 15 Monaten stehen ihnen Leistungen auf dem Niveau der Sozialhilfe zu. Mit dem Geld von einem drei- oder viermonatigen Aufenthalt ließ sich das Leben im Herkunftsland neun oder zehn Monate lang bestreiten , sagte Behördenchef Manfred Schmidt trotzdem. Dies sei womöglich ein Grund, warum viele Asylbewerber vom Balkan nach einer Ausreise kurze Zeit später wieder nach Deutschland eingereist seien.

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) plädierte dafür, nach Serbien, Mazedonien sowie Bosnien und Herzegowina weitere Länder in der Region zu -sicheren Herkunftsstaaten zu erklären. 30 bis 40 Prozent der Asylbewerber kommen aus den Ländern des westlichen Balkans und hätten keine Chance auf Anerkennung auf Asyl , sagte der SPD-Politiker der Bild am Sonntag. Diese Lage ist so nicht haltbar. Steinmeier sprach sich außerdem für schnellere Abschiebungen aus.

Außenminister Steinmeier (SPD) plädiert für mehr sichere Herkunftsstaaten

Tod im Laderaum

Menschen erstickt: Mindestens 50 Flüchtlinge sind im Mittelmeer im Laderaum eines Fischerbootes erstickt. Mehr als 300 Menschen sind laut italienischer Marine gerettet worden.

Schiff überladen: Das überladene Schiff geriet vor der libyschen Küste südlich der italienischen Insel Lampedusa in Schwierigkeiten. Die Migranten waren vermutlich im Laderaum eingeschlossen, wo sie wahrscheinlich an Treibstoffabgasen erstickten.

Schreckliches Bild: Ein schreckliches Bild, das die Besatzung schwer getroffen hat: Dutzende Leichen im Laderaum angehäuft , sagte der Kapitän des Rettungsschiffs.

Load-Date: August 16, 2015

Agentur: Aufruhr in Flüchtlingszentren in Bulgarien und auf Lesbos; FRUST Geflohene protestieren gegen die Bedingungen ihrer Unterbringung

taz, die tageszeitung

Dienstag 25. Oktober 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 10

Length: 363 words

Highlight: FRUST Geflohene protestieren gegen die Bedingungen ihrer Unterbringung

Body

Sofia/Athen dpa/afp | Hunderte **Flüchtlinge** in Bulgarien haben ihre Verlegung ins Nachbarland Serbien gefordert. Die Menschen stürmten am Montag nach Polizeiangaben den Ausgang des Aufnahmezentrums in Harmanli unweit der türkischen Grenze. Die **Migranten** sagten Medienberichten zufolge, dass sie nicht länger in Bulgarien bleiben wollten.

Auslöser des Aufruhrs waren Beschwerden über die schlechten Lebensbedingungen in der Einrichtung. Die Flüchtlinge forderten außerdem, dass Sicherheitskräfte sie bis zur bulgarisch-serbischen Grenze begleiten sollen. An dem Protest nahmen nach einem Bericht des Staatsradios bis zu 1.000 Migranten teil.

Bulgarische Grenzpolizisten hatten erst am Samstag mehrere Dutzend Migranten daran gehindert, illegal über die Grenze nach Serbien zu gelangen. Seit Jahresbeginn wurden in Bulgarien rund 13.000 Flüchtlinge registriert. Die Aufnahmezentren des an die Türkei grenzenden EU-Landes sind nach Regierungsangaben voll.

Auch auf der griechischen Insel Lesbos kam es am Montag zu Protesten. Flüchtlinge in dem Lager Moira zündeten drei Container an, die von Beamten der Asylbehörden als Büros genutzt wurden. Nach Angaben der Polizei demonstrierten rund 70 Menschen gegen ihre Unterbringung in dem Lager Moria sowie gegen die dortigen Bedingungen. Demnach warfen Flüchtlinge Steine auf Polizisten und zündeten Decken an, die sie auf die Container geworfen hatten.

Die Asylbeamten konnten rechtzeitig aus den Containern fliehen, verletzt wurde niemand. Bei den Protestierenden handelte es sich der Polizei zufolge vor allem um Migranten aus Pakistan und Bangladesch. Die Auseinandersetzungen dauerten rund eine Stunde, es gab zehn Festnahmen. Das Feuer wurde rasch unter Kontrolle gebracht, die Container wurden jedoch fast vollständig zerstört.

In Moria und anderen Zentren auf den griechischen Inseln in der Ägäis kommt es immer wieder zu Protesten. Im September waren Teile des Lagers nach einem Brand für mehrere Tage unbewohnbar. In Moria sind mehr als 5.000 Migranten untergebracht, Platz ist dort aber nur für rund 3.500 Menschen. Insgesamt sitzen derzeit fast 65.900 Geflohene in Griechenland fest, darunter mehr als 15.000 in Lagern auf den Inseln.

Agentur: Aufruhr in Flüchtlingszentren in Bulgarien und auf Lesbos FRUST Geflohene protestieren gegen die Bedingungen ihrer Unterbringung

Load-Date: October 24, 2016

End of Document

Kein Geld für Kommunen; FLÜCHTLINGSGIPFEL Keine konkreten finanziellen Zusagen. Bundesamt für Migration wird personell aufgestockt

taz, die tageszeitung

Samstag 09. Mai 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AKTUELLES; S. 04

Length: 499 words

Byline: CHRISTIAN JAKOB

Highlight: FLÜCHTLINGSGIPFEL Keine konkreten finanziellen Zusagen. Bundesamt für Migration wird personell aufgestockt

Body

AUS BERLIN CHRISTIAN JAKOB

Die Flüchtlingszahlen steigen, immer mehr Kommunen haben Mühe, die Ankommenden unterzubringen. Schnelle Hilfe bekommen sie aber erst mal nicht: Der Flüchtlingsgipfel am Freitag im Kanzleramt in Berlin ging zu Ende, ohne dass der Bund finanzielle Unterstützung für die Städte und Gemeinden zugesagt hätte. Stattdessen soll das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bis zu 2.000 neue Stellen bekommen, 750 per Nachtragshaushalt noch in diesem Jahr.

Der Zuwachs entspricht fast einer Verdopplung der Größe der Behörde. Weitere Maßnahmen will Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) am 18. Juni verkünden. Bei der dann stattfindenden Ministerpräsidentenkonferenz soll ein Gesamtpaket zur Flüchtlingsfrage beschlossen werden. Flüchtlingsorganisationen oder Kommunen waren nicht zum Gipfel geladen.

Das BAMF schiebt fast 200.000 unbearbeitete Asylanträge vor sich her. Die neuen Mitarbeiter sollen diese abbauen und die Verfahrensdauer verkürzen. Das Innenministerium rechnet in diesem Jahr mit 450.000 Asylanträgen. Die SPD geht davon aus, dass 2015 für die Versorgung von Asylsuchenden Kosten von insgesamt etwa 3,5 Milliarden Euro entstehen. Einen großen Teil müssen die oft klammen Kommunen tragen. Die Länder erstatten ihnen Kosten in unterschiedlichem Ausmaß.

Der Städtetag hatte konkrete Vorschläge zur Beteiligung des Bundes an den Kosten gemacht. Entweder könnte der Bund die Kosten bis zum Entscheid über Asylverfahren vollständig übernehmen oder einen Pro-Kopf-Beitrag für die Versorgung zahlen. Im Herbst 2014 hatte das Kanzleramt den ersten Flüchtlingsgipfel veranstaltet. Damals waren Zahlungen des Bundes von netto etwa 250 Millionen Euro für 2015 und 2016 vereinbart worden. Der SPD sowie den Ländern und Kommunen war das deutlich zu wenig.

Kein Geld für Kommunen FLÜCHTLINGSGIPFEL Keine konkreten finanziellen Zusagen. Bundesamt für Migration wird personell aufgestockt

Der Berg kreite und gebir eine Maus , sagte die Linken-Abgeordnete Ulla Jelpke am Freitag. Erforderlich sei, dass der Bund die Hauptverantwortung für die menschenwürdige Unterbringung von Asylsuchenden übernimmt und zwar strukturell, dauerhaft und auf gesetzlicher Grundlage und nicht durch die großzügige Gewährung finanzieller Einmalhilfen. Jelpke begrüßte die zusätzlichen Stellen für das BAMF. Noch besser wäre es, Menschen nach einem überlangen Asylverfahren unkompliziert per Altfallregelung einfach anzuerkennen sie haben die quelnd lange Dauer der Verfahren schließlich nicht zu verantworten. Auch die automatischen Asylwiderrufsverfahren drei Jahre nach der Anerkennung sollte es nicht mehr geben. Das belastet Betroffene wie Behörden und Gerichte.

Unterdessen gab die Bundeswehr bekannt, dass zwei deutsche Marineschiffe am Freitag 200 Migranten im Mittelmeer gerettet haben. Nachdem die italienischen Behörden sie alarmiert hatten, waren sie zur Unglücksstelle rund 250 Kilometer südlich von Lampedusa gefahren. Dort hatten sie ein Holzboot evakuiert, die Insassen werden nach Italien gebracht. Die deutschen Schiffe waren in eigener Mission unterwegs und nicht Teil der Frontex-Operation Triton.

Load-Date: May 8, 2015

End of Document

Helfer können aufhören; Flüchtlinge Initiative am Bundesamt für Migration stellt Arbeit ein weil sich die Lage entspannt hat

taz, die tageszeitung

Montag 29. Februar 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 22

Length: 206 words

Highlight: Flüchtlinge Initiative am Bundesamt für Migration stellt Arbeit ein weil sich die Lage entspannt hat

Body

Die ehrenamtlichen FlüchtlingshelferInnen an der Spandauer Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) stellen am heutigen Montag ihre Arbeit ein. Das berichtet eine Angehörige der UnterstützerInnengruppe auf der Facebook-Seite der Initiative.

Das BAMF hat es tatsächlich geschafft, durch die Eröffnung weiterer Außenstellen in der Bundesallee und der Badenschen Straße die Lage in Spandau so weit zu entspannen, dass die Zustände sehr, sehr viel besser geworden sind, schreibt sie auf der Facebookseite Koordination Flüchtlinge am BAMF Spandau. Übrig gebliebene Spenden würden am Montag an Flüchtlinge oder andere Verteiler übergeben, restliche Spendengelder an weiter aktive Hilfsinitiativen. Es sei gut, dass sich die Umstände verbessert hätten, heißt es in dem Post: Das ist aber kein Grund, nicht wachsam zu bleiben.

An der BAMF-Außenstelle müssen Geflüchtete ihre Asylanträge begründen. Gestiegene Flüchtlingszahlen hatten auch dort zu langen Wartezeiten für Asylsuchende gesorgt. -Anderorts etwa an der Flüchtlingserstaufnahmestelle am Lageso geht die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe weiter. Die Spenden- und Hilfsbereitschaft der BerlinerInnen sei ungebrochen, berichten HilfskoordinatorInnen. (taz)

Load-Date: February 28, 2016

Anreiz zur unfreiwilligen Ausreise; MIGRATION Niedersachsen zahlt Starthilfe an AsylbewerberInnen aus Montenegro, wenn sie freiwillig zurückreisen. Flüchtlingsrat lobt humanitäre Geste

taz, die tageszeitung

Dienstag 28. Juni 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 25

Length: 306 words

Highlight: MIGRATION Niedersachsen zahlt Starthilfe an AsylbewerberInnen aus Montenegro, wenn sie freiwillig zurückreisen. Flüchtlingsrat lobt humanitäre Geste

Body

Niedersachsen zahlt AsylbewerberInnen aus Montenegro ab 1. Juli eine Starthilfe, wenn sie in ihr Herkunftsland zurückkehren. Bis zum Jahresende befristet erhielten Erwachsene 300 Euro, Kinder unter zwölf Jahren 150 Euro, teilte das Innenministerium in Hannover am Montag mit. Die AsylbewerberInnen müssen vor dem 1. Januar nach Deutschland eingereist sein und in Niedersachsen wohnen.

Mit diesem Programm unterstreicht die Landesregierung ihr Ziel, diejenigen bei einem Neuanfang in ihrer Heimat zu unterstützen, die hier bei uns keine Aussicht auf einen dauerhaften Aufenthalt haben und freiwillig in ihre Heimat zurückreisen wollen, erklärte Innenminister Boris Pistorius (SPD).

Montenegro sei ausgewählt worden, weil fast alle Asylsuchenden von dort in Niedersachsen untergebracht sind. Hintergrund ist, dass nur Asylanträge von Menschen aus den Hauptzugangsländern in allen Bundesländern bearbeitet werden. Asyl-Anträge von Menschen aus Montenegro hingegen werden vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nur in Niedersachsen bearbeitet, ebenso wie etwa Anträge von Menschen aus dem Sudan.

Kai Weber vom niedersächsischen Flüchtlingsrat sieht in den Hilfgeldern eine humanitäre Geste. Zwar folge dies dem Kalkül, dass Menschen schneller wieder ausreisen, als sie müssten. Aber: Der Rückkehrdruck ist allgegenwärtig und immens und die Perspektiven für diesen Personenkreis sind gleich null, sagte Weber zur taz.

Montenegro gilt seit Oktober 2015 als sicheres Herkunftsland. Dabei gebe es Konstellationen, bei denen eine kumulative Verfolgung bestehe, so Weber: Es gibt Gruppen, etwa Roma, deren besondere Lebenssituation und extreme Ausgrenzung in der Summe eine politische Verfolgung darstellt, so Weber. Das werde aber politisch anders gesehen und auch die Gerichte würde das aktuell nicht korrigieren. (taz/dpa)

Load-Date: June 27, 2016

Anreiz zur unfreiwilligen Ausreise MIGRATION Niedersachsen zahlt Starthilfe an AsylbewerberInnen aus Montenegro , wenn sie freiwillig zurückreisen. Flüchtling....

End of Document

Gescheiterte Armutsmigration; Edith Kresta über Flüchtlinge aus den Maghreb-Staaten

taz, die tageszeitung

Freitag 23. Dezember 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

Length: 316 words

Byline: Edith Kresta

Body

Edith Kresta über Flüchtlinge aus den Maghreb-Staaten

Kriminelle Vergangenheit, gescheiterte Existenz, bereit zu allem – das Bild von Anis Amri passt wunderbar zu einem gescheiterten IS-Loser. Der Fall Amri zeigt aber auch, dass die Odyssee nicht anerkannter Flüchtlinge durch Europa eine Zeitbombe sein kann. Arbeitslos, haltlos, frustriert, als einziges Auskommen die Beschaffungskriminalität, dazu Drogen, auch die Droge Islamismus. Ein menschliches Desaster, das zur gesellschaftlichen Bedrohung wird.

Amirs Biografie erzählt auch von der Schwierigkeit, politische Antworten auf Migration zu finden. Die umstrittene Einstufung der Maghreb-Staaten Tunesien, Algerien und Marokko als sichere Herkunftsländer hätte im Fall des mutmaßlichen Täters von Berlin jedenfalls nicht geholfen. Sein Asylantrag war bereits negativ beschieden worden. Wird der Asylantrag abgelehnt, ist man nur noch geduldet. Ein unsicherer, demütigender Status. Manchmal dauert dieser Zustand, jederzeit abgeschoben werden zu können, viele Jahre. Das ist unhaltbar.

Innenminister Thomas de Maizière (CDU) hat deshalb mit Tunesien eine beschleunigte Abschiebung abgelehnter Asylbewerber vereinbart, mit Marokko, Algerien und Tunesien über vereinfachte Abschiebungen von Flüchtlingen aus diesen Ländern verhandelt.

Das politische Tauziehen um Asylrecht, sichere Herkunftsstaaten und die Kritik daran ist der einzig demokratische Umgang mit der Herausforderung Migration. Rückführungsabkommen, Obergrenzen, sichere Herkunftsländer müssen von Politikern kompetent ausgehandelt werden, jenseits von Biertischgeschwätz und Hysterie. Aber durchaus auch im Interesse der eigenen Gesellschaft.

Allerdings kann man Migration und Mobilität nicht wie den Verkehr regeln. In Ländern wie Tunesien ist der Gedanke an Flucht längst Teil der Jugendkultur geworden. Und die lässt sich nur begrenzt von Obergrenzen und Abkommen aufhalten.

Schwerpunkt

Gescheiterte Armutsmigration Edith Kresta über Flüchtlinge aus den Maghreb-Staaten

Load-Date: December 22, 2016

End of Document

Agentur: Verfehlter Umgang mit Migration; Flucht UN kritisiert EU. 2.000 Flüchtlinge in Ungarn angekommen

taz, die tageszeitung

Mittwoch 26. August 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SEITE 1; S. 1

Length: 265 words

Highlight: Flucht UN kritisiert EU. 2.000 Flüchtlinge in Ungarn angekommen

Body

Genf dpa/rtr | Der UN-Sonderberichterstatter für die Menschenrechte von Migranten hat der Europäischen Union eine verfehlte Flüchtlingspolitik vorgeworfen. Zäune zu errichten, Tränengas einzusetzen und andere Formen der Gewalt gegen Migranten und Asylsuchende, Festnahmen und die Verweigerung des Zugangs zu Obdach, Nahrung oder Wasser sowie Drohungen und Hassreden werden Migranten nicht davon abhalten, nach Europa zu kommen oder dies zu versuchen, sagte der Experte. Crépeau appellierte an die EU, sich stattdessen auf eine umfassende gemeinsame Migrationspolitik zu verständigen, die auf dem Respekt für die Menschenrechte basiert. Nur so könne die EU den Menschenhandel mit Migranten effektiv bekämpfen. Die EU-Staaten müssten vielmehr ihre Arbeitsmärkte für Migranten öffnen.

Die Vereinten Nationen erwarten, dass in den kommenden Monaten bis zu 3.000 Flüchtlinge pro Tag in Mazedonien ankommen. Das ist die Route, die die meisten Menschen wählen, sagte die Sprecherin des UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR), Melissa Fleming, am Dienstag in Genf. Als Grund nannte sie die anhaltende Gewalt in Syrien und im Irak sowie die sich verschlechternde Lage für die Flüchtlinge in ihren Zufluchtsländern Türkei, Jordanien und Libanon.

Die ungarische Polizei hat allein am Montag 2.093 Flüchtlinge aufgegriffen, die allein über die grüne Grenze aus Serbien gekommen sind. Das ist die höchste Tageszahl an Migranten, die seit Beginn der jüngsten Flüchtlingswelle registriert wurde. Ungarn errichtet derzeit einen Grenzzaun, der weitere Flüchtlinge abhalten soll.

Schwerpunkt SEITE 3

Ausland SEITE 10

Load-Date: August 25, 2015

Vor allem Grenzen sichern; Michael Braun über die Aussagen des Wiener Flüchtlingsgipfels

taz, die tageszeitung

Montag 26. September 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

Length: 324 words

Byline: Michael Braun

Body

Michael Braun über die Aussagen des Wiener **Flüchtlingsgipfels**

Die Außengrenzen sichern, die Balkanroute dicht halten, Frontex stärken, Drittstaatenabkommen zwecks Abschiebung abgelehnter **Asylbewerber** ausdehnen: Dies waren die Stichworte des **Flüchtlingsgipfels** von Wien.

Schließlich, so EU-Ratspräsident Donald Tusk, gelte es, den Zugang illegaler Migranten zu verhindern. In diesem Ansatz jedoch ist impliziert, dass a priori alle Migranten illegal sind, schlicht weil legale Zugangswege gar nicht vorgesehen sind. Vor wenigen Monaten noch schien es, als wäre die Diskussion in Europa ein Stück weiter. Wer Schleusern das Handwerk legen wolle, hieß es damals, der müsse über sichere Zugangswege für politisch Verfolgte und Kriegsflüchtlinge nach Europa nachdenken, sprich über Möglichkeiten, Asyl oder humanitären Schutz nicht erst nach einer lebensgefährlichen Bootsfahrt zu beantragen. Und wer die Migration in geordnete Bahnen lenken wolle, komme an einer Einwanderungspolitik, die diesen Namen verdient, nicht vorbei.

Stattdessen gilt jetzt wieder: zurück auf Los, auf jenen Stand, auf dem Europa jahrelang verharret hatte. Vielen mag es zum Beispiel einleuchten, dass abgelehnte Asylbewerber leichter abgeschoben werden sollen. Doch die Praxis zeigt, auf welch rutschiges Gelände Europa sich hier begibt. So schloss Italien vor wenigen Wochen erst ein Abkommen mit dem Sudan, am 24. August dann wurden 48 Sudanesen in einer Blitzaktion von Turin aus in ihr Heimatland ausgeflogen. Wie das weiterhin geheime Abkommen lautet, ob die Abgeschobenen überhaupt Zugang zu einem regulären Asylverfahren hatten: Keiner weiß es. Allzu bekannt ist aber, wie es im Bürgerkriegsland Sudan um die Menschenrechte bestellt ist.

In letzter Konsequenz könnte so die ganze Welt zu einer Summe sicherer Herkunftsstaaten erklärt werden. Meinte Kanzlerin Merkel dies, als sie auf dem Wiener Flüchtlingsgipfel von humanitärer Verantwortung sprach?

Ausland 11 SEITE

Load-Date: September 25, 2016

Vor allem Grenzen sichern Michael Braun über die Aussagen des Wiener Flüchtlingsgipfels

End of Document

Die Fachkräfte-Flut; INTEGRATION Pegida zum Trotz läuft einmal mehr eine Debatte darüber, ob Deutschland ein Einwanderungsland ist - oder es dringend werden muss. Flüchtlinge werden nicht mehr nur als ungeliebte Kostgänger, sondern auch als begehrte Fachkräfte gesehen. In der Praxis ist das nicht ganz so einfach

taz, die tageszeitung

Samstag 31. Januar 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: THEMEN DES TAGES; S. 43

Length: 1449 words

Byline: JEAN-PHILIPP BAECK

Highlight: INTEGRATION Pegida zum Trotz läuft einmal mehr eine Debatte darüber, ob Deutschland ein Einwanderungsland ist oder es dringend werden muss. **Flüchtlinge** werden nicht mehr nur als ungeliebte Kostgänger, sondern auch als begehrte Fachkräfte gesehen. In der Praxis ist das nicht ganz so einfach

Body

VON JEAN-PHILIPP BAECK

Im Januar flammte die Debatte auf wie eine verspätete frohe Botschaft: Deutschland müsse über ein Einwanderungsgesetz nachdenken, hieß es aus Berlin. Ein Impuls nicht etwa von der SPD, sondern von CDU-Generalsekretär Peter Tauber. Demografisch vorhersagbarer Arbeitnehmerschwund, unsichere Renten, Fachkräftemangel – Deutschland brauche die **MigrantInnen**, ging es als Antithese zu den Pegida-Protesten durch die Presse.

Mitte Januar verkündete Niedersachsens Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD) dann, im Kampf gegen den Fachkräftemangel wolle Niedersachsen verstärkt nach geeigneten Beschäftigten unter den ankommenden **Flüchtligen** suchen. In jedem Erstaufnahmelaager sollen deshalb künftig zwei Mitarbeiter der Bundesanstalt für Arbeit frühzeitige Beratung anbieten.

Die Zahlen sind deutlich: In 20 Jahren kommen auf 100 junge womöglich 60 ältere Menschen, doppelt so viele, wie noch im Jahr 2000. Schon in zehn Jahren soll in Deutschland eine Lücke von mehreren Millionen Fachkräften klaffen. Dabei hätten rund 20 Prozent der **Asylbewerber** einen Uni-Abschluss und weitere 30 bis 35 Prozent eine Ausbildung, die dem deutschen Facharbeiter entspreche, heißt es aus der Bundesagentur für Arbeit.

Flüchtlinge gleich Fachkräfte? Die Industrie- und Handelskammern sehen das schon länger so. Sie opponieren gegen xenophobe Kampagnen, loben Rumänen und Bulgaren als gut ausgebildete Arbeitnehmer oder verurteilen Ressentiment-geleitete Proteste à la Pegida. So irritierend solche Eingriffe in den Diskurs aufs linke Weltbild wirken

Die Fachkräfte-Flut INTEGRATION Pegida zum Trotz läuft einmal mehr eine Debatte darüber, ob Deutschland ein Einwanderungsland ist - oder es dringend werden muss....

mögen womöglich ist es die Seite des Kapitals, die am nachhaltigsten auf eine Kehrtwende im Umgang mit Migration in Deutschland hinwirkt: weg von einer auf Abschreckung ausgelegten Flüchtlings- und Migrationsabwehr. Mittlerweile sehen viele zumindest in Flüchtlingen aus Syrien nicht mehr nur die ungeliebte Asylanten sondern Ärzte, Ingenieure oder Techniker mit Potenzial.

Debatte mit Haken

Vermutlich ist da etwas dran. Flucht bewältigen die ärmsten und schwerstkranken Menschen wohl selten. Vor dem Hintergrund europäischer Grenzabschottung könnte man zynisch sagen: Wer es durch die Wüste, übers Mittelmeer oder die hohen Stacheldrahtzäune schafft, hat das Assessment-Center der Flüchtlingsabwehr erfolgreich durchlaufen und darf dann zum Rentensicherer der Deutschen werden.

Ein Horrorszenario vollendeter Verwertungslogik? Warnungen, die Debatte um nützliche Einwanderer unterhöhle die Akzeptanz für das ohnehin schon eingeschränkte Recht auf Asyl, sind nicht unbegründet. Der Bremer Politiker der Alternative für Deutschland (AfD), Alexander Tassis, tingelt etwa mit einem Vortrag zum Thema Einwanderer für Deutschland durch die Lande, in dem er wie Niedersachsens Wirtschaftsminister Lies (SPD) das kanadische Einwanderungsmodell lobt. Im Gegensatz zur SPD allerdings will die AfD gleichzeitig die sozialen Sicherungssysteme eindampfen.

Der Rekurs gerade auf kanadische und australische Einwanderungssysteme allerdings sei ein gefährlicher Trick, sagt der Hamburger Migrationsforscher Vassilis S. Tsianos. Kanada und Australien seien nicht in einem vergleichbaren Umfang wie die europäischen Staaten mit asylpolitischen Fragen konfrontiert. Sie haben Einwanderungsgesetze, aber dafür sehr prekäre Asylsysteme. Daher sei es billiger Rechtspopulismus, die geografische Spezifik dieser Länder zu ignorieren und dadurch eine reaktionäre Asylpolitik zu betreiben, so Tsianos. Der Soziologe besteht deshalb darauf, eine klare Trennung von Migrations- und Fluchtpolitik beizubehalten.

Dennoch widerspricht Tsianos der linken Kritik am Nützlichkeits-Diskurs: Es gibt keine Migrationspolitik, die nicht an Nützlichkeit gebunden ist, sagt er. Die Kritik sei idealistisch: Migrationspolitik ist Bevölkerungspolitik und wir können nichts erwarten, was der Sachlogik widerspricht.

Schon seit vielen Jahren forderten Flüchtlingsverbände und -lobbyistInnen, die permanente soziale Ausgrenzung von Geflüchteten vom Arbeitsmarkt abzuschaffen. Das sei für all diejenigen wichtig und integrativ, die keine sichere Option auf Asyl haben oder mit einer Duldung leben. Tsianos fordert einen transnationalen Arbeitsmarkt und Diversity-orientierte demokratische Migrationspolitik.

Viele Hürden in der Praxis

Doch wie kann das in der Praxis aussehen? Die Schritte, die aktuell unternommen werden, zeigen die Schwierigkeiten: Obwohl etwa die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen 2012 per Gesetz vereinfacht wurde, steht auch den am besten ausgebildeten ausländischen Fachkräften immer noch eine Behörden-Odyssee bevor: Kein Arzt ohne Approbation, kein Ingenieur ohne Anerkennung seines Diploms. Auch die neuen Berufsberater in den niedersächsischen Aufnahmeeinrichtungen werden da keine Wunder vollbringen können.

Die Jobvermittlung ist ohnehin nicht das größte Problem. Deutsch zu können sei der Schlüssel, sagen alle, die mit der Arbeitsmarkt-Integration befasst sind. Sprachkurse allerdings gibt es für Flüchtlinge viel zu wenig. Von den intensiven Integrationskursen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge sind Menschen im Asylverfahren und Geduldete ausgeschlossen. Ihnen stehen nur besondere Kurse offen, die berufsbezogen die deutsche Sprache vermitteln, aber kein Regelangebot sind. In Bremen hat das Paritätische Bildungswerk schon vor Jahren begonnen, diese berufsbezogenen Sprachkurse auch für Flüchtlinge anzubieten. Schon sehr früh vermittelte man Flüchtlinge und Geduldete in Ausbildung, Praktika und in Arbeit zusammen mit dem Bremer und Bremerhavener Integrationsnetz. Dessen Mitarbeiter pflegen schon jahrelang Kontakte zu Unternehmen und kennen die gesetzlichen Fallstricke.

Die Fachkräfte-Flut INTEGRATION Pegida zum Trotz läuft einmal mehr eine Debatte darüber, ob Deutschland ein Einwanderungsland ist - oder es dringend werden muss....

Geduldete etwa haben ein dreimonatiges Arbeitsverbot. Danach gilt ein Jahr lang die Vorrangprüfung, nach der Arbeit zuerst an Deutsche und dann an Europäer vergeben wird. Gleiches gilt bei Aufenthaltsgestattung. Menschen mit humanitärem Aufenthalt wiederum dürfen arbeiten. Es ist so kompliziert wie es klingt.

Ein Modellprojekt der Arbeitsagentur, das unter anderem in Bremen und Hamburg seit knapp einem Jahr läuft, profitiert nun von diesen Erfahrungen der Bleiberechtsnetzwerke. Im März reiht sich Hannover ein. Jeder Mensch hat Potenzial ist das Motto, auch wenn nicht alle, sondern eher Flüchtlinge mit einer hohen Aufenthaltswahrscheinlichkeit zur Zielgruppe gehören, also aus dem Irak, Iran, Afghanistan oder Syrien. Sie dürfen sich noch während des Asylverfahrens bei der Arbeitsagentur melden.

In Bremen klappt das ganz gut: Manche Flüchtlinge sind erst seit einer Woche in Deutschland und stehen schon bei der Arbeitsvermittlerin Angela Touré auf der Matte. Die Vorstellung, dass etwa ein syrischer Herzchirurg kurz nach seiner Ankunft schon wieder im OP stehen könnte, sei von der Realität aber weit entfernt. Wenn es vier Jahre dauert, geht es schnell, so Touré.

Es funktioniere andersherum: Wer jahrelang nur wartet, ist irgendwann demotiviert, sagt Touré. Auch sie fordert mehr, möglichst frühe Sprachförderung. Doch auch die Anerkennung von Abschlüssen ist ein Problem: Einer ihrer Kunden soll nach einem Betriebspraktikum übernommen werden. Belege über Schulzeugnisse aber hat der Mann nur als Fotos auf dem Handy und nicht im Original. Daran wird es scheitern, sagt Touré.

Kompliziertes Anerkennungsverfahren

Alicja Slufik kennt das. Beim Bremer Verein Frauen in Arbeit und Wirtschaft ist sie auf die Berufsorientierungs-Beratung spezialisiert. Hunderten Klientinnen hat sie das unübersichtliche Verfahren zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse schon erklärt. Es gibt viele Hürden, sagt Slufik. Nicht nur die Originaldokumente, auch eine beglaubigte Übersetzung muss vorliegen. Dazu eine Aufstellung der erbrachten Leistungen und Noten. Aber Flüchtlinge haben die fast nie im Gepäck, sagt sie. Auch Zeugnisse über Berufserfahrung können eine Rolle spielen. Die im Nachhinein aus einem Bürgerkriegsland zu besorgen, ist meist unmöglich. Die Liste geht so weiter. Mehrere Hundert Euro kann das alles kosten. Geld, das viele Antragsteller nicht haben. Manche hält das davon ab, den Antrag zu stellen, sagt Slufik.

Noch komplizierter werde es in den so genannten reglementierten Berufen: bei ÄrztInnen, RechtsanwältInnen, Ingenieuren oder in der Pflege. Auch hier hängt wieder alles an der Sprache. Auch das Nachholen von Ausbildungsteilen ist möglich, eine Weiterbildung oder eine Externenprüfung, sagt Slufik.

Sie selbst hat Verwaltungsrecht in Polen studiert. Die Gesetze dort sind mit den deutschen aber nicht vergleichbar. Nach langen Bemühungen erhielt sie in Deutschland dafür schließlich einen Magister in Verwaltungswissenschaften. Sie hat es geschafft und hilft nun anderen auf demselben Weg.

Load-Date: January 30, 2015

Spurenelemente des Asylrechts; Flüchtlinge Nicht nur der Brexit bedroht die EU, sondern auch die Uneinigkeit beim Thema Migration. Offshore-Asylverfahren ist keine Lösung

taz, die tageszeitung

Donnerstag 07. Juli 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 10

Length: 1049 words

Byline: Christian Jakob

Highlight: Flüchtlinge Nicht nur der Brexit bedroht die EU, sondern auch die Uneinigkeit beim Thema Migration. Offshore-Asylverfahren ist keine Lösung

Body

von Christian Jakob

Da gibt es die erodierende Freizügigkeit: Am letzten Freitag begann Polen, seine Grenzen wieder zu kontrollieren. Erst im Mai hatten Deutschland, Schweden, Norwegen, Dänemark und Österreich die Erlaubnis bekommen, ihre Grenzkontrollen bis Ende des Jahres zu verlängern. Die EU-Kommission, Hüterin der Schengen-Verträge, hatte vergeblich darauf gedrängt, die im Herbst letzten Jahres ausgesetzte Freizügigkeit wiederherzustellen. Und Österreich hat nun erklärt, seine Grenzen so lange geschlossen zu halten, bis die EU eine europäische Lösung für das Flüchtlingsproblem gefunden hat. Was nach Lage der Dinge wohl heißen soll: bis keine Flüchtlinge mehr nach Österreich kommen. Schengen, das Herzstück der Einigung, zerbröselt.

Dann gibt es das ungelöste Verteilungsproblem. Nach wie vor kommen viele Menschen vor allem in Italien an. Aber die immer wieder versprochene Entlastung der Staaten an den EU-Außengrenzen ist ein Witz: Gerade mal 2.000 der im letzten Sommer beschlossenen 160.000 Flüchtlinge wurden bislang Italien und Griechenland abgenommen. Beim Europäischen Gerichtshof liegen Klagen von Slowenien und Ungarn gegen die Verteilung. Und direkt beliebter dürfte das Vorhaben auch nicht geworden sein, als die EU-Kommission im Mai für Staaten, die nicht bei der Umverteilung mitmachen, ein 250.000-Euro-Bußgeld vorschlug pro nicht aufgenommenem Flüchtling, wohlgedenkt.

Fliehkräfte bei Migrationsfragen

Am Dienstag nun entschied Ungarns Präsident János Áder, im Oktober eine Volksabstimmung über die europäische Flüchtlingsverteilung abzuhalten. Was in anderen Zeiten womöglich als Akt direkter Demokratie durchgegangen wäre, bekommt jetzt, aufgeladen mit dem unverdaulichen Brexit-Votum, den düsteren Charakter einer

Spurenelemente des Asylrechts Flüchtlinge Nicht nur der Brexit bedroht die EU, sondern auch die Uneinigkeit beim Thema Migration. Offshore-Asylverfahren ist kei....

symbolischen Abstimmung über die EU insgesamt. Die Fliehkräfte, die die Migrationsfrage auf Europa ausübt, sind enorm.

Jahrelang hat die EU die Ungerechtigkeiten, die das Dublin-System hervorbringt, ignoriert. Dann versuchte sie mit Zwangsmaßnahmen dessen schlimmste Folgen einzudämmen. Jetzt ist die Lage dafür noch schlechter als zuvor. Viele fordern als Reaktion auf den Brexit, den Nationalstaaten Kompetenzen zurückzugeben. Das würde die Aussicht auf eine europäische Flüchtlingspolitik völlig zunichtemachen und die EU deshalb noch mehr schwächen. Die Folgen würden auch die Flüchtlinge selber zu spüren bekommen. Mehr Nationalstaatlichkeit heißt für sie weniger Rechte. Die Harmonisierung von Asyl- und Migrationsrecht steht seit Langem auf der EU-Agenda. Umgesetzt wurde sie nie. Das Problem dabei war immer dasselbe: Jeder Staat hat ein anderes Asylrecht, und die Nationalstaaten hatten zu viel Raum, um das Wenige, was europäisch geregelt war, zu hintertreiben. Die EU hatte nichts zu bieten, um sie zur Geschlossenheit zu bringen.

Das 2013 beschlossene Gemeinsame Europäische Asylsystem CEAS sollte dafür sorgen, dass alle Staaten Europas Flüchtlinge ähnlich behandeln. So sollte die Schieflage zwischen den Staaten im Süden und jenen im Zentrum ausgeglichen werden. Doch fast alle Staaten ignorierten die neuen Regeln. Niemand wollte neue Anreize für Flüchtlinge schaffen. Und die Kommission vermochte nichts dagegen zu tun.

Das ist bis heute so. Und wer daran etwas ändern will, muss deshalb die Finanzierung mit einschließen: Staaten, die bereit sind, Flüchtlinge aufzunehmen, sollten die dadurch entstehenden Kosten aus Brüssel erstattet bekommen. Per Umlage aller EU-Mitglieder genau wie im Agrarsektor. Das wäre überzeugender als leere Sanktionsdrohungen oder Appelle. Wahrscheinlich ist es der einzige Weg, Akzeptanz für eine kollektive Lastenteilung zu schaffen. Und wenn diese funktioniert, entfällt automatisch die Notwendigkeit, die Schengen-Freizügigkeit auszusetzen.

Die Kommission aber geht jetzt einen anderen Weg. Letzte Woche legte sie dem Parlament einen Entwurf vor, um nach deutschem Vorbild eine EU-Liste sicherer Herkunftsländer zu schaffen. Ohne ein gemeinsames EU-Asylverfahren aber braucht es eine solche Liste nicht. In absehbarer Zukunft dürfte dies auch nicht eingeführt werden die dazu fähige Behörde existiert ohnehin nicht. So liegt die Vermutung nahe, dass diese Liste vor allem dazu dienen soll, den Flüchtlingsschutz weiter in die Transitregionen zu verlagern: durch den Aufbau von Asylverfahrenslagern in als sicher gelabelten Staaten wie etwa Tunesien. Dieser Traum vom Offshore-Asylverfahren wird in Berlin und Brüssel seit Langem geträumt.

Rechte nur auf dem Papier

Letzte Woche haben sich an dieser Stelle auch die Kieler Wissenschaftler Toman Barsbai und Sebastian Braun dafür starkgemacht. Asylbewerber sollten den Antrag grundsätzlich nur noch außerhalb der EU stellen können, () Asylanträge innerhalb der EU wären ausnahmslos abzulehnen, schrieben sie. So könnten nicht nur, wie jetzt, die Stärksten ins sichere Europa gelangen, sondern die Bedürftigsten: Alte, Schwangere, Kranke, Kinder.

Doch auf der anderen Seite des Mittelmeers, weit weg von unabhängigen Anwälten, Menschenrechtsorganisationen und Beratungsstellen, ist das europäische Recht nur Papier. Niemand könnte sich dort auf eine Weise rechtlich Gehör verschaffen, die mit den Möglichkeiten in Europa vergleichbar ist. Was übrig bliebe, wären nichts als Spurenelemente des Asylrechts. Wer reindarf und wer draußen bleibt, wäre restlos dem Belieben der Aufnahmeländer überlassen.

Das Flüchtlingsproblem lässt sich nicht lösen, indem man es nach außen drückt. Genau das hat Europa jahrelang innerhalb der EU versucht. Die Folge waren Chaos in den Ländern Süd- und teils auch Osteuropas und eine Destabilisierung der Gemeinschaft insgesamt. Am Ende sind die Flüchtlinge trotzdem gekommen. Dieses Muster wird sich wiederholen, wenn nun verstärkt auf die Transitstaaten als Barriere gesetzt wird.

Das letzte Jahr hat gezeigt, dass die Freizügigkeit nur dann zu haben ist, wenn sie für alle gilt. Wer sie den Flüchtlingen verweigert, kann sie auch für alle anderen nicht gewährleisten. Die Konsequenz daraus heißt: die Kosten dafür auf eine kollektive Basis zu stellen. Das ist die europäische Lösung.

Spurenelemente des Asylrechts Flüchtlinge Nicht nur der Brexit bedroht die EU, sondern auch die Uneinigkeit beim Thema Migration. Offshore-Asylverfahren ist kei....

Auf der anderen Seite des Mittelmeers ist das europäische Recht nur Papier

Christian Jakob

37, ist Reporter bei der taz. Im März erschien sein neues Buch "Die Bleibenden", eine Geschichte der Flüchtlingsbewegung, im Christoph Links Verlag.

Load-Date: July 6, 2016

End of Document

"Flow" soll Flüchtlingen helfen; HANDREICHUNG Neues Projekt bringt Lübecker mit Migrationshintergrund und Asylbewerber zusammen

taz, die tageszeitung

Mittwoch 01. April 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 22

Length: 275 words

Highlight: HANDREICHUNG Neues Projekt bringt Lübecker mit Migrationshintergrund und Asylbewerber zusammen

Body

Die Gemeindediakonie Lübeck will sich künftig verstärkt um junge Flüchtlinge kümmern. Ein Projekt will den Kriegsflüchtlingen im Alter zwischen 16 und 25 Jahren Mentoren zur Seite stellen und mit Hilfe eines Traumanetzwerks für psychologische Hilfe sorgen. Es sei immer wieder aufgefallen, dass es besonders Kriegsflüchtlingen schwer falle, in Deutschland Fuß zu fassen, sagte gestern die Geschäftsführerin der Gemeindediakonie, Dörte Eitel. Dabei setzt das Projekt Flüchtlinge! Orientierung und Willkommenskultur (Flow) auch auf die ehrenamtliche Hilfe von Lübeckern, die selbst einen Migrationshintergrund haben.

Sie sollen den Neuankömmlingen mit Rat und Tat zur Seite stehen, mit ihnen Sport- und Kulturveranstaltungen besuchen und auch darüber berichten, welche Schwierigkeiten sie selbst bei der Eingewöhnung in Deutschland hatten, sagte Maryam Gardisi, eine von zwei Projektleiterinnen. Angeboten werden aber auch Orientierungskurse für Eltern zu Bildungs- und Integrationsthemen.

Nach Angaben der Stadt sind zwischen 20 und 25 Prozent der nach Lübeck kommenden Flüchtlinge zwischen 16 und 25 Jahren alt. In diesem Jahr rechnet Lübecks Sozialsenator Sven Schindler (SPD) mit rund 1.700 neu ankommenden Asylsuchenden.

Finanziert wird das Projekt zum großen Teil von der Lübecker Possehl-Stiftung, die für die ersten zwei Jahre 300.000 Euro zur Verfügung gestellt hat. Die Altersgruppe der 16- bis 25-Jährigen bereitet oft Probleme, weil die jungen Menschen keinen Anschluss an unser Schulsystem und den Arbeitsmarkt finden, sagte die Stiftungsvorsitzende Renate Menken. Dabei sind junge Flüchtlinge auch Hoffnungsträger für unser Land. (dpa)

Load-Date: March 31, 2015

Agentur: Flüchtlinge: Kiel entlastet Kommunen; Migration li Land, Kreise und Gemeinden einigen sich über die Aufnahme, Versorgung und Integration von Flüchtlingen und Asylsuchenden

taz, die tageszeitung

Mittwoch 23. Dezember 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 49

Length: 293 words

Highlight: Migration li Land, Kreise und Gemeinden einigen sich über die Aufnahme, Versorgung und Integration von Flüchtlingen und Asylsuchenden

Body

Das Land Schleswig-Holstein und die Kommunen haben sich zur Flüchtlingsproblematik verständigt. Das am Montagabend unterzeichnete Dokument regelt die Aufnahme, Unterbringung, Versorgung und Integration von Flüchtlingen und Asylsuchenden, teilte das Innenministerium mit.

Ressortchef Stefan Studt (SPD) bezeichnete das Papier als eine entscheidende Wegmarke im Bemühen um eine nachhaltige Flüchtlingspolitik: Dieser Schulterschluss zwischen Land und Kommunen ist eine gute Botschaft zum Jahresende. Beide Seiten hätten die Verhandlungen in großem Verantwortungsbewusstsein geführt. In der Vereinbarung sind die Ergebnisse der mehrmonatigen Verhandlungen festgehalten. Dabei geht es unter anderem um die strukturelle finanzielle Beteiligung des Landes an den für die Kommunen entstehenden Flüchtlingskosten.

Ab Januar 2016 erstattet das Land den Kommunen für die Dauer des Asylverfahrens 90 Prozent der Kosten für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Für Asylsuchende in den Kommunen, für die der Bund keine Kosten übernimmt und die einen Anspruch nach dem Asylbewerberleistungsgesetz haben, tragen Land und Kommunen wie bisher die Kosten im Verhältnis 70:30.

Neben Studt lobten Vertreter des Gemeindetages, des Städteverbandes und des Landkreistages die Einigung. Die Vereinbarung setzt viele Vorschläge der Kommunen um, sagte Jörg Bülow vom Gemeindetag.

Studt dankte den Kommunen für die Unterstützung bei der Suche nach neuen Standorten für Erstaufnahmeeinrichtungen. Die Zusage aus dem Flüchtlingspakt vom 6. Mai, Flüchtlinge und Asylsuchende ohne Bleibeperspektive nicht mehr auf die kommunale Ebene zu verteilen, habe das Land eingelöst. Bürgermeister und Landräte sollen auch künftig früh über Erstaufnahmeeinrichtungen unterrichtet werden. (dpa)

Load-Date: December 22, 2015

Agentur: Flüchtlinge: Kiel entlastet Kommunen Migration li Land, Kreise und Gemeinden einigen sich über die Aufnahme, Versorgung und Integration von Flüchtlinge....

End of Document

Die Ukraine, Asylvorhof Europas; ASYL Schwere Vorwürfe: Die Europäische Union schiebt Asylsuchende ohne Anhörung in die Ukraine ab. Dort warten von Europa finanzierte Haftplätze

taz, die tageszeitung

Montag 16. Februar 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: THEMEN DES TAGES; S. 05

Length: 344 words

Byline: GB

Highlight: ASYL Schwere Vorwürfe: Die Europäische Union schiebt Asylsuchende ohne Anhörung in die Ukraine ab. Dort warten von Europa finanzierte Haftplätze

Body

BERLIN taz | Die EU verstößt im Umgang mit Flüchtlingen an ihren Ostgrenzen offenbar gegen internationales Recht. Seit Jahren werden demnach regelmäßig Flüchtlinge vom EU-Hoheitsgebiet etwa aus Ungarn oder der Slowakei ohne Chance auf ein Asylverfahren in die Ukraine zurückgeschoben. Das bestätigte ein Experte des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR im Interview mit dem ARD-Magazin Report Mainz und dem Magazin Der Spiegel.

Die zurückgeschobenen Flüchtlinge werden in der Ukraine bis zu einem Jahr lang inhaftiert in speziellen Haftanstalten, die von der EU mitfinanziert werden. Zurzeit befinde sich eine weitere solche Haftanstalt für Migranten im ukrainischen Martiniwske kurz vor der Eröffnung. Die EU verlagere das Flüchtlingsproblem damit nach außen.

Die EU hat in den vergangenen Jahren einen höheren zweistelligen Millionenbetrag in den Auf- und Ausbau von derartigen Haftanstalten sowie Schulungen des dortigen Personals und Beratungen der ukrainischen Regierung investiert. Seit dem Jahr 2010 gilt ein Rückübernahmeabkommen zwischen der EU und der Ukraine. Es erlaubt den Mitgliedstaaten, Migranten in die Ukraine abzuschieben ein Asylantrag muss laut Asylverfahrensrichtlinie aber zuvor geprüft werden.

Die EU-Kommission teilte auf Anfrage von Report Mainz (Ausstrahlung der Sendung am Dienstag) mit, dass ihr auf Basis der vorliegenden Informationen keine Fälle von spezifischen oder umfassenden Pushbacks bekannt seien. Das finanzielle Engagement in der Ukraine diene der Anpassung der Bedingungen von Flüchtlingen in der Ukraine an europäische Standards.

Mehrere Flüchtlinge, die sich noch in der Ukraine aufhalten, berichteten von untragbaren Zuständen. Demnach bekommen Flüchtlinge in der Ukraine Nahrungsmittel im Wert von weniger als einem Euro pro Tag. Mehrere

Die Ukraine , Asylvorhof Europas ASYL Schwere Vorwürfe: Die Europäische Union schiebt Asylsuchende ohne Anhörung in die Ukraine ab. Dort warten von Europa finan....

Betroffene beschwerten sich über Hunger und mangelnde medizinische Versorgung. Aus Furcht vor Abschiebungen und Verhaftungen trauten sich viele nicht mehr, die Flucht in die EU erneut zu versuchen. GB

Flüchtlinge erhalten Nahrungsmittel im Wert von weniger als einem Euro pro Tag

Load-Date: February 15, 2015

End of Document

Mehr Gerechtigkeit wäre schön; EU-Kommission Zuerst soll das Asylsystem um einen Fairness-Mechanismus ergänzt werden. Am Ende soll es eine zentralisierte Asylbehörde für die gesamte Union geben

taz, die tageszeitung

Donnerstag 07. April 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 10

Length: 513 words

Byline: Eric Bonse

Highlight: EU-Kommission Zuerst soll das Asylsystem um einen Fairness-Mechanismus ergänzt werden. Am Ende soll es eine zentralisierte Asylbehörde für die gesamte Union geben

Body

Aus Brüssel Eric Bonse

Die Flüchtlingskrise hat die Schwächen unseres gemeinsamen Asylsystems offengelegt – es kann so nicht bleiben. Mit diesen Worten begründete EU-Kommissionsvize Frits Timmermans am Mittwoch einen Vorstoß zur Reform des sogenannten Dublin-Systems. Der Plan aus Brüssel soll mehr Solidarität bringen – und mehr Überwachung der Flüchtlinge.

Nach der 2003 eingeführten Dublin-II-Verordnung müssen Asylbewerber ihren Antrag in jenem Land stellen, in dem sie in die EU einreisen. Doch spätestens seit Herbst 2015, als alle Migranten nach Schweden und Deutschland wollten, funktioniert dieses System nicht mehr. Timmermans schlägt nun zwei mögliche Reformideen vor.

Die erste Idee, genannt „Dublin plus“, sieht eine Ergänzung des alten Systems um einen Fairness-Mechanismus vor. Das heißt, dass ein EU-Staat – etwa Griechenland – eine Umverteilung der Flüchtlinge fordern kann, wenn er sich überfordert sieht. Die Migranten würden dann auf andere EU-Staaten verteilt. Ähnliches war schon 2015 geplant, hat aber nie funktioniert.

Die zweite Idee läuft auf eine automatische Umverteilung nach einem festen Schlüssel hinaus. Sie würde das alte Dublin-System überwinden und genau jene Solidarität institutionalisieren, die vor allem die Osteuropäer bisher strikt verweigert haben. Die Kommission erwägt sogar, das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) zu einer zentralen Asylbehörde auszubauen.

Wir könnten das vorschlagen, hieß es in der Brüsseler Behörde, allerdings sei es eher eine mittelfristige Perspektive. Sie soll zeigen, wo die Reise hingehen könnte, wenn die 28 EU-Staaten mitziehen. Genau daran

Mehr Gerechtigkeit wäre schön EU-Kommission Zuerst soll das Asylsystem um einen Fairness-Mechanismus ergänzt werden. Am Ende soll es eine zentralisierte Asylb....

bestehen aber große Zweifel. Zuletzt hatte Deutschland darauf bestanden, Dublin wieder voll umzusetzen. Und die Visegrad-Staaten hatten verbindliche Quoten abgelehnt.

Wohl um den Widerstand zu brechen, soll Asylbewerbern verboten werden, in andere als die zugewiesenen Länder auszuwandern. Zur Abschreckung könnte Brüssel Sanktionen vorschlagen. Außerdem soll das umstrittene Eurodac-System zur Erfassung und Kontrolle der Migranten ausgebaut werden; gedacht ist etwa an die systematische Erfassung von Fingerabdrücken. Wir müssen das Asyl-Shopping beenden , begründete Timmermans diese Law-and-Order-Ideen.

Vergleichsweise vage fallen die Vorschläge zur legalen Einreise von Flüchtlingen und Migranten aus. Man könnte die Umsiedlung aus Drittländern besser organisieren, und man könnte die Einreise hochqualifizierter Einwanderer erleichtern, heißt es in der Pressemitteilung der Kommission. Zahlen werden jedoch keine genannt.

Die ersten Reaktionen fielen eher negativ aus. Der CDU-Innenpolitiker Wolfgang Bosbach gab den Vorschlägen wenig Erfolgchancen: Wir haben eine riesige Diskrepanz zwischen europäischer Rhetorik und Realität , sagte er. Die grüne Europaabgeordnete Ska Keller kritisierte, dass nur kosmetische Änderungen geplant seien. Die EU-Kommission macht einen Fehler, wenn sie Flüchtlinge wie Stückgut verteilen will , sagte sie.

Meinung + Diskussion SEITE 12

Das Ziel: eine automatische Umverteilung nach einem festen Schlüssel

Load-Date: April 6, 2016

Feuer gegen die Gleichgültigkeit; Griechenland Bewohner haben Unterkünfte auf Lesbos selbst angezündet. Aus Protest gegen die katastrophale Überfüllung der Einrichtungen

taz, die tageszeitung

Mittwoch 21. September 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 10

Length: 479 words

Byline: Theodora Mavropoulos

Highlight: Griechenland Bewohner haben Unterkünfte auf Lesbos selbst angezündet. Aus Protest gegen die katastrophale Überfüllung der Einrichtungen

Body

Aus Athen Theodora Mavropoulos

Das Feuer im **Flüchtlingscamp** Moria ist ein Weckruf, sagt Roland Schönbauer, Sprecher der UNHCR in Griechenland. In der Nacht zu Dienstag sind im staatlich geführten **Flüchtlingscamp** auf der Insel Lesbos rund 50 Container und zahlreiche Zelte, in denen die **Flüchtlinge** und **Migranten** untergebracht waren, verbrannt. Über 3.000 Menschen flohen aus dem völlig überfüllten Lager vor den Flammen in Richtung der Inselhauptstadt Mytilini.

Noch ist nicht genau klar, wer das Feuer gelegt hat. Das Feuer sei nach einer Auseinandersetzung unter den Bewohnern gelegt worden, hieß es zuerst. Dann meldeten griechische Medien, das Feuer sei infolge einer Protestaktion seitens der Flüchtlinge entzündet worden. Am Dienstagmorgen meldet die Athener Tageszeitung Kathimerini, die Polizei auf Lesbos habe 18 Flüchtlinge und Migranten aus Syrien, Senegal, Kamerun und Afghanistan festgenommen, die im Verdacht stünden, für die Krawalle und die Brandstiftung verantwortlich zu sein.

Die Insel kann 3.500 Menschen aufnehmen, doch aktuell leben hier 5.708 Flüchtlinge und Migranten. Die Kapazitäten reichen nicht aus, und die Bearbeitung der Asylverfahren dauert viel zu lange, so UNHCR-Sprecher Schönbauer. Das habe immer wieder zu Auseinandersetzungen geführt. Die UNHCR sei nun mit der griechischen Regierung im Gespräch, Flüchtlinge von den Inseln wieder aufs Festland umzuverteilen. Auch seien mehr Polizisten notwendig, um die angespannte Situation unter Kontrolle zu haben, so Schönberg. Die Auseinandersetzungen in dem Camp lösen in der Bevölkerung ein Gefühl der Unsicherheit aus, sagt der UNHCR-Sprecher. Das sei für niemanden förderlich.

Insgesamt sind etwa 800 Männer, Frauen und Kinder unmittelbar von der Zerstörung durch das Feuer betroffen. Das UNHCR hat nun 100 Zelte aus Athen nach Lesbos losgeschickt, um Unterkünfte bereitzustellen. Außerdem wurden die etwa 100 allein reisenden minderjährigen Flüchtlinge und Migranten in das Flüchtlingscamp PikPa der

Feuer gegen die Gleichgültigkeit Griechenland Bewohner haben Unterkünfte auf Lesbos selbst angezündet.
Aus Protest gegen die katastrophale Überfüllung der Einri....

NGO Lesbos Solidarity gebracht. Etwa weitere 100 Menschen hauptsächlich Familien mit kleinen Kindern kommen vorläufig im Camp Kara Tepe unter, das von der Gemeinde Lesbos betrieben wird. Die Flüchtlinge, die hier bereits hausen, öffneten ihre Zelte für die vom Feuer Geschädigten, so Stavros Miroyannis, der das Camp Kara Tepe leitet. Wie lange das gutgehen kann, sei jedoch fraglich. Die Kapazitäten seien auch hier längst erschöpft.

Seit Dienstag ist das UNHCR mit einem Team von verschiedenen Spezialisten vor Ort, um Flüchtlinge und Migranten psychologisch oder juristisch zu beraten. Zahlreiche Menschen verloren ihr letztes Geld und wichtige Dokumente, die für das Asylverfahren nützlich sein können, so Schönbauer. Auch unersetzbare Andenken an verstorbene Familienmitglieder und Freunde wurden von den Flammen vernichtet.

Die Bearbeitung der Asylanträge dauert viel zu lange

Load-Date: September 20, 2016

End of Document

EU kündigt neue Hilfen an; Europa Brüssel will verbindliche Flüchtlingsquoten und reagiert auf massive Kritik vieler EU-Länder

taz, die tageszeitung

Freitag 21. August 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 2

Length: 401 words

Byline: Eric Bonse

Highlight: Europa Brüssel will verbindliche **Flüchtlingsquoten** und reagiert auf massive Kritik vieler EU-Länder

Body

BRÜSSEL taz | Die EU-Kommission hat neue Initiativen zur **Flüchtlingspolitik** angekündigt. Es gehe darum, ein dauerhaftes, verbindliches System zur Verteilung der **Flüchtlinge** einzuführen und sichere Herkunftsländer abschließend zu definieren, sagte der spanische EU-Kommissar Miguel Arias Canete am Mittwoch in Brüssel.

Wir brauchen eine gemeinsame Antwort auf die Krise, auch wenn sie nicht populär ist, sagte Canete. Die EU-Kommission sei bereit, eine weitreichende europäische Lösung zu suchen. Details soll Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker am 9. September vorstellen.

Die EU-Behörde reagiert damit auf massive Kritik aus Deutschland, Österreich und anderen EU-Ländern. Brüssel sei untätig und lasse die Mitgliedstaaten mit den Problemen allein, so lautet ein weitverbreiteter Vorwurf. Allerdings hatte die Kommission bereits im Mai eine umfassende Strategie vorgelegt, die auch Quoten vorsah.

Doch die Umsetzung scheiterte am Veto mehrerer EU-Staaten vor allem aus Osteuropa. Viele Staaten sind gegen eine verbindliche Quotenregelung und wollen Flüchtlinge nur auf freiwilliger Basis aufnehmen.

Brüssel hat auch bereits Finanzhilfe bereitgestellt. So erhielt Deutschland im März eine Zusage über 340 Millionen Euro aus dem EU-Budget. Das Geld soll bis 2020 fließen und ist für Flüchtlingshilfe und innere Sicherheit bestimmt. Österreich erhält für diesen Zeitraum 90 Millionen Euro.

Das Geld kommt aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF). Es soll die Länder bei der Erhöhung der Aufnahmekapazitäten, der Verbesserung der Qualität der Asylverfahren und der Integration der Migranten unterstützen und die Nachhaltigkeit der Rückkehrprogramme sichern.

Vor einer Woche hat die EU-Kommission nochmals 2,4 Milliarden Euro zur Bewältigung von Flüchtlingsströmen freigegeben. Diese Mittel gehen vor allem an Italien und Griechenland, wo derzeit besonders viele Flüchtlinge ankommen. Allerdings müssen die EU-Länder die Mittel abrufen und selbst aktiv werden.

EU kündigt neue Hilfen an Europa Brüssel will verbindliche Flüchtlingsquoten und reagiert auf massive Kritik vieler EU-Länder

Wir sind fest entschlossen, diesen Weg weiterzugehen und praktische Solidarität zu üben , sagte der für Migration zuständige griechische EU-Kommissar Dimitris Avramopoulos. Auf Nachfrage erklärte die Kommission, dass die Mittel bei einem weiteren Anstieg der Flüchtlingszahlen noch aufgestockt werden könnten. Eric Bonse

Flüchtlinge

Kasse geht vor Humanität: Bund, Länder und Gemeinden streiten ums Geld, das die Asylbewerber kosten

Load-Date: August 20, 2015

End of Document

Härte auch gegen Afrikaner; ASYL Innenminister de Maizière will Mittelmeerflüchtlinge direkt nach Nordafrika zurückschicken

taz, die tageszeitung

Montag 07. November 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 259 words

Byline: Konrad Litschko

Highlight: ASYL Innenminister de Maizière will Mittelmeerflüchtlinge direkt nach Nordafrika zurückschicken

Body

BERLIN taz | Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) will Flüchtlinge, die über das Mittelmeer nach Europa kommen, möglichst direkt wieder zurück nach Nordafrika schicken. Es soll kein echtes Ankommen in Europa geben, sagte ein Ministeriumssprecher am Sonntag der taz.

Ziel sei es, ähnlich wie mit Flüchtlingen, die bisher über die Türkei nach Europa fliehen, auch mit Migrant*innen aus Nordafrika zu verfahren. Auch sie sollen nach ihrer Ankunft nur noch in Registrierzentren, sogenannten Hotspots, untergebracht und möglichst schnell zurückgeführt werden, so der Sprecher. In Transitländern wie Tunesien oder Ägypten könnten sie dann ihre Asylanträge stellen. Ziel sei es, Schleusern die Geschäftsgrundlage zu entziehen und Flüchtlinge vor der lebensgefährlichen Überquerung des Mittelmeeres zu bewahren.

Aus der Opposition kam Kritik. Wo ist das breite Engagement der Bundesregierung gegen Fluchtursachen?, sagte Grünen-Innenexperte Konstantin von Notz. Es gibt kein Konzept. Stattdessen kriegt man zynische Parolen. Auch Linken-Parteichef Bernd Riexinger sprach von einem flüchtlingspolitisch wie rechtlich fragwürdigen Vorstoß. Bereits der EU-Flüchtlingsdeal mit der Türkei funktioniert kaum. In Griechenland angelangte Flüchtlinge werden selten in die Türkei zurückgebracht. Die Erdoğan-Regierung drohte jüngst offen, den Deal zu beenden.

Auf der Fluchtroute über das Mittelmeer starben laut der Internationalen Organisation für Migration in diesem Jahr bereits 4.220 Menschen. Im gesamten Vorjahr seien es 3.700 Tote gewesen. Konrad Litschko

Load-Date: November 6, 2016

Harte Linie aus dem Hause de Maizière; Flüchtlinge Neues Gesetzesvorhaben will die Duldung weitgehend abschaffen

taz, die tageszeitung

Samstag 15. Oktober 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AKTUELLES; S. 4

Length: 355 words

Byline: Barbara Dribbusch

Body

Flüchtlinge Neues Gesetzesvorhaben will die Duldung weitgehend abschaffen

Berlin taz | Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) plant eine deutliche Verschärfung der **Asylgesetze**. So soll der Druck besonders auf jene **Flüchtlinge** verstärkt werden, die ohne Papiere eingereist sind und sich in Deutschland nur mit einer sogenannten Duldung aufhalten. Eine Sprecherin des Ministeriums bestätigte am Freitag, dass der Referentenentwurf für ein Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht zur Abstimmung in die Ressorts gegangen sei.

Der Referentenentwurf betrifft einen Teil der rund 210.000 ausreisepflichtigen Ausländer in Deutschland. Bei rund drei Vierteln von ihnen wurde der Asylantrag abgelehnt, sie haben aber eine Duldung; diese kann wegen Krankheit erteilt werden oder weil die Flüchtlinge über keinen Pass verfügen und somit nicht in ihr Herkunftsland abgeschoben werden können.

Letztere Gruppe soll künftig keine Duldung mehr, sondern nur noch eine Bescheinigung über die vollziehbare Ausreisepflicht bekommen und damit von Jobs und Bildungsmaßnahmen ausgeschlossen werden. Auch soll Flüchtlingen mit dieser Bescheinigung nur noch Unterkunft und Essen, aber nicht mehr das Existenzminimum gewährt werden.

Die Bescheinigung soll es nicht nur geben, wenn die Flüchtlinge nicht selbst ausreichend an der Passbeschaffung mitwirken, sondern auch, wenn der Herkunftsstaat ihnen keinen Pass ausstelle, heißt es im Gesetzentwurf. Pro Asyl sprach von einem Dammbbruch in der Asylpolitik. Es gebe Staaten wie Armenien oder Aserbaidschan, die es oftmals ablehnten, Papiere auszustellen, sagte die Berliner Migrationsrechtsanwältin Oda Jentsch der taz.

Die Vorsitzende des Asylrechtsausschusses im Deutschen Anwaltverein, Gisela Seidler warnte vor Verhältnissen wie in Belgien, Italien oder den Niederlanden, die das Instrument der Duldung nicht kennen. Diese Staaten hätten eine ungleich größere Zahl von obdachlosen Migranten ohne jegliche behördliche Registrierung, darunter viele abgelehnte Asylsuchende. Ob der Koalitionspartner SPD dem Vorhaben aus dem Bundesinnenministerium zustimmt, ist noch offen.

Harte Linie aus dem Hause de Maizière Flüchtlinge Neues Gesetzesvorhaben will die Duldung weitgehend abschaffen

Barbara Dribbusch

Load-Date: October 14, 2016

End of Document

Syrer aus Niedersachsen nach Griechenland; MIGRATION Das Bundesamt für Flüchtlinge will einen Syrer nach Griechenland schicken dabei schiebt Deutschland Asylbewerber seit 2011 nicht mehr dorthin ab, weil Asylsuchenden in dem EU-Mitgliedstaat unmenschliche und erniedrigende Behandlung droht

taz, die tageszeitung

Mittwoch 07. September 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 26

Length: 678 words

Byline: Gernot Knödler

Highlight: **MIGRATION** Das Bundesamt für **Flüchtlinge** will einen Syrer nach Griechenland schicken dabei schiebt Deutschland **Asylbewerber** seit 2011 nicht mehr dorthin ab, weil **Asylsuchenden** in dem EU-Mitgliedstaat unmenschliche und erniedrigende Behandlung droht

Body

von Gernot Knödler

Ein syrischer **Asylbewerber** soll von Niedersachsen nach Griechenland zurückgeschickt werden obwohl es einen Abschiebestopp für Griechenland gibt. Der Mann hatte in Griechenland **Asyl** bekommen, war aber zusammen mit seinem Sohn nach Deutschland weitergereist und hatte dort erneut einen **Asylantrag** gestellt. Dieser wurde abgelehnt jetzt soll er ausreisen, wie es in einem Bescheid des Bundesamts für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf) vom 29. August steht.

Das ist ein verblüffender Fall , sagt Kai Weber, Geschäftsführer des Niedersächsischen Flüchtlingsrats. Denn Asylsuchende würden von Deutschland grundsätzlich nicht an Griechenland überstellt. Bisher hieß es immer, in Griechenland gibt es keine menschenwürdigen Bedingungen für Flüchtlinge , sagt er.

Daran haben auch Äußerungen von Bundesinnenminister Thomas de Maizière am Wochenende nichts geändert. Der CDU-Politiker hatte der Welt am Sonntag gesagt, es sei innerhalb der EU viel unternommen worden, um die Lage der Flüchtlinge in Griechenland zu verbessern. Dies müsse zur Folge haben, dass gemäß der Dublin-Verordnung auch wieder Flüchtlinge in das Land zurückgeschickt werden könnten. Voraussetzung sei eine gemeinsame europäische Haltung, sagte de Maizière: Wenn wir alleine voranpreschen, besteht die Gefahr, dass Verwaltungsgerichte das Rückführen schon nach kürzester Zeit untersagen.

Die sogenannten Dublin-Regeln sehen vor, dass Flüchtlinge ihren Asylantrag grundsätzlich in dem Land stellen müssen, in dem sie zuerst europäischen Boden betreten. Wegen Mängeln im griechischen Asylsystem hatte

Syrer aus Niedersachsen nach Griechenland MIGRATION Das Bundesamt für Flüchtlinge will einen Syrer nach Griechenland schicken dabei schiebt Deutschland Asylbe....

Deutschland Abschiebungen nach Griechenland jedoch schon 2011 ausgesetzt. Grundlage dafür war ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, der eine Abschiebung untersagte, für den Fall, dass der Asylbewerber Gefahr läuft, einer unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung ausgesetzt zu werden .

Letzteres droht zwar auch dem Syrer aus dem aktuellen Abschiebefall. Wobei für diesen jedoch nicht die Regeln des Dublin-Abkommens gelten, weil sein Asylverfahren ja bereits in Griechenland positiv beschieden wurde. Unter diesen Umständen greife europäisches Recht, sagt Kai Weber vom Flüchtlingsrat: Eine Person mit befristetem Aufenthaltstitel genieße keine Freizügigkeit in der EU. Er habe jedoch noch nicht erlebt, dass ein anerkannter Asylbewerber nach Griechenland zurück geschickt werden sollte.

Ein neues Asylverfahren in Deutschland wäre unzulässig, argumentiert das Bamf, weil dem Ausländer bereits in einem anderen Mitgliedstaat internationaler Schutz zuerkannt worden ist . Auch habe er keinen Anspruch, in Deutschland vor einer Abschiebung nach Syrien geschützt zu werden, denn dieser Schutz sei ihm ja schon von Griechenland gewährt worden.

Die betrachten Griechenland als sicheren Drittstaat, ohne sich damit zu befassen, wie die Situation da ist , kritisiert Sven Sommerfeldt, der Bremer Anwalt des Syrsers. Im Bamf-Bescheid steht, sein Mandant habe geltend gemacht, dass er die Lebensverhältnisse in Griechenland als zu schwierig empfinde und sein Sohn dort eine schlechte Schulbildung erhalte . Auch seien die Arbeitsmöglichkeiten schlecht. Sommerfeldt fügt hinzu, dass der 2008 geborene Sohn in medizinischer Behandlung sei.

Griechenland sei jetzt schon stark belastet durch die vielen Flüchtlinge, die meist in Camps hausten, gibt der Flüchtlingsrat zu bedenken. Dort gebe es keine soziale Versorgung und anders als den Einheimischen hätten Geflüchtete kein privates soziales Netz. Wer keine Familie hat, ist aufgeschmissen , sagt Weber.

De Maizières Vorhaben, Flüchtlinge wieder nach Griechenland zurückzuschicken, stieß vielfach auf Kritik. Schleswig-Holsteins Flüchtlingsbeauftragter Stefan Schmidt, der sich kürzlich auf der griechischen Insel Lesbos informiert hatte, lehnt es ab. Die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl nannte den Plan unverantwortlich.

Wegen Mängeln im griechischen Asylsystem hatte Deutschland Abschiebungen nach Griechenland schon 2011 ausgesetzt. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hatte zuvor eine Abschiebung untersagt

Load-Date: September 6, 2016

Hungerstreik für Einreise; Balkanroute Anrainer weisen Migranten ab. UNHCR: Völkerrecht verletzt

taz, die tageszeitung

Donnerstag 26. November 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 4

Length: 404 words

Byline: Rüdiger Rossig

Highlight: Balkanroute Anrainer weisen Migranten ab. UNHCR: Völkerrecht verletzt

Body

Berlin taz | Etwa 200 Flüchtlinge in Idomeni an der griechisch-mazedonischen Grenze befinden sich seit vergangenem Montag im Hungerstreik. Sie protestieren gegen die Weigerung der mazedonischen Behörden, sie einreisen zu lassen. Einige von ihnen haben sich zudem den Mund zugenäht.

Das berichten übereinstimmend Flüchtlingshilfs-NGOs auf der Internetkarte Refugee Volunteer Map (www.Refugee-Map.com) und das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR). Viele der Protestierenden sind demnach Kurden aus dem Iran, die auf der Balkanroute nach Westeuropa wollen. Andere stammen aus Bangladesch und Pakistan.

Vor einer Woche hatten die ehemals jugoslawischen Republiken Mazedonien, Serbien, Kroatien und Slowenien in seltener Einmütigkeit beschlossen, Migranten, die nicht aus vom Krieg betroffenen Ländern wie Syrien, Afghanistan oder dem Irak kommen, nicht mehr über ihre Grenzen zu lassen. Seitdem stauen sich nicht nur an den griechisch-mazedonischen, sondern auch an den mazedonisch-serbischen, serbisch-kroatischen und kroatisch-slowenischen Grenzübergängen immer mehr Flüchtlinge.

Al-Dschasira Balkan berichtet, die Regierungen der Staaten entlang der Balkanroute seien in der mazedonischen Hauptstadt Skopje von der EU aufgefordert worden, nur noch bestimmte Flüchtlinge durchreisen zu lassen. Ob die Aussage von der Regierung stammt, war bis Redaktionsschluss unklar.

Laut UNHCR warteten in Idomeni gestern bereits 1.000 Menschen auf ihre Weiterreise nach Mazedonien. Aufgrund des schlechten Wetters tagsüber erreichen die Temperaturen im Grenzgebiet 15 Grad, nachts fallen sie auf unter 10 Grad. hält sich die Mehrheit der Flüchtlinge in rund 150 kleinen und ein paar größeren Zelten auf, die Hilfsorganisationen aufgebaut haben. Heizungen gibt es auch in den großen Zelten nicht.

Das UNHCR wirft den Regierungen auf dem Balkan vor, mit ihrer neuen Grenzpolitik das Völkerrecht zu verletzen. Die Beschränkungen sehen insbesondere so aus, dass die Menschen nach der von ihnen angegebenen Staatsbürgerschaft ausgesiebt werden, sagte ein Sprecher der UNHCR-Zentrale in Genf am Dienstag.

Hungerstreik für Einreise Balkanroute Anrainer weisen Migranten ab. UNHCR: Völkerrecht verletzt

Nach der Genfer Konvention, die sowohl alle Balkanstaaten als auch alle EU-Mitgliedsländer unterschrieben haben, habe aber jeder Mensch das Recht, Asyl zu beantragen ungeachtet seiner Nationalität.

Rüdiger Rossig

Flüchtlinge

Union und SPD weiter uneins über politisches Asyl, Balkanstaaten blockieren Durchreise nach Westen, Schweden verschärft Gesetze

Load-Date: November 25, 2015

End of Document

Protest im Camp Moria gegen Abschiebung; Griechenland Vor neuen geplanten Deportationen beklagt UNHCR mangelnde Rechtsstaatlichkeit

taz, die tageszeitung

Donnerstag 07. April 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 10

Length: 352 words

Byline: Theodora Mavropoulos

Highlight: Griechenland Vor neuen geplanten Deportationen beklagt UNHCR mangelnde Rechtsstaatlichkeit

Body

Von der Insel Lesbos Theodora Mavropoulos

Etwa 50 Insassen im **Flüchtlingscamp** Moria, das seit dem EU-Türkei-Beschluss abgeriegelt ist, haben sich am Mittwochmorgen zu einer Demonstration hinter dem Haupteingang des von Polizisten streng bewachten Camps niedergelassen. Sie haben große Angst, die Nächsten zu sein, die abgeschoben werden.

If you deport us we will die (Wenn ihr uns deportiert, sterben wir) steht auf einem der Pappschilder der Demonstranten. Im Sprechchor rufen sie: Nicht zurück in die Türkei bringt uns besser um! Eine Freiwillige spricht kurz durch den Gitterzaun hindurch mit einem der Insassen, Journalisten versuchen Kontakt aufzunehmen alle werden von der griechischen Polizei weggeschickt.

Die UN-Menschenrechtsorganisation UNHCR teilte unterdessen mit, dass bei der Abschiebung rechtliche Fehler unterlaufen sind. Denn jeder Mensch, der in die EU flüchtet, habe das Recht darauf, Asyl zu beantragen. Bis die Kontrollen des Antrags nicht ausgeführt worden sind, dürfen die Menschen nicht ausgewiesen werden, so das Flüchtlingshilfswerk. Das -UNHCR spricht mit den Menschen in den Camps und notiert, wer einen Asylantrag stellen will. 13 der abgeschobenen Menschen wurden jedoch in die Türkei ausgewiesen, ohne dass sie die Chance bekamen, den Asylantrag in Griechenland zu stellen, sagt Katerina Kitidi, Sprecherin des UNHCR. Das sei ein Fehler der Behörden.

Der Anwalt Nikos Chariatelis berät Flüchtlinge und Migranten vor Ort. Es sind für die über 3.000 Flüchtlinge und Migranten nicht genug Mitarbeiter Anwälte, Übersetzer, Sachbearbeiter vor Ort. Damit bleibt die Frage eines rechtsstaatlichen Verfahrens zumindest offen.

Insgesamt wurden bislang 202 Menschen von den Inseln Lesbos und Chios deportiert und von jeweils einem Sicherheitsmann der griechischen Polizei oder der Grenzagentur Frontex begleitet. Die abgeschobenen Menschen stammen hauptsächlich aus Afghanistan und Pakistan. Sie wurden infolge des EU-Türkei-Deals aus Europa

Protest im Camp Moria gegen Abschiebung Griechenland Vor neuen geplanten Deportationen beklagt UNHCR
mangelnde Rechtsstaatlichkeit

abgeschoben. Danach nimmt die Türkei alle Migranten und Flüchtlinge zurück, die nach dem 20. März aus der Türkei in Griechenland ankommen.

Load-Date: April 6, 2016

End of Document

Statt Asyl droht die Auslieferung an Russland; Ukraine Russische Oppositionelle, die ins Nachbarland fliehen, bleiben oft ohne Schutz

taz, die tageszeitung

Dienstag 02. Februar 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 11

Length: 576 words

Byline: Bernhard Clasen

Highlight: Ukraine Russische Oppositionelle, die ins Nachbarland fliehen, bleiben oft ohne Schutz

Body

Aus Kiew Bernhard Clasen

Hört auf meinen Rat, wendet sich der russische **Asylbewerber** Pjotr Ljubtschenko aus dem südukrainischen Odessa an die russische Opposition. Wenn ihr aus Russland rauswollt, kommt auf keinen Fall in die Ukraine. Hier seid ihr nicht sicher.

Ljubtschenko wird in Russland unter anderem vorgeworfen, eine Demonstration für mehr Autonomie im Kuban-Gebiet im russischen Nordkaukasus mitorganisiert zu haben. Seit seiner Flucht aus Russland im Juni 2014 lebt er in der Ukraine. Seine Mitstreiterin, Darja Poljudowa, die in Russland geblieben war, hatte weniger Glück. Sie wurde im Dezember zu zwei Jahren Lager verurteilt.

Nun fürchtet der Psychologe, der in Russland die Maidan-Bewegung unterstützt hatte, eine Auslieferung nach Russland. Die Migrationsbehörden von Odessa hatten seinen Asylantrag abgelehnt. In Russland, einem demokratischen Rechtsstaat, hätte der Kläger keine Gefahren für Leib oder Leben zu befürchten, hatten Mitarbeiterinnen der Migrationsbehörde im Februar 2015 vor Gericht ihren ablehnenden Bescheid begründet. Das Gericht sah dies anders und forderte die Behörde auf, den Asylantrag erneut zu prüfen. Und diese Prüfung zieht sich nun schon fast ein Jahr hin, berichtet Ljub-tschenko der taz. Vor einigen Wochen habe Russland ein Auslieferungsgesuch gestellt. Nun könnte man ihn jederzeit in Auslieferungshaft nehmen.

Ljubtschenko ist nicht der einzige russische Oppositionelle, der in die Ukraine geflohen ist. 2014 hatten 130 russische Staatsbürger Asyl in der Ukraine beantragt, 2015 wurden 86 Asylanträge gestellt. Doch nur insgesamt neun Anträge waren positiv beschieden worden.

Wie dringend Asyl für viele der 143.000 in der Ukraine lebenden russischen Staatsbürger ist, zeigt auch der Fall eines Angestellten der Migrationsbehörde, der einem Kollegen 5.000 Dollar an Bestechungsgeldern bezahlt hatte, damit dieser einen russischen Staatsbürger als Flüchtling anerkennt. Nun drohen dem Beamten acht Jahre Haft wegen Bestechung.

Statt Asyl droht die Auslieferung an Russland Ukraine Russische Oppositionelle, die ins Nachbarland fliehen,
bleiben oft ohne Schutz

Auch Olga Kurnosowa aus St. Petersburg, die auf Aktionen der russischen Opposition immer wieder In Kiew sind unsere Brüder, in Moskau ist die Junta skandiert hatte, weiß nicht, wie es mit ihrem Aufenthaltsstatus weitergehen wird. Nach mehrfachen Besuchen von der Polizei und Hausdurchsuchungen war die Mitbegründerin des Solidaritätskomitees Maidan 2015 nach Kiew geflohen. So wie Ljubtschenko müsse sie sich von ukrainischen Migrationsbeamten sagen lassen, dass Russland ein demokratischer Rechtsstaat sei, so Kurnosowa zur taz.

Das russisch-ukrainische Auslieferungsabkommen ist nach wie vor gültig. Bei einer Auslieferung müssen die Behörden nicht einmal Interpol einschalten sagt Pjotr Ljub-tschenko. Auch die Migrationsbeauftragte der russischen Menschenrechtsorganisation Memorial , Swetlana Gannuschkina, ist besorgt. Die Ukraine habe auch nach dem Sturz von Wiktor Janukowitsch, zwischen März und Dezember 2014, zwanzig Personen an Russland ausgeliefert. Eine Auslieferung nach Russland, so Gannuschkina, wo es keine unabhängigen Gerichte gebe und Folter praktiziert werde, sei eine Verletzung der Genfer Flüchtlingskonvention.

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko, der sich am Montag dieser Woche zu Gesprächen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel in Berlin traf, hatte mehrfach eine Liberalisierung der Asylgesetzgebung für russische Oppositionelle versprochen. Doch derzeit ist nichts dergleichen in Sicht.

In Kiew sind unsere Brüder, in Moskau ist die Junta!

Load-Date: February 1, 2016

Agentur: Abschiebungen unzulässig; Asyl Das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg lehnt Dublin-Abschiebungen nach Ungarn ab

taz, die tageszeitung

Donnerstag 01. Dezember 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 42

Length: 266 words

Highlight: Asyl Das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg lehnt Dublin-Abschiebungen nach Ungarn ab

Body

Das Niedersächsische Oberverwaltungsgericht in Lüneburg hält Abschiebungen von Asylbewerbern nach Ungarn für unzulässig. Das Gericht wies einen Berufungsantrag des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zurück, dass einen Asylbewerber aus dem Kosovo nach dem Dublin-Verfahren nach Ungarn überstellen wollte, wie es am Dienstag mitteilte.

Das Asylverfahren in Ungarn weise systemische Mängel auf, urteilten die Richter. Der Kosovare müsse damit rechnen, dort unmenschlich oder erniedrigend behandelt zu werden (Az.: 8 LB 92/15).

Dem Asylbewerber drohe bei einer Rücküberstellung nach Ungarn eine Haft ohne individualisierte Prüfung von Haftgründen, hieß es. Die Haftbedingungen in den ungarischen Asylhaftanstalten ließen erhebliche Mängel und Missstände erkennen. Es sei auch nicht auszuschließen, dass Dublin-Rückkehrer dort ohne inhaltliche Prüfung ihrer Asylanträge weiter nach Serbien als sicheren Drittstaat abgeschoben würden. Auch dort gebe es kein Asylverfahren, das eine inhaltliche Prüfung der Fluchtgründe garantiere.

Der alleinstehende Kosovare war 2013 über Ungarn nach Deutschland eingereist und hatte hier einen Asylantrag gestellt. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge lehnte den Antrag jedoch ab und ordnete die Abschiebung des Mannes nach Ungarn an – das Land an der EU-Grenze hatte dem bereits zugestimmt. Der Asylbewerber klagte daraufhin vor dem Verwaltungsgericht Hannover und bekam Recht.

Der 8. Senat des Oberverwaltungsgerichts bestätigte die Sicht der hannoverschen Richter. Das Bundesamt kann nun Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig einlegen. (epd)

Load-Date: November 30, 2016

Flüchtlinge als Reservearmee; MIGRATION Die Handelskammer fordert, mehr Flüchtlinge in Arbeit und Ausbildung zu bringen. Damit will sie dem viel beschworenen Fachkräftemangel entgegen wirken

taz, die tageszeitung

Dienstag 08. September 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: HAMBURG AKTUELL; S. 24

Length: 534 words

Highlight: **MIGRATION** Die Handelskammer fordert, mehr **Flüchtlinge** in Arbeit und Ausbildung zu bringen. Damit will sie dem viel beschworenen Fachkräftemangel entgegen wirken

Body

von Stefanie Diemand

Deutschlands Wirtschaft jammert seit Jahren über den Fachkräftemangel. Den Unternehmen fehle es an Arbeitnehmern, Lehrstellen blieben offen. Dass vor unserer Nase junge Menschen nur auf eine Chance warten, hat die Handelskammer jetzt erkannt. Am Montag stellte die Kammer ihr Konzept zur **Flüchtlingsintegration** vor. Es soll dazu beitragen, dass Hamburger Unternehmen vermehrt **Flüchtlinge** und **Migranten** als Arbeitnehmer einstellen und fördern.

Präses Fritz Horst Melsheimer bezeichnet den Flüchtlings-andrang als größte Herausforderung seit der Wiedervereinigung. Er sieht aber auch Chancen, denn die deutsche Wirtschaft sei schon heute und noch mehr in den kommenden Jahren auf Migranten angewiesen.

Für knapp 30 Prozent der Hamburger Unternehmen sei der Fachkräftemangel das größte Geschäftsrisiko der nächsten Jahre. Die Handelskammer warnt davor, dass im Jahr 2020 rund 40.000 Stellen unbesetzt bleiben könnten. Flüchtlinge mit Arbeitsvertrag und besseren Integrationschancen, mehr Fachkräfte für Betriebe – dieses Szenario bezeichnet Melsheimer als Win-win-Situation für alle.

Die Handelskammer will Unternehmen vor und während des Arbeitsverhältnisses mit Hilfseinrichtungen zur Seite stehen. Unter anderem soll ein Leitfaden helfen, Flüchtlinge ins Unternehmen zu integrieren. Denn das Sprachniveau, die fachliche Qualifizierung, aber auch die möglicherweise notwendige psychologische Unterstützung bereiten Managern oft Kopfschmerzen.

Der Leitfaden soll ein erster Wegweiser durch das Dickicht des Asylrechts sein, sagt Präses Fritz Horst Melsheimer. Dadurch soll den Betrieben die wichtigsten Voraussetzungen für eine Anstellung erklärt werden.

Flüchtlinge als Reservearmee MIGRATION Die Handelskammer fordert, mehr Flüchtlinge in Arbeit und Ausbildung zu bringen. Damit will sie dem viel beschworenen Fac....

Im November plant die Kammer einen Marktplatz , auf dem Unternehmen mit arbeitssuchenden Flüchtlingen in Kontakt kommen können. Ehrenamtliche Paten sollen die Integration ins Unternehmen erleichtern. Außerdem will die Kammer Migranten dabei helfen, den Weg in die Selbstständigkeit zu finden.

Die Handelskammer verlangt vom Bund, das Aufenthaltsrecht für Flüchtlinge zu vereinfachen und einstellungswilligen Firmen Planungssicherheit zu geben. Heute noch können Asylbewerber auch nach erfolgreich bestandener Ausbildung und Einarbeitung aus Deutschland abgeschoben werden. Das schreckt viele Firmen davor ab, Flüchtlinge einzustellen. Unternehmen engagieren sich in der Berufsausbildung, um die Fachkräfte von morgen selbst zu qualifizieren , sagt Melsheimer.

Vom rot-grünen Senat verlangte die Kammer eine bessere Koordination der Flüchtlingsinitiativen und -projekte in Hamburg. Nötig sei eine Allianz für Flüchtlinge , bei der unter der Leitung des Ersten Bürgermeisters, unterstützt durch die Handelskammer, die entscheidenden Player in der Stadt an einem gemeinsamen Tisch geholt werden , sagte Melsheimer.

Fachkräftereport

19.000 Fachkräfte fehlen der Hamburger Wirtschaft bisher. Diese Zahl weist der Prognosebericht Fachkräftemonitor der Hamburger Handelskammer aus.

Im Jahr 2020 soll die Fachkräftelücke bei 40.000 Menschen liegen. Im darauffolgenden Jahrzehnt soll es zu einem weiteren Anstieg auf 46.000 Personen kommen.

Derzeit am häufigsten gesucht werden Schifffahrtstechniker, Mechatroniker und Hotelfachangestellte.

Load-Date: September 7, 2015

Gegen die Regeln; ALLEINGANG Obwohl das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge dagegen ist, schiebt der Landkreis Gifhorn eine tschetschenische Familie nach Russland ab und gibt sich unwissend

taz, die tageszeitung

Samstag 12. Dezember 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 54

Length: 293 words

Byline: Katharina Schipkowski

Highlight: ALLEINGANG Obwohl das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge dagegen ist, schiebt der Landkreis Gifhorn eine tschetschenische Familie nach Russland ab und gibt sich unwissend

Body

Entweder keine Ahnung von den Asylgesetzen oder sie bewusst ignoriert: So deutet Sebastian Rose vom niedersächsischen Flüchtlingsrat das Verhalten des Landkreises Gifhorn. Der ließ vergangene Woche eine Familie nach Russland abschieben, obwohl das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) dies zu verhindern versucht hatte. Zudem hatte das Verwaltungsgericht in Braunschweig noch am selben Tag die Abschiebung für rechtswidrig erklärt. Zu spät, behauptet der Gifhorer Oberkreisdirektor Andreas Ebel: Zu dem Zeitpunkt habe man den Vorgang nicht mehr stoppen können.

Ganz unabhängig davon war der Landkreis aber längst nicht mehr zuständig und der Abschiebebescheid nicht mehr gültig. Die tschetschenische Familie war über Polen in den Schengen-Raum eingereist. Gemäß der Dublin-Verordnung sollte sie dorthin wieder abgeschoben werden.

Weil das wegen einer schweren psychischen Krankheit einer Tochter akut nicht möglich war, verstrich die Frist, innerhalb derer die deutschen Behörden die Familie in das Drittland hätten überstellen müssen, also nach Polen. Von da an war Deutschland für das Asylverfahren der Familie zuständig: Dies hatte das BAMF im September dem Kreis mitgeteilt. Der gab sich unwissend: Man habe zwar mitgeteilt bekommen, dass die Frist abgelaufen sei, erklärte er nicht aber, dass damit die Zuständigkeit an das BAMF übergehe.

Das weiß aber jede Ausländerbehörde, sagt Rose. Er spricht von einer bewussten Täuschung der Öffentlichkeit. Der Flüchtlingsrat wirft dem Landkreis Gifhorn eine Verletzung des Völkerrechts sowie deutscher Vorschriften vor. In meiner 30-jährigen beruflichen Laufbahn, sagt Geschäftsführer Kai Weber, ist mir kein vergleichbarer Fall eines solch groben Rechtsbruchs bekannt.

KATHARINA SCHIPKOWSKI

Gegen die Regeln ALLEINGANG Obwohl das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge dagegen ist, schiebt
der Landkreis Gifhorn eine tschetschenische Familie nach Rus....

Load-Date: December 11, 2015

End of Document

Der Weg nach Europa; Griechenland Die meisten Flüchtlinge wollen weiterreisen

taz, die tageszeitung

Donnerstag 13. August 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 4,5

Length: 330 words

Highlight: Griechenland Die meisten Flüchtlinge wollen weiterreisen

Body

BERLIN taz | Flüchtlinge, die die Ägäische Inseln verlassen wollen, müssen sich von der Polizei registrieren lassen. Weil sie illegal ins Land gekommen sind, können sie dabei interniert werden. Die Syriza-Regierung hat die Maximaldauer hierfür von 18 auf 6 Monate gesenkt. Wegen der großen Zahl von Flüchtlingen werden heute jedoch weit weniger Menschen interniert als noch vor einiger Zeit. Griechenland schiebt Migranten aus Konfliktgebieten nicht ab, eine Ausnahme sind Abschiebungen von Irakern in die Türkei.

Die Polizei nimmt den Migranten Fingerabdrücke ab und registriert sie in der EU-Biometriedatenbank Eurodac. Das soll eigentlich sicherstellen, dass sie zurückgeschoben werden können, wenn sie versuchen, in anderen EU-Staaten Asyl zu beantragen. Weil die Lage in Griechenland aber so desolat ist, haben fast alle EU-Staaten nach einschlägigen Gerichtsurteilen Zurückschiebungen nach Griechenland ausgesetzt, Deutschland tat dies 2011. Wer sich von dort hierher illegal durchschlägt, darf Asyl beantragen. Das Dublin-System greift nicht.

Die Polizei händigt den Migranten das Weiße Papier aus: eine Verfügung, nach der sie 30 Tage Zeit haben, Griechenland zu verlassen oder Asyl zu beantragen. Nur dieses Papier berechtigt sie, ein Fährticket nach Athen zu kaufen. Die meisten wandern dann über zwei Routen weiter: Manche versuchen in der Hafenstadt Igoumentisa auf eine Fähre nach Italien zu gelangen. Die Mehrheit wählt die Landroute über Mazedonien oder Albanien nach Ungarn und Österreich.

Im Jahr 2014 sind 24.800 Menschen über Griechenland, Zypern und Bulgarien in die EU gekommen. In der ersten Hälfte dieses Jahres waren es bereits 50.800. Christian Jakob

Flüchtlinge

Jeden Tag aufs Neue kommen Hunderte Flüchtlinge auf der kleinen griechischen Insel Kos an. Sie brauchen Essen, Kleidung, Unterkünfte und eine medizinische Versorgung. Doch Polizei, Behörden und Küstenwache sind maßlos überfordert. Die Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen fordert umgehende Hilfe

Der Weg nach Europa Griechenland Die meisten Flüchtlinge wollen weiterreisen

Load-Date: August 12, 2015

End of Document

Der Chef für Arbeitslose und Flüchtlinge; Asyl Frank-Jürgen Weise übernimmt das Bundesamt für Migration. Er soll rasch handeln

taz, die tageszeitung

Samstag 19. September 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AKTUELLES; S. 6

Length: 515 words

Byline: Barbara Dribbusch, Daniel Bax, Johanna Roth

Highlight: Asyl Frank-Jürgen Weise übernimmt das Bundesamt für Migration. Er soll rasch handeln

Body

Berlin taz | Ein Mann für zwei Behörden: Neuer Leiter des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) wird Frank-Jürgen Weise, bislang schon Chef der Bundesanstalt für Arbeit (BA). Weise soll weiter BA-Chef bleiben, rückt zugleich aber an die Stelle des bisherigen BAMF-Leiters Manfred Schmidt, der am Donnerstag seinen Rücktritt aus persönlichen Gründen erklärt hatte.

Diese Lösung präsentierte Innenminister Thomas de Maizière (CDU) am Freitag. In seiner Doppelfunktion soll Weise einen neuen Arbeitsstab von BA und BAMF leiten, der Ideen zur Beschleunigung der Asylverfahren vorlegen soll und zwar schon bis Donnerstag, wenn im Kanzleramt der Flüchtlingsgipfel tagt. Vorgesehen ist, dass die Vorschläge bei dem Treffen der Ministerpräsidenten mit Bundeskanzlerin Angela Merkel beraten werden. Die BA soll das BAMF mit Personal und bei der Auswahl von Bewerbern unterstützen. Es werde aber kein Mitarbeiter der BA über Asylanträge entscheiden.

Geradezu poetisch als living document bezeichnete ein Sprecher des Bundesinnenministeriums am Freitag den Entwurf eines Gesetzespakets zum Asylrecht, der am Donnerstag öffentlich geworden war. Was er damit sagen wollte: Der Entwurf befindet sich in der Ressort-abstimmung und wird deshalb nicht kommentiert.

Der Entwurf enthält zahlreiche Ideen zur Leistungskürzung. Darunter befindet sich auch der Vorschlag, dass Flüchtlinge, die über EU-Staaten eingereist waren und gemäß der Dublin-Regelung dorthin zurückgeschickt werden, nur Sachleistungen für den Reisebedarf etwa Fahrkarte und Proviant erhalten sollen. Hilfsorganisationen haben das heftig kritisiert.

Viele Details des Dokuments werfen Fragen auf. Zum Beispiel folgender Satz: Die Zuständigkeit für die Anhörung des Ausländers zur Prüfung der Zulässigkeit in Asylverfahren [] kann der Grenzbehörde übertragen werden. Danach könnte künftig schon die Bundespolizei an der Grenze entscheiden, ob für den Antrag ein anderer Staat zuständig ist und der Asylbewerber zurückgeschickt wird. Bislang war das Aufgabe des BAMF. Gleichzeitig kritisiert die Bundesregierung das derzeitige Vorgehen Ungarns, Flüchtlinge an der Grenze abzuweisen, wie

Der Chef für Arbeitslose und Flüchtlinge Asyl Frank-Jürgen Weise übernimmt das Bundesamt für Migration. Er soll rasch handeln

Regierungssprecher Steffen Seibert sagte. Bis zum Bund-Länder-Gipfel im Kanzleramt wird an dem Gesetzentwurf weiter gearbeitet.

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) machte sich am Freitag für die Ausbildung von Flüchtlingen stark. Er wolle sich dafür einsetzen, dass junge Flüchtlinge nach dem Abschluss einer Ausbildung auch bei einem negativen Asylbescheid noch zwei Jahre in Deutschland bleiben und arbeiten könnten. Diese Öffnung sei in der Koalition noch nicht verabredet, er wolle dies aber noch bis zum Flüchtlingsgipfel erreichen, so Gabriel.

Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) betonte am Freitag die Bedeutung des frühen Deutschunterrichts für junge Flüchtlinge: Von ihm hänge ab, ob sie später eine Chance auf eine Ausbildung haben. Da viele Flüchtlinge Smartphones besäßen, werde man versuchen, ihnen bestimmte Apps auf dem Smartphone anzubieten, um das Lernen zu fördern, sagte die Ministerin.

Bax, bd, joro

Load-Date: September 18, 2015

End of Document

**Aus einem Kriminellen wird ein Geflüchteter; StatusWECHSEL
Niedersächsisches Oberverwaltungsgericht verdonnert das Bundesamt für
Migration dazu, einen in der Türkei verfolgten Unterstützer der Kurdischen
Arbeiterpartei als politischen Flüchtling anzuerkennen. Der Mann sollte
eigentlich abgeschoben werden**

taz, die tageszeitung

Dienstag 14. Juni 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 25

Length: 645 words

Byline: Kai von Appen

Highlight: StatusWECHSEL Niedersächsisches Oberverwaltungsgericht verdonnert das Bundesamt für Migration dazu, einen in der Türkei verfolgten Unterstützer der Kurdischen Arbeiterpartei als politischen Flüchtling anzuerkennen. Der Mann sollte eigentlich abgeschoben werden

Body

von Kai von Appen

Dies ist ein Urteil von wohl grundsätzlicher Bedeutung: Einem aus der Türkei geflohenen Kurden, der die Kurdische Arbeiterpartei PKK unterstützte und deswegen in seiner Heimat verfolgt worden ist, muss vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) den Flüchtlingsstatus erhalten. Das hat das Niedersächsische Oberverwaltungsgericht in Lüneburg am Montag entschieden.

Dem Kläger drohen bei einer Rückkehr in die Türkei im Zusammenhang mit dem gegen ihn laufenden Strafverfahren wegen Mitgliedschaft in der PKK schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen, begründeten die Lüneburger Richter ihr Urteil.

Der 30-jährige Kurde hatte an der türkischen Universität in der Stadt Elazığ Wirtschaft studiert und war vor einem Strafgericht im türkischen Malatya wegen zahlreicher Aktivitäten für die PKK und anderer kurdischer Organisationen angeklagt worden, bevor er nach Deutschland fliehen konnte.

Das Bundesamt für Migration lehnte im Januar 2012 seinen Asylantrag als unbegründet ab. Ihm wurde ein Termin für die Ausreise gesetzt, sollte er nicht freiwillig gehen, drohte ihm die Abschiebung. Dagegen klagte er vorm Verwaltungsgericht Hannover. Das wies seine Klage mit der Begründung zurück, dass die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung wie der PKK in der Türkei eine kriminelle Straftat sei. Eine strafrechtliche Verfolgung in der Türkei erfolge daher nicht aus politischen Gründen. Es sei zwar nicht auszuschließen, so die Richter damals, dass der in der Türkei gesuchte Mann nach seiner Rückkehr verhaftet und Folter ausgesetzt werde. Aber nicht

Aus einem Kriminellen wird ein Geflüchteter StatusWECHSEL Niedersächsisches Oberverwaltungsgericht
verdonnert das Bundesamt für Migration dazu, einen in der Tür....

wegen seiner politischen Überzeugung und Volkszugehörigkeit , sondern wegen des eingeleiteten Strafverfahrens wegen terroristischer Aktivitäten für die PKK .

Gegen diese Entscheidung legte der Anwalt des 30-Jährigen, Paulo Dias aus Hannover, Beschwerde ein. Und das Oberverwaltungsgericht entschied nun, dass das Bundesamt für Migration rechtswidrig handele, wenn es dem Kurden die Rechte eines Geflüchteten versage. Das verletze seine Rechte.

Entscheidend sei immer noch die Genfer Konvention von 1951, die auch im heutigen deutschen Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz aus dem Oktober 2015 und dem Gesetz zur Einführung beschleunigter Asylverfahren von 2016 ihren Niederschlag finde. Ein Ausländer sei demnach Flüchtling im Sinne der Genfer Konvention, wenn er sich aus begründeter Furcht vor Verfolgung wegen seiner Rasse, Religion, Nationalität, politischen Überzeugungen oder Zugehörigkeit bestimmter sozialen Gruppen außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit er besitzt und dessen Schutz er nicht in Anspruch nehmen kann , so die Oberverwaltungsrichter. Daran änderten auch die neuen Asylbeschleunigungsgesetze nichts, die die Ausweisung von straffälligen Ausländern erleichtern oder die Flüchtlingsanerkennung straffälliger Asylbewerber ausschließen sollen.

Einer Ausweisung von Personen in die Türkei stehe immer dann etwas entgegen, wenn gegen diese Personen eine verfolgungsrelevante Rückkehrgefährdung bestehe, wie in diesem Fall, oder wenn gegen diese Personen ein Strafverfahren im Herkunftsland mit politischen Hintergrund anhängig sei oder sie in das Visier der türkischen Sicherheitsbehörden geraten seien, weil sie als potentielle Unterstützer der PKK angesehen werden.

Noch immer kommt es zu Folter und Misshandlungen durch staatliche Kräfte, ohne dass es dem türkischen Staat gelungen ist, dies wirksam zu unterbinden , so die Richter. Das Oberverwaltungsgericht sei zu der Überzeugung gelangt, dass der Kläger mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit Misshandlungen oder Folter durch Sicherheitskräfte des türkischen Staates erleiden würde . Für Anwalt Dias ist das Urteil ein Indiz dafür, das selbst das Oberverwaltungsgericht die Situation in der Türkei politisch zugespitzt hält .

Noch immer kommt es zu Folter und Misshandlung durch staatliche Kräfte

Load-Date: June 13, 2016

Vom Überleben in der Grauzone; Niederlande Aktivisten unterstützen seit drei Jahren eine Gruppe abgelehnter Asylbewerber

taz, die tageszeitung

Dienstag 08. September 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: HINTERGRUND; S. II

Length: 606 words

Byline: Tobias Müller

Highlight: Niederlande Aktivisten unterstützen seit drei Jahren eine Gruppe abgelehnter Asylbewerber

Body

Amsterdam taz | Auch im Nichts wird Geburtstag gefeiert. Sogar ziemlich ausgelassen, denn nachdem die Ansprachen derer, die im Nichts und mit Nichts überleben, vorbei sind, wird die Musik laut und Menschen aus Asien, Europa und Afrika stoßen mit Saft und Cola an. An den Wänden hängen die Banner, darauf nicht mehr als jene drei Wörter, die dem Nichts trotzen: Wij Zijn Hier . Auch wenn es dafür keinen offiziellen Status gibt.

Das Nichts ist eine rechtliche Grauzone, in der etwa 100 Migranten in Amsterdam gelandet sind. Abgelehnt als Asylbewerber, weder ein Recht zum Arbeiten noch Zugang zu Leistungen, nicht einmal abgeschoben werden können sie, weil sie keine Dokumente haben oder es im Herkunftsland keine funktionierenden Behörden mehr gibt. Zwischen Schiff und Land , nennt man das auf Niederländisch.

Im September 2012 traten sie erstmals mit einem Zeltlager an die Öffentlichkeit. Im September 2015 begehen Migranten und ihre Unterstützer den dritten Jahrestag. Dazwischen liegt eine unvorstellbare Odyssee durch Amsterdam. Vom Garten der Diakonie ging es in ein Zeltlager am Stadtrand. Den ersten Winter verbrachte man in einer leerstehenden Kirche, die als Vluchtkerk bekannt wurde, fand Unterschlupf in besetzten Bürogebäuden, einer Garage, einer Schule, einem Turm und einem Lagerhaus. Immer war die Lösung vorübergehend, die drohende Räumung wurde zum Normalzustand auch im aktuellen Zufluchtsort in einer früheren Kunstakademie.

Zentrales Motiv der Migranten ist es, die Gruppe zusammenzuhalten nicht nur, um einander stützen zu können, sondern auch, um die Problematik in der Öffentlichkeit wachzuhalten. Dazu war man von Beginn an auf ein Netzwerk von Unterstützern angewiesen, das von Hausbesetzern über No--Border-Aktivisten bis hin zu Privatpersonen reicht: Nachbarn, Handwerker, Publizisten, die bei Aufrufen und Pamphleten helfen, Anwälte, Ärzte und Künstler. Periodisch erfuhr Wij Zijn Hier eine spontane Welle der Hilfsbereitschaft. Um das tägliche (Über-)Leben der Gruppe kümmern sich rund 80 Freiwillige. Sie organisieren Essen, werben um Spenden oder organisieren Busse, die die Matratzen von einem Zufluchtsort zum nächsten bringen. Auch ein Buddy-Netzwerk erhalten sie aufrecht, das jedem Migranten einen Freiwilligen zur Seite stellt, um eine neue Asylprozedur in Gang zu bringen oder einen geeigneten Anwalt zu finden.

Vom Überleben in der Grauzone Niederlande Aktivisten unterstützen seit drei Jahren eine Gruppe abgelehnter Asylbewerber

Eine andere Art der Unterstützung leistet die Stiftung Here to Support . Sie will die Migranten und ihr Anliegen in der Öffentlichkeit noch sichtbarer machen. Dazu bedient sie sich Kunstprojekten oder einer We Are Here Academy , wo professionelle Dozenten unentgeltlich Seminare veranstalten. Diese behandeln niederländische Politik, emanzipatorische Bewegungen und Asylrecht. Es geht darum, dass sich Migranten ihrer Situation bewusst werden, und sie darin zu bestärken , erklärt eine Aktivistin. Diese Gruppe von Flüchtlingen hat keinen Zugang zu Bildung, Arbeit oder Essen, und wenn sie in der Öffentlichkeit ein Camp veranstalten, werden sie geräumt. Dabei muss dieser Protest gerade sichtbar gemacht werden. TOBIAS MÜLLER

Asyl in den Niederlanden

Zuständig für die Asylprozedur und Aufenthaltstitel von Migranten ist der Immigrations- und Naturalisierungsdienst (IND). Seit der Reform der Ausländergesetzgebung von 2000/2001 sind die früheren unterschiedlichen Aufenthaltskategorien für Flüchtlinge zusammengefasst als Befristete Genehmigung Asyl . Nach fünf Jahren kann diese unbefristet erteilt werden. Zusätzlich kann für Menschen aus Kriegsgebieten mit einem einjährigen Moratorium eine Art Schutzfrist beschlossen werden, bevor über ihren Status entschieden wird. (tm)

Load-Date: September 7, 2015

**Kraft der Migration ; BUCHVORSTELLUNG Christian Jakob erklärt, wie
Flüchtlinge Deutschland seit 20 Jahren verändern**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 01. September 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BREMEN AKTUELL; S. 45

Length: 450 words

Highlight: BUCHVORSTELLUNG Christian Jakob erklärt, wie Flüchtlinge Deutschland seit 20 Jahren verändern

Body

heute in Bremen

taz: Christian, vor genau einem Jahr erklärte Merkel: Wir schaffen das . Markiert dies einen wirklichen Richtungswechsel in der deutschen Migrationspolitik?

Christian Jakob: Ja, aber es ist ein ambivalentes Bild. Deutschland hat die Grenzen nicht von sich aufgemacht: Es war eine Reaktion, die von den Flüchtlingen erzwungen wurde, die nicht akzeptiert haben, dass ihnen der Weg verschlossen bleibt. Was danach passiert ist, geht in zwei Richtungen: Es entstand eine regelrechte Integrationsindustrie, mit Förderprogrammen und vielen guten Dingen, die aber nur für einen Teil der Flüchtlinge gedacht sind. Gleichzeitig kam es zu einer wahnsinnigen Verschärfung des Asylrechts. Für sehr viele Flüchtlinge ist es schlechter geworden.

In deinem neuen Buch zeichnest du die Veränderung nach, die Flüchtlingsbewegungen erreicht haben. Was ist davon geblieben?

Der Sozialleistungssatz ist mit dem von Deutschen gleichgesetzt, es gibt eine Begrenzung des Arbeitsverbotes und die Residenzpflicht ist relativ stark eingeschränkt. Es sind Verbesserungen, die in den zwei Jahrzehnten davor erstritten wurden. Und auch den Schub an Willkommenskultur, die von der Zivilgesellschaft getragen wurde, hätte es ohne die lange und stabile Netzwerk-Bewegung nicht gegeben. Die ist von den Flüchtlingen ausgegangen.

Ist Deutschland auf dem Weg zur Einwanderungsgesellschaft?

Eine Einwanderungsgesellschaft war es die ganzen Jahre schon. Aber heute streitet es niemand mehr ab. Beim Bosnien-Krieg war noch die Haltung: Die Flüchtlinge sind da, aber nur so lange bis der Krieg vorbei ist. Es hat lange gedauert, bis diese Realitätsverleugnung aufgehört hat.

Ist es ein Problem, wenn mangels Einwanderungsgesetz die Nützlichkeit als Kriterium mit den Asylgesetzen verquickt wird?

Kraft der Migration BUCHVORSTELLUNG Christian Jakob erklärt, wie Flüchtlinge Deutschland seit 20 Jahren verändern

Ja. Andererseits hatten früher viele Leute Asylgründe, aber dennoch keinen Zugang zum Arbeitsmarkt. Nicht für alle kommen die Kriterien eines Einwanderungsgesetzes in Frage. Umgekehrt haben wir einen Zustand, bei dem der europäische Arbeitsmarkt nach außen verschlossen ist und es eine versteckte Arbeitsmigration gibt. Ein geregelter Zugang wäre von Vorteil. Auch die CDU hält trotz des hohen Zuzugs an einem Einwanderungsgesetz fest. Es hat sich ein Pragmatismus durchgesetzt, der die normative Kraft der Migration nicht ignoriert. Man hat sich davon verabschiedet, dass Deutschland eine geschlossene Veranstaltung ist keine Selbstverständlichkeit.

Interview: jpb

20 Uhr, Sozialer Friedensdienst Bremen, Dammweg 18 Christian Jakob: Die Bleibenden. Wie Flüchtlinge Deutschland seit 20 Jahren verändern , Chr. Links Verlag 2016

Christian Jakob

37, taz-Redakteur, früher in Bremen, heute weltweit für Reportage und Recherche unterwegs.

Load-Date: August 31, 2016

End of Document

Von Lesbos in die Türkei; Europa Griechenland schiebt 124 Migranten, darunter viele Pakistaner, auf das türkische Festland ab

taz, die tageszeitung

Samstag 09. April 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AKTUELLES; S. 4

Length: 574 words

Byline: Theodora Mavropoulos

Body

Europa Griechenland schiebt 124 Migranten, darunter viele Pakistaner, auf das türkische Festland ab

Aus Athen Theodora Mavropoulos

Vier Tage nach den ersten Abschiebungen sind am Freitag weitere Migranten von den griechischen Inseln Lesbos, Kos und Samos in die Türkei verbracht worden. Die Abschiebungen sind Teil der Vereinbarung zwischen der EU und der Türkei: Alle Migranten, die seit dem 20. März in Griechenland ankommen, sollen in die Türkei zurückgebracht werden. Nur Asylsuchende, die beweisen können, dass sie in der Türkei verfolgt werden, sind davon ausgenommen.

Um etwa 8.30 Uhr Ortszeit verließ das erste Schiff mit 45 Menschen den Hafen von -Mytilini auf der Insel Lesbos. Zuvor versuchten drei AktivistInnen, die sich mit etwa 30 Protestierenden am Hafen versammelt hatten, das Schiff an der Abfahrt zu hindern. Sie sprangen ins Wasser und hielten sich an der Ankerkette fest. Sie wurden von der griechischen Wasserschutzpolizei festgenommen.

Gegen 10 Uhr wurden weitere 79 Menschen auf einem zweiten Schiff in die Türkei abgeschoben. Sie wurden zuvor von den Inseln Kos und Samos nach Lesbos gebracht, um von dort aus in den türkischen Hafen von Dikili deportiert zu werden. Von den insgesamt 124 Abgeschobenen stammen 111 aus Pakistan, zwei aus Bangladesch, vier aus dem Irak, weitere vier aus Indien, einer aus Marokko, einer aus Ägypten und ein weiterer aus Palästina.

Die Menschen aus Lesbos, die ausschließlich aus Pakistan stammten, waren über ihre Rechte informiert und hätten einen Asylantrag stellen können, sagte Boris Cheshirkov, Sprecher der UN-Hilfsorganisation UNHCR auf Lesbos. Sie hätten keinen Asylantrag stellen wollen, weil sie sich keine Chancen einräumten, den notwendigen Flüchtlingsstatus auch zu bekommen. Das gelte auch für die Personen, die aus Chios und Kos kamen, so das griechische Staatsfernsehen ERT. Jeder Mensch, der in die EU gelangt, hat das Recht, einen Asylantrag zu stellen, der dann geprüft werden muss. Bei den ersten Abschiebungen am Montag wurde 13 Menschen dieses Recht verwehrt. Sie hätten der UNHCR zuvor mitgeteilt, einen Antrag stellen zu wollen, so Cheshirkov. UNHCR-MitarbeiterInnen in der Türkei seien mit den 13 Pakistanern in Kontakt.

Von Lesbos in die Türkei Europa Griechenland schiebt 124 Migranten, darunter viele Pakistaner, auf das türkische Festland ab

Die Situation der Flüchtlinge auf den griechischen Inseln wird immer angespannter. Auf der Insel Chios warfen in der Nacht zu Freitag Rechtsextreme Feuerwerkskörper auf Migranten. Auf Lesbos ist das für 1.500 Menschen bestimmte Flüchtlingscamp mit mehr als 3.000 Menschen überfüllt.

Der Flüchtlingsstrom sei im Vergleich zum Vormonat zwar stark zurückgegangen, teilte der Krisenstab der griechischen Regierung zur Flüchtlingskrise mit. Doch trotz der Abschiebungen kommen immer noch Boote auf den Inseln an bis zum -frühen Freitagmorgen wurden 149 Neuankömmlinge gezählt.

Abschiebung nach Tunesien

Flug in die Heimat: Erstmals ist ein zwischen der deutschen und der tunesischen Regierung verabredetes erleichtertes Abschiebeverfahren angewendet worden. Mit einer Chartermaschine wurden am Donnerstag vom Flughafen Leipzig/Halle aus 24 ausreisepflichtige Tunesier zurück in ihr Heimatland gebracht. Die meisten Abgeschobenen waren laut sächsischem Innenministerium in Deutschland straffällig geworden.

Wenige Rückkehrer: Im vergangenen Jahr waren rund 26.000 Menschen aus dem Maghreb registriert worden. Die Zahl der Ausreisepflichtigen lag Ende Dezember bei über 6.100. Abgeschoben wurden 2015 aber nur 135 Marokkaner, Algerier und Tunesier. (dpa)

Load-Date: April 8, 2016

End of Document

Scharfe Warnungen aus Brüssel; EU Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos legt vor EU-Gipfel Richtlinien in der Flüchtlingspolitik dar. Kaum ein Staat wird verschont. Restriktionen gegen Flüchtlinge

taz, die tageszeitung

Donnerstag 11. Februar 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 10

Length: 464 words

Byline: Eric Bonse

Highlight: EU Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos legt vor EU-Gipfel Richtlinien in der Flüchtlingspolitik dar. Kaum ein Staat wird verschont. Restriktionen gegen Flüchtlinge

Body

Aus Brüssel Eric Bonse

Nichts funktioniert, aber alles wird gut, wenn die EU-Staaten endlich mitspielen. Mit dieser widersprüchlichen Botschaft versuchte die EU-Kommission am Mittwoch, neuen Schwung in die bisher weitgehend gescheiterte europäische Flüchtlingspolitik zu bringen.

Eine Woche vor dem EU-Gipfel in Brüssel, bei dem die Flüchtlingskrise erneut im Mittelpunkt stehen dürfte, nahm Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos vor allem Griechenland und die Türkei in die Pflicht. Aber auch an die Flüchtlinge ging eine ungewöhnlich scharfe Warnung.

In der EU ankommende Menschen müssen wissen, dass sie Hilfe bekommen, sagte er. Aber sie haben nicht das Recht, sich ein Land auszusuchen. Dass Asylbewerber in Griechenland und auf dem Balkan durchgewunken werden und nach Deutschland reisen, werde nicht mehr geduldet.

Damit reagiert Avramopoulos offenbar auf Druck aus Berlin, wo Kanzlerin Angela Merkel nichts unversucht lässt, um den Flüchtlingsstrom rechtzeitig vor den Landtagswahlen im März zu begrenzen. Bei einer Reise in die Türkei hatte sie sogar einen Nato-Einsatz gefordert.

Davon hält Avramopoulos zwar nichts. Die EU müsse ihre Außengrenze in der Ägäis schon selbst sichern, sagte der frühere griechische Verteidigungsminister. Zugleich kündigte der Kommissar aber eine Reihe von Maßnahmen an, die den Zustrom aus Griechenland stoppen sollen.

Dazu gehören die Hotspots, die nun in kürzester Zeit hochgezogen werden sollen. Bei den vier geplanten neuen Zentren gehe es nicht nur um die lückenlose Erfassung und erkennungsdienstliche Behandlung der Flüchtlinge, sondern auch um Abschiebung, betont Avramopoulos.

Scharfe Warnungen aus Brüssel EU Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos legt vor EU-Gipfel Richtlinien in der Flüchtlingspolitik dar. Kaum ein Staat wird ver....

Bisher seien nur 16.000 von 800.000 Flüchtlingen abgeschoben worden, stellt die Kommission in einem Zwischenbericht fest. Dies sei unzureichend . Unbefriedigend sei auch, dass Griechenland nicht mehr am Dublin-System teilnimmt. Das müsse sich rasch ändern, denn Dublin ist nicht tot , so der Kommissar.

Auch dies ist eine massive Verschärfung. Denn das Dublin-III-Abkommen sieht vor, dass Asylanträge in dem Land bearbeitet werden müssen, in dem Flüchtlinge ankommen. Griechenland dürfte die Bewerber also nicht mehr nach Deutschland schicken und das, obwohl die EU-Kommission für März eine Reform von Dublin angekündigt hat.

Athen sitzt in der Falle denn noch während die EU-Kommission ihre neuen Pläne vorstellte, schufen andere Staaten schon Fakten. Gestern zog mazedonisches Militär weitere Zäune an der Grenze hoch. Auch Österreich und Ungarn wollen dabei helfen, die Grenze dicht zu machen und die Balkanroute zu schließen. Weiter nördlich begann Mazedonien mit Vorbereitungen für die Rückführung abgelehnter Migranten. Die ersten Wohncontainer wurden an der Grenze zu Serbien errichtet.

Sie haben nicht das Recht, sich ein Land auszusuchen

Load-Date: February 10, 2016

End of Document

Solidarität mit Geflüchteten; MIGRATION Rund 2.000 Menschen gingen am Samstag friedlich auf die Straße, um gegen die Verschärfung des Asylrechts zu demonstrieren

taz, die tageszeitung

Montag 05. Oktober 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BREMEN AKTUELL; S. 29

Length: 317 words

Highlight: MIGRATION Rund 2.000 Menschen gingen am Samstag friedlich auf die Straße, um gegen die Verschärfung des Asylrechts zu demonstrieren

Body

Rund 2.000 Menschen haben am Samstag in Bremen gegen die Verschärfung des Asylrechts und für Solidarität mit Flüchtlingen demonstriert. Zur Demo Refugees Welcome Gegen Rassismus und Abschottungspolitik hatte ein Aktionsbündnis aus politischen Initiativen, FlüchtlingsaktivistInnen und Geflüchteten aufgerufen, da-runter die Flüchtlingsinitiative Bremen sowie Vertreter von Linkspartei und der Asta der Uni Bremen.

Kritisiert wurde neben der europäischen Abschottungspolitik die Verschärfung des Asylrechts, nach der Albanien, Kosovo und Montenegro als weitere sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden sollen, die Verlängerung der Aufenthaltsdauer in Erstaufnahmestellen von drei auf sechs Monate und die Kürzung von Leistungen für Geflüchtete. Die geplanten Maßnahmen bezeichnete Gundula Oerter von der Flüchtlingsinitiative Bremen als umfassendes Entrechtungsprogramm für schutzsuchende Menschen .

Das Aktionsbündnis forderte die Beschlagnahme von leerstehenden Häusern wie das Beluga-Hochhaus, um Wohnraum für Flüchtlinge zu schaffen. Rund 1.000 von ihnen leben in Bremen momentan in Zelten. Ein 17-Jähriger aus Sierra Leone berichtete von den Zuständen in der Zeltunterkunft auf der Werderinsel, wo sich 70 Menschen zwei Toiletten teilen mussten. Zu den Gründen für die unwürdige Unterbringung verwiesen viele Beiträge auf den verfehlten Sozialen Wohnungsbau in der Stadt.

Auch der repressive Umgang insbesondere mit minderjährigen Geflüchteten war Thema der Redebeiträge. Das Bremer Jugendamt, so der Vorwurf, erkläre immer mehr Minderjährige per Altersfestsetzung für volljährig mit dem Ziel, Jugendhilfemaßnahmen abzulehnen.

Die Polizei zog nach der Demo, die vom Viertel über den Hauptbahnhof zum Theater führte, eine positive Bilanz. Die Veranstaltung sei friedlich, die Zusammenarbeit mit den Organisatoren gut verlaufen. SCHN

Umfassendes Entrechtungsprogramm für schutzsuchende Menschen

Solidarität mit Geflüchteten MIGRATION Rund 2.000 Menschen gingen am Samstag friedlich auf die Straße, um gegen die Verschärfung des Asylrechts zu demonstrieren

Load-Date: October 4, 2015

End of Document

Das Bleiberecht erkämpft ; debatte Christian Jakob erklärt, wie die Flüchtlinge Wegbereiter der Willkommenskultur wurden

taz, die tageszeitung

Donnerstag 09. Juni 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: HAMBURG AKTUELL; S. 44

Length: 375 words

Highlight: debatte Christian Jakob erklärt, wie die **Flüchtlinge** Wegbereiter der Willkommenskultur wurden

Body

taz: Christian, welche Entwicklung stellst du in deinem Buch dar?

Christian Jakob: Die Entwicklung von Deutschland zu einem Einwanderungsland wird dargestellt. Das wurde durch die **Migranten** und **Flüchtlinge** begünstigt, die nicht akzeptiert haben, hier nicht erwünscht zu sein. Sie sind geblieben und haben ihr Recht eingefordert und den Prozess vorangetrieben.

Inwiefern haben sich Zivilgesellschaft und staatliche Institutionen seit dem Asylkompromiss der 1990er-Jahre verändert?

Erst mal handeln die Medien anders: In den 90ern waren die eher kontra Einwanderung. Heute begünstigen sie den Prozess. Die Gesetze von damals sind gekippt und neue eingeführt worden, die es Migranten einfacher machen, zu bleiben.

Und auch die Einstellung der Bevölkerung hat sich geändert?

Ja, definitiv. Der ganze Hype um das Thema Refugees Welcome ist ein eindeutiges Indiz dafür. Die Welle der Solidarität zeigt, dass Migranten in unserem Land willkommen sind. Auch die rassistischen Übergriffe rufen heute Solidarität mit Flüchtlingen hervor, anders als in den 90er-Jahren.

Aber mittlerweile erreicht eine durchaus rassistische Partei breite Zustimmung!

Die AfD ist eine Folge dieses Prozesses. In meinem Buch stelle ich dar, was diesen Prozess begünstigt hat, und auch, wie sich die Flüchtlinge, die keinen legalen Weg hatten, um nach Deutschland zu kommen, ihr Bleiberecht erkämpft haben.

Was sind deiner Meinung nach die positiven Auswirkungen der Flüchtlinge auf Deutschland?

Die Abkehr von der geschlossenen Nationalität und die erzwungene Diversität, die mehr und mehr Akzeptanz findet.

Das Bleiberecht erkämpft debatte Christian Jakob erklärt, wie die Flüchtlinge Wegbereiter der Willkommenskultur wurden

Hättest du dir mehr von der Politik erhofft, wenn du sagst, dass die Flüchtlinge selbst die Willkommenskultur machen?

Das, was im Laufe der Jahre passiert ist, konnte nur geschehen, weil die Migranten und Flüchtlinge sich dies erzwungen haben. Es wäre schöner gewesen, wenn dies ohne diese Kämpfe um das Recht hätte geschehen können.

interview: Jenny Häusler

Christian Jakob: Die Bleibenden. Wie Flüchtlinge Deutschland seit 20 Jahren verändern , Chr. Links Verlag 2016, 256 S., 18 Euro (E-Book 9,99 Euro)

Buchvorstellung und Gespräch: 20 Uhr, Buchladen Osterstraße

Christian Jakob

36, Soziologe, taz-Redakteur, früher in Bremen, heute weltweit für Reportage und Recherche unterwegs.

Load-Date: June 8, 2016

Zum Anstand entschlossen; Schweden Das skandinavische Land nimmt pro Einwohner so viele Flüchtlinge auf wie kein anderes Land. Doch die Kapazitäten gehen zur Neige. Die Rechtspopulisten haben immer noch hohe Zustimmungswerte. Doch noch überwiegt die Willkommenskultur

taz, die tageszeitung

Mittwoch 04. November 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 3

Length: 1074 words

Byline: Reinhard Wolff

Highlight: Schweden Das skandinavische Land nimmt pro Einwohner so viele **Flüchtlinge** auf wie kein anderes Land. Doch die Kapazitäten gehen zur Neige. Die Rechtspopulisten haben immer noch hohe Zustimmungswerte. Doch noch überwiegt die Willkommenskultur

Body

Aus Stockholm Reinhard Wolff

Die Sofas im Aufenthaltsraum stammen aus den 70ern, die Schlafräume bestehen aus zwei oder vier doppelstöckigen Betten, einem Tisch und Stühlen. Dazu gibt es Gemeinschaftsduschen. Das Camp, das mit seinen falunroten Holzhäusern am Waldrand liegt, wurde in den letzten Jahren nur noch selten von Sportvereinen oder Pfandfindern für ihre Sommerlager genutzt. Am Donnerstag zogen hier die ersten von 56 **Flüchtlingen** ein. Es ist ihre erste Unterkunft im neuen Land.

Das liegt natürlich etwas isoliert, gibt Fedja Serhatlic, kommunaler **Flüchtlingskoordinator**, zu: Zwei Kilometer bis zu einer Bushaltestelle, zehn bis zum nächsten Dorfladen und 30 nach Linköping, der nächstgelegenen Stadt. Nicht ideal. Aber man hat Mobiltelefon-deckung und drahtloses Internet ist installiert.

Schweden mobilisiert derzeit die letzten Reserven. Der Einwanderungsbehörde Migrationsverket sind die Unterbringungskapazitäten ausgegangen. Mitte Oktober hatte sie an alle Kommunen appelliert, ihre Evakuierungsplätze zur Verfügung zu stellen: Notunterkünfte, die man überall im Land für den Fall von Naturkatastrophen bereit hält. Fast alle Gemeinden haben umgehend positiv reagiert. Und falls das nicht reichen sollte, sind schon Zeltlager und eine Nutzung militärischer Schutzräume geplant.

Wir helfen, wenn die Not groß ist, hatte Schwedens Ministerpräsident Stefan Löfven als Redner bei einer antirassistischen Demonstration in Stockholm versichert. Das war Anfang September, als täglich Hunderte neuer Flüchtlinge ins Land kamen. Als Neonazis sich zu den ersten Brandanschlägen auf Asylunterkünfte bekannten und

Zum Anstand entschlossen Schweden Das skandinavische Land nimmt pro Einwohner so viele Flüchtlinge auf wie kein anderes Land. Doch die Kapazitäten gehen zur Nei....

als die Zustimmungswerte der rechtspopulistischen Schwedendemokraten nach oben schnellten. In Umfragen platzierten sie sich mit 23 Prozentpunkten als zweitstärkste Partei.

Mittlerweile kommen täglich Tausende über die Grenze und die Prognose für dieses Jahr wurde auf bis zu 190.000 Asylsuchende darunter über 30.000 allein reisende Kinder mehr als verdoppelt. Auf deutsche Bevölkerungsverhältnisse umgerechnet wären das 1,6 Millionen.

In meinem Europa baut man keine Mauern hatte Ministerpräsident Löfven im September verkündet. Sieben Wochen später verständigte sich seine rot-grüne Regierung mit den liberalen und konservativen Oppositionsparteien auf praktische und rechtliche Verschärfungen. Sie zielen darauf ab, Schweden weniger attraktiv für Asylsuchende zu machen. Vor allem wird es für syrische Flüchtlinge nur noch eine auf drei Jahre befristete Aufenthaltserlaubnis geben. Familien mit Kindern und allein reisende Kinder sollen aber auch weiterhin ein permanentes Bleiberecht erhalten.

Mit Ausnahme der Schwedendemokraten sind sich alle Parlamentsparteien nach wie vor einig, dass das Land an seiner humanen Flüchtlingspolitik festhalten soll: Schweden soll anständig bleiben und nicht zu einem zweiten Dänemark werden. Das Nachbarland, das es mit seiner Abschottungslinie geschafft hat, dass mit 9.800 Asylsuchenden in den ersten 9 Monaten dieses Jahres weniger kamen, als nach Schweden derzeit pro Woche, ist Vorbild der Rechtspopulisten. Sie faseln von der größten Katastrophe in der schwedischen Geschichte der Neuzeit, wollen die Grenzen dicht machen notfalls höchstpersönlich und per Zeitungsannoncen in der Türkei, dem Libanon und Jordanien ihr alternatives Schwedenbild vermitteln: Dass Asylsuchende in Schweden nur Zelte, Kälte, Schnee und keine Hilfe erwartet, so die migrationspolitische Sprecherin Paula Bieler.

Selbst wenn laut Umfragen ein Fünftel der SchwedInnen offenbar Sympathien für die Schwedendemokraten und solche Rezepte zeigt: Parallel zum steigenden Flüchtlingsstrom sind die Zustimmungswerte für die Rechtsaußenpartei in den letzten beiden Monaten erstmals seit einem Jahr gesunken. Was im übrigen einer ähnlichen Tendenz bei ihren Schwesterparteien in den anderen nordischen Ländern entspricht. Sie haben an Schwung verloren, weil sie von der Wirklichkeit überholt wurden, sagt Daniel Poohl, Chefredakteur der antirassistischen Zeitschrift Expo: Die Flüchtlinge sind da und davor kann man eben nicht einfach die Augen verschließen. Der Zustrom sei durch Maßnahmen, die eine Mehrheit der SchwedInnen akzeptieren würde anständig eben nicht zu stoppen. Auch wenn sich Brandanschläge auf geplante Asylunterkünfte in den letzten Tagen so gehäuft haben, dass das Migrationsverket deren Standorte nun vor Eröffnung nicht mehr öffentlich bekannt gibt.

In den vergangenen Jahren hat Schweden im Vergleich zur Bevölkerung soviel Flüchtlinge aufgenommen, wie kein anderes EU-Land. Doch Stockholm stand auch immer uneingeschränkt hinter der restriktiven EU-Politik der geschlossenen Außengrenzen, die Tausenden Menschen das Leben kostete und wurde aufgrund der Behandlung von Asylsuchenden wiederholt wegen Verstößen gegen die Menschenrechtskonvention gerügt und verurteilt.

Wie an vielen anderen Orten im Land wird im kleinen Dorf Malexander gerade die dort 2005 geschlossene Schule als vorläufige Flüchtlingsunterkunft hergerichtet. Die Einwohnerzahl des idyllisch am Sommen-See gelegenen aber seit Jahren von Abwanderung geprägten Ortes wird in der ersten Novemberwoche von 245 auf 313 steigen. Wir heißen die Flüchtlinge willkommen, schreibt der Dorfgemeinschaftsverein auf seiner Internetseite und kündigt an: Wir werden alle zusammen helfen! Kleidung wurde gesammelt, Sprachkurse vorbereitet und man hat sich -Gedanken über Freizeitaktivitäten und praktische Unterstützung für die neuen DorfbewohnerInnen gemacht. Die syrischen Familien mit ihren Kindern versprechen in den außerhalb der sommerlichen Touristensaison recht stillen Ort etwas mehr Leben zu bringen. Und vielleicht auch wirtschaftliche Stimulanz: Für den kleinen Laden an der Tankstelle wird es sich womöglich lohnen, in den Wintermonaten wieder zu öffnen.

Asylsuchende erwartet in Schweden nur Zelte, Kälte, Schnee und keine Hilfe

Aufnahmeland

Zum Anstand entschlossen Schweden Das skandinavische Land nimmt pro Einwohner so viele Flüchtlinge auf wie kein anderes Land. Doch die Kapazitäten gehen zur Nei....

Schweden stößt an seine Grenzen, doch die Rechten verlieren an Zuspruch. In den Niederlanden ist die Stimmung aggressiv

Asylanträge 2015

Deutschland: In den ersten neun Monaten stellten 303.443 Asylsuchende hier Erstanträge.

Schweden: Im gleichen Zeitraum baten 73.083 Menschen in Schweden um Aufnahme. Davon rund 51.000 Männer, 21.600 Frauen und fast 28.000 unbegleitete Kinder.

Niederlande: An die 50.000 Asylbewerber wurden bisher hier registriert. Ende Oktober sanken die Zahlen von 700 Neuankömmlingen täglich auf etwa 300. Quellen: BamF, Migrationsverket

Load-Date: November 3, 2015

End of Document

Asyl: Behörde will schneller entscheiden; EILE Die Verfahren sollen zukünftig innerhalb von 48 Stunden abgewickelt werden. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zentralisiert deshalb die Vorgänge in so genannten Ankunftscentren. In Schleswig-Holstein sollen im Mai zwei davon eröffnen

taz, die tageszeitung

Donnerstag 17. März 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 41

Length: 733 words

Byline: Katharina Schipkowski

Highlight: EILE Die Verfahren sollen zukünftig innerhalb von 48 Stunden abgewickelt werden. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zentralisiert deshalb die Vorgänge in so genannten Ankunftscentren. In Schleswig-Holstein sollen im Mai zwei davon eröffnen

Body

von Katharina Schipkowski

Wenn von Ankunftscentren oder Einreisezentren die Rede ist, könnte das erstmal positiv klingen für Geflüchtete, die sich in Deutschland eine neue Existenz aufbauen wollen. Was sich dahinter verbirgt, ist allerdings nicht immer in ihrem Sinne. 20 neue Ankunftscentren plant das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im Laufe des Jahres 2016 einzurichten, wie der Chef des Bundesamtes Frank-Jürgen Weise im Februar verkündet hatte. Zwei davon sollen nun im Mai in Schleswig-Holstein in Betrieb gehen: eines in Neumünster, das andere in Glückstadt.

An beiden Standorten befinden sich bereits Erstaufnahmen, die jetzt schnell zu Aufnahmezentren umfunktioniert werden sollen. In Rendsburg soll möglicherweise noch ein Drittes entstehen, wie der Sprecher des schleswig-holsteinischen Innenministeriums Patrick Tiede sagte.

Mit den Ankunftscentren will das BAMF Asylverfahren deutlich beschleunigen – sie sollen möglichst innerhalb von 48 Stunden abgewickelt werden. Zentral dabei ist die sofortige Einteilung der Ankommenden nach sicheren und unsicheren Herkunftsländern. Geflüchtete, deren Herkunftsländer als sicher gelten, sollen die Zentren bis zu ihrer Abschiebung gar nicht mehr verlassen, sondern in Wartezonen auf ihre Abschiebung warten, wie das BAMF erklärte. Bis zu zehn Tage solle es hingegen bei den Fällen dauern, bei denen eine gute oder eine schlechte Bleibeperspektive nicht so eindeutig zu bestimmen ist.

Asyl: Behörde will schneller entscheiden EILE Die Verfahren sollen zukünftig innerhalb von 48 Stunden abgewickelt werden. Das Bundesamt für Migration und Flücht....

Der Vorteil der Zentren liege vor allem darin, dass das ganze Asylverfahren unter einem Dach stattfinden und keine weiteren Behördengänge mehr vonnöten seien auch eine Unterkunft mit Essensausgabe sei jedem Zentrum angegliedert, sowie Räume für die medizinische Versorgung, eine Kleiderkammer und die Finanzstelle, wo Flüchtlinge, die nicht direkt abgeschoben werden, Geld bekommen.

Das schleswig-holsteinische Innenministerium zeigte sich selbst überrascht angesichts der Kürze der Fristen innerhalb derer die Asylverfahren künftig über die Bühne gehen sollen. Zwar sind die Pläne des BAMF nicht neu; die Details über die geplante Inbetriebnahme im Mai und die vorgesehene Bearbeitungsdauer innerhalb von 48 Stunden waren aber erst am Freitag vergangener Woche bekannt geworden. Darüber hinaus seien noch viele Fragen offen, sagte Ministeriumssprecher Tiede. Unklar sei zum Beispiel, welche Konsequenzen für die Finanzierung von anderen Unterkünften und die Unterbringung von Flüchtlingen dort entstünden und was mit den bereits bestehenden Erstaufnahmen geschehe.

Der stellvertretende Landesbeauftragte Schleswig-Holsteins für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen Torsten Döhring bewertet die Pläne des BAMF als problematisch. Eine Privilegierung einzelner Gruppen, wie möglicherweise durch Ankunftscentren vorgesehen, lehne ich strikt ab, sagte er der taz. Alle Asylsuchenden sollten das gleiche Verfahren durchlaufen, um festzustellen, ob ihnen ein Flüchtlingsstatus oder subsidiärer Schutz gewährt werden könne dass das innerhalb von 48 Stunden möglich sei, bezweifelte er. Zudem wies Döhring darauf hin, dass es so schnell kaum möglich sein werde, die Geflüchteten über ihre Rechte und Möglichkeiten innerhalb des Asylverfahrens zu informieren.

Auf die Frage, wie das BAMF sicherstellen wolle, dass die einzelnen Fälle trotz der Schnellverfahren gründlich geprüft würden, sagte dessen Sprecherin Kira Gehrman, dass die komplexeren Fälle nicht innerhalb von 48 Stunden entschieden würden, sondern an eine Außenstelle des BAMF gingen. Zudem wolle das Bundesamt die Anzahl seiner MitarbeiterInnen bis Mitte des Jahres fast verdoppeln von 4.300 auf 7.300 Angestellte.

Noch in diesem Jahr soll in jedem Bundesland mindestens ein Aufnahmezentrum entstehen. In Hamburg ist die Inbetriebnahme für Ende Mai geplant, nachdem das Zentrum zum eigentlichen Termin Mitte Dezember und auch zum zweiten Termin Ende Februar nicht fertig geworden war.

Schnell rein und schnell raus

Die Ankunfts-, Einreise- oder Registrierzentren sollen der Beschleunigung von Asylverfahren dienen.

Das Asylverfahren soll künftig in einer Einrichtung abgewickelt werden und zwar schnell.

Bisher gibt es diese Zentren in Nostorf-Horst und Stern-Buchholz, in Bad Fallingb., in Halberstadt sowie in Heidelberg, Leipzig, Dresden, Trier und Lebach im Saarland.

Bis Ende 2016 will das Bundesamt für Migration in jedem Bundesland mindestens eine solche Einrichtung haben.

Load-Date: March 16, 2016

Die dritte Tür; FLÜCHTLINGE Die Zugänge zum Arbeitsmarkt müssen flexibler werden. Das wollen auch die Unternehmen, doch die Bürokratie hinkt noch hinterher

taz, die tageszeitung

Dienstag 07. Juli 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 11

Length: 1070 words

Byline: Barbara Dribbusch

Highlight: **FLÜCHTLINGE** Die Zugänge zum Arbeitsmarkt müssen flexibler werden. Das wollen auch die Unternehmen, doch die Bürokratie hinkt noch hinterher

Body

Es klang traurig, als es um die Jobmarktpformance dieser Zuwanderer ging. Sie gelinge diesen Leuten weniger gut, hieß es in einer Studie. Die Arbeitslosigkeit sei hoch, die Erwerbstätigkeit gering. Das war vor fast zehn Jahren. Doch das Blatt hat sich gewendet für die Spätaussiedler. Jetzt ist diese Gruppe in hohem Maße auf dem deutschen Arbeitsmarkt aktiv, heißt es in einem Forschungsbericht des Bundesamtes für **Migration** und **Flüchtlinge**.

Das Beispiel der deutschstämmigen Aussiedler aus Osteuropa zeigt: Integration braucht Zeit. Das gilt erst recht, wenn Zugewanderte außereuropäische **Flüchtlinge** sind, die berufliche Abschlüsse haben, welche hier erst mal nicht verwertbar sind, die zu lange in Heimen leben müssen und daher sehr viel weniger Chancen haben, die deutsche Umgangssprache so schnell zu lernen wie die Russlanddeutschen vor einigen Jahren.

Die Fachkräftelücke

Laut einem Bericht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) sind Einwanderer, die in den vergangenen 20 Jahren als Asylbewerber nach Deutschland kamen und jetzt einen politischen Schutzstatus haben oder durch Heirat oder sonst wie einen Weg zum Hierbleiben fanden, zu 55 Prozent erwerbstätig.

Das ist zwar ein geringerer Prozentsatz als die Deutschen, von denen drei Viertel arbeiten, aber immerhin. Insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass sich die Asylbewerber und Flüchtlinge erst schrittweise, das heißt mittel- und langfristig, in den Arbeitsmarkt integrieren, sagt IAB-Migrationsexperte Herbert Brücker.

Das heißt aber auch, dass man nicht erwarten sollte, Flüchtlinge könnten mal eben irgendeine Fachkräftelücke in Deutschland füllen. Gerade diejenigen, die aus Staaten mit Krieg und Bürgerkrieg oder gewaltsamer politischer Verfolgung kommen, also Afrika, dem Nahen und Mittleren Osten, sind häufig schwerer zu integrieren in den

Die dritte Tür FLÜCHTLINGE Die Zugänge zum Arbeitsmarkt müssen flexibler werden. Das wollen auch die Unternehmen, doch die Bürokratie hinkt noch hinterher

deutschen Arbeitsmarkt, wie die Beschäftigungsstatistik zeigt. Dies liegt an fehlenden oder unpassenden Berufsabschlüssen, an mangelnden Sprachkenntnissen oder auch an der Traumatisierung durch Gewalterfahrungen.

Migranten aus den Ländern des Westbalkans hingegen, etwa Serben und Mazedonier, haben sehr viel höhere Beschäftigungsquoten in Deutschland. Oftmals hatten sie aufgrund der Gast-arbeitergeschichte schon einen Bezug zu Deutschland. Asylbegehren von Leuten aus dem Westbalkan, die ein Drittel aller Anträge ausmachen, werden zu Recht meist abgelehnt, weil in diesen Ländern zwar die Diskriminierung von Minderheiten und Armut herrscht, aber kein Krieg oder eine vergleichbare gewaltsame Verfolgung. Ohne Differenzierung geht es nicht, das wird immer die hässliche Seite jeder Migrations-politik bleiben.

Leichter die Spur wechseln

Dennoch muss es mehr Zugänge nach Deutschland geben. Es ist richtig, dass in dem gerade verabschiedeten Gesetz zum Bleiberecht Migranten mit Duldung, die schon viele Jahre hier leben und erwerbstätig sind, eine Aufenthaltserlaubnis bekommen. Junge Flüchtlinge mit Duldung, die eine Berufsausbildung begonnen haben, sind künftig etwas besser vor Abschiebung geschützt, allerdings ist die Altershöchstgrenze von 21 Jahren im neuen Gesetz viel zu niedrig. Es muss leichter werden, die Spur zu wechseln, also jenseits der bisherigen legalen Arbeitsmigration oder eines Schutzstatus im Asylverfahren durch eine dritte Tür über eine Duldung zur Aufenthaltserlaubnis zu kommen, wenn eine Ausbildungsmöglichkeit oder ein Job gefunden sind.

Genau diese Verbesserungen möchten auch die Betriebe, etwa im Handwerk, die sich für ihre Auszubildenden, die als Flüchtlinge kamen, eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis wünschen. So weit geht das neue Bleiberecht aber nicht. Dass die ersten Verbesserungen nun auch noch in einem Gesetzespaket stehen, das gleichzeitig die Abschiebung von Flüchtlingen mit schlechter Bleibeperspektive erleichtert, ist politisch besonders perfide.

Mehr als 80 Prozent der Flüchtlinge, die über das Mittelmeer kommen, stammen aus Ländern mit starker oder sehr starker politischer Verfolgung, heißt es in dem IAB-Bericht. Wenn man die Integration ernsthaft vorantreiben will, ist klar, dass Flüchtlinge aus Eritrea, Syrien und anderen Staaten, die höchstwahrscheinlich einen Schutzstatus bekommen, erheblich mehr Jobförderung erhalten müssen als bisher. Nicht nur die Flüchtlinge müssen sich dem hiesigen Arbeitsmarkt, auch die Jobvermittlung sollte sich den Flüchtlingen anpassen: Die Mitarbeiter in den Jobcentern sollten wenigstens genug Englisch können, um sich mit den Migranten zu verständigen. Das ist bisher nicht der Fall.

Unternehmen haben Interesse an den Migranten, auch an denjenigen, die keine mit dem hiesigen System vergleichbaren Berufsabschlüsse vorweisen können. Für sie wären niedrigschwelligere Angebote zur Qualifikationsfeststellung angebracht, sagt Brücker. Denn der Weg über eine mehrjährige Berufsausbildung im deutschen dualen System kann steinig sein.

Early Intervention

In einem Zwischenbericht des IAB zum Projekt der frühzeitigen Arbeitsmarktintegration, Early Intervention weisen die Autoren daraufhin, dass mangelnde Deutschkenntnisse eines der größten Hindernisse seien bei der Integration, auch weil es oft an der alltäglichen Sprachpraxis fehlt. Man stelle sich vor, man würde als deutscher Flüchtling in ein arabisches Land kommen, ohne die geringsten Kenntnisse in arabischer Sprache und Schrift, ohne Kontakt zur arabisch sprechenden Bevölkerung, kaserniert in einem Heim, und sollte dann durch ein paar Stunden Sprachkurs pro Tag nach einem Jahr so weit sein, einem arabischen Berufsschulunterricht in Sprache und Schrift zu folgen und auf dem Jobmarkt konkurrenzfähig zu sein. Es wäre sehr schwer.

Mitunter hilft Qualifikation dabei wenig. Bei den Spätaussiedlern hatten manche Akademiker sogar besonders hohe Arbeitslosenquoten.

Die dritte Tür FLÜCHTLINGE Die Zugänge zum Arbeitsmarkt müssen flexibler werden. Das wollen auch die Unternehmen, doch die Bürokratie hinkt noch hinterher

Drei Millionen Spätaussiedler wurden integriert. Mit 400.000 Asylanträgen rechnen die Städte und Gemeinden in diesem Jahr, so viel gab es schon mal Anfang der 90er Jahre. 4,3 Millionen Hartz-IV-Empfänger leben hier und die Wirtschaft in Deutschland boomt. Man braucht Geduld. Ein Grund zur Panikmache besteht nicht.

BARBARA DRIBBUSCH

Flüchtlinge werden nicht mal eben die Fachkräftelücke füllen können. Das ist unrealistisch

Barbara Dribbusch

ist Redakteurin für Sozial- und Gesellschaftspolitik im Inlandsressort der taz. Ihre Schwerpunkte sind unter anderem Gerechtigkeitsfragen, Arbeitswelt und die Auswirkung der Ökonomie auf Lebensformen und Biografien.

Load-Date: July 6, 2015

End of Document

Zeit für einen Schulterschluss ; ASYL Die Bundesregierung will die Flüchtlingsfrage anpacken: Milliarden sollen investiert und Erstaufnahmestellen ausgebaut werden. Flüchtlingen vom Balkan droht sie mit harter Kante

taz, die tageszeitung

Donnerstag 20. August 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 3

Length: 638 words

Byline: Anja Maier

Highlight: ASYL Die Bundesregierung will die Flüchtlingsfrage anpacken: Milliarden sollen investiert und Erstaufnahmestellen ausgebaut werden. Flüchtlingen vom Balkan droht sie mit harter Kante

Body

Aus Berlin Konrad Litschko

Mit staatstragender Mine tritt Thomas de Maizière am Mittwochabend vor die Presse. Jetzt ist die Zeit für einen gemeinsamen Schulterschluss, sagt der Innenminister. Es ist die Zeit, neue Wege zu gehen. Es ist die Zeit für pragmatische Lösungen.

Es ist ein Weckruf. Kurz zuvor hatte das Bundesamt für Migration eine neue Prognose verschickt: Dort rechnet man nun mit bis zu 800.000 Flüchtlingen in diesem Jahr. Es wäre ein einsamer Rekord. Noch zu Jahresbeginn war das Amt von 300.000 ausgegangen. Mit der neuen Prognose würde die bisherige Spitzenzahl nach der Wende 438.191 Asylanträge im Jahr 1992 weit übertroffen.

Wir müssen diese Herausforderung gemeinsam annehmen und werden sie meistern, sagt de Maizière. Die Botschaft ist klar: Die Flüchtlingsfrage wird jetzt oberste Staatsaufgabe. Auch Vizkanzler Sigmar Gabriel (SPD) sieht inzwischen eine Herausforderung, die unser Land verändern wird. Ab Montag wird nun ein Koordinierungsstab zwischen Bund, Ländern und Kommunen die Flüchtlingsversorgung steuern. Dazu kündigt de Maizière ein ganzes Maßnahmenpaket an.

Vorderstes Ziel sei es, die Erstaufnahmestellen auszubauen. Der Bund sieht einen Bedarf von bis zu 150.000 Plätzen, bisher gibt es 45.000. Bauvorschriften wie Brand- oder Emissionsschutz müssten gelockert werden, um Immobilien schnell als Unterkünfte nutzen zu können. Das Migrationsbundesamt wird vier Entscheidungszentren bauen in Nürnberg, Mannheim, Berlin und Unna. Dort sollen in einem halben Jahr 200.000 Anträge abgearbeitet werden. Mehrere Länder holen Beamte aus dem Ruhestand, um das Bundesamt zu unterstützen.

Zeit für einen Schulterschluss ASYL Die Bundesregierung will die Flüchtlingsfrage anpacken: Milliarden sollen investiert und Erstaufnahmestellen ausgebaut werden....

Laut Gabriel sind 3 Milliarden Euro allein für die Kommunen nötig, um Flüchtlinge zu versorgen. Bisher steuert der Bund 1 Milliarde Euro bei.

De Maizière sagte, der dramatische Anstieg der Flüchtlingszahlen sei unvorhersehbar gewesen. Deutschland müsse sich aber auf einige Jahre auf dieses Niveau einstellen. Die Konflikte im Nahen Osten und Nordafrika seien ungelöst, die Lage in Griechenland habe sich drastisch verschärft.

Zuletzt zählte die Polizei allein in Bayern, Endpunkt der Balkan-Route aus der Türkei, fast 7.000 neue Flüchtlinge täglich. Noch im Juni waren es einige Hundert pro Tag. Das Bundesamt kommt mit der Registrierung nicht mehr hinterher. Inzwischen dauert es mehrere Wochen, bis Neuankömmlinge ihren Asylantrag stellen können. So wurden im Juli 37.531 Anträge gestellt eingereist waren aber fast 83.000 Flüchtlinge. Seit Jahresbeginn wurden fast 310.000 Einreisende erfasst. Nur 218.221 konnten bisher einen Antrag stellen.

Die Regierung will nun stärker differenzieren: schneller Schutz für Bürgerkriegsflüchtlinge, harte Kante gegen Balkan-Einreisende. Bereits jetzt müssen Bewerber aus Syrien, dem Irak oder Eritrea nur noch Fragebögen einreichen, Anhörungen entfallen. Flüchtlinge vom Balkan, die zu 99 Prozent abgelehnt werden, sollen dagegen in den Erstaufnahmestellen verbleiben und möglichst Sachleistungen statt Taschengeld erhalten. Abschiebungen sollen auch im Winter stattfinden, Albanien, Kosovo und Montenegro sollen sichere Herkunftsstaaten werden. 70 bis 90 Prozent aller Balkan-Flüchtlinge kämen derzeit nach Deutschland. Das sei inakzeptabel, so de Maizière.

Die Balkan-Pläne dürften auf Widerstand stoßen. Die Linke warnt vor verfassungswidrigen Einschnitten; die Grünen sperren sich dagegen, dass mehr Staaten als sicher deklariert werden. Und den Taschengeldvorstoß nennt selbst Familienministerin Manuela Schwesig (SPD) enttäuschend, da dieser Fremdenfeindlichkeit schüren könne. De Maizière hält dagegen: Die Zeit für gegenseitige Schuldzuweisungen ist vorbei.

Diese Aufgabe wird unser Land verändern

Flucht in Europa

Das Bundesamt für Migration rechnet dieses Jahr mit 800.000 Flüchtlingen. Das wäre ein neuer Rekord. Wie reagiert die Politik?

Load-Date: August 19, 2015

Zwischen den Interessen zerrieben; kommentar von Daniel Bax zum Rücktritt des Chefs der Migrationsbehörde

taz, die tageszeitung

Freitag 18. September 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SEITE 1; S. 1

Length: 437 words

Byline: Daniel Bax

Body

kommentar von Daniel Bax zum Rücktritt des Chefs der Migrationsbehörde

Ausgerechnet in dem Augenblick, in dem seine Behörde so im Zentrum der Aufmerksamkeit steht wie noch nie in ihrer Geschichte, wirft ihr Chef das Handtuch. Auch wenn dafür persönliche Gründe vorgeschoben werden der Rücktritt von Manfred Schmidt, dem Leiter des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge mit Hauptsitz in Nürnberg, wirft ein Schlaglicht darauf, dass dort etwas Grundsätzliches im Argen liegt. Der Mann mit dem Allerweltsnamen war bisher nur wenigen ein Begriff. Er ist ein Bauernopfer, sagt die Opposition. Und dafür spricht vieles.

Es knirscht in der Großen Koalition. Die setzen auf Abschottung und mehr Restriktionen, die anderen wollen an humanitären Standards festhalten und das Asylrecht nicht weiter einschränken. Dazwischen versucht nicht nur die Kanzlerin die richtige Balance zu finden. Einfach ist das nicht. Den einen zu hart, den anderen zu weich: Ihr wichtigster Behördenchef in Sachen Asyl und Flüchtlinge ist zwischen den divergierenden Anforderungen jetzt zerrieben worden.

Zuletzt war seine Behörde von zwei Seiten unter Druck geraten. Seitens der SPD warf man ihrem Chef vor, sich zu sehr zum Sprachrohr von Innenminister de Maizière (CDU) gemacht zu haben, indem er sich dessen Forderungen zu eigen machte und sie in Interviews vertrat und seien sie noch so populistisch, wie etwa de Maizières Vorschlag, Flüchtlingen das Taschengeld zu kürzen. In der CSU nimmt man der Behörde dagegen übel, syrische Asylbewerber, die über Ungarn nach Deutschland gekommen waren, nicht mehr nach Ungarn zurückzuschicken und diese Entscheidung auch noch per Tweet verbreitet zu haben. Dass sich derweil bei den Asyl-Entscheidern die Akten stapelten, weil nicht rechtzeitig genug Personal eingestellt worden war, bot allen einen willkommenen Anlass, seine Abberufung zu verlangen.

Die Verantwortung für den Engpass bei der Behörde trägt aber nicht nur ihr Chef, sondern auch dessen Vorgesetzter, Innenminister de Maizière. Er hätte längst dafür sorgen müssen, dass die Behörde personell angemessen aufgestellt wird, um ihre Aufgaben zu bewältigen so war es schließlich schon im Koalitionsvertrag vereinbart. Der neue Behördenchef wird nun den Turbo einlegen müssen, damit es künftig nicht mehr so lange

Zwischen den Interessen zerrieben kommentar von Daniel Bax zum Rücktritt des Chefs der Migrationsbehörde

dauert, bis die Asylanträge bearbeitet werden. Das Problem, die widerstreitenden Interessen in Einklang zu bringen, kann er nicht lösen. Das kann nur die Kanzlerin, sie hat die Richtli-nienkompetenz. Sie sollte ihren Innenminister abberufen, der viel zu oft das Lied der CSU singt, und ihn durch einen loyaleren Kandidaten ersetzen.

Load-Date: September 17, 2015

End of Document

Heute Mali und morgen ganz Afrika?; FLUCHT Rücknahmeabkommen der EU mit Mali soll Abschiebungen von Flüchtlingen erleichtern und zum Vorbild für weitere Länder dienen

taz, die tageszeitung

Dienstag 13. Dezember 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 11

Length: 611 words

Byline: Eric Bonse

Highlight: FLUCHT Rücknahmeabkommen der EU mit Mali soll Abschiebungen von **Flüchtlingen** erleichtern und zum Vorbild für weitere Länder dienen

Body

Aus Brüssel Eric Bonse

Die EU macht Ernst mit der Abschottung gegen **Flüchtlinge** aus Afrika. Das erste Abkommen zur Rückführung unerwünschter **Migranten** ist am Sonntag mit Mali geschlossen worden. Außerdem sei eine massive Aufstockung der Hilfe für Niger geplant, sagte Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier am Montag beim Treffen der EU-Außenminister in Brüssel.

Wir steigen ganz intensiv in Niger ein, erklärte der SPD-Politiker. Der französischsprachige Staat am Südrand der Sahara sei das wichtigste Transitland für Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa. Deutschland wolle sich in Niger nicht nur für die Rücknahme von Flüchtlingen, sondern auch für mehr Regierungsverantwortung und Bildung für Frauen einsetzen.

Als größter Erfolg der neuen EU-Afrika-Politik gilt allerdings nicht Niger, sondern Mali. Dort sind die Europäer bereits seit drei Jahren am Kampf gegen islamistischen Terror beteiligt. Nun soll sich das bettelarme Land mit einer Migrationspartnerschaft revanchieren. Eine entsprechende Erklärung unterschrieb der niederländische Außenminister Bert Koenders am Sonntag in Bamako.

Koenders war im Auftrag der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini nach Mali gereist. Die EU plant bereits seit ihrem Sondergipfel in Maltas Hauptstadt Valletta vor einem Jahr, Migration und Flucht aus Afrika massiv einzudämmen. Neben Mali sollen auch Niger, Nigeria, Äthiopien und Senegal sogenannte Migrationspartnerschaften unterzeichnen und ihre Bürger zurücknehmen. Deutschland würde gerne noch mehr Länder einbeziehen. Vor allem Ägypten gilt als Wunschkandidat. Doch dagegen gibt es in Brüssel massive Bedenken, schließlich ist Ägypten eine Militärdiktatur. Und so beschränkten sich die Außenminister gestern zunächst darauf, das brandneue Pionierabkommen mit Mali zu feiern.

Heute Mali und morgen ganz Afrika? FLUCHT Rücknahmeabkommen der EU mit Mali soll Abschiebungen von Flüchtlingen erleichtern und zum Vorbild für weitere Länder

Nur durch diese Art von Kooperation können wir das Problem der Migration an der Wurzel packen , sagte Koenders. Ziel des neuartigen Abkommens sei es, in Europa abgelehnte Asylbewerber schneller in ihre Heimat zurückzubringen, aber auch bessere Lebensperspektiven in Mali selbst zu schaffen. Außerdem gehe es um den Kampf gegen Menschenschmuggel und Schlepperbanden.

Die EU wolle sicherstellen, dass die Menschen nicht auf dem Weg nach Libyen und Algerien sterben , betonte Koenders. Allerdings scheint fraglich, ob die dafür vorgesehenen Finanzhilfen reichen. Berichten zufolge will die EU Mali rund 145 Millionen Euro zur Finanzierung von neun Projekten bereitstellen.

Weitere Hilfen und Programme könnten beim EU-Gipfel am Donnerstag beschlossen werden. Dort steht die Migrationskontrolle in Afrika ganz oben auf der Tagesordnung. Neben den anvisierten fünf afrikanischen Pilotprojekten könnten weitere Pakte oder andere Formen der Zusammenarbeit in Betracht gezogen werden , heißt es im Gipfelentwurf, der der taz vorliegt. Der Europäische Rat werde die Fortschritte bei der Eindämmung der Flüchtlingsströme und der Steigerung der Rückkehrquoten weiterhin genau verfolgen .

Besondere Sorge macht den 28 Staats- und Regierungschefs dabei offenbar Libyen. Man müsse die libysche Küstenwache stärker unterstützen, heißt es in dem Entwurf. Es gehe darum, den Verlust von Menschenleben auf See zu verhindern und das Geschäftsmodell der Schmuggler zu zerschlagen .Insgesamt starben seit Jahresbeginn bis 7. Dezember nach Zählung der Internationalen Organisation für Migration (IOM) 4.715 Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa im Mittelmeer ein neuer Negativrekord. Dabei hatten Kanzlerin Angela Merkel und die EU-Chefs einen Rückgang der Opferzahlen versprochen, als sie Ende 2015 auf eine härtere Flüchtlingspolitik einschwenkten.

Das Problem der Migration an der Wurzel packen

Load-Date: December 12, 2016

**AK Asyl muss draußen bleiben; MIGRATION Die Göttinger
Ausländerbehörde verweigert Flüchtlingen das Recht, bei einem Termin
einen Beistand und Dolmetscher des AK Asyl mitzubringen. Klage beim
Verwaltungsgericht eingereicht**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 25. März 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 21

Length: 688 words

Byline: KAI VON APPEN

Highlight: **MIGRATION** Die Göttinger Ausländerbehörde verweigert **Flüchtlingen** das Recht, bei einem Termin einen Beistand und Dolmetscher des AK **Asyl** mitzubringen. Klage beim Verwaltungsgericht eingereicht

Body

VON KAI VON APPEN

Das deutsche Verwaltungsverfahrensgesetz sieht es ausdrücklich vor. Und in der Regel sind Sachbearbeiter einer Behörde froh, wenn **Flüchtlinge** ohne gute Deutschkenntnisse einen Beistand und sogar eine Dolmetscherin zum Behördentermin mitbringen. Die Leitung der Göttinger Ausländerbehörde sieht das offenkundig anders: Als **Asylbewerber** Okono John* am Montag einer Vorladung der Ausländerbehörde Folge leistete, schickte der Sachbearbeiter Johns Beistand und die Dolmetscherin wieder vor die Tür. Begründung: Sie seien Aktivisten des Arbeitskreises (AK) **Asyl** in Göttingen. Nun beschäftigt der Vorgang das Verwaltungsgericht Göttingen.

Der 26-jährige Okono John ist aus der Elfenbeinküste geflohen und lebt in Göttingen. Aktuell prüft das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge seinen Antrag auf Asyl. Für Montag hatte ihn die Göttinger Ausländerbehörde vorgeladen. Dort erschien er in Begleitung einer Dolmetscherin für Französisch und mit einem Mitglied des AK Asyl.

In der Vergangenheit hatte es immer wieder Kritik des AK Asyl an der Stadt Göttingen gegeben, dass es aus Mangel an Dolmetschern bei der Verlängerung der Duldungen zu Verspätungen gekommen sei, weil wichtige behördliche Informationen weiterhin ausschließlich auf Deutsch kundgetan wurden.

Deshalb sind die Mitglieder des AK Asyl dazu übergegangen, Flüchtlinge bei der Verlängerung ihrer Duldung zu begleiten. Der Konflikt hat sich dann eine Zeit lang aufgebauscht, sagt ein Sprecher des AK Asyl. Als Ende Februar gleich mehrere Flüchtlinge sich ihre Duldungs-Verlängerung in Begleitung abholen wollten, wurden der Zutritt verwehrt.

AK Asyl muss draußen bleiben MIGRATION Die Göttinger Ausländerbehörde verweigert Flüchtlingen das Recht, bei einem Termin einen Beistand und Dolmetscher des AK

Wir wurden weggeschickt und die Duldungen der Betroffenen auf dem Flur einfach eingesammelt und ihnen gesagt, sie sollen einen Termin ausmachen , sagt der AK Asyl-Sprecher. Falls sie von der Polizei ohne Duldungspapiere aufgriffen würden, so der Hinweis an die Flüchtlinge, solle die Polizei in der Ausländerbehörde anrufen.

Diese Praxis setzte sich in den vergangenen Wochen fort. Lediglich in Einzelfällen wurde ein Dolmetscher zugelassen. Anfangs wurde das Zutrittsverbot verklausuliert mit Sicherheitsbedenken begründet. Das ist natürlich Quatsch, die haben einen eigenen Sicherheitsdienst im Haus , sagt der AK Asyl-Sprecher. Vielmehr habe sich die Behörde geärgert, dass Informationen an die Öffentlichkeit gelangten oder Ressentiments, wie: wer nicht deutsch kann, hat eben Pech gehabt , bekannt wurden. Zuletzt wurde offen eingeräumt, dass man Mitglieder des AK Asyl nicht mehr dulde. Einer Dolmetscherin sei dem AK Asyl zugeordnet worden, nur weil sie nachgefragt habe.

Mit dem Konflikt zwischen dem AK Asyl und der Ausländerbehörde der Stadt Göttingen um den Umgang mit geflüchteten Menschen muss sich nun das Verwaltungsgericht Göttingen beschäftigen , sagt der Göttinger Anwalt Sven Adam, der Dienstag für Okono John Klage eingereicht hat.

Der auch in Niedersachsen anwendbare Paragraf 14 des Verwaltungsverfahrensgesetzes erlaube es, zu den Terminen bei Behörden einen Beistand mitzunehmen, sagt Adam. Ich kann mir nicht vorstellen, dass diese Regelung bei der Stadt unbekannt ist. Es könne zwar tatsächlich Gründe geben, konkrete Personen als Beistände abzulehnen. Kritik an der Behörde oder die Mitgliedschaft in einem Arbeitskreis gehören aber nicht dazu , sagt Adam.

Der Stadt Göttingen ist die Klage zwar noch nicht bekannt, gibt aber den Schwarzen Peter schon jetzt zurück. Es habe in der Vergangenheit mehrfach unerfreuliche Erfahrungen gegeben, wenn der AK Asyl mit mehreren Mitgliedern einen Klienten begleiten und sich dabei mit massivem Körpereinsatz Zugang zu Büros verschaffen wollte, sagt Göttingens Pressesprecher Detlef Johannson. Das können und werden wir im Interesse unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht zulassen.

Es gebe von der Stadt ein Gesprächsangebot, wie eine angemessene Begleitung von Flüchtlingen durch den AK Asyl aussehen könnte. Es gibt überhaupt keine Bedenken, wenn sich Klienten unserer Ausländerbehörde durch Personen ihres Vertrauens begleiten lassen , beteuert Stadtsprecher Johannson. Im Gegenteil: Das hilft uns bei unserer Arbeit.

*Name geändert

Load-Date: March 24, 2015

Scholz steht allein da; MIGRATION Die Unterstützung für die migrationspolitischen Ideen von Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) hält sich in Grenzen. Noch mehr Länder als sicher zu erklären ist für die anderen SPD-Regierungschefs im Norden keine Lösung

taz, die tageszeitung

Freitag 24. Juli 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 25

Length: 661 words

Byline: Jean-Philipp Baeck

Highlight: **MIGRATION** Die Unterstützung für die **migrationspolitischen** Ideen von Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) hält sich in Grenzen. Noch mehr Länder als sicher zu erklären ist für die anderen SPD-Regierungschefs im Norden keine Lösung

Body

von Jean-Philipp Baeck

Ist das Leben im Kosovo sicher? In der SPD im Norden ist man sich da nicht einig. Sowohl Bremens neuer Bürgermeister Carsten Sieling (SPD), wie auch Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Thorsten Albig (SPD) wiesen die Idee zurück, die Liste der sicheren Herkunftsstaaten zu erweitern. Auch Niedersachsens Ministerpräsident Stefan Weil (SPD) hält das Instrument für überschätzt.

Entbrannt war die migrationspolitische Debatte über Flüchtlinge aus den westlichen Balkanstaaten, nachdem Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) unter anderem in einem Interview mit dem Hamburger Abendblatt andeutete, auch Albanien und das Kosovo zu sicheren Herkunftsstaaten erklären zu wollen eine Idee, die zuletzt aus der bayerischen CSU kam. Ebenfalls ins Spiel gebracht hatte Scholz den Vorschlag, man können an das Anwerbeabkommen anknüpfen, das es in den 1970er Jahren mit Jugoslawien gab. Dies könnte viele abhalten, den Weg über das Asyl zu gehen, so Scholz.

Im Herbst 2014 wurden bereits Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als sichere Herkunftsstaaten eingestuft. In dem entsprechenden Gesetzentwurf stand, dass es überwiegend Angehörige der Roma-Minderheit sind, die aus diesen Ländern fliehen. Es stand auch drin, dass sie durchaus unter Diskriminierung zu leiden hätten. Dennoch sollten mit der Regelung die Zahlen der AsylbewerberInnen reduziert werden. Seitdem sind die Zugangszahlen aus Serbien und Bosnien allerdings nur wenig zurückgegangen, aus Mazedonien sogar angestiegen.

Scholz steht allein da MIGRATION Die Unterstützung für die migrationspolitischen Ideen von Hamburgs
Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) hält sich in Grenzen . Noch

Laut Flüchtlingsrat in Schleswig-Holstein kaschiere der Sammelbegriff Flüchtlinge vom Balkan , dass es sich mehrheitlich um Roma handelt. Der Geschäftsführer des Flüchtlingsrats forderte die Kieler Landesregierung auf, sich nicht vor den Karren derjenigen spannen zu lassen , die Staaten wie Kosovo, Albanien und Montenegro als sichere Herkunftsstaaten einstufen wollten.

Tatsächlich erklärte Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Torsten Albig (SPD), die Diskussion über sichere Herkunftsstaaten gehe am Kern des Problems vorbei. Wer allerdings keinen Anspruch auf Asyl habe, müsse so schnell wie möglich wieder in seine Heimat da gibt es gar keinen Dissens , sagte Albig. Entscheidend sei, dass schneller über Asylansprüche entschieden werde.

Ähnlich äußerte sich Niedersachsens Ministerpräsident Stefan Weil (SPD). Er hält die Bedeutung der sicheren Herkunftsländer für wesentlich überschätzt , erklärte er der taz. Asylverfahren müssten durch eine bessere Ausstattung des Bundesamtes für Migration verkürzt werden. Bevor das nicht gelungen ist, halte ich Überlegungen für eine legale Zuwanderung zwar für sympathisch aber nicht für umsetzbar , sagte Weil zu Scholz Vorschlag eines neuen Anwerbeabkommens. Die schwierige Situation der Roma werde dabei auch von den Verwaltungsgerichten berücksichtigt, die dennoch in 99 Prozent der Fälle ablehnen , sagte Weil. Für ihn sei entscheidend, dass die EU die Balkanstaaten mit Milliardenbeträgen unterstützt. Sie muss dann aber auch dafür sorgen, dass die Situation ganzer Volksgruppen erträglicher wird .

Bremens neuer Bürgermeister Carsten Sieling (SPD) kritisierte, die ganze Debatte werde dem Problem nicht gerecht. Die Äußerungen, ob aus Bayern oder von Herrn Scholz, nehmen eine bestimmte Stimmung auf , sagte sein Sprecher, aber in Bremen habe wir eine andere Praxis. Er verwies auf einen Beschluss der Bremischen Bürgerschaft aus dem Jahr 2010, in dem der Senat aufgefordert wird, Roma nicht in den Kosovo abzuschieben.

Und was sagen Hamburgs Grüne zum Vorstoß ihres Koalitionspartners Scholz? Eine Freizügigkeitsregelung sei eine hilfreiche Idee , erklärte deren flüchtlingspolitische Sprecherin Antje Möller. Die ethnische Diskriminierung der Roma und die Verbesserung ihrer Situation müssten allerdings Teil der politischen Diskussion sein, wenn man versucht, den Zuzug zu verhindern.

Ich halte Überlegungen für eine legale Zuwanderung zwar für sympathisch, aber nicht für umsetzbar

Load-Date: July 23, 2015

**Die Angst vor dem Tunnel unterm Kanal; Großbritannien Das Vereinigte
Königreich ist beliebt bei Flüchtlingen, schon wegen der Sprache.
Umgekehrt sieht es anders aus. Eigentlich müssten die Briten zehnmal mehr
Asylbewerber aufnehmen**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 20. August 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 2

Length: 426 words

Byline: Ralf Sotscheck

Highlight: Großbritannien Das Vereinigte Königreich ist beliebt bei Flüchtlingen, schon wegen der Sprache. Umgekehrt sieht es anders aus. Eigentlich müssten die Briten zehnmal mehr Asylbewerber aufnehmen

Body

Dublin taz | Erst waren es fremdartige Spinnen, die in Großbritannien Alarm auslösten, als sie durch den Kanaltunnel kurz nach dessen Fertigstellung kamen. Man befürchtete negative Folgen für die britische Fauna. Die Spinnen sind längst vergessen. Nun machen Flüchtlinge vielen Engländern Angst. Premierminister David Cameron bezeichnete die Migranten als Menschenschwärme .

Seine Regierung lehnt eine Quotenregelung ab. Das würde nur noch mehr Menschen ermutigen, sich auf den Weg zur Insel zu machen, heißt es. Deshalb will Großbritannien bei keinem verbindlichen System der Umsiedlung mitmachen. Im Gegenteil: Man setzt auf Abschreckung, indem die Leistungen für Asylbewerber gekürzt und die Aufnahmebedingungen verschärft werden. Nach der Sommerpause soll ein neues Einwanderungsgesetz verabschiedet werden. Vermutlich wird das automatische Recht auf Unterstützung abgeschafft.

Warum riskieren Flüchtlinge ihr Leben, um in ein Land zu gelangen, wo sie nicht willkommen sind? Zum einen ist die Arbeitslosigkeit mit 5,4 Prozent deutlich niedriger als in Süd-europa. Zum anderen werden mehr Asylanträge als in anderen Ländern bewilligt, nämlich 41 Prozent wenn es die Menschen überhaupt ins Land schaffen. Am wichtigsten ist aber die Sprache: Die Mehrheit der Flüchtlinge spricht englisch. Die meisten kommen aus Eritrea, Pakistan, Syrien und dem Iran sowie aus Albanien, dem Sudan, Sri Lanka und Afghanistan.

Sie dürfen nicht arbeiten, bekommen aber Wohnraum gestellt. Die Gegend dürfen sie sich freilich nicht aussuchen. Meistens werden sie in Sozialbauwohnungen untergebracht, in die kein Brite ziehen will. Sie erhalten 5,28 Pfund am Tag ohne Erhöhung seit 2011.

Die Angst vor dem Tunnel unterm Kanal Großbritannien Das Vereinigte Königreich ist beliebt bei Flüchtlingen, schon wegen der Sprache. Umgekehrt sieht es anders

2014 erhielten 31.265 Menschen Asyl in Großbritannien. Auf 10.000 Einwohner kommen also gerade mal 4,9 Flüchtlinge. Im ersten Vierteljahr 2015 kamen 7.335 hinzu. Das sind vier Prozent aller Asylanträge, die in der EU gestellt wurden. Nach einem Quotensystem müsste Großbritannien eigentlich 78.251 Menschen aufnehmen.

Cameron sitzt die reaktionäre United Kingdom Independence Party (Ukip) im Nacken und der rechte Flügel seiner eigenen Partei. Teile der Medien schüren das Misstrauen gegenüber Migranten. Die Sunday Times hatte bereits 1882 gewarnt, dass nach dem Bau eines Kanaltunnels Nihilisten und Internationalisten ins Land einfallen würden. Vielen Politikern wäre es inzwischen am liebsten, wenn der Tunnel zugemauert würde.

Ralf Sotscheck

Flucht in Europa

Offene Türen? Meist treffen Flüchtlinge auf das genaue Gegenteil. Viele EU-Staaten machen ihnen das Leben schwer. Vier Beispiele

Load-Date: August 19, 2015

**Bilder machen Flüchtlinge : Podiumsdiskussion zu Migration und Medien;
Ostkreuz Verein für Fotografie e. V.**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 14. April 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: KULTUR; S. 39

Length: 235 words

Byline: Noemi Molitor

Body

Ostkreuz Verein für Fotografie e. V.

Die 56. Venedig Biennale 2015: Noch vor der deutschen Rassismuskrise angesichts der Migrationenbewegungen im Sommer 2015 stellte Tobias Zielony in seinem Beitrag im deutschen Pavillon unter dem Titel Citizen großformatige Protestfotografien aus. Napuli Paul, die während der Räumung des Oranienplatzes in einem Baumwipfel ausgeharrt hatte, war dort neben anderen Akteur_innen porträtiert, dazu Zeitungsartikel auf Pinnwänden verteilt. Eine Mischung aus politischer Fotografie und Dokumentationszentrum. Teils wurde mehr künstlerische Verarbeitung vermisst. Dennoch: Die Akteure waren hier die Macher_innen der Kämpfe für Bewegungsfreiheit, nicht Politiker_innen, die im Fernsehen von Integration faseln, während sie das Asylrecht zerhacken. Diese Fokusverschiebung warf die Frage auf, wie Flüchtlinge erst zu Flüchtlingen gemacht werden. In der Podiumsdiskussion Flucht ins Bild Die fotografische Darstellung von Migration und die Medien des Ostkreuz-Vereins für Fotografie geht es um ebensolche Effekte aktueller Bilderpolitiken: Neben Jörg Brüggemann und Sibylle Fendt vom Verein diskutieren Lars Lindemann (Bildredaktion der Geo) und Kai Löffelbein (Laif) unter Moderation von Georg Diez (Der Spiegel) über Entstehungsprozesse, Distributionswege und Auswahlverfahren. NYM

Diskussion + Screening: 15. 4., 20 Uhr, Urban Spree Gallery, Revaler Str. 99, 6/4

Galerie

Load-Date: April 13, 2016

Ordnungswahn muss enden ; Migration Die Göttinger Projektgruppe kritnet forscht seit 2008 zu Migration und Grenzregimen

taz, die tageszeitung

Freitag 25. September 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: HAMBURG AKTUELL; S. 28

Length: 341 words

Highlight: Migration Die Göttinger Projektgruppe kritnet forscht seit 2008 zu Migration und Grenzregimen

Body

taz: Frau Hess, womit befasst sich eigentlich die Forschung zu Grenzregimen?

Sabine Hess: Wir haben uns seit Anfang der 2000er im Rahmen des Forschungsprojekts Transit Migration mit dem Ausbau der Grenzpolitik beschäftigt. Damals gab es einen virulenten Diskurs um die Festung Europa. Dem wollten wir mit einem empirischen Bild von konkreten Konflikten entgegentreten.

Gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Forschungsbeginn damals und der Flüchtlingssituation heute?

Unsere Prognosen waren damals, dass die Autonomie der Migration, die Hartnäckigkeit, das Begehren nach einem neuen Leben, jede Grenze überrollen wird. Das hat sich jetzt auf dramatische Weise bewahrheitet. Es klingt zynisch, aber wir können sagen: Hättet ihr damals unsere Studien ernst genommen, hättet ihr früh den Mythos ablegen können, mit militärischen Mitteln die Flüchtlinge von den Toren Europas abzuhalten.

Sind sichere Fluchtwege nach Europa die Lösung?

Natürlich. Legale, sichere Einwanderungswege, das Ende der rassistischen, restriktiven Visapolitik und das Einrichten humanitärer Korridore – das wäre das Gebot der Stunde. Wir müssen uns mit NGOs zusammensetzen und nachdenken, welche Vorstellungen wir entwickeln können, damit der Ordnungswahn und die Verschärfung der Asylgesetze aufhört. Es ist absurd: Das hochgerüstete Grenzregime ist unter den Händen weggebrochen und jetzt wird für noch schärfere Gesetze plädiert.

Wie wird sich die Situation in den Aufnahmелagern entwickeln?

Die Flüchtlinge, die den Weg hierher gekommen sind, sind politisiert. Sie haben erfahren, was es heißt, sich kollektiv zusammenzutun. Dies führt zu den nächsten Zyklen an heftigen Lagerkämpfen, die wir schon jetzt voraussagen können. Da müssen wir schauen, wie sich zivilgesellschaftliche Gruppen mit rein bringen und sich Solidaritäten formieren lassen.

Interview: Fabio Kalla

Ordnungswahn muss enden Migration Die Göttinger Projektgruppe kritnet forscht seit 2008 zu Migration und Grenzregimen

Auftakt der 12. kritnet -Tagung mit Aktivisten-Podiumsdiskussion: 19 Uhr, Rote Flora

heute in hamburg

Sabine Hess

46, ist Professorin für Kulturanthropologie an der Uni Göttingen und Mitbegründerin von kritnet .

Load-Date: September 24, 2015

End of Document

Flüchtlinge abwehren um jeden Preis; Abschottung Ungarn, Serbien und Österreich unterzeichnen Memorandum über Grenzpatrouillen

taz, die tageszeitung

Donnerstag 02. Juli 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 10

Length: 614 words

Byline: Ralf Leonhard

Highlight: Abschottung Ungarn, Serbien und Österreich unterzeichnen Memorandum über Grenzpatrouillen

Body

Wien taz | Gemeinsame Patrouillen an der ungarisch-serbischen Grenze sollen den **Flüchtlingsstrom** über Ungarn in die EU bremsen. Das vereinbarten die Innenminister von Ungarn und Serbien mit ihrer österreichischen Amtskollegin am Dienstag in Budapest. Österreich will im Rahmen dieses Abkommens die Anzahl seiner Polizisten an der Grenze zu Serbien verdoppeln.

Eine gemeinsame Ermittlergruppe werde die organisierten Verbrechergruppen, die den Menschenhandel begünstigen, zu eliminieren trachten, wie das ungarische Innenministerium in einer Presseaussendung bekannt gab. Ungarns Innenminister Sándor Pintér sprach von einer modernen Völkerwanderung, die dieses Jahr 67.000 Asylsuchende nach Ungarn gespült habe.

Österreichs Innenministerin Johanna Mikl-Leitner betonte die Notwendigkeit einer österreichisch-ungarischen Achse in der Migrationsfrage. Und Serbiens Innenminister Nebojsa Stefanovic nutzte das Treffen, um die EU-Ambitionen seines Landes in Erinnerung zu rufen. Belgrad werde dementsprechend auftreten und an der Migrationslast teilhaben. Österreich bot an, das versprochene Kontingent von 40 Polizisten für die gemeinsame Grenzkontrolle auf 80 zu verdoppeln. Ein Teil soll auch an der serbisch-mazedonischen Grenze eingesetzt werden.

Nach den Verstimmungen der vergangenen Woche herrschte demonstrative Eintracht bei der Abwehr von Flüchtlingen. Ungarn hatte am 23. Juni das Dublin-III-Protokoll suspendiert, um Rückschiebungen von in Ungarn registrierten Flüchtlingen zu verhindern. Österreich rief darauf die EU-Kommission an, die Ungarn daran erinnerte, dass kein Mitglied einseitig aus den Verträgen ausscheren könne. Darauf ruderte Außenminister Péter Szijjártó zurück. Serbien war verärgert, weil Ungarn den Bau eines 175 Kilometer langen Grenzzauns entlang der gemeinsamen Grenze angekündigt hatte, ohne Belgrad zu konsultieren.

Ungarn verzeichnet zwar derzeit die meisten Flüchtlinge in der EU, doch ziehen die meisten schnell weiter. Denn das Land unternimmt alles, um möglichst wenig attraktiv zu erscheinen. So gleichen die Flüchtlingslager eher Internierungslagern.

Flüchtlinge abwehren um jeden Preis Abschottung Ungarn, Serbien und Österreich unterzeichnen
Memorandum über Grenzpatrouillen

Das größte liegt in der ostungarischen Stadt Debrecen, wo vergangenen Montag eine Revolte losbrach, die in Attacken auf Polizeifahrzeuge gipfelte. Asylwerber sollen vorbeifahrende Autos mit Steinen und Flaschen beworfen und Müll angezündet haben. Die Polizei schritt mit Tränengas ein und nahm mindestens einen Mann fest. Als Ursache wurde von offizieller Seite ein religiöser Konflikt angegeben. Das für 800 Personen gedachte Lager beherbergt derzeit etwa die doppelte Anzahl an Personen. Zeugen berichten von menschenunwürdigen Verhältnissen, schlechter Nahrung, Misshandlungen. Den Kindern werde kein Unterricht angeboten, wie die UNO-Flüchtlingskommission UNHCR kritisierte.

Der österreichische Verwaltungsgerichtshof untersagte kürzlich die Rückschiebung einer afghanischen Familie nach Ungarn, weil dort selbst über Familien mit Kindern sogenannte asylrechtliche Haft verhängt werde. Sie würden, so der Bericht eines österreichischen Verbindungsbeamten an das Innenministerium in Wien, in Gefängnisse eingesperrt. Ralf Leonhard

Ungarn verzeichnet derzeit die meisten Flüchtlinge in der EU

Kampf gegen "Schlepper"

Äthiopien plant die Todesstrafe für Menschen schmuggler, wenn die geschmuggelten Migranten und Flüchtlinge unterwegs zu Tode kommen oder schwer verletzt werden. Die originelle Maßnahme ist Teil eines Gesetzespakets, das die Regierung am Dienstag im Parlament in Addis Abeba einbrachte. Bei Überleben der Flüchtlinge und Migranten würde den Schleppern bis zu umgerechnet knapp 7.000 Euro Geldstrafe drohen. Äthiopiens -Regierungspartei hält 546 der 547 Sitze im Parlament. (taz)

Load-Date: July 1, 2015

Mittelmeerroute mäßig befahren THEMA DES TAGES; Flucht Auch nach der Rettung von rund 2.600 Migranten aus Libyen liegen die Flüchtlingszahlen in Italien unter denen von 2015

taz, die tageszeitung

Mittwoch 25. Mai 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AKTUELLES; S. 2

Length: 423 words

Byline: Michael Braun

Highlight: Flucht Auch nach der Rettung von rund 2.600 Migranten aus Libyen liegen die Flüchtlingszahlen in Italien unter denen von 2015

Body

Rom taz | Sie waren mit 14 Schlauchbooten und einem Holzkahn in See gestochen. Am Montag waren die rund 2.600 Flüchtlinge und Migranten von Schiffen der italienischen und der irischen Marine sowie der Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen im Mittelmeer zwischen Libyen und Italien gerettet worden.

Doch auch wenn sich in den letzten Wochen Nachrichten von solchen Rettungsaktionen in großem Stil häuften, war im Jahr 2016 auch nach Schließung der Balkanroute im März bisher keine Zunahme von Überfahrten auf der Route Libyen Italien zu verzeichnen. Während die Zahlen im laufenden Jahr, die am Montag Geretteten einbezogen, noch unter 40.000 liegen, trafen im Vergleichszeitraum des letzten Jahres 48.000 Menschen ein.

Bisher hat sich damit die Prognose nicht bestätigt, die Flüchtlingsströme würden sich vom Ost- zum zentralen Mittelmeer verlagern. Dies zeigt sich auch an den Herkunftsnationen derer, die nach Italien kommen: Vorn liegen Senegal, Nigeria, Gambia und es folgen weitere Länder, vor allem des subsaharischen Afrika, während Syrer, Afghanen und Iraker kaum vertreten sind.

Noch im Jahr 2014 hatten Syrer und Eritreer dagegen gut die Hälfte der damals in Italien eingetroffenen 170.000 Flüchtlinge ausgemacht; im Jahr 2015 jedoch kamen, bei leicht sinkenden Flüchtlingszahlen, kaum noch Syrer, von den Eritreern waren es immerhin noch etwa 40.000. Ein Jahr später nun sank auch der Anteil der Eritreer gegen null.

Unklar sind die Zukunftsszenarien. Die Internationale Organisation für Migration schätzt, dass in Libyen etwa 700.000 bis eine Million Menschen zur Überfahrt nach Italien bereit sind, viele von ihnen Schwarzafrikaner, die ursprünglich als Arbeiter auf dem Bau oder in der Landwirtschaft nach Libyen gegangen sind. Und Ita-liens -Innenministerium warnte noch vor wenigen Wochen, 2016 könnten etwa 300.000 Flüchtlinge und Migranten in Italien eintreffen, womit sich deren Zahl gegenüber dem Vorjahr verdoppeln würde.

Mittelmeerroute mäßig befahren THEMA DES TAGES Flucht Auch nach der Rettung von rund 2.600 Migrantinnen aus Libyen liegen die Flüchtlingszahlen in Italien unter de....

Auch ohne eine solche Steigerung gehört Italien zu den Hauptankunftsstaaten, bisher aber nicht zu den Hauptaufnahmestaaten Europas. 2014 zum Beispiel stellten nur 64.000 Menschen in Italien einen Asylantrag, 2015 dann 83.000, und in staatlichen Einrichtungen sind gegenwärtig etwa 110.000 Antragsteller beherbergt.

Auch deshalb spielen Flucht und Migration in Italien eine weit geringere Rolle im politischen Diskurs als in Deutschland, Österreich oder Schweden. Dies könnte sich allerdings dann ändern, wenn Österreich mit der Drohung Ernst macht, seine Grenze auch zu Italien abzuriegeln. Michael Braun

Load-Date: May 24, 2016

End of Document

Agentur: Gegen Wohnsitzauflage; Migration Landkreistag: Flüchtlinge sollten kein Mittel sein, um überalterte Gemeinden zu retten

taz, die tageszeitung

Mittwoch 25. Mai 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 27

Length: 239 words

Highlight: Migration Landkreistag: Flüchtlinge sollten kein Mittel sein, um überalterte Gemeinden zu retten

Body

Die Wohnsitzauflage im neuen Integrationsgesetz darf nach Ansicht des niedersächsischen Landkreistages nicht dazu genutzt werden, Flüchtlinge umzusiedeln, um so die Überalterung und Entvölkerung ländlicher Regionen zu stoppen. Eine Wohnsitzauflage dürfe kein arbeitsmarkt- oder strukturpolitisches Instrument sein, sagte Hauptgeschäftsführer Hubert Meyer. Sie beschneidet die persönliche Freiheit und ist deshalb nach europäischem Recht nur zulässig, wenn sie die Integration befördert.

Er halte es aber für sinnvoll, den Status quo einzufrieren: Alle Asylbewerber, die staatliche Unterstützungsleistungen beziehen, sollen dort bleiben, wo sie jetzt leben, forderte Meyer. Dadurch könne verhindert werden, dass sie Verwandten oder Freunden in die großen Ballungszentren folgten und dort Subkulturen entstünden. Darüber hinaus sei es grundsätzlich sinnvoll, ankommende Asylbewerber auch auf dem Lande unterzubringen. Es habe sich herausgestellt, dass die Betreuung dort oft sogar besser sei als in anonymen Städten.

Meyer widersprach damit Vertretern der deutschen Städte und Gemeinden. Die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Eva Lohse, hatte die Länder aufgefordert, sie sollten anerkannte Flüchtlinge nach dem Leistungsvermögen von Städten und ländlichen Gebieten verteilen. Maßstab müsse das Angebot an Wohnraum sowie die Lage am örtlichen Arbeits- und Ausbildungsmarkt sein, hatte Lohse der Neuen Osnabrücker Zeitung gesagt. (epd)

Load-Date: May 24, 2016

Halt! Stillgestanden! Flüchtling kehrt!; ABGEKARTET Europa will mit mehr Hilfe in Afrika Fluchtursachen bekämpfen . Ein zynisches Spiel: Geld wird daran geknüpft, dass Staaten ihre Bürger am Ausreisen hindern und abgeschobene Flüchtlinge zurücknehmen. Am einfachsten ist das für Diktaturen

taz, die tageszeitung

Freitag 16. Dezember 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 3,4

Length: 3233 words

Byline: Christian Jakob

Highlight: ABGEKARTET Europa will mit mehr Hilfe in Afrika Fluchtursachen bekämpfen . Ein zynisches Spiel: Geld wird daran geknüpft, dass Staaten ihre Bürger am Ausreisen hindern und abgeschobene **Flüchtlinge** zurücknehmen. Am einfachsten ist das für Diktaturen

Body

von Christian Jakob

Gut 700.000 Menschen kamen zwischen 2010 und 2015 aus Afrika als **Asylbewerber** in Länder der Europäischen Union. Die Zahlen pro Jahr steigen rapide: Zwischen 2010 und 2015 um 260 Prozent. Für 2016 schreibt die Internationale Organisation für **Migration** in ihrem jüngsten Bericht über Trends der Zuwanderung nach Europa: Die Zahl der **Migranten** aus Syrien, Irak und Afghanistan geht zurück; die derer aus Afrika nimmt zu.

Bis 2050 wird sich die Bevölkerung Afrikas mehr als verdoppeln. Dramatisch zunehmen könnte die **Migration** aus Afrika, sagte der deutsche Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) kürzlich.

Auf dem EU-Gipfel diese Woche war **Migration** aus Afrika Thema Nummer eins. Eine neue **Flüchtlingskrise** wie im Jahr 2015 will die EU unbedingt vermeiden, allein schon um des eigenen Zusammenhalts willen und um dem Druck der Rechtspopulisten zu begegnen. Eine Situation wie 2015 kann, soll und darf sich nicht wiederholen, sagte Merkel kürzlich auf dem CDU-Parteitag.

Bei der Formulierung der neuen EU-Afrikapolitik steht Deutschland an vorderster Front. Im vergangenen Oktober reiste Merkel zum ersten Mal seit 2011 wieder nach Afrika, danach kamen eine ganze Reihe von afrikanischen Staatschefs und Delegationen nach Berlin. Ähnliches spielte sich in Brüssel ab. So viel Aufmerksamkeit bekam der Kontinent nicht mal während der Ebola-Krise. Und in der am 1. Dezember begonnenen deutschen Präsidentschaft der G-20-Staatengruppe heißt eine Säule des Programms der Bundesregierung: Verantwortung übernehmen besonders für Afrika.

Halt! Stillgestanden! Flüchtling kehrt! ABGEKARTET Europa will mit mehr Hilfe in Afrika Fluchtursachen bekämpfen . Ein zynisches Spiel: Geld wird daran geknütt....

Die neue Afrika-Politik der EU nahm ihren Anfang auf dem Höhepunkt der Syrien-Flüchtlingskrise. Am 11. und 12. November 2015 lud die EU die Afrikanische Union (AU) zum Migrationsgipfel nach Valletta auf der Mittelmeerinsel Malta. Sie legte einen 1,8 Milliarden Euro schweren Nothilfe-Treuhandfond für Afrika auf. Der EU-Fonds werde die Ursachen von Destabilisierung, Zwangsvertreibung und irregulärer Migration angehen, indem er Wirtschaft und Entwicklung Afrikas stärke, steht im Valletta-Aktionsplan.

Etikettenschwindel

Afrikas Regierungen gelobten in Valletta gemeinsame Anstrengungen im Kampf gegen die irreguläre Migration . Den Milliardenfonds indes hielten sie zurecht für Etikettenschwindel: Der Löwenanteil der Gelder war längst als Entwicklungshilfe im EU-Haushalt eingestellt. Allzu bereitwillig auf die Wünsche der EU einzugehen, kam ohnehin nicht in Frage: Rücküberweisungen von Migranten aus Europa nach Afrika sind zu wichtig, Abschiebungen beim eigenen Volk unbeliebt.

So geschah zunächst wenig. Nach einem halben Jahr setzte die EU den afrikanischen Partnern die Pistole auf die Brust. Sämtliche Politikmaßnahmen- und Instrumente, die der EU zur Verfügung stehen , hieß es in einem Papier der EU-Kommission vom 7. Juni 2016, sollten genutzt werden, um konkrete Ergebnisse in der Migrationssteuerung zu erzielen.

Der sozialdemokratische EU-Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans aus den Niederlanden beschrieb an diesem Tag dem EU-Parlament die Linie der neuen Afrikapolitik: Eine Mischung aus positiven und negativen Anreizen . Drittländer, die effektiv mit der EU zusammenarbeiten, seien zu belohnen , für die anderen solle es Konsequenzen geben . Zuckerbrot und Peitsche also. Jenen, die mitmachen, stellte die EU insgesamt acht Milliarden Euro bis Ende des Jahrzehnts in Aussicht. Das Ziel: Ordnung in die Migrationsströme bringen.

Die EU will zweierlei: Es sollen weniger Migranten ankommen. Und wer ankommt, soll schneller wieder abgeschoben werden. Konkrete und messbare Ergebnisse bei der zügigen Rückführung irregulärer Migranten verlangte der EU-Rat am 28. Juni, als diese neue Politik formell beschlossen wurde, und noch einmal am 21. Oktober. Liefern afrikanische Länder keine konkreten Ergebnisse bei einer besseren Steuerung der Migration , werden Engagement und Hilfe angepasst .

Wer nicht liefert, soll nicht nur Hilfszahlungen, sondern auch Marktzugänge verlieren. Erzeugung und Nutzung der erforderlichen Hebelwirkung unter Einsatz aller einschlägigen auch entwicklungs- und handelspolitischen Maßnahmen, Instrumente und Hilfsmittel der EU wird das genannt.

Ein Instrument ist die Stimulation von Privatinvestitionen. Aus ihrem Entwicklungsbudget will die EU drei Milliarden Euro abzweigen, die Mitgliedsstaaten sollen dasselbe drauflegen. Europäische Unternehmen sollen dadurch in die Lage versetzt werden, bis 2020 sagenhafte 62 Milliarden Euro zusätzlich in Afrika zu investieren jedenfalls in den Ländern, die beim Grenzschutz mitmachen. Eine ambitionierte Investitionsoffensive für Drittländer, die dazu beitragen wird, Chancen zu eröffnen und die Migrationsursachen zu bekämpfen , nannte dies Timmermans im Juni. Die Investitionen sollen Jobs schaffen und Menschen in Afrika halten.

Das sind Gelder der Entwicklungszusammenarbeit, die jetzt für Wirtschaftsförderung hergenommen werden , kritisiert Inge Brees von der NGO CARE in Brüssel. Es werde nicht überprüft, ob diese Projekte der Entwicklung dienen etwa ob Arbeitnehmer- und Menschenrechte gewahrt werden. Vor allem aber konzentriert sich die Hilfe auf Länder, die für die Migrationskontrolle interessant sind und fehlt entsprechend woanders. Das Geld ist nicht vom Himmel gefallen , sagt Brees. Das hätte sonst auch für andere Krisen zur Verfügung gestanden.

Das Gleiche gilt für den mittlerweile auf 2,5 Milliarden Euro angewachsenen Treuhandfonds für Afrika (EUTF). Auch darin stecken vor allem noch nicht verplante Mittel des EU-Entwicklungsbudgets. Jetzt will der Rat den Fonds noch aufstocken.

Geld gegen Flüchtlingsstopp der milliardenschwere EU-Türkei-Deal steht für diese Praxis Modell. Dass die meisten Afrikaner, die sich auf den Weg nach Europa machen, vor ihren eigenen Regimen fliehen vor dieser

Halt! Stillgestanden! Flüchtling kehrt! ABGEKARTET Europa will mit mehr Hilfe in Afrika Fluchtursachen bekämpfen . Ein zynisches Spiel: Geld wird daran geknü....

Erkenntnis drückt Brüssel beide Augen zu, im Gegenteil: Die EU reicht nicht nur demokratischen Regierungen, sondern auch Diktatoren die Hand, damit sie die Flüchtlingsströme unterbinden.

Nach Zählung der taz haben die EU und deren Mitgliedsstaaten zwischen 2000 und 2015 mindestens 1,913 Milliarden Euro an Länder in Afrika gezahlt, damit sie Flüchtlinge aufhalten. Nicht eingerechnet ist der Berlusconi-Gaddafi-Flüchtlingsdeal aus dem Jahr 2008, in dem Italien Libyen fünf Milliarden Euro zusagte es flossen wohl nur 250 Millionen.

Vermutlich liegt die tatsächliche Gesamtsumme weit höher, denn fast nie steht auf den entsprechenden Abkommen das Wort Flüchtlingsstopp . Meist läuft es so wie im Januar 2007, als Spaniens König Juan Carlos den Präsidenten von Mali, Amadou Toumani Touré, zum Mittagessen bat. Spanien hatte den Sahelstaat bis dahin weitgehend ignoriert. Doch als immer mehr Westafrikaner über Mali in Richtung der spanischen Afrika-Exklaven Ceuta und Melilla sowie der Kanarischen Inseln zogen, unterschrieb Touré nach dem Mittagessen zwei Abkommen. Das erste bescherte Mali bis Ende 2011 103 Millionen Euro Entwicklungshilfe. Mit dem zweiten gelobte Touré effektive Zusammenarbeit bei der Grenzkontrolle und keine Schwierigkeiten zu machen, wenn Spanien Malier abschieben will.

So kaufte Spaniens Regierung seinerzeit halb Westafrika ein. Mit Erfolg: In den Jahren danach kamen kaum noch afrikanische Flüchtlinge auf den Kanaren an. Andere Länder guckten sich das ab. Die Niederlande strichen Ghana 2007 rund 10 Millionen Euro Entwicklungshilfe, weil die Regierung Abzuschiebende nicht zurücknehmen wollte.

Das waren nur punktuelle Maßnahmen. 2010 aber gründete die EU ihren Auswärtigen Dienst (EAD). Sie eröffnete Vertretung um Vertretung, selbst in der abgeschotteten Diktatur Eritrea, das Hauptherkunftsland afrikanischer Flüchtlinge in Europa. Die selbstbewusste Außenbeauftragte Federica Mogherini, die aus dem von der Migration aus Afrika am stärksten betroffenen Italien kommt, will Außenpolitik machen, als sei die EU selbst ein Staat. Migrationskontrolle ist dabei eines der wichtigsten Ziele.

Seit Monaten verhandelt die EU mit Hochdruck über Compacts genannte maßgeschneiderte Länderpakete bislang mit Libanon, Jordanien sowie fünf Prioritätsstaaten in Afrika: Senegal, Mali, Nigeria, Niger und Äthiopien. Was da genau passiert, ist unklar. So wurde am 11. Dezember gemeldet, dass der niederländische Außenminister Bert Koenders im EU-Auftrag und sein Amtskollege Abdoulaye Diop aus Mali ein Rücknahmeabkommen für abgelehnte malische Asylbewerber unterzeichnet hätten. Mali wäre der erste Staat auf dem afrikanischen Festland, der sich auf einen solchen Vertrag mit der EU einlässt bisher gibt es nur eines mit Kap Verde.

Malis Außenminister Diop dementierte umgehend: es sei kein Rücknahmeabkommen unterzeichnet worden, entsprechende Meldungen seien Lüge . Es seien lediglich im Rahmen des Migrationsdialoges mit der EU neun Projekte im Umfang von 145 Millionen Euro für Mali vereinbart worden. Der Dialog werde im kommenden September fortgesetzt. Bereits im Februar hatte der Auswärtige Dienst der EU in einem als geheim eingestuften Strategiepapier zu Mali notiert: Die Regierung ist gegen Rücknahmeabkommen.

Gespräche mit Preisschild

Verhandlungen über weitere Abkommen laufen mit Nigeria und Tunesien sowie Äthiopien, Niger und Senegal. Ob noch zusätzliche Länder dazukommen und zu welchen Bedingungen, ist umstritten. Laut einem internen Papier der deutschen Bundesregierung im Vorlauf des EU-Gipfels dieser Woche, das der taz vorliegt, ist der Auswärtige Dienst der EU der Auffassung, in jedem Fall müsse die Aufnahme weiterer Partnerschaftsländer mit der Zurverfügungstellung zusätzlicher Finanzmittel einhergehen . Aber Berlin sei da skeptisch: Eine zwingende Verknüpfung dieser Art halte man für zu weitgehend ; man solle Verhandlungen mit Drittstaaten nicht von vornherein mit Preisschild versehen .

Erst mal geht es darum, was die EU von den afrikanischen Staaten will. In einem Strategiepapier vom März 2016 zu Äthiopien verlangt die EU, dass die Regierung in Addis Abeba die Sekundärbewegung aus Flüchtlingslagern in Äthiopien in Richtung Europa drückt. Nigeria, bislang Hauptumschlagplatz für Passfälscher, soll stärker gegen

Halt! Stillgestanden! Flüchtling kehrt! ABGEKARTET Europa will mit mehr Hilfe in Afrika Fluchtursachen bekämpfen . Ein zynisches Spiel: Geld wird daran geknüpft....

Schlepper und Dokumentenfälscher vorgehen und die stockende Einführung biometrischer Ausweise vorantreiben, so ein Kommissionspapier vom Februar 2016.

Als Nigerias Präsident Muhammadu Buhari im Oktober 2016 nach Berlin kam, betonte Bundeskanzlerin Merkel: Wer kein Aufenthaltsrecht in Deutschland hat das sind 92 Prozent der Menschen aus Nigeria, die zu uns kommen , muss wieder zurückkehren.

Abschiebungen sind immer das wichtigste Thema. Aus europäischer Sicht geschehen sie viel zu selten. 470.000 Menschen wurden 2014 aus der EU ausgewiesen aber abgeschoben wurden im selben Zeitraum nur 169.000; neuere Gesamtzahlen liegen nicht vor.

Der Grund für die große Differenz: Meist fehlt ein Reisepass. Fehlende Dokumente seien nach wie vor das quantitativ bedeutendste Problem bei Abschiebungen, heißt es in einer Evaluation der Bund-Länder-AG Rückführungen. Dann müssen Ausländerbehörden die Staatsangehörigkeit ermitteln und bei der Botschaft einen Pass besorgen. Aber die Botschaften spielen oft nicht mit.

Die bisherigen bilateralen Rücknahmeabkommen mit einigen afrikanischen Ländern haben da nicht viel gebracht. Die neuen Verträge sollen das ändern. Damit das in Menschenrechtsfragen etwas sensiblere EU-Parlament nicht dazwischenfunkt, will die EU am liebsten informelle Vereinbarungen, denen das Parlament nicht zustimmen muss.

Schon von den 60 Abkommen zu Abschiebefragen, die Deutschland, Großbritannien, Italien, Frankreich und Spanien mit afrikanischen Ländern abgeschlossen haben, sind nur acht formale Rücknahmeabkommen. Beim Rest handelt es sich um undurchsichtige Absprachen, oft zwischen Polizeibehörden, etwa Italiens nicht einmal dem eigenen Parlament offengelegte Memoranden mit Senegal, der Elfenbeinküste, Nigeria oder Niger.

Eine Allzweckwaffe will die EU in die Compacts hineinverhandeln: die sogenannten Laissez-Passers. Die Passierscheine sind Reisedokumente, gültig nur für eine Abschiebung. Der Clou: Nicht die Botschaft des mutmaßlichen Herkunftslandes stellt ihn aus, sondern der EU-Staat, der abschieben will. Als Empfehlung kennt die EU die Laissez-Passers seit 1994, aber bislang hat kaum ein afrikanisches Land sie regulär anerkannt. Das will die Kommission jetzt erzwingen. Sie fordert damit von den afrikanischen Ländern einen Verzicht auf die Prüfung der Staatsbürgerschaft und somit die Aufgabe eines Teils staatlicher Souveränität.

Für die Partnerstaaten ist das nicht ohne Risiko. Leicht können abgelehnte Flüchtlinge irgendwo in Europa zu Bürgern eines Landes erklärt werden, das solche Papiere akzeptiert egal wo die Leute wirklich herkommen. Ende Oktober beschloss das EU-Parlament per Verordnung die verbindliche Einführung der Laissez-Passers. Am 8. April 2017 tritt diese in Kraft.

Die Frage, welche Menschen wo hingehören, wird damit heikel. Innerhalb weiter Teile Afrikas sind Reisen zwischen Nachbarländern bislang vergleichsweise einfach, die afrikanische Integration ist erklärtes Ziel aller afrikanischen Regierungen und Regionalorganisationen. Offiziell wird das von Europa unterstützt. Aber die Politik Europas bewirkt das Gegenteil. Es entsteht nun ein immer dichteres Netz von Kontrollmechanismen, die die Bewegungsfreiheit schleichend einschränken.

Bei der EU-Kommission heißt es, sie wolle keinesfalls die inneren Grenzen Afrika schließen. Diese sollen nur besser kontrolliert werden. Wer sich ausweisen könne, werde weiter durchgelassen. Doch das ist nur die halbe Wahrheit.

Eine wichtige Transsahararoute verläuft durch den Nordosten Malis. An der Grenze zu Niger herrscht Freizügigkeit für Westafrikaner. Doch Nigers Polizei am Grenzposten in Yassan weist neuerdings immer mehr Reisende ab. Dies betrifft malische Staatsbürger und in noch deutlich schärferem Ausmaß Personen aus anderen Ländern Westafrikas , sagt Éric Alain Kamden, seit 2009 für Caritas vor Ort. Für Personen aus Staaten wie Ghana, Sierra Leone oder der Elfenbeinküste, von denen angenommen wird, sie seien unterwegs nach Europa, gibt es laut eines Kommissars in Yassan die Dienstanweisung, sie gar nicht mehr durchzulassen. Von anderen Grenzen der Region ist ähnliches zu hören. Die traditionelle, für Westafrika so wichtige Migration wird erschwert.

Halt! Stillgestanden! Flüchtling kehrt! ABGEKARTET Europa will mit mehr Hilfe in Afrika Fluchtursachen bekämpfen . Ein zynisches Spiel: Geld wird daran geknütt....

Wie könnte ein wohlgeordneter Migrationskorridor von Westafrika nach Europa aussehen? 2008 hat der damalige EU-Entwicklungskommissar Louis Michel es versucht. Er eröffnete ein EU-Jobcenter in Malis Hauptstadt Bamako. Arbeitssuchende Malier sollten sich dort direkt auf freie Stellen in Europa bewerben können, im Erfolgsfall winkte ein Visum. Das Projekt scheiterte grandios: Die EU selbst durfte keine Arbeitsvisa erteilen und die Mitgliedsstaaten wollten nicht.

Daran hat sich bis heute nichts geändert. In allen Papieren zur neuen Afrika-Partnerschaft ist zwar die Rede von der Schaffung legaler Wege . Doch die fallen in den Compacts äußerst mickrig aus. Von mehr Plätzen für Studenten, Forscher und Dozenten im Stipendienprogramm Erasmus+ ist in den Entwürfen die Rede. Mehr nicht. Der Rat will unbedingt alles vermeiden, was den Eindruck erweckt, mehr Zuwanderung sei willkommen. Wer in Europa arbeiten will, muss auch in Zukunft meist den lebensgefährlichen Weg über das Meer nehmen und sich danach als Asylsuchender ausgeben.

Sofern er überhaupt so weit kommt. Der einfachste Weg, Flüchtlinge und Migranten noch in Afrika aufzuhalten, ist, sie einzusperren. Das Genfer Global Detention Project zählt aktuell in Libyen 33 Internierungseinrichtungen für Migranten, in Marokko 16, in Senegal fünf, in Tunesien zwei, in Mauretanien eines letzteres von Spanien errichtet.

In vielen Lagern Libyens herrsche schwere Überfüllung, Mangel an Licht und an Frischluft , heißt es in einem Mitte Dezember veröffentlichten gemeinsamen Untersuchungsbericht der UN-Menschenrechtskommission und der UN-Mission in Libyen. Oft gebe es keinerlei sanitäre Einrichtungen. Durchfall und Atemwegserkrankungen seien verbreitet, es mangle an Wasser, Nahrung und medizinischer Versorgung.

Wir schwarzen Afrikaner werden Tiere genannt und auch so behandelt , erzählte den UN-Ermittlern ein 16-jähriger Eritreer, der im Sommer 2016 sechs Wochen lang mit rund 200 anderen Migranten in einem fensterlosen Metallhangar in der libyschen Hauptstadt Tripoli saß. Andere erzählten von Folter, Zwangsarbeit und sexuellen Übergriffen.

Lösegeldforderungen steigen stetig an, berichtet Meron Estefanos, Direktorin der Eritreischen Initiative für Flüchtlingsrechte (ERRI), eine Exil-NGO in Schweden. Bis zu 15.000 Dollar verlangen die Entführer pro Person von deren Familien, bezahlt wird per mobilem Geldtransfer.

Die Praxis der Internierung stammt aus der Zeit des Deals zwischen Berlusconi und Gaddafi. Nach dessen Sturz 2011 übernahmen Milizen die Knäste. Laut dem UN-Bericht unterhält die zuständige Abteilung des libyschen Innenministeriums derzeit 24 Internierungszentren mit 4.000 bis 7.000 Insassen. Es gebe weitere Lager anderer Behörden und Milizen. Nach Schätzung der EU sind sogar sieben Prozent der über eine Millionen Migranten und Flüchtlinge in Libyen in Lagern eingesperrt das wären rund 77.000 Personen. Die EU eruiert derzeit, welches Lager nach EU-Standards umgebaut werden kann.

Horror im Migrantenknast

Ägypten, das Deutschland als Prioritätsland für eine EU-Migrationspartnerschaft ins Spiel gebracht hat, betreibt gar 64 Migrantenknäste und ist zugleich Partner des Projektes Better Migration Management der deutschen Entwicklungsagentur GIZ (Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit). Das Projekt soll Grenzpolizeien für eine menschenrechtsgerechte Praxis beraten. Auf Ägypten einwirken, damit das Militär dort seine Flüchtlingsknäste schließt, könne die GIZ aber nicht, heißt es.

Stolz berichtet die GIZ allerdings, wie sie dem wegen mutmaßlichen Völkermordes in Sudans Westregion Darfur international per Haftbefehl gesuchten sudanesischen Präsidenten Omar Hassan al-Bashir den Wunsch nach Bau von Internierungszellen und Militärgerät abschlug. Ansonsten aber ist die EU zur Kooperation mit Bashir entschlossen. Sie erwägt für Sudan die Erlassung aller Schulden, will sich bei den USA für die Streichung des Landes von der US-Terrorliste einsetzen und bei der Welthandelsorganisation für neue Gespräche.

Sudan ist nicht die einzige Diktatur, mit der die EU sich zum Zweck der Migrationsabwehr einlässt. Äthiopien, wo seit einem Jahr Hunderte von Menschen beim Niederschlagen von Protesten getötet worden sind, konnte sich in

Halt! Stillgestanden! Flüchtling kehrt! ABGEKARTET Europa will mit mehr Hilfe in Afrika Fluchtursachen bekämpfen . Ein zynisches Spiel: Geld wird daran geknü....

der ersten, gerade beendeten Vergaberunde des EU-Treuhandfonds über Projekte in Höhe von 110 Millionen Euro freuen.

Eritrea, eine der schlimmsten Diktaturen der Welt, ist zwar anders als Äthiopien kein Partner der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Vom Better Migration Management -Programm profitiert es wohl trotzdem: Die Ausbildung eritreischer Beamter komme zwar nicht im eigenen Land in Frage, heißt es bei der GIZ, aber in Nachbarstaaten. Der EU-Delegationschef in Asmara, Christian Manahl, sagt der taz, auch Ausbildung in Eritrea selbst sei in Zukunft nicht ausgeschlossen.

Wir schwarzen Afrikaner werden Tiere genannt und auch so behandelt

Wer kein Aufenthaltsrecht in Deutschland hat, muss wieder zurückkehren

Liefern afrikanische Länder keine konkreten Ergebnisse bei einer besseren Steuerung der Migration , werden Engagement und Hilfe angepasst , sagt die EU

Load-Date: December 15, 2016

Defensiver Aktionsplan; MIGRATION Die beschleunigte Bearbeitung von Asylanträgen betrifft auch Balkan-Flüchtlinge in Bremen. Weitere Sonderbehandlungen soll es jedoch nicht geben

taz, die tageszeitung

Montag 17. August 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BREMEN AKTUELL; S. 29

Length: 729 words

Byline: Simone Schnase

Highlight: **MIGRATION** Die beschleunigte Bearbeitung von **Asylanträgen** betrifft auch Balkan-**Flüchtlinge** in Bremen. Weitere Sonderbehandlungen soll es jedoch nicht geben

Body

von Simone Schnase

Der im Juni von der Ministerpräsidentenkonferenz beschlossene Aktionsplan zur beschleunigten Bearbeitung von **Asylanträgen** wird auch für **Flüchtlinge** in Bremen Folgen haben. Anders als Hamburg hält Bremen jedoch nichts vom Vorstoß Bayerns, **Flüchtlinge** aus den Balkan-Staaten in separaten Aufnahmeeinrichtungen unterzubringen. Auch der in Bremen praktizierte Abschiebestopp für Roma aus dem Kosovo soll weiterhin bestehen bleiben.

Der wurde im Herbst 2010 beschlossen: Damals hatte die Bürgerschaft den Senat aufgefordert, ethnische Minderheiten bei Rückführung in das Kosovo langfristig zurückzustellen und Ermessensspielräume zur Erteilung langfristiger Aufenthaltstitel zu nutzen. Das soll auch in Zukunft gelten: Bremen schiebt weiterhin keine Minderheiten aus dem Kosovo ab. Diese Personengruppe wird in Bremen deshalb auch nicht Teil des Aktionsprogramms, sagt dazu auf taz-Nachfrage Nicolai Roth, Sprecher der Innenbehörde.

Ein beschleunigtes Asylverfahren für Flüchtlinge auch aus dem Kosovo wird es allerdings künftig auch in Bremen geben. Zwar ist zwischen Bund und Ländern noch nicht abschließend geklärt, für welche Länder das Verfahren konkret gelten soll, allerdings sind laut Roth Personengruppen aus Herkunftsländern mit einer relativ hohen Anzahl von Asylsuchenden bei zugleich besonders niedriger Schutzquote gemeint und hierzu zählen Albanien, Serbien, Montenegro, Bosnien-Herzegowina und auch das Kosovo.

Für Marc Millies vom Flüchtlingsrat Bremen ist der Begriff Personengruppe hochproblematisch: Nach Herkunftsland zu sortieren kann bedeuten, dass gewisse Integrationsbemühungen nicht mehr geleistet werden mit dem Argument: Das lohnt sich ohnehin nicht, weil die sowieso abgeschoben werden. Es kann auch bedeuten, dass die Menschen gar nicht mehr aus Erstaufnahmeeinrichtungen umverteilt werden.

Defensiver Aktionsplan MIGRATION Die beschleunigte Bearbeitung von Asylanträgen betrifft auch Balkan - Flüchtlinge in Bremen . Weitere Sonderbehandlungen soll

In Bremen sei das weder geplant noch gewollt, sagt David Lukaßen, Sprecher der Sozialbehörde: Wir wollen keine Trennung von Flüchtlingen nach Herkunftsländern, das entspricht nicht unserer bisherigen Politik.

Und Flüchtlinge, die mindestens drei Monate in einem Übergangswohnheim verbracht haben, dürfen und sollen in eigene Wohnungen diese Regelung gilt in Bremen für alle und das soll auch so bleiben . Um diesen Gestaltungsspielraum der Länder einzugrenzen, bedürfe es einer Änderung des Rechts auf Bundesebene.

Auch in der Frage nach der Deklaration weiterer sicherer Herkunftsstaaten habe Bremen eine klare Haltung, sagt Lukaßen, und das bestätigt auch die Innenbehörde: Die Einstufung weiterer Balkan-Länder zu sicheren Herkunftsstaaten kann nicht die Antwort auf die Zunahme von Flüchtlinge aus diesen Ländern sein , heißt es dort.

Gegen die beschleunigten Verfahren der Asylanträge von Personengruppen aus dem Westbalkan hat man im Innenressort allerdings keine Einwände: Es sollen lediglich die Befassung mit dem einzelnen Fall der jeweiligen Behörde prioritär erfolgen; also nicht liegen gelassen werden , sagt Roth. Das Verfahren werde beschleunigt hierfür stockt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zurzeit massiv Stellen auf bleibe aber genauso gründlich wie bisher .

Millies indes zweifelt daran: Ein beschleunigtes Verfahren bedeutet, die Menschen haben weniger Zeit, sich auf das Asylverfahren vorzubereiten und sich über ihre Rechte und Pflichten zu informieren das ist eine klare Benachteiligung.

Umgekehrt ginge eine Beschleunigung und ein Vorzugsverfahren zu Lasten anderer Flüchtlinge, die dann entsprechend länger auf eine Bearbeitung und Entscheidung warten müssten. Eine Gleichbehandlung sei so nicht mehr gewährleistet auch nicht beim BAMF. Die Gefahr sei groß, dass Asylanträge künftig nicht mehr sorgfältig genug geprüft würden: Eine vorgezogene Antragsbearbeitung hat nichts mit neutraler Herangehensweise an jeden Einzelnen zu tun , sagt Millies.

Auch die Bürgerschaftsfraktion der Linken übt scharfe Kritik am beschleunigten Verfahren: Diese Pläne sind eine weitere Aushöhlung des Asylrechts , sagt Sofia Leonidakis, flüchtlingspolitische Sprecherin der Linksfraktion.

Das Sondersystem untergrabe den universellen Gedanken des Asylrechts. Bremen müsse sich für legale Einreisewege und Aufenthalte einsetzen statt verschärfte Verfahren zu unterstützen.

Ein beschleunigtes Verfahren bedeutet, die Menschen haben weniger Zeit, sich auf das Asylverfahren vorzubereiten

Load-Date: August 16, 2015

**Hin und her dank Dublin; RALF LEONHARD ZU UNGARNS
MIGRATIONSPOLITIK**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 25. Juni 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 11

Length: 306 words

Byline: RALF LEONHARD

Body

RALF LEONHARD ZU UNGARNS **MIGRATIONSPOLITIK**

So schnell hat Viktor Orbán vor Brüsseler Drohgebärden noch nie den Schwanz eingezogen. Keine 24 Stunden nachdem er die Suspendierung des Dublin-III-Protokolls mit sofortiger Wirkung und bis auf Weiteres verfügt hatte, ließ er seinen Außenminister zurückrudern. Es sei alles gar nicht so gemeint gewesen. Aber **Flüchtlinge**, die in Ungarn registriert und anderswo aufgegriffen wurden, wolle man trotzdem nicht zurückhaben. Potenziell handelt es sich um über 100.000 **Asylsuchende** aus den letzten 18 Monaten. Praktisch um mindestens mehrere Tausend.

Europa zeigt sich angesichts des Flüchtlingsstroms nicht nur logistisch überfordert. In Österreich etwa wird die Regierung zunehmend nervös angesichts erdrutschartiger Wahlerfolge der rechtspopulistischen FPÖ, die mit der Angst vor Fremden seit Jahren erfolgreich Politik macht. Auch in anderen Ländern hat die Asyldebatte zu einem Rechtsruck geführt.

Österreich will daher Dublin-Fälle, also jene Flüchtlinge, die in einem anderen Land registriert wurden, beschleunigt abschieben. Da wollte Viktor Orbán nun die Notbremse ziehen und legte sich somit einmal mehr mit Brüssel an. Erstmals drohte ihm die Kommission mit Rauswurf, denn es geht um die Grundfesten der Union. Wären andere Länder Orbáns Beispiel gefolgt, wäre nicht nur die gesamte europäische Flüchtlingspolitik Makulatur. Binnen kürzester Zeit würden im Schengen-Raum wieder Grenzen errichtet werden; das Prinzip der Freizügigkeit wäre beim Teufel.

Orbán betrachtet Flüchtlinge, die es bis Ungarn schaffen, pauschal als Wirtschaftsflüchtlinge, die gar nicht verfolgt werden. Die Genfer Flüchtlingskonvention zwingt ihn trotzdem, gewisse Regeln einzuhalten. Jetzt muss er sich jetzt etwas anderes einfallen lassen, um seine stolze Nation vor Überfremdung zu schützen.

Ausland SEITE 10

Load-Date: June 24, 2015

End of Document

EU-Ziel: Transitzone Balkan; Europa Brüssel und Berlin planen riesige Auffanglager für Flüchtlinge. Die Menschen sollen dort direkt abgeschoben werden

taz, die tageszeitung

Montag 26. Oktober 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 3

Length: 914 words

Byline: Eric Bonse

Highlight: Europa Brüssel und Berlin planen riesige Auffanglager für **Flüchtlinge**. Die Menschen sollen dort direkt abgeschoben werden

Body

Aus Brüssel Eric Bonse

Das offizielle Drehbuch las sich ziemlich pragmatisch. Man wolle das Chaos auf der Balkanroute beenden und der Politik des Durchwinkens abschwören, erklärte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zu Beginn des Balkan-Krisengipfels am Sonntag in Brüssel.

Mehr Zelte, mehr Decken, mehr Helfer für die **Flüchtlinge**, die zwischen Mazedonien, Serbien, Kroatien und Slowenien umherirren – so das EU-Programm. Juncker hatte sogar den Chef des UN-**Flüchtlingshilfswerks** António Guterres eingeladen, der mit seinem Know-how helfen sollte.

Doch die humanitäre Krise rückte schnell in den Hintergrund. Denn die Balkanländer stecken auch in einer politischen Krise, zwischen Kroatien und Serbien herrscht Funkstille. Wenn sie wieder miteinander sprechen, wäre schon viel gewonnen, seufzte ein EU-Diplomat.

Misstrauisch blicken viele Balkan-Führer aber auch nach Deutschland. Dem bevölkerungsreichsten EU-Land, das die Flüchtlinge wie ein Magnet anzieht, geben viele eine Mitschuld an dem Chaos auf dem Balkan. Wenn Deutschland und Österreich die Grenzen dicht machen sollten, würden sie sofort dasselbe tun, warnten Bulgarien, Rumänien und Serbien.

Die große Sorge der Südosteuropäer: Berlin könnte seine Flüchtlingspolitik weiter verschärfen mit der Folge, dass immer mehr Hilfsbedürftige auf dem Balkan hängen bleiben. Wir können aus unserem Land kein riesiges Flüchtlings-lager machen, sagte der griechische Migrationsminister Giannis Mousalas.

Doch genau darauf könnten die Pläne hinauslaufen, die vor dem Treffen in Brüssel diskutiert wurden. Nicht nur in Griechenland, sondern auch in Bulgarien, Kroatien und anderen EU-Grenzländern könnten gigantische

EU-Ziel: Transitzone Balkan Europa Brüssel und Berlin planen riesige Auffanglager für Flüchtlinge. Die Menschen sollen dort direkt abgeschoben werden

Auffanglager entstehen, in denen die Menschen auf ihre Weiterreise in ein Aufnahmeland oder die Abschiebung in die Heimat warten.

Denn nichts anderes bedeuten die Pläne für neue Hot-spots , die nach Italien und Griechenland nun auch für die Türkei und den Balkan diskutiert werden. In den Registrierungszentren soll künftig auch entschieden werden, welche Migranten wieder abgeschoben werden sollen, weil sie keine Aussicht auf den Schutz als Asylbewerber oder Bürgerkriegsflüchtling haben.

Es geht jetzt darum, den Migrationsstrom zu verlangsamen und unsere Außengrenzen unter Kontrolle zu bringen. Wir müssen auch klarmachen, dass Menschen, die an unseren Grenzen ankommen, aber nicht internationalen Schutz suchen, kein Recht auf Zugang in die EU haben , sagte Juncker dazu in der Bild am Sonntag.

In einem 16-Punkte-Plan, der vor dem Gipfel verteilt wurde, wurde der Kommissionschef noch deutlicher. Die Führer verpflichten sich, ihre Bemühungen zur Rückführung von Flüchtlingen zu verstärken , steht da. Wer sich nicht registrieren lasse, werde künftig als illegaler Flüchtling betrachtet, heißt es in der EU-Kommission.

Aus der Brüsseler Behörde kommen offenbar auch Pläne, auf dem ehemaligen Olympiagelände bei Athen ein Lager für 40.000 bis 50.000 Menschen zu bauen. Die EU-Kommission wollte das zwar nicht offiziell bestätigen. Doch die Idee passt in Junckers Plan, die Balkanroute abzudichten und mehr Flüchtlinge abzuschieben.

Ähnliche Überlegungen stellte vor dem Gipfel die Bundesregierung an. In den Hotspots müssten die Menschen nicht nur registriert werden, hieß es. Dort müsse auch über Schutzbedürftigkeit und Rückführung entschieden werden. Da dies einige Zeit in Anspruch nehme, müsse ein Hotspot in der Lage sein, einige zehntausend Menschen aufzunehmen.

Doch wie sollen solch gigantische Lager aus dem Boden gestampft werden? Auch dazu finden sich Hinweise in dem Juncker-Papier. Das UNHCR soll beim Bau von Aufnahme-Kapazitäten sprich: riesigen Zeltstädten helfen, heißt es da. Für die Finanzierung sollen die Europäische Investitionsbank und andere EU-Institute geradestehen.

Die Sache hat allerdings einen Haken: Die Balkanländer wollen nicht mitspielen. Der Kommissionsentwurf sei nicht ernsthaft und unrealistisch, sagte Kroatiens Regierungschef Zoran Milanović . Wir werden kein Hotspot für Migranten werden , erklärte er.

Auch der serbische Regierungschef Aleksandar Vučić sagte schwierige Gespräche voraus. Serbien gilt aber als kompromissbereiter als Kroatien, da es sich noch um eine EU-Mitgliedschaft bewirbt und dabei auf deutsche Hilfe angewiesen ist. Große Hoffnungen setzten Juncker und Merkel auch auf Slowenien, das sich allein nicht mehr zu helfen weiß.

Das kleine Land ist seit der Schließung der Grenze durch Ungarn zum neuen Brennpunkt der Krise auf dem Balkan geworden. In gut einer Woche sind mehr als 60.000 Flüchtlinge angekommen.

Es geht darum, den Migrationsstrom zu verlangsamen

Balkan

Der Treck der Flüchtlinge entzweit die EU-Staaten im Südosten. Deutschland will das ändern und die Einreisen stoppen

Union zerreißt sich

Seehofer mahnt: Der Flüchtlingszuzug sorgt in der Union weiter für Unruhe. CSU-Chef Horst Seehofer mahnte am Wochenende erneut eine Kurskorrektur in der Asylpolitik an. Wenn die Asylpolitik nicht korrigiert wird, dann geht das an die Existenz von CDU und CSU , sagte er.

EU-Ziel: Transitzone Balkan Europa Brüssel und Berlin planen riesige Auffanglager für Flüchtlinge. Die Menschen sollen dort direkt abgeschoben werden

Schäuble dramatisiert: Laut Spiegel schätzt Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) die Stimmung an der CDU-Basis als dramatisch ein. Wenn die Maßnahmen nicht bald Wirkung zeigten, stehe der CDU eine Zerreißprobe bevor.

Wähler springen ab: Die CDU/CSU verliert weiter. In einer Umfrage für Bild am Sonntag büßte sie erneut einen Punkt ein und kommt nur noch auf 36 Prozent den tiefsten Wert seit September 2012. (dpa/taz)

Meinung + Diskussion SEITE 12

Load-Date: October 25, 2015

Im Schatten; Gewalt Frauen flüchten vor dem Krieg, aber auch vor Misshandlungen. Ein Blick auf die besonderen Fluchtursachen der Frauen und warum sie den Weg oft mit ihrem Körper bezahlen müssen

taz, die tageszeitung

Freitag 18. September 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 3

Length: 1217 words

Byline: Simone Schmollack

Highlight: Gewalt Frauen flüchten vor dem Krieg, aber auch vor Misshandlungen. Ein Blick auf die besonderen Fluchtursachen der Frauen und warum sie den Weg oft mit ihrem Körper bezahlen müssen

Body

Von Simone Schmollack

Da ist diese Frau aus dem Iran. Mit ihren zwei Kindern ist sie vor ein paar Jahren vor ihrem gewalttätigen Ehemann geflohen. Der hatte sie regelmäßig vergewaltigt und fast jeden Tag geschlagen, mitunter im Beisein der Kinder. Als sie sich mit einem anderen Mann traf, sollte sie wegen Ehebruchs gesteinigt werden. Sie nahm ihre Kinder und machte sich über Nacht auf und davon. Sie war mehrere Jahre unterwegs. Über Kurdistan und die Türkei kam sie nach Deutschland. Hier beantragte sie Asyl und kam in Köln mit Agisra in Kontakt, einer Beratungsstelle für Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen in Köln.

Die iranische Frau ist kein Einzelfall. 2013 waren nach Angaben des Flüchtlingswerks der Vereinten Nationen UNHCR knapp die Hälfte aller Flüchtlinge weltweit Frauen und Mädchen. Sie verlassen ihre Heimat aus denselben Gründen wie Männer: zerbombte Städte und Dörfer, kein Wasser, kein Strom, ein zerstörtes Leben, politische Unterdrückung. Hinzu kommen sogenannte geschlechtsspezifische Gründe, wie Marei Pelzer von der Menschenrechtsorganisation Pro Asyl sagt: häusliche Gewalt, Zwangsverheiratungen, Genitalbeschneidungen, Ehrenmorde.

Die Ursache

Gerade hat die Menschenrechtsorganisation Amnesty International eine Petition für zwei indische Schwestern aufgesetzt. Die beiden jungen Frauen, 15 und 23 Jahre alt, sollen dafür bestraft werden, dass sich ihr Bruder in eine verheiratete Frau verliebt hat. Der Dorfrat hatte eine Massenvergewaltigung der Schwestern beschlossen. Jetzt sind die beiden Frauen auf der Flucht.

Im Schatten Gewalt Frauen flüchten vor dem Krieg, aber auch vor Misshandlungen. Ein Blick auf die besonderen Fluchtursachen der Frauen und warum sie den Weg oft....

Manche Frauen fliehen allein, andere zusammen mit ihren Kindern. Aus Kriegsgebieten machen sich Frauen häufig gemeinsam mit anderen Frauen auf den Weg: Mutter, Schwestern, Cousinsen. Die Männer, Väter und Brüder sind meist tot, Kriegsoffer.

Wie viele Flüchtlinge derzeit unterwegs sind, kann niemand genau sagen. Die Zahl der Menschen, die es seit Monaten aus Afrika, dem Nahen Osten und Südosteuropa nach Europa und nach Deutschland zieht, ändert sich täglich. Im August gingen die deutschen Behörden von rund 800.000 Flüchtlingen in Deutschland in diesem Jahr aus. Diese Annahme wurde mittlerweile auf 1 Million korrigiert. Auch diese Zahl muss nicht stimmen.

256.938 Menschen beantragten im August in Deutschland Asyl, hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gezählt. Im vergangenen Jahr waren das vor allem junge Männer, 70 Prozent der AntragstellerInnen waren männlich und jünger als 30 Jahre alt. Sie kommen aus Syrien, Afghanistan, Somalia, Eritrea, Irak, dem Balkan.

Für Frauen ist die Flucht zu Fuß, auf Schlepperbooten, in Zügen in der Regel noch beschwerlicher als für Männer. Viele haben Angst vor sexuellen Übergriffen, sagt Behshid Najafi von der Beratungsstelle Agisra in Köln. Für ihre Flucht brauchen die Frauen Geld, was viele nicht haben. In der Regel kommen sie aus patriarchalischen Gesellschaften und haben weder einen Beruf noch ein eigenes Einkommen. An die Schlepper müssen sie mehrere tausend Euro zahlen. Deshalb verkaufen sie ihren Körper an die Schlepper, sagt Najafi.

Die Hoffnung

In den muslimischen Herkunftsländern ist Sex gegen Geld ein großes Tabu. Die Frauen machen das aber, um sich und das Leben ihrer Kinder zu retten, sagt Najafi.

Frauen, die wie die Iranerin ohne Ehemann oder andere männliche Bezugspersonen unterwegs sind, sind noch stärker körperlicher, sexueller und psychischer Gewalt ausgesetzt als reisende Frauen im Familienverbund oder mit Ehemann. Manche müssen ohne Bezahlung arbeiten oder werden als Haushaltshilfen ausgebeutet. Einige werden zur Prostitution gezwungen, sagt Najafi. Kürzlich sei eine Frau aus Somalia in die Beratungsstelle gekommen. Sie war sieben Jahre lang auf der Flucht. Sie ist schwer traumatisiert, sagt Najafi.

Für nicht wenige Frauen enden die Bedrohungen nicht, sobald sie in Europa oder in Deutschland ankommen. In Flüchtlingsunternehmen laufen Menschen Gefahr, sexualisierte und häusliche Gewalt durch Partner, Bewohner oder Personal zu erleben, sagt Heike Rabe, Expertin für geschlechtsspezifische Gewalt beim Deutschen Institut für Menschenrechte in Berlin. Zimmer und Waschräume könnten nicht abgeschlossen werden, Frauen würden bis in die Duschen hinein verfolgt. Die Männer sind in der Mehrheit und dominierten allein dadurch in den Heimen. Laut dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge lebten die Flüchtlinge 2014 durchschnittlich sieben Monate zusammen auf engstem Raum.

Während die Männer versuchen, mobil zu sein, verlassen die Frauen die Unterkunft fast nie aus Angst vor Übergriffen. Und weil es in ihren Herkunftsländern oft nicht üblich ist, sich frei auf der Straße zu bewegen. Das macht es schwer, ihnen praktisch zu helfen, hat Ulrike Helwerth erfahren. Die Journalistin setzt sich privat für Flüchtlingsfrauen ein. Sie sagt: Hilfe wie zum Beispiel Sprachkurse müssen zu den Frauen kommen.

Die Gewalt gegen Flüchtlingsfrauen und Kinder ist kaum erforscht. Statistisch ist nicht erfasst, wie viele flüchtende Frauen von Übergriffen betroffen sind. Mitunter dringen heftige Vorfälle sexualisierter Gewalt an die Öffentlichkeit. So wie im Frühjahr in München, wo es zu massiven Übergriffen auf Frauen und zu Zwangsprostitution gekommen war.

Beraterinnen wie die bei Agisra in Köln hören indes jeden Tag dramatische Geschichten und können oft nicht helfen. Frauen mit einem ungeklärten Aufenthaltsstatus beispielsweise werden in Frauenhäusern nicht aufgenommen. Weil nicht klar ist, wer den Aufenthalt der Frauen dort bezahlt.

Es muss getrennten Wohnraum für Männer und Frauen geben, fordert Harald Löhlein, Migrationsexperte beim Paritätischen Wohlfahrtsverband. Doch wie soll das angesichts der zahlreichen Zelt- und Containerdörfer gehen?

Im Schatten Gewalt Frauen flüchten vor dem Krieg, aber auch vor Misshandlungen. Ein Blick auf die besonderen Fluchtursachen der Frauen und warum sie den Weg oft....

Momentan gibt es nicht genügend Wohnraum für Flüchtlinge. Trotzdem entstehen mancherorts Heime speziell für weibliche Geflüchtete. In Darmstadt beispielsweise wurde gerade eine Frauenunterkunft eröffnet, im Herbst soll es in Gießen eine weitere geben.

Die Realität

Geschlechtsspezifische Verfolgung gilt seit der Genfer Flüchtlingskonvention 1951 als Asylgrund. Deutschland hat sich lange dagegen gesperrt, sogenannte nichtstaatliche Verfolgung wie Vergewaltigung und häusliche Gewalt als Flucht-ursache anzuerkennen. Mit dem Zuwanderungsgesetz 2005 hat sich das geändert, die Betroffenen haben rechtlich mehr Aussicht auf Asyl.

In der Realität sieht das allerdings oft anders aus. Unter den über 33.000 AsylbewerberInnen, die im vergangenen in Deutschland als Flüchtlinge anerkannt wurden, waren 624, die wegen geschlechtsspezifischer Verfolgung nicht mehr abgeschoben werden dürfen. Das sind überwiegend Frauen, aber auch homosexuelle Männer , sagt Löhlein.

Viele Frauen haben keine Chance auf Asyl. Ihnen wird vielfach unterstellt, sie hätten sich die Erlebnisse nur ausgedacht , sagt Juristin Pelzer von Pro Asyl. Mitunter sind die Asylverfahren formell und unsensibel. Es werden Beweise verlangt, die die Frauen nicht bringen können , weiß Agisra-Beraterin Najafi. Die Iranerin, die mit ihren beiden Kindern vor der Steinigung floh, sollte ein Papier vorlegen, das die geplante Folter beweist.

Frauen verlassen die Unterkunft fast nie aus Angst vor Übergriffen

Frauen auf der Flucht

Wenn Frauen ohne männliche Begleitung fliehen, sind sie oft Übergriffen ausgesetzt unterwegs und in den Unterkünften

Load-Date: September 17, 2015

Europa an Afrika: Bleibt weg!; DOSSIER Auf dem EU-Gipfel werden Migrationspartnerschaften mit afrikanischen Staaten vorangetrieben. Klingt gut. Die taz hat recherchiert, was die EU damit bezweckt: die möglichst komplette Abschottung gegen Flucht und Zuwanderung aus Afrika SEITE 27

taz, die tageszeitung

Freitag 16. Dezember 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SEITE 1; S. 1

Length: 406 words

Highlight: DOSSIER Auf dem EU-Gipfel werden **Migrationspartnerschaften** mit afrikanischen Staaten vorangetrieben. Klingt gut. Die taz hat recherchiert, was die EU damit bezweckt: die möglichst komplette Abschottung gegen Flucht und Zuwanderung aus Afrika SEITE 27

Body

Berlin taz | Der vorweihnachtliche Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union ist traditionell Anlass für die EU, Gemeinsamkeiten zu bekräftigen oder eben Dissens. Dieses Jahr ist Afrika und Flucht das Konsensthema.

Die meisten europäischen Regierungen sind sich einig: Es müssen weniger Flüchtlinge nach Europa kommen, damit die Rechtspopulisten nicht noch stärker werden und die EU nicht zerbricht. Und weil perspektivisch der Migrationsdruck aus Afrika am größten ist, steht der verarmte Nachbarkontinent im Zentrum der Bemühungen, Flüchtlinge und Migranten gleich an der Quelle aufzuhalten – damit die Flüchtlinge gar nicht erst Libyen erreichen, sondern damit wir die Migration bereits stoppen können, wie Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gestern in Brüssel sagte. Merkel äußerte sich anlässlich der Anwesenheit von Nigers Präsident Mahamadou Issoufou, den die Kanzlerin erst im Oktober selbst besucht hatte.

Issoufou unterzeichnete mit EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker eine Vereinbarung: Für Niger, eines der ärmsten Länder der Welt, gibt es Hilfsprojekte im Umfang von 610 Millionen Euro. Im Gegenzug soll die unkontrollierte Einwanderung nach Europa gedrosselt und illegal ankommende Migranten in ihr Heimatland zurückgeschickt werden, wie es heißt. Am Sonntag war eine ähnliche Vereinbarung mit Mali getroffen worden inzwischen dementiert Malis Regierung allerdings scharf, dass es sich dabei um ein Rücknahmeabkommen für abgelehnte Asylbewerber handle.

Für Mittwochabend wurde erwartet, dass der EU-Gipfel in seiner Abschlusserklärung die Bedeutung solcher Migrationspartnerschaften betont und die EU-Mitglieder zu verstärktem Engagement auffordert. Geld gegen Migrationsverhinderung ist allerdings nur die sichtbarste Dimension dieser neuen europäischen Afrikapolitik. Es

Europa an Afrika : Bleibt weg! DOSSIER Auf dem EU-Gipfel werden Migrationspartnerschaften mit afrikanischen Staaten vorangetrieben. Klingt gut. Die taz hat rec....

geht auch um Aufrüstung der innerafrikanischen Grenzen, Vervielfachung von Abschiebungen und die europäische Unterstützung für Regime, die ihren Bürgern am effektivsten die Mobilität nehmen.

Die taz veröffentlicht heute auf sechs Sonderseiten die wichtigsten Ergebnisse ihrer mehrmonatigen Recherche über Europas neue Grenzen in Afrika.

Dominic Johnson

Zahlen und Statistiken zur Flucht aus Afrika SEITE 2

Was die EU mit Afrikas Regierungen ausdealt SEITEN 3 4

Was Westafrikas Staatenbund Ecowas dazu sagt SEITE 5

Wer an der Grenzabschottung verdient SEITEN 6 7

Was ein äthiopischer Flüchtling in Berlin empfindet SEITE 7

Load-Date: December 15, 2016

End of Document

"Wir müssen reden und voneinander lernen"; MIGRATION Am heutigen Inter-nationalen Tag gegen Rassismus demonstrieren auch die Frauen von "In-ternational Women Space" gegen die unmenschliche Asylpolitik in Deutschland und Europa. Die Euro-päer müssen endlich ihre Mitverantwortung für die Zustände in Afrika anerkennen, sagt Jennifer, Mitglied der Gruppe

taz, die tageszeitung

Samstag 21. März 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 43

Length: 590 words

Byline: SUSANNE MEMARNIA

Highlight: **MIGRATION** Am heutigen Inter-nationalen Tag gegen Rassismus demonstrieren auch die Frauen von In-ternational Women Space gegen die unmenschliche **Asylpolitik** in Deutschland und Europa. Die Euro-päer müssen endlich ihre Mitverantwortung für die Zustände in Afrika anerkennen, sagt Jennifer, Mitglied der Gruppe

Body

INTERVIEW SUSANNE MEMARNIA

taz: Jennifer, Ihre Gruppe International Women Space gründete die Frauenetage in der besetzten Gerhart-Hauptmann-Schule und machte dort Frauenarbeit. Vergangenen Juni mussten Sie, wie die meisten **Flüchtlinge**, die Schule verlassen. Wo sind Sie nun?

Jennifer: Wir treffen uns weiter regelmäßig in den Räumen von Tio e. V., einem Verein für die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe von Migrantinnen, in Neukölln.

Wie viele sind Sie?

Der harte Kern sind fast zehn Frauen, dazu kommen gelegentlich andere.

Wo leben die Frauen jetzt?

Viele kamen zunächst bei Unterstützern unter, etwa in Charlottenburg oder Spandau. Aber nach sechs Monaten wurden die meisten rausgeworfen. Das Wohnen ist bis heute ein harter Kampf.

Was genau machen Sie bei International Women Space?

"Wir müssen reden und voneinander lernen" MIGRATION Am heutigen Inter-nationalen Tag gegen Rassismus demonstrieren auch die Frauen von "In-ternational Women Spa....

Wir organisieren zum Beispiel Workshops und Seminare. Gerade arbeiten wir an einer Broschüre, in der Frauen von ihren Kämpfen erzählen, in ihren jeweiligen Ländern, aber auch hier, in den Lagern.

Was sind die besonderen Probleme von weiblichen Migranten?

Wie haben die üblichen Probleme mit dem Asylsystem und dazu noch die üblichen Herausforderungen als Frauen. Wir haben die Verantwortung für die Kinder, wir sind Opfer von männlicher Gewalt, von Zwangsverheiratungen und so weiter.

Was erwarten Sie von der neuen Kampagne My right is your right , zu der auch der International Women Space gehört?

Die Kampagne ist die Fortführung unseres Kampfes, den wir seit Jahren führen, in der besetzten Schule und anderswo: Es geht darum, die gleichen Rechte wie alle zu haben. Das Wichtigste ist, eine Wahlfreiheit zu haben etwa selbst entscheiden zu können, wo man leben möchte. Diese Freiheit wird uns Flüchtlingen verwehrt.

In dem Aufruf zur Demo am heutigen Tag gegen Rassismus betont die Kampagne den Zusammenhang zwischen der Asylpolitik in Europa und dem Kolonialismus. Wo sehen Sie den?

Die Verbindung ist, dass wir auch damals keine Wahlfreiheit hatten. Die Kolonisatoren ließen uns keine Wahl. Alle, die kamen, Missionare, Investoren, arbeiteten nur zu ihrem Vorteil. Wenn man heute in Deutschland einen wertvollen Bodenschatz entdecken würde: Glauben Sie, man würde die Afrikaner einladen, ihn auszubeuten? Glauben Sie, Deutschland würde sich mit fünf Prozent des Gewinns begnügen? So machen es die Europäer in unseren Ländern. Wir haben bis heute auch in unseren Ländern oft keine Wahl.

Wie meinen Sie das?

Viele Europäer mögen ja zum Beispiel Jeans aus Bio-Baumwolle und Bio-Nahrungsmittel. Aber kaum einer macht sich bewusst, dass für deren Anbau bei uns immer mehr Land geraubt wird. Die Menschen aus den Dörfern verlieren ihr Land an ausländische Großkonzerne und damit ihre Arbeit. Sie müssen in die überfüllten Städte ziehen, werden Migranten, oder sie gehen weiter, bis nach Europa. Es gibt viele Beispiele für Europas Verantwortung an den Zuständen in Afrika. Dennoch weigert man sich, die Menschen, die hierher fliehen, menschenwürdig aufzunehmen, Europa schottet sich ab. Diese Zusammenhänge müssen die Leute hier begreifen: Dann werden sie vielleicht auch anfangen, Migranten und Flüchtlinge aus einer anderen Perspektive zu sehen.

Wie kann die Kampagne diesen Perspektivenwechsel erreichen?

Indem wir in einen Dialog treten. Wir müssen reden und voneinander lernen. Nur so geht es.

- Jennifer ist Mitglied von International Women Space . Ihr Nachname, Alter und Herkunft tun nichts zur Sache, findet sie.

Wenn man in Deutschland einen wertvollen Bodenschatz entdecken würde: Glauben Sie, man würde die Afrikaner einladen, ihn auszubeuten?

Load-Date: March 20, 2015

Das Fremde, die Fremden und die Projektion; EDITORIAL

taz, die tageszeitung

Freitag 19. Juni 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SEITE 1; S. 01

Length: 339 words

Byline: GEREON ASMUTH / PATRICIA HECHT

Body

EDITORIAL

Mehr Menschen als jetzt waren seit dem Zweiten Weltkrieg nicht auf der Flucht. Fast 60 Millionen haben laut neuesten Angaben des **Flüchtlingshilfswerks** der Vereinten Nationen wegen Krieg, Verfolgung oder anderer Nöte ihre Heimat verlassen. Die meisten von ihnen bleiben in der jeweiligen Region. Ein kleiner Teil versucht, eine Perspektive in Europa zu finden. In Deutschland beantragen dieses Jahr voraussichtlich 400.000 Menschen **Asyl**.

Die Mehrheitsgesellschaft hierzulande verändert sich durch Flucht und Migration, was viele verunsichert. Zum Teil, weil sie nicht wissen, was an Fremdem auf sie zukommt, zum Teil, weil sie Ressentiments gegenüber Fremden hegen. Und zum Teil, weil sie eigene Ängste, etwa vor dem sozialen Abstieg, auf Fremde projizieren. Umso wichtiger ist es aufseiten von Politik und Zivilgesellschaft, den Prozess der Migration sinnvoll zu moderieren und zu gestalten.

Morgen ist der internationale Tag der Flüchtlinge. Anlass für die taz, sich unserem Umgang mit ihnen in einem achtseitigen Dossier zu widmen.

Was zum Beispiel sollen Kommunen tun, wenn sie Flüchtlinge unterbringen wollen oder müssen, aber schon jetzt kein Geld mehr haben? Wie schafft man es, dass die Situation nicht von rechts instrumentalisiert wird? Um Antworten zu finden, haben wir uns in Leverkusen und Berlin umgesehen. Außerdem stellen wir ein Programm vor, mit dem Kommunen sich abzeichnenden Konflikten möglichst früh begegnen können.

Weil fast immer übers Geld geredet wird, machen wir das auch: Mit einem Ökonomen diskutieren wir, welche volkswirtschaftlichen Auswirkungen Migration in Deutschland hat. Außerdem streiten die Publizistin Carolin Emcke und der frühere Innenminister Otto Schily, der die geltenden Migrationsgesetze maßgeblich geprägt hat. Auch diejenigen, um die es eigentlich geht, kommen zu Wort: Sie sprechen über ihre Ängste vor dem Leben in der Fremde.

Die schwierigsten Fragen zu Flucht und Migration aber stellen wir Ihnen selbst: Wir wollen wissen, was Sie zu tun bereit wären.

Das Fremde, die Fremden und die Projektion EDITORIAL

GEREON ASMUTH, PATRICIA HECHT

Load-Date: June 19, 2015

End of Document

Lehre, Kibbeh oder Big Mac; ARBEITSMARKT Viele Flüchtlinge machen bereits eine Lehre. Ein paar scheuen die langjährige Ausbildung. Einfache Hilfsjobs sind wegen des schnellen Gelds gefragt

taz, die tageszeitung

Dienstag 15. September 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: HINTERGRUND; S. IV

Length: 774 words

Byline: Barbara Dribbusch

Highlight: ARBEITSMARKT Viele **Flüchtlinge** machen bereits eine Lehre. Ein paar scheuen die langjährige Ausbildung. Einfache Hilfsjobs sind wegen des schnellen Gelds gefragt

Body

von Barbara Dribbusch

Aus den bisherigen Erfahrungen mit **Migrationen** lässt sich einiges vorhersagen zum Thema **Flüchtlinge** und Arbeitsmarkt: Erstens brauchen die Zuwanderer längere Bildungsphasen, bis sie hier eine qualifizierte Arbeit aufnehmen können. Zweitens könnte sich hier auch eine neue Parallelökonomie entwickeln mit Dienstleistungsjobs ohne formale Ausbildung. Und drittens wird die Zahl der Arbeitslosen und Sozialleistungsbezieher unter den **Flüchtlingen** höher bleiben als unter der deutschen Bevölkerung.

Rund zwei Drittel der **Flüchtlinge** haben keine abgeschlossene Berufsausbildung, so Zahlen aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Die allermeisten **Flüchtlinge** können kein oder kaum Deutsch. Die Hoffnungen ruhen daher vor allem auf der Bildung und Ausbildung jüngerer **Flüchtlinge**. Denn 60 Prozent der **AsylbewerberInnen** sind jünger als 25 Jahre.

Bayern hat schon mehrjährige Erfahrungen mit jungen unbegleiteten Flüchtlingen, die dort zwei Jahre lang an Berufsschulen in Vorbereitungsklassen Deutsch lernen und praktische berufliche Kenntnisse erwerben. Nach Abschluss der Vorbereitungsklassen können sie eine dreijährige Ausbildung anschließen.

Nach den ersten zwei Jahren in den speziellen Berufsschulklassen schaffen die meisten der Flüchtlinge den Hauptschulabschluss, sagt Werner Nagler, Lehrer am Berufsschulzentrum im bayerischen Schwandorf. Nur 30 bis 50 Prozent fangen danach tatsächlich eine betriebliche Ausbildung an. Ein Viertel der AbsolventInnen der Vorbereitungsklassen geht anschließend auf Berufsfach- oder andere weiterführende Schulen. Der Rest arbeitet bei McDonalds oder in anderen Hilfstätigkeiten für 8,50 Euro die Stunde, um Geld zu verdienen, so Nagler.

Lehre, Kibbeh oder Big Mac ARBEITSMARKT Viele Flüchtlinge machen bereits eine Lehre. Ein paar scheuen die langjährige Ausbildung. Einfache Hilfsjobs sind wegen

Eine dreijährige Lehre zu beginnen und durchzuhalten, ist gar nicht so einfach: Die Fachsprache, die in einer Berufsausbildung verlangt wird, stellt noch mal höhere Anforderungen an die Deutschkenntnisse. Manchen schreckt auch das niedrige Ausbildungsentgelt für Lehrlinge ab. Mit Vorbereitungsklasse und dreijähriger Lehre vergehen dann insgesamt fünf Jahre, in denen ein junger Flüchtling nicht nennenswert entlohnt wird. Daher bleibt auch kaum Geld, das er nach Hause schicken könnte. Auch Schulden bei einem Schleuser lassen sich damit nicht bezahlen.

Nach den Zahlen des IAB haben 13 Prozent der Flüchtlinge ein Hochschuldiplom aus der Heimat. Bei den Syrern liegt dieser Anteil noch höher. Doch ein hoher Abschluss aus der Heimat, etwa in einem geistes- oder sozialwissenschaftlichen Fach, hilft hier wenig, zumal gerade in akademischen Berufen perfekte Sprachkenntnisse in Sprache und Schrift erforderlich sind. Viele Flüchtlinge mit hohem Bildungsabschluss arbeiten daher am Ende doch in niedriger qualifizierten Tätigkeiten in Deutschland.

Der Bezug von Sozialleistungen ist verbreiteter als in der deutschen Bevölkerung. Laut einer IAB-Befragung von Zuwanderern, die in den letzten 20 Jahren als AsylbewerberInnen nach Deutschland kamen, sind 55 Prozent hier erwerbstätig, bei den Deutschen sind es drei Viertel. Die Asylbewerber werden sich erst mittel- und langfristig in den Arbeitsmarkt integrieren, sagt IAB-Migrationsexperte Herbert Brücker.

Die ersten Bilanzen sind daher mager: Am Modellprojekt Early Intervention der Bundesagentur für Arbeit etwa nahmen seit Jahresbeginn 2014 rund 800 AsylbewerberInnen teil, davon wurden 46 Leute in einen Job vermittelt, 13 begannen eine Ausbildung. Die TeilnehmerInnen dieses Projekts brauchen aufgrund ihrer persönlichen Situation einfach mehr Zeit, zum Beispiel weil sie traumatisiert sind oder die deutsche Sprache von Grund auf erlernen müssen, sagt Susanne Eikemeier, Sprecherin der Bundesagentur für Arbeit.

Gefragt sind Jobs, für die keine hervorragenden Deutschkenntnisse und keine formale Ausbildung erforderlich sind, also Hilfstätigkeiten in der Landwirtschaft, auf dem Bau, in Versandlagern, in der Gastronomie, der Pflege und im Bewachungsgewerbe. In den vergangenen vier Jahren wurden in Deutschland rund eine Millionen neuer Beschäftigungsverhältnisse für Ausländer geschaffen, die keine formale Ausbildung voraussetzen, so die IAB-Zahlen.

Die Migrantenmilieus in den Metropolen schaffen sich diese Jobs auch selbst, durch einen neuen Bedarf an Übersetzern, Kleinhandwerkern, Lebensmittelhändlern für Spezialitäten. Möglicherweise sprießen demnächst syrische Imbisse mit Kibbeh-Hackfleischbällchen, Minzjoghurt und Anistee aus dem Boden. Die neuen ethnischen Milieus werden auch Deutschland verändern.

In der Lehrzeit bleibt den Flüchtlingen kaum Geld, das sie nach Hause schicken könnten. Auch etwaige Schulden bei einem Schleuser können nicht beglichen werden

Load-Date: September 14, 2015

Im Bereich des Glücksspiels ; Rechtsvertreter Der Bremer Anwalt Jan Sürig arbeitet seit Jahren im Bereich des Asyl- und Ausländerrechts. Dieser sei stark von Stimmungen abhängig, sagt er. Laufend werde an der Schraube der Repression gedreht

taz, die tageszeitung

Samstag 06. August 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 55

Length: 1330 words

Byline: Jean-Philipp Baeck

Body

Rechtsvertreter Der Bremer Anwalt Jan Sürig arbeitet seit Jahren im Bereich des **Asyl-** und Ausländerrechts. Dieser sei stark von Stimmungen abhängig, sagt er. Laufend werde an der Schraube der Repression gedreht

Interview Jean-Philipp Baeck

taz: Herr Sürig, schlägt sich die Willkommenskultur in den deutschen **Asyl-** und Ausländergesetzen nieder?

Jan Sürig: In der Außendarstellung legt die Bundesregierung wert darauf, dass die Bundesrepublik wahnsinnig aufnahmebereit sei. Und es wurden ja auch Hunderttausende **Flüchtlinge** aufgenommen. Aber gleichzeitig hat es 2015 und Anfang 2016 die gravierendsten Gesetzesverschärfungen im Aufenthalts- und **Asylrecht** seit Jahrzehnten gegeben.

Meinen Sie die Einstufung diverser Länder zu sicheren Herkunftsländern ?

Zum Beispiel. Damit einher gingen Sonderregelungen für Menschen aus diesen Staaten: etwa eine erleichterte Verfügung von Arbeitsverboten. Daneben wurden unangekündigte Abschiebungen eingeführt. Alles Sachen, die verfassungsrechtlich zweifelhaft sind. Man muss sich vor Augen halten: Selbst eine Zwangsvollstreckung von 50 Euro muss vom Gerichtsvollzieher vorher angekündigt werden. Nicht aber Abschiebungen, die den Leuten ihre komplette Lebensgrundlage entziehen? Das ist ein völliges Missverhältnis. Es macht mir Angst, wie sehr die Schraube der Repression angezogen wird.

Warum gibt es dagegen wenig Widerspruch?

Dass mehr Flüchtlinge da sind, kann jeder auf der Straße sehen. Die schärferen Gesetze aber nimmt man nur wahr, wenn man sich auf die Leute einlässt und mit ihnen als ehrenamtlicher Unterstützer oder beruflich zu tun hat.

Im Bereich des Glücksspiels Rechtsvertreter Der Bremer Anwalt Jan Sürig arbeitet seit Jahren im Bereich des Asyl- und Ausländerrechts. Dieser sei stark von Stim....

Sind Asyl- und Aufenthaltsgesetze stärker als andere Rechtsbereiche der politischen Stimmung unterworfen?

Auf jeden Fall. Gesetzesverschärfungen werden auch auf Grundlage von Desinformation gefordert: Etwa, wenn der bayerische Innenminister kurz nach dem Anschlag in München schon schärfere Migrationsgesetze fordert, aber lange nicht erwähnt wird, dass alle Opfer von München einen Migrationshintergrund hatten. Auch die Einführung der sogenannten sicheren Herkunftsländer gehört dazu. Das treibt Roma auf den Balkan in eine vollkommen aussichtslose Lage. Es gibt Familien, die seit Jahrzehnten auf der Flucht sind. Verschärfungen lösen nichts, aber werden abhängig von der politischen Stimmung benutzt, um die Illusion aufrechtzuerhalten, die Situation sei gelöst, wenn man einfach keinen rein lässt.

Wäre es denn die Lösung, alle Menschen reinzulassen?

Auf jeden Fall sollte man die, die da sind, menschlich behandeln. Darum geht es. Dazu gehört menschenwürdiger Wohnraum statt monatelanges Zelten, faire Verfahren oder auch die Möglichkeit, zu arbeiten.

Werden Flüchtlinge nicht menschenwürdig behandelt?

Jedenfalls hinkt man den Möglichkeiten meilenweit hinterher. Es gibt sicherlich lobenswerte Bemühungen, die aber vor allem auf anerkannte Flüchtlinge abzielen und auf jene Leute, die in die Schublade eines erfolgversprechenden Asylverfahrens gesteckt werden. Und selbst da gibt es Regelungen, die ich für völlig sinnlos halte, etwa die Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge. Die Verschärfungen gehen so schnell, dass ich als Anwalt seit ungefähr einem Jahr nicht mehr mit gedruckten Gesetzestexten, sondern nur noch mit Internetausdrucken arbeite, um bei jedem Verfahren auf dem neuesten Stand zu sein.

Was kritisieren Sie an der Wohnsitzauflage?

Ein Flüchtling wird einer strukturschwachen Gegend zugewiesen, wo es allein schon zum nächsten Sprachkurs viele Kilometer sein können und wo eine hohe Arbeitslosigkeit herrscht. Da soll er dann so lange bleiben, bis er Arbeit hat. Das bedient Ressentiments und verfestigt sie.

Inwiefern?

Leute, die in einer Gegend mit hoher Arbeitslosigkeit wohnen, finden natürlich schwerer einen Job. Damit fühlen sich Rechte wieder in ihrem Vorurteil bestätigt. Es wird immer nur gesehen, dass Menschen vormittags offenkundig unbeschäftigt vor dem Asylbewerberheim stehen, aber nicht, woran das liegt. Arbeitsverbote, etwa bei Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten, von denen in der Praxis vor allem Roma betroffen sind, führen auf eine ganz makabre Weise dazu, dass plötzlich das Feindbild des Arbeitsscheuen reproduziert wird.

Was kann man dem als Anwalt entgegensetzen?

Man kann zumindest erreichen, dass die Leute ihre Rechte wahrnehmen. Es kommt sehr oft vor, dass die Behörden darüber nicht ausreichend informieren. Und es gibt Fälle krassen Unrechts, die zwar nicht die Regel sind, aber leider nennenswert häufig vorkommen.

Haben Sie dafür Beispiele?

Derzeit bin ich mit einem Verfahren gegen den Landkreis Emsland befasst, bei dem die Ausländerbehörde eine minderjährige Schwangere abschieben will. Oder im Kreis Rotenburg: Da hat die Ausländerbehörde bei der Schulverwaltung der Stadt Visselhövede angerufen und gesagt, es gebe ein Kind, das keine Duldung habe, also illegal sei was ein völlig schräger Kampfbegriff ist. Die Schulleiterin wurde unter Druck gesetzt und schloss das Kind aus der Schule aus. Dabei gibt es selbstverständlich ein Menschenrecht auf Bildung, unabhängig vom Aufenthaltsstatus.

Wieso kommt es zu Rechtsbrüchen, die über die scharfen Regeln noch hinausgehen?

Im Bereich des Glücksspiels Rechtsvertreter Der Bremer Anwalt Jan Sürig arbeitet seit Jahren im Bereich des Asyl- und Ausländerrechts. Dieser sei stark von Stim....

Es gibt ein Ordnungsdenken, nach dem jemand, der diesen oder jenen Aufenthaltsstatus nicht hat, bestimmte andere fundamentale Rechte schon gar nicht haben dürfe. Das geht quer durch alle Parteien. Vom rechten Rand der CDU, der in Teilen Niedersachsen von der AfD nicht zu unterscheiden ist, über die SPD mit Köpfen wie Sarrazin bis zu Sarah Wagenknecht von der Linkspartei, die etwas von Gastrecht faselt: Darin steckt die rassistische Forderung, dass, wer hierherkommt, sich auf einen niedrigeren Rechtsstandard zu beschränken hat.

Ist es für Sie eine politische Arbeit, die Sie als Anwalt machen?

Sicherlich. Bestimmte Dinge wünsche ich mir, die sich vor Gerichten nicht durchsetzen lassen, sondern auf anderen politischen Ebenen etwa in Bezug auf die Einbürgerung von Kindern. In anderen Bereichen kann man politische Forderungen in Rechtssprache umsetzen.

Ist das ein Kampf gegen Windmühlen?

Mal mehr, mal weniger, vor allem aber im Asylrecht. Anders als in anderen Rechtsgebieten des Verwaltungsrechts hat man dort insbesondere bei sicheren Herkunftsländern keine Berufungsmöglichkeit und in der Regel nur einen Einzelrichter. Der hat nur noch den blauen Himmel über sich und kann über alles entscheiden. Die Möglichkeit, dagegen mit einer Verfassungsbeschwerde weiterzukommen, geht eher in den Bereich von Glücksspiel. Dabei läuft sehr viel falsch.

Empfinden Sie es als eine große Verantwortung, die auf Ihren Schultern lastet?

Es ist belastend. Man hat auch ständig mit Leuten in einem Ausnahmezustand zu tun, die oft psychisch krank sind. Trotzdem eine rationale Strategie zu entwickeln, ist nicht immer einfach.

Ist Ihre Arbeitsbelastung seit Sommer letzten Jahres gestiegen?

Es wäre noch mehr, wenn ich nicht teilweise über Wochen keine neuen Mandate annehmen würde. Vielen Kolleginnen und Kollegen geht es genauso.

Also gibt es zu wenig Migrationsrechts-Anwälte?

Ich sage es mal andersherum: Ich habe absolut keine Konkurrenzangst.

Seit März 2016 gibt es den neuen Fachanwalt für Migrationsrecht . Was ändert das?

Nach meiner Einschätzung nicht viel. Die Kollegen Rolf Stahmann und Christoph von Planta aus Berlin haben sich seit Jahren bei der Bundesanwaltskammer um die Einführung bemüht. Fachanwalt ist eine geschützte Berufsbezeichnung, für die man einen Kurs absolvieren, Klausuren bestehen und eine gesetzlich vorgegebene Fallzahl nachweisen muss. So soll eine gewisse Qualifikation sichergestellt werden.

Ist es nicht auch eine Anerkennung des Rechtsgebietes?

Noch im Jahr 2015 wurde ein Vorstoß, den Fachanwaltstitel einzuführen, von der Satzungsversammlung der Bundesrechtsanwaltskammer mit der diskriminierenden Begründung abgelehnt, es würde dafür kein Bedarf bestehen.

Jan Sürig

50, Rechtsanwalt in Bremen mit einem Schwerpunkt auf Migrationsrecht. Er ist Ausbilder im Fachanwaltslehrgang Migrationsrecht des Republikanischen Anwaltsvereins.

Load-Date: August 5, 2016

Im Bereich des Glücksspiels Rechtsvertreter Der Bremer Anwalt Jan Sürig arbeitet seit Jahren im Bereich des Asyl- und Ausländerrechts. Dieser sei stark von Stim....

End of Document

Nicht alle sind willkommen; MIGRATION Die CDU will deutliche Verbesserungen bei der Integration aber nur für gute Flüchtlinge

taz, die tageszeitung

Mittwoch 23. September 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BREMEN AKTUELL; S. 29

Length: 516 words

Highlight: **MIGRATION** Die CDU will deutliche Verbesserungen bei der Integration aber nur für gute **Flüchtlinge**

Body

Die Bremer CDU will ihre **Flüchtlingspolitik** neu ausrichten. Am Dienstag legten CDU-Fraktions-Chef Thomas Röwekamp und die CDU-Sozialpolitikerin Sigried Grönert dazu ein Positionspapier vor. Grundsätzlich durchzogen ist das von der Idee, deutlich zwischen den **Flüchtlings**-Gruppen nach Herkunft zu unterscheiden: Jenen **Flüchtlinge**, etwa aus Syrien, die eine hohe Chance auf **Asylhaben**, solle schneller als bisher eine Perspektive in Deutschland ermöglicht werden. Integration solle vom ersten Tag an beginnen, heißt es in dem Papier.

Dies sehe die CDU durchaus anders als noch in den 1990er- Jahre, so Röwekamp. Auch die Christdemokraten hätten damals dazu beigetragen, dass Integration von MigrantInnen sich verzögert habe. Den Fehler wolle man nicht mehr begehen. Wir sind auf Zuwanderung angewiesen. Die Bremer CDU spreche sich daher für ein Einwanderungsgesetz aus.

Röwekamp nannte einige konkrete Maßnahmen auch für Bremen: So sollten Deutschkurse früher und auch für Geduldete angeboten werden. Minderjährige Flüchtlinge sollten drei Jahre länger als bisher bis zum 21. Lebensjahr zur Schule gehen können, um eine bessere Ausbildungschance zu erhalten, es brauche mehr Dolmetscher und eine bessere Vernetzung mit Jobcenter und Arbeitsamt.

Noch eine Reihe mehr an Verbesserungen zählt das Papier auf. Flüchtlinge allerdings, die laut CDU ohne einen Asylgrund zu uns kommen, jene aus den Westbalkan-Staaten, sollen daran explizit nicht teilhaben. Stattdessen schlägt die CDU vor, sie nach Herkunftsländern getrennt in eigenen Erstaufnahmeeinrichtungen unterzubringen, wo sie bleiben sollen, bis sie konsequent abgeschoben werden.

Der Flüchtlingsrat Bremen kritisierte die Position der CDU als populistische Abschreckungspolitik. Gegen die Teilhabe der einen stünden Sonderlager für die anderen. Maßnahmen zur Integration, arbeitspolitische Chancen und menschenwürdige Unterbringung darf nicht vom Herkunftsland abhängig gemacht werden. Die Aufteilung nach Herkunft hebele das individuelle Asylrecht aus.

Die Mehrheit derjenigen, die aus den als sicher eingestuften Staaten Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina fliehen, gehören zur Minderheit der Roma. Das Vorgehen verhöhne die Opfer von gewalttätigen

Nicht alle sind willkommen MIGRATION Die CDU will deutliche Verbesserungen bei der Integration aber nur für gute Flüchtlinge

Übergriffen durch Polizei und Sondereinheiten etwa in Mazedonien oder von struktureller, tradiert Diskriminierung im Kosovo.

Für Sozialsenatorin Anja Stamann (Grüne) sind getrennte Erstaufnahmeeinrichtungen nach Herkunft keine Option. Das ist eine unangemessene Vorverurteilung, erklärte ihr Sprecher Bernd Schneider. Es gibt auch Verfolgung in den Ländern, die zu den sicheren Herkunftsländern gezählt werden. Diese Menschen hätten einen Anspruch auf Gleichbehandlung. Auch gehe die Zahl der Flüchtlinge aus den Balkanländern zurück. Der Effekt wäre bei weitem nicht so hoch, wie die CDU es sich vorstellt.

Was die CDU vorhabe, sei ein Rückgriff auf die 1990er-Jahre, so Schneider. Zwischen guten und schlechten Flüchtlingen zu unterscheiden, sei damals ein Kernfehler gewesen und hätte zur Verschärfung der Debatte beigetragen. jpb

Wir sind auf Zuwanderung angewiesen

Load-Date: September 22, 2015

Steilpass gegen Flüchtlingsbehörde THEMA DES TAGES; Ausweise Mehrere Bundesländer werfen dem Bundesamt für Migration (Bamf) vor, gefälschte Pässe syrischer Flüchtlinge nicht entdeckt zu haben. Brandenburg will Datensätze des Bamf beschlagnahmen lassen

taz, die tageszeitung

Montag 19. September 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AKTUELLES; S. 2

Length: 499 words

Highlight: Ausweise Mehrere Bundesländer werfen dem Bundesamt für Migration (Bamf) vor, gefälschte Pässe syrischer Flüchtlinge nicht entdeckt zu haben. Brandenburg will Datensätze des Bamf beschlagnahmen lassen

Body

Berlin dpa/taz | Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) muss sich gegen den Vorwurf der Schlamperei bei der Überprüfung von Flüchtlingspässen wehren. Mehrere Bundesländer legen der Nürnberger Behörde zur Last, wiederholt gefälschte Pässe von Asylbewerbern nicht erkannt zu haben.

Das Bundesamt betont dagegen, ihm lägen keine konkreten Hinweise aus den Ländern vor, dass vom Bamf akzeptierte Pässe dort beanstandet worden seien.

Zuvor hatte der Berliner Sender RBB über schwere Vorwürfe mehrerer Länder berichtet. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) erklärte, bei Stichproben von Flüchtlingspässen seien Fälschungen und nicht zutreffende Identitäten in erheblichem Maße entdeckt worden. Das können wir angesichts der aktuellen Gefahren mit der Sicherheitslage in unserem Land nicht vereinbaren, sagte der CSU-Politiker. Herrmann will das Thema deshalb in dieser Woche mit Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) besprechen.

Am Dienstag waren in Schleswig-Holstein drei Terrorverdächtige festgenommen worden, die Ende 2015 mit mutmaßlich gefälschten Pässen die Grenze überquert hatten. Die Behörden hatten jedoch erkannt, dass ihre Pässe wohl aus einer Druckerwerkstatt der Terrormiliz IS stammten, und sich deshalb an ihre Fersen geheftet.

Es ist seit Langem bekannt, dass ein Teil der seit 2015 zu Hunderttausenden nach Deutschland eingereisten Asylbewerber bei der Registrierung falsche Pässe vorlegte. Der weitaus größte Teil hatte überhaupt keine Dokumente bei sich. Das Bamf versicherte, man unternehme alle Anstrengungen, um gefälschte Papiere zu identifizieren. So seien seit März 2016 von 53.603 geprüften Dokumenten 3.311 beanstandet worden. Dies sei ein Anteil mutmaßlicher Fälschungen von ungefähr sechs Prozent.

Nach Angaben mehrerer Bundesländer bleiben dennoch viele Fälschungen unentdeckt. So stellten bayerische Fahnder allein in Garmisch-Partenkirchen bei einer Stichprobe 19 gefälschte Pässe sicher. In Mecklenburg-

Steilpass gegen Flüchtlingsbehörde THEMA DES TAGES Ausweise Mehrere Bundesländer werfen dem Bundesamt für Migration (Bamf) vor, gefälschte Pässe syrischer Flücht....

Vorpommern überprüft man derzeit rund 3.300 Pässe, unter denen sich bisher 140 gefälschte syrische Pässe fanden. Vier davon habe das Bamf vorher mit Gutachten für echt erklärt. Drei der gefälschten Identitäten würden dem Umfeld des IS zugeordnet.

Als Konsequenz will die Brandenburger Generalstaatsanwaltschaft beim Bamf die Datensätze von rund 18.000 Flüchtlingen beschlagnahmen lassen. Die Behörde verweigert die Herausgabe der Daten. Der Staatsanwaltschaft sei es konkret um Anzeigen wegen illegaler Einreise gegangen, erklärte das Bamf. Die Übermittlung sei unverhältnismäßig, weil solche Strafverfahren von den Gerichten in der Regel wieder eingestellt würden.

Der SPD-Innenpolitiker Konrad Lischka verlangte Aufklärung von Thomas de Maizière. Der Bundesinnenminister soll erklären, wie es dazu kommen konnte, dass beim Bamf offenbar nicht sorgfältig gearbeitet wurde, sagte Lischka. Jeder Fall eines mit falschen Papieren eingereisten Flüchtlings ist einer zu viel.

Fahnder haben bei einer Stichprobe 19 gefälschte Pässe sichergestellt

Load-Date: September 18, 2016

Die neuen Mangelfächer; taz-Serie Tausende LehrerInnen wurden neu eingestellt, um Flüchtlinge zu unterrichten. Nicht nur sie profitieren von der Migration: Auch private Sprachschulen verdienen mit Kursen gut an den Flüchtlingen

taz, die tageszeitung

Donnerstag 04. Februar 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: WIRTSCHAFT UND UMWELT; S. 9

Length: 809 words

Byline: Ralf Pauli

Highlight: taz-Serie Tausende LehrerInnen wurden neu eingestellt, um **Flüchtlinge** zu unterrichten. Nicht nur sie profitieren von der **Migration**: Auch private Sprachschulen verdienen mit Kursen gut an den **Flüchtlingen**

Body

Von Ralf Pauli

Berlin taz | Der Schülerhilfe Andernach geht es so gut, dass Ines Weber mit dem Preis runtergehen kann zumindest bei SchülerInnen, für die der Staat zahlt. Das sind bei ihr rund ein Drittel. Wie viele es genau sind, will die Institutsleiterin mit Blick auf die Konkurrenz nicht verraten. Dafür gibt sie preis, dass sie bei diesen SchülerInnen im Monat 15 Euro weniger verlangt. Damit können wir die Kommune etwas entlasten, gibt sich Weber altruistisch. Der Rabatt ist nicht nur gut für den Ruf, er sichert ihr auch Kunden.

2015 hat sich ihre Schülerzahl verdoppelt. Weber musste das größte ihrer drei Klassenzimmer mit einer Trennwand teilen, um genügend Platz zu haben. Den Zulauf hat sie der örtlichen Realschule zu verdanken. Dort erhalten derzeit 56 **Flüchtlingskinder** Sprachunterricht. Stellen die Lehrkräfte in der Regelklasse einen zusätzlichen Förderbedarf fest, landen die Kinder bei Webers Institut. Die Stadt stellt der Familie ein Bildungs- und Teilhabepaket aus und schickt sie zur Schülerhilfe, dem einzigen Nachhilfeeinrichtung in Andernach, einer Kleinstadt bei Koblenz. Abgerechnet wird über das rheinland-pfälzische Familienministerium. 7,80 Euro die Stunde zahlt das Land Weber für jeden Nachhilfeschüler.

Private Nachhilfe- oder Sprachschulen springen ein, wenn Schulen und Volkshochschulen den Bedarf nicht decken können. Oder wenn den Asylsuchenden die Wartezeit auf den Asylbescheid lang wird. Generell dürfen nur anerkannte Flüchtlinge einen Sprach- oder Integrationskurs besuchen. Seit November stehen die Integrationskurse jedoch auch noch nicht anerkannten Asylsuchenden aus Syrien, Irak, Iran und Eritrea offen. Und zu den zusätzlichen Deutschkursen, die die Bundesagentur für Arbeit eingerichtet hat, haben sich bis Januar 220.000 Asylbewerber angemeldet, doppelt so viele wie angenommen.

Die neuen Mangelfächer taz-Serie Tausende LehrerInnen wurden neu eingestellt, um Flüchtlinge zu unterrichten. Nicht nur sie profitieren von der Migration: Auch

Viele dieser Kurse werden wie die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bezahlten Integrationskurse von privaten Sprachschulen angeboten. Das Türkisch-Deutsche Zentrum (dtz) in Berlin etwa bietet derzeit 86 Integrations- und 56 Flüchtlingskurse an. Die Nachfrage ist jetzt sehr hoch, sagt Ayla Ertürk, Leiterin der dtz-Bildung & Qualifizierung gGmbH. Wir haben mindestens 40 oder 50 Prozent mehr Schüler als vor einem Jahr. Ertürk musste viele neue DozentInnen einstellen.

Von den Flüchtlingen profitieren letztlich vor allem die LehrerInnen. Wenn auch unterschiedlich stark. Private Sprachschulen wie die dtz stellen teils Studierende gegen einen Stundenlohn von 20 Euro ein. An den Volkshochschulen, die bundesweit Hauptanbieter von Erstsprach- und Integrationskursen sind, bekommen DozentInnen in der Regel 30 Euro.

Am lukrativsten ist die Bezahlung an den Schulen. Viele Lehrkräfte wechseln dorthin, das sorgt für Personalmangel bei den freien Trägern und den Volkshochschulen. Sprachschulleiterin Ertürk findet für die Integrationskurse mit ihren hohen Stellenanforderungen kaum LehrerInnen. Und der Deutsche Volkshochschul-Verband warnte bereits im November, für 2016 nicht genügend Lehrpersonal zu haben. Die Volkshochschulen gehen davon aus, dass sich der Bedarf in diesem Jahr verdoppeln wird auf 370.000 bis 400.000 KursteilnehmerInnen. Das Bamf hat bereits die Anforderungen für Sprachlehrkräfte herabgesetzt. Auch ÜbersetzerInnen oder SozialpädagogInnen dürfen nun unterrichten.

Auch an den Schulen gibt es derzeit jede Menge Einstellungen. In Bayern wurden für dieses Jahr fast 1700 Stellen für Übergangs-, Deutschförder- und Berufsintegrationsklassen geschaffen. In Nordrhein-Westfalen sind es im vergangenen und diesem Jahr 5.766 Stellen. Zusätzlich werden 1.200 LehrerInnen mit der Ausbildung Deutsch als Zweitsprache angestellt. Nach taz-Recherchen wurden für das laufende Schul- oder Kalenderjahr bundesweit rund 10.000 neue Lehrer eingestellt. In manchen Ländern wie in Niedersachsen unterrichten auch Pensionäre.

Soweit ist es in Andernach noch nicht. Was die Schule nicht abdeckt, leistet Ines Webers Schülerhilfe. Es klingt nach einer Win-Situation für alle Seiten. Die Flüchtlingskinder werden noch gezielter gefördert. Die Realschule lässt das Land dafür bezahlen, dass ihre SchülerInnen schneller im Unterricht mitkommen und die Schülerhilfe kann weiter wachsen. Als Dank hat sie jedem Flüchtlingskind an der Realschule ein Wörterbuch in seiner Herkunftssprache geschenkt. Eine ähnliche Kooperation plant Institutsleiterin Ines Weber auch in Koblenz und Neuwied: Wir sind erst am Anfang.

Sprachschulleiterin Ertürk findet für die Integrationskurse kaum LehrerInnen

Ökonomie der Flucht

Wie beeinflusst die Migration die Wirtschaft? Sorgen Flüchtlinge für mehr Wirtschaftswachstum in Deutschland? Oder sogar für weniger? In der taz-Serie Ökonomie der Flucht untersuchen wir genau, welche Art der Zuwanderung auf verschiedene Wirtschaftszweige wie zum Beispiel die Baubranche einwirkt.

Load-Date: February 3, 2016

Polizei räumt zwei Flüchtlingslager; FRANKREICH Offiziell sind mangelnde hygienische Zustände der Grund für das rigorose Vorgehen der Polizei. Tatsächlich wollen die Behörden eine wilde Ansammlung von Migranten auf Dauer unterbinden

taz, die tageszeitung

Mittwoch 03. Juni 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 08

Length: 297 words

Byline: RUDOLF BALMER

Highlight: FRANKREICH Offiziell sind mangelnde hygienische Zustände der Grund für das rigorose Vorgehen der Polizei. Tatsächlich wollen die Behörden eine wilde Ansammlung von Migranten auf Dauer unterbinden

Body

PARIS taz | Die französische Polizei hat am selben Tag zwei Camps von Migranten in Calais am Ärmelkanal sowie ein improvisiertes Zeltlager im Norden von Paris geräumt. Was nach einer konzertierten Aktion aussieht, ist nach Angaben des Innenministeriums nur zufällig am selben Tag über die Bühne gegangen. Die Absicht ist aber an beiden Orten identisch: Die französischen Behörden wollen eine Konzentration des Flüchtlingselends vor aller Augen nicht dulden und gleichzeitig bei der Aufnahme dieser Menschen zwischen Flüchtlingen mit Anspruch auf das Asylrecht und Migranten aus wirtschaftlichen Motiven unterscheiden. Offiziell heißt es, für diese Personen müsse eine menschenwürdige Unterbringung gefunden werden.

Im Norden von Paris war in den vergangenen Wochen unter einer Metro-Brücke an der Porte de la Chapelle ein Camp mit Zelten entstanden, in denen zuletzt rund 400 Menschen unter äußerst prekären hygienischen Bedingungen gelebt haben. Die meisten von ihnen sagten, sie seien aus dem Sudan, aus Eritrea, Syrien oder Irak. Ihr eigentliches Reiseziel ist Großbritannien. Zu den Gründen der Räumung verlautete, es habe unter den Bewohnern des Camps eine Krätze-Epidemie gegeben.

Die Pariser Polizei wurde bei der Evakuierung durch Angehörige von Hilfsorganisationen begleitet, die versuchen, für alle eine provisorische Unterkunft zu finden. In Calais dagegen wollen die Behörden alle Migranten in einem einzigen Freiluftlager neben einem nur tagsüber geöffneten Aufnahmезentrum weit außerhalb der Stadt ansiedeln. Die Kontrollen in Eurostar-Zügen und Lastwagen vor dem Tunnel und den Fähren sind massiv verschärft worden. Laut der Grenzpolizei sind seit dem 1. Januar 2015 mehr als 18.000 blinde Passagiere entdeckt worden, viermal mehr als im ganzen Jahr 2013. RUDOLF BALMER

Load-Date: June 2, 2015

Polizei räumt zwei Flüchtlingslager FRANKREICH Offiziell sind mangelnde hygienische Zustände der Grund für das rigorose Vorgehen der Polizei. Tatsächlich wollen....

End of Document

Bleiberecht erkämpft ; debatte Christian Jakob erklärt, wie die Flüchtlinge Wegbereiter der Willkommenskultur wurden

taz, die tageszeitung

Freitag 03. Juni 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BREMEN AKTUELL; S. 30

Length: 323 words

Byline: Jenny Häusler

Highlight: debatte Christian Jakob erklärt, wie die Flüchtlinge Wegbereiter der Willkommenskultur wurden

Body

heute in Bremen

taz: Christian, welche Entwicklung stellst du in deinem Buch dar?

Christian Jakob: Die Entwicklung von Deutschland zu einem Einwanderungsland wird dargestellt. Das wurde durch die Migranten und Flüchtlinge begünstigt, die nicht akzeptiert haben, hier nicht erwünscht zu sein. Sie sind geblieben und haben ihr Recht eingefordert und den Prozess vorangetrieben.

Inwiefern haben sich die Zivilgesellschaft und staatliche Institutionen seit dem Asylkompromiss der 1990er verändert?

Erst mal handeln die Medien anders: In den 90ern waren die eher kontra Einwanderung. Heute begünstigen sie den Prozess. Die Gesetze von damals sind gekippt und neue eingeführt worden, die es Migranten einfacher machen, zu bleiben.

Und auch die Einstellung der Bevölkerung hat sich geändert?

Ja, definitiv. Der ganze Hype um das Thema Refugees Welcome ist ein eindeutiges Indiz dafür. Die Welle der Solidarität zeigt, dass Migranten in unserem Land willkommen sind. Auch die rassistischen Übergriffe rufen heute Solidarität mit Flüchtlingen hervor, anders als in den 90er-Jahren.

Aber mittlerweile erreicht eine durchaus rassistische Partei breite Zustimmung!

Die AfD ist eine Folge dieses Prozesses. In meinem Buch stelle ich dar, was diesen Prozess begünstigt hat, und auch, wie sich die Flüchtlinge, die keinen legalen Weg hatten, um nach Deutschland zu kommen, ihr Bleiberecht erkämpft haben.

Bleiberecht erkämpft debatte Christian Jakob erklärt, wie die Flüchtlinge Wegbereiter der Willkommenskultur wurden

Hättest du dir mehr von der Politik erhofft, wenn du sagst, dass die Flüchtlinge selbst die Willkommenskultur machen?

Das, was im Laufe der Jahre passiert ist, konnte nur geschehen, weil die Migranten und Flüchtlinge sich dies erzwungen haben. Es wäre schöner gewesen, wenn dies ohne diese Kämpfe um das Recht hätte geschehen können.

interview: Jenny Häusler

Präsentation und Gespräch mit Sunny Omwenyeke (The Voice Refugee Forum), DGB-Haus, 19.30 Uhr

Christian Jakob

36, Soziologe, taz-Redakteur früher in Bremen, heute weltweit für Reportage und Recherche.

Load-Date: June 2, 2016

End of Document

Aktivisten besetzen SPD-Zentrale; MIGRATION Neues Bündnis startet Aktionswoche gegen geplante Asylrechtsverschärfung

taz, die tageszeitung

Samstag 11. April 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AKTUELLES; S. 04

Length: 290 words

Byline: SUM

Highlight: MIGRATION Neues Bündnis startet Aktionswoche gegen geplante Asylrechtsverschärfung

Body

BERLIN taz | Zum Auftakt einer bundesweiten Aktionswoche hat das neu gegründete Bündnis für bedingungsloses Bleiberecht am Freitagvormittag für zwei Stunden einen Balkon der SPD-Bundeszentrale im Kreuzberger Willy-Brandt-Haus besetzt. Die rund 25 Aktivisten forderten die Bundestagabgeordneten der Partei auf, gegen das geplante Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung zu stimmen. Die SPD redet seit Monaten gegen Pegida. Aber dieses Gesetz übertrifft sogar das, was Pegida will, sagte ein Sprecher des Bündnisses der taz.

Gegen das Gesetz, das am 8. Mai im Bundestag beschlossen werden und im Juni in Kraft treten soll, laufen Kritiker seit Monaten Sturm. Pro Asyl und die Wohlfahrtsverbände etwa befürchten, dass damit entgegen der erklärten Absicht vielen Geduldeten das Bleiberecht vorenthalten bleibt und Flüchtlinge viel häufiger in Haft genommen werden. Bei einer Expertenanhörung im Bundestag hatten Juristen ähnliche Bedenken geäußert.

Auch das neue Bündnis für bedingungsloses Bleiberecht sieht in dem Gesetzentwurf ein einziges großes Inhaftierungsprogramm, so ihr Sprecher. Künftig genüge es etwa, 3.000 Euro an einen Schleuser gezahlt zu haben oder seine Reiseroute nicht offenzulegen, um in Haft zu kommen. Damit werde quasi jeder Flüchtling zum Verbrecher gestempelt.

Das neue Bündnis ist ein Zusammenschluss von Betroffenen, Antifa- und Antira-Gruppen sowie verschiedenen Künstlernetzwerken. Im Rahmen der Aktionswoche soll es in mehreren Städten Demonstrationen und Veranstaltungen geben. Höhepunkt ist eine Kundgebung am nächsten Samstag am Berliner Oranienplatz, wo unter anderen Suede-Sänger Peter Fox auftreten wird. SUM

Infos zur Aktionswoche: www.asylrechtsverschaeftung-stoppen.de

Load-Date: April 10, 2015

Aktivisten besetzen SPD-Zentrale MIGRATION Neues Bündnis startet Aktionswoche gegen geplante
Asylrechtsverschärfung

End of Document

Die Abreise ins Ungewisse; Frankreich Die Räumung des Dschungel genannten Flüchtlingslagers bei Calais hat begonnen. Die Migranten steigen in Busse, nicht wissend, was sie in den über ganz Frankreich verteilten Aufnahmezentren erwartet

taz, die tageszeitung

Dienstag 25. Oktober 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 2

Length: 835 words

Byline: Rudolf Balmer

Highlight: Frankreich Die Räumung des Dschungel genannten **Flüchtlingslagers** bei Calais hat begonnen. Die **Migranten** steigen in Busse, nicht wissend, was sie in den über ganz Frankreich verteilten Aufnahmezentren erwartet

Body

Aus Paris Rudolf Balmer

In den frühen Morgenstunden des Montags finden sich vor dem vereinbarten Treffpunkt die ersten **Migranten** mit ihren Habseligkeiten ein. Bald bildet sich vor den Augen der Polizisten eine Schlange. Diese Menschen aus Afghanistan, Syrien, dem Sudan und Somalia haben eine lange Reise hinter sich. Sie sind das Warten gewohnt. Die meisten von ihnen haben seit Wochen und Monaten vergeblich versucht, von Frankreich über den Ärmelkanal nach Großbritannien zu gelangen. Wer nicht besonderes Glück oder genug Geld hat, scheiterte mit dem nächtlichen Versuch, auf dem Autobahnzubringer oder an einem Rastplatz auf einen Laster aufzuspringen.

Jetzt haben ihnen die französischen Behörden einen Platz an der Wärme in einem Aufnahmezentrum für **Flüchtlinge** irgendwo in Frankreich versprochen, wo sie ein **Asylgesuch** einreichen könnten. Die Tage des Dschungels, so der Name des wilden **Flüchtlingslagers** bei Calais, sind gezählt.

Wie viele der am Wochenende noch etwa 6.000 bis 8.000 Menschen glauben, vielleicht sei dies doch die bessere Lösung, als weiter unter prekären Verhältnissen in diesem kosmopolitischen Zelt- und Hüttenlager auf eine hypothetische Chance einer Überfahrt zu hoffen? Die Hilfswerke haben die Migranten in den letzten Tagen informiert, dass sie gut daran täten, sich auf das Ende des Dschungels vorzubereiten und die ihnen gebotene Gelegenheit, eine wintersichere Unterkunft zu bekommen, zu ergreifen.

Christian Salomé, der Vorsitzende der Flüchtlingshilfe Auberge des migrants, schätzt, dass rund 5.000 Menschen zur Abreise bereit seien. Etwa 2.000 aber lehnten die Räumung ab und hätten weiter vor, zu bleiben, um trotz aller Schwierigkeiten die Chance zu behalten, über den Kanal nach Großbritannien zu reisen.

Die Abreise ins Ungewisse Frankreich Die Räumung des Dschungel genannten Flüchtlingslagers bei Calais hat begonnen. Die Migranten steigen in Busse, nicht wiss....

Beim Besteigen eines der Reisebusse stellen sich die meisten die bange Frage, was sie bei ihrer Ankunft am Abend erwartet. Wie werden die Bewohner in den Ortschaften reagieren, wo die Flüchtlingsheime CAO (Centres d'accueil et d'orientation) stehen? In dem Dorf Loubeyrat im Zentralmassiv haben Unbekannte in der Nacht im CAO einen Brand gelegt. Nur der rasche Feuerwehreinsatz verhinderte, dass das Heim ausbrannte. Es war nicht die erste Brandstiftung dieser Art in Frankreich.

Trotz einiger Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Migranten in der Nacht auf den Montag beginnt die eigentliche Räumungsaktion ruhig und nach Plan. Jeder Schritt wurde in den Wochen zuvor minutiös geplant und vorbereitet. Die Freiwilligen müssen sich vor einem Transitlager einfinden, das unweit des Camps in einem riesigen Hangar im Osten von Calais eingerichtet wurde. Dort werden Familien, Einzelpersonen und Minderjährige getrennt registriert mit der Zusicherung, dass alle Angaben zu Herkunft und Identität nicht für eine spätere Abschiebung verwendet würden. Es gibt in den in ganz Frankreich verteilten 450 Aufnahmezentren genug Plätze für alle, wobei jeder zwischen zwei Vorschlägen wählen soll und danach zwei Armbänder mit den entsprechenden Farben erhält.

Die besonders gefährdeten Minderjährigen insgesamt schätzungsweise 1.200 werden von den anderen Migranten getrennt. Sie dürfen vorerst in den zu Notunterkünften umfunktionierten Containern neben dem Dschungel bleiben. Fast die Hälfte von ihnen sagt, sie hätten Verwandte jenseits des Kanals. Vertreter des britischen Innenministeriums überprüfen die Angaben. Bis zum Wochenende konnten rund 200 Jugendliche aus Calais legal nach Großbritannien ausreisen.

Bereits eine halbe Stunde nach Beginn der groß angelegten Operation fährt der erste Bus mit rund 50 Passagieren in Richtung Burgund ab. Die Sitze sind mit Plastikhüllen bedeckt. In jedem Bus sitzen zwei Polizisten; auch auf den Rastplätzen, wo Pausen vorgesehen sind, ist eine Überwachung vorgesehen, damit unterwegs niemand verloren geht.

Niemand kann im Voraus sagen, ob die Evakuierten ein Gesuch für Asyl in Frankreich einreichen werden, wie ihnen das vorgeschlagen wird. Es würde bedeuten, dass sie ihre Pläne einer Weiterreise auf die Britische Insel aufgeben müssten. Unklar ist auch, wie die zuständige Behörde zum Schutz der Flüchtlinge und Staatenlosen, das Office français de protection des réfugiés et apatrides, mit diesen Gesuchen umgehen wird. 2015 gingen in Frankreich rund 80.000 Anträge ein. Weniger als ein Viertel ist bewilligt worden.

Die französischen Behörden wollen das Lager in Calais, das allen humanitären Standards spottet, im Verlauf dieser Woche schließen und von den bisherigen Bewohnern definitiv räumen lassen. Das ist eine politische und organisatorische Herausforderung. Als humanitäre Evakuierung wird die Räumung bezeichnet. Mehr als 3.300 eingesetzte Polizisten und Gendarmen sollen jeden Zweifel zerstreuen, dass der Dschungel notfalls nicht mit Gewalt geräumt wird. Bulldozer stehen bereit, um das Lager danach dem Erdboden gleichzumachen.

Die Räumung wird als humanitäre Evakuierung bezeichnet

Flüchtlinge

Großbritannien schottet sich gegen Migranten ab, Frankreich sorgt für geordnete Verhältnisse am Kanal

Load-Date: October 24, 2016

Niemand will sie haben; TERROR Seit den Übergriffen in der Silvesternacht in Köln sind sie ein Lieblingsthema von Innenpolitikern: Abschiebungen nach Nordafrika. Der Fall Anis Amri hat diese Debatte neu entfacht

taz, die tageszeitung

Samstag 24. Dezember 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 5

Length: 1125 words

Byline: Christian Jakob, Lea Wagner

Body

Terror Seit den Übergriffen in der Silvesternacht in Köln sind sie ein Lieblingsthema von Innenpolitikern: Abschiebungen nach Nordafrika. Der Fall Anis Amri hat diese Debatte neu entfacht

von Christian Jakob und Lea Wagner

Die Argumentationskette geht so: In den Maghreb-Staaten herrsche weder Krieg noch seien die Regime Diktaturen, deshalb bestehe kein Recht auf **Asyl**. Und: Vor allem allein reisende junge Männer aus Nordafrika fielen häufig durch Straftaten auf. Dies sagte etwa Nordrhein-Westfalens Innenminister Ralf Jäger (SPD) im August. Wer Willkommenskultur missbraucht und hier sogar Straftaten begeht, muss schneller zurückgeführt werden. Doch die Heimatländer blockierten die Rückführung.

Stimmt das alles so?

Die offiziellen Zahlen zeichnen das Bild eines überschaubaren Problems: In den ersten neun Monaten dieses Jahres stellten 3.139 Marokkaner, 2.699 Algerier und 698 Tunesier einen Asylantrag. Fast nie haben Schutzsuchende aus dem Maghreb mit ihrem Asylbegehren Erfolg: Die Anerkennungsquote lag zuletzt zwischen 0,9 Prozent für Menschen aus Tunesien und 3,3 Prozent für Asylbeantragende aus Marokko.

Zwischen Januar 2010 und Oktober 2016 schob die Bundesrepublik insgesamt 339 Tunesier, 668 Marokkaner und 785 Algerier in ihr jeweiliges Herkunftsland ab.

Am 31. Dezember des vergangenen Jahres lebten rund 72.000 Marokkaner in Deutschland, davon 6.239 ohne Aufenthaltstitel – sie hätten also abgeschoben werden sollen. Zum selben Stichtag lebten 30.696 Tunesier in Deutschland, davon 2.053 ohne Aufenthaltstitel. Im Vergleich zu anderen Herkunftsstaaten, vor allem aus dem Nahen und Mittleren Osten, sind das geringe Größenordnungen. Dennoch sind die Maghreb-Staaten seit Köln ein Politikum ersten Ranges.

Niemand will sie haben **TERROR** Seit den Übergriffen in der Silvesternacht in Köln sind sie ein Lieblingsthema von Innenpolitikern: Abschiebungen nach Nordafrika.....

Vor allem die Union will Marokko, Algerien und Tunesien unbedingt auf die Liste der sicheren Herkunftsstaaten setzen. Zu mehr Abschiebungen würde ein solcher Schritt allerdings nicht führen auch ohne diesen Status werden Anträge aus diesen Ländern fast immer abgelehnt. Es geht wohl eher um politische Symbolkraft. Tatsächliche Folge wären allerdings verschlechterte Lebensbedingungen für Menschen aus diesen drei Ländern: Wer aus einem sicheren Herkunftsland stammt, bekommt geringere Sozialleistungen, muss in zentralen Aufnahmezentren bleiben, darf in der Regel nicht arbeiten.

Das Vorhaben scheiterte bislang: Die Grünen wollten nicht mitmachen. Im September wurde zudem bekannt, dass auch das Bundesamt für Asyl und Migration (BAMF) die drei Staaten nicht für sicher hält. In den Herkunftsländerleitlinien des Amtes wird für Algerien Verfolgung nicht ausgeschlossen ; bei Marokko ist von Berichten über Folter die Rede. In Tunesien kommt das Bamf zu dem Schluss, dass zwar politische und religiöse Verfolgung nicht stattfindet, Homosexuellen aber schutzrelevante Verfolgung durch die Behörden drohen könnte.

Die Klagen der Innenpolitiker stehen in Gegensatz dazu, dass Deutschland mit Marokko schon seit 1998 und mit Algerien seit 2006 ein Rückübernahmeabkommen unterhält. Die Bundesregierung allerdings ist mit deren Umsetzung unzufrieden. Es dauere zu lange, Passersatzpapiere für Ausreisepflichtige zu bekommen, sagte etwa Nordrhein-Westfalens Innenminister Ralf Jäger (SPD). Die Länder müssen verstehen: Die Zusammenarbeit in Migrations- und Rückführungsfragen ist aus unserer Sicht ein zentraler Faktor des bilateralen Verhältnisses. Unsere Bereitschaft zur Zusammenarbeit in anderen Feldern hängt davon ab , sagte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) im Januar 2016.

Im April besuchte de Maizière deshalb alle drei Maghreb-Staaten und kam mit allerlei Zusagen zurück: Die Regierung in Rabat versprach, künftig innerhalb von 45 Tagen zu antworten, wenn die deutschen Behörden Fingerabdrücke zur Feststellung der Identität von ausreisepflichtigen Flüchtlingen übermitteln. Auch Algerien gelobte, sich künftig in solchen Dingen kooperativer zu zeigen. Mit Tunesien schließlich vereinbarte de Maizière ein Pilotprojekt: Dabei sollten zunächst 20 Tunesier in ihr Herkunftsland zurückgeführt werden, danach sollte eine weitere Vereinbarung über die regelmäßige Rückführung der Tunesier folgen, sagte der Bundesinnenminister. Der Plan: Bis zu 25 Menschen sollen pro Flug in eigens bereitgestellten Chartermaschinen zurückgebracht werden. Deutschland stelle die begleitenden Polizisten und übernehme die Kosten. Tunesien versprach, Botschaftsmitarbeiter abzustellen, die in den deutschen Asylheimen helfen sollen, die Identität Abzuschiebender zu prüfen.

Die Route über das Mittelmeer ist Teil vieler Migrationsbiografien von Marokkanern, Algeriern und Tunesiern. Nach Deutschland wollen die wenigsten, sondern nach Italien, Frankreich und Spanien. Diese Länder bemühen sich schon lange, der Einwanderung einen Riegel vorzuschieben: Italien zahlte um die Jahrtausendwende mehrere hundert Millionen Dollar an Tunesiens Diktator Ben Ali. Der stellte daraufhin illegale Ausreise unter Strafe, machte den Weg zur Küste dicht und nahm auch Transitmigranten aus Italien zurück. Ähnlich lief es zwischen Marokko und Spanien.

Heute haben Marokko und Algerien Rückübernahmeabkommen mit Deutschland, Spanien, Frankreich, Italien und Großbritannien, Tunesien immerhin mit Italien und Frankreich. Doch wirklich mitwirken wollen die Länder bei Abschiebungen oft nicht zu wichtig ist Migration für ihre Wirtschaft.

Auch die EU ist am Thema dran. Sie will multilaterale Abschiebeabkommen, die für die gesamte EU gelten sollen. Bei Algerien gibt es momentan dazu keine Bereitschaft. Mit Marokko und Tunesien ist Brüssel einen Schritt weiter: Mit beiden Ländern gibt es seit 2013 respektive 2014 eine Mobilitätspartnerschaft. Diese sieht Mobilitäts erleichterungen für bestimmte Gruppen vor, etwa Hochqualifizierte. Diese sollen Bestandteil eines noch zu schließenden Visumerleichterungsabkommens sein. Darauf aber will Brüssel sich nur einlassen, wenn die Länder auch der Abschiebung von Drittstaatsangehörigen zustimmen. Genau das aber wollen sie nicht. Tunesien wiederum stimmte nur zu, nachdem man sich auf eine stark verklausulierte Formulierung geeinigt hatte, damit der wahre Inhalt des Abkommens sich vielen in der Bevölkerung nicht erschließt. Dennoch ist das Abkommen heute, fast drei Jahre später, noch nicht in Kraft.

Niemand will sie haben **TERROR** Seit den Übergriffen in der Silvesternacht in Köln sind sie ein Lieblingsthema von Innenpolitikern: Abschiebungen nach Nordafrika.....

Tunesien befürchtet, dieses Abkommen könnte die EU ermutigen, Flüchtlinge und Migranten künftig nicht nur dorthin zurückzuführen, sondern grundsätzlich dort auffangen zu lassen. Vorschläge für sogenannte Auffanglager, in denen Flüchtlinge in Nordafrika Asyl beantragen und gegebenenfalls auf ihre Umsiedlung nach Europa warten sollen, gibt es in Europa immer wieder.

Die Route über das Mittelmeer ist Teil vieler Migrationsbiografien von Maghrebinern. Nach Deutschland wollen die wenigsten

Load-Date: December 23, 2016

End of Document

Grüne sehen Bedarf von 300.000 Fachkräften pro Jahr; MIGRATION Göring-Eckardt und Beck legen Eckpunkte für ein Einwanderungsgesetz vor. SPD ist angetan

taz, die tageszeitung

Donnerstag 05. Februar 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 06

Length: 443 words

Byline: BAX

Highlight: MIGRATION Göring-Eckardt und Beck legen Eckpunkte für ein Einwanderungsgesetz vor. SPD ist angetan

Body

BERLIN taz | Die Grünen wollen ein Einwanderungsrecht, das Hochqualifizierten wie auch Flüchtlingen neue Wege eröffnet, sich in Deutschland niederzulassen und hier zu arbeiten. Die Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt und der Innenpolitik-Experte Volker Beck stellten am Mittwoch in Berlin Pläne vor, die auf ein Punktesystem für Fachkräfte hinauslaufen.

Die anderen haben Streit, wir haben ein Konzept, erlaubte sich Göring-Eckardt einen Seitenhieb gegen SPD und Union. In der Großen Koalition wird derzeit kontrovers über ein mögliches Einwanderungsgesetz diskutiert. Für mehr Einwanderung machte Göring-Eckardt, wie schon die SPD, insbesondere demografische Gründe geltend: 300.000 Zuwanderer brauche Deutschland pro Jahr, rechnete sie vor, und bezog sich auf Zahlen der Arbeitgeberverbände. Einen Fachkräftemangel gebe es nicht nur bei akademischen Berufen, sondern auch in der Pflege. Die bisherigen Regelungen seien aber zu bürokratisch, monierte Beck und schwenkte demonstrativ ein 26-seitiges Merkblatt der Bundesagentur für Arbeit, das die wichtigsten Bestimmungen zur Arbeitsmigration auflistet.

Die Grünen schlagen deshalb ein Einwanderungsrecht vor, das sich an den Erfordernissen des Arbeitsmarkts orientiert. Eine Kommission sollte die Kriterien dafür ausarbeiten. Bundestag und Bundesrat sollten dann jährlich den Bedarf an Arbeitskräften aus dem Ausland festlegen. Im Unterschied zu heute wären dann nicht mehr der Nachweis eines Arbeitsplatzes und eine bestimmte Verdienstsomme nötig, um ein Visum für die Arbeitsmigration nach Deutschland zu bekommen. Einen Arbeitsplatz nachweisen zu müssen sei bei Pflegekräften weltfremd, befand Göring-Eckardt.

Zugleich wollen die Grünen Deutschland durch eine Reihe von Reformen beim Aufenthalts- und Staatsbürgerschaftsrecht sowie beim Familiennachzug und durch mehr Geld für Integrationskurse attraktiver machen. Dass trotz der bisherigen Lockerung des Staatsbürgerschaftsrechts noch immer die Hälfte der Kinder von

Grüne sehen Bedarf von 300.000 Fachkräften pro Jahr MIGRATION Göring-Eckardt und Beck legen Eckpunkte für ein Einwanderungsgesetz vor. SPD ist angetan

Migranten als Ausländer geboren würde, sieht Beck als Problem und brachte es auf die flapsige Formel: Willkommenskultur muss im Kreißsaal beginnen.

Auch in Asylbewerbern müsse man das Potenzial sehen: Sie sollen durch einen Statuswechsel reguläre Einwanderer werden können. Sprachkurse für Flüchtlinge soll es nicht erst geben, wenn ihr Asylverfahren abgeschlossen ist.

Wir sind nicht weit voneinander entfernt , begrüßte Josip Juratovic, der migrationspolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestag, gegenüber der taz den Vorstoß der Grünen. Je mehr sich an der Debatte beteiligen, umso besser. Die SPD will Ende Februar ein eigenes Konzept für ein Gesetz vorlegen. BAX

Load-Date: February 4, 2015

End of Document

Razzia auf Flüchtlinge; Asyl Asylanträge aus dem Maghreb sollen beschleunigt werden

taz, die tageszeitung

Mittwoch 20. Januar 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 7

Length: 208 words

Byline: Daniel Bax

Highlight: **Asyl Asylanträge** aus dem Maghreb sollen beschleunigt werden

Body

Berlin taz / dpa | Mit einer Razzia in zwei Notunterkünften ist die Polizei in Ahlen im Münsterland gegen **Flüchtlinge** mit falschen Ausweisen vorgegangen. Mit Unterstützung von Einsatzhundertschaften stürmte die Polizei die beiden Einrichtungen am Dienstagmorgen und setzte zahlreiche Bewohner vorübergehend fest.

Insgesamt würden die Identitäten und Papiere von 150 aus Marokko und Algerien stammenden Menschen überprüft, sagte ein Sprecher der zuständigen Polizeibehörde im Kreis Warendorf. Nach bisherigen Erkenntnissen habe rund die Hälfte von ihnen mehrere Ausweise bei sich gehabt.

Asylanträge von Algeriern, Marokkanern und Tunesiern sollen vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) jetzt mit Vorrang bearbeitet werden. Es müsse alles dafür getan werden, um mehr Rückführungen in diese Länder zu ermöglichen, sagte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) der in Düsseldorf erscheinenden Rheinischen Post. Nach einem entsprechenden Erlass des Bundesinnenministeriums liefen die Vorbereitungen dafür auf Hochtouren. Ziel der Maßnahmen ist es, die Verfahrensdauer deutlich zu verkürzen. Bislang dauern die Asylverfahren von Marokkanern und Tunesiern im Schnitt mehr als zehn Monate, bei algerischen Asylsuchenden knapp acht. Daniel Bax

Load-Date: January 19, 2016

**Modernisierungskämpfe; MIGRATION Auch wenn jetzt wieder
Flüchtlingsheime brennen - das Deutschland der 1990er Jahre kriegen die
Rassisten nicht zurück**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 16. April 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 14

Length: 1003 words

Byline: CHRISTIAN JAKOB

Highlight: **MIGRATION** Auch wenn jetzt wieder **Flüchtlingsheime** brennen das Deutschland der 1990er Jahre kriegen die Rassisten nicht zurück

Body

Oft stand in der taz, dass Deutschland dazugelernt habe. Dass es heute anders umgehe mit denen, die kommen, obwohl es immer mehr werden. Solidaritätsinitiativen allerorten, weniger Schikanen in **Asylgesetzen**, Bekenntnisse der Mitte zur Einwanderungsgesellschaft. Die Ereignisse der letzten Zeit lassen daran zweifeln. Die Zahl der Angriffe auf **Flüchtlinge** und ihre Unterkünfte hat sich in den letzten zwei Jahren jeweils etwa verdoppelt. Jetzt ist April, und es dürfte schon mehr Anschläge gegeben haben als im ganzen Jahr 2014. Sind die Neunziger zurück?

Die Gewalt nimmt zu

Freital in Sachsen, letzte Woche: Hunderte ziehen durch die Stadt, rufen: Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen.

Leipzig, am letzten Samstag: Ein junger Syrer wird in den Hals geschossen, er stirbt fast. Die Polizei gibt den Vorfall erst zwei Tage später bekannt. Statt auf Nachfrage den Schuss gleich zu bestätigen, warnt sie erst mal vor voreiligen Schlüssen, dass die Täter Deutsche seien.

Berlin, am Montag: Die Linken-Vorsitzende Katja Kipping fordert die Bundesregierung auf, mehr dagegen zu unternehmen, dass Linken-Politiker wegen ihrer Pro-Einwanderungs-Haltung Morddrohungen bekommen.

Dresden, am Montag: Zehntausend Pegida-Demonstranten wünschen die Volksverräter zum Teufel.

Berlin, am Dienstag: Ein Heim für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge brennt aus. Die Ursache ist noch unklar. Niemand wurde verletzt, doch das Haus ist unbewohnbar. Auch eine Containerunterkunft in Hamburg-Hammerbrook brennt aus, auch hier sind die Gründe unklar, auch hier leben unbegleitete minderjährige Flüchtlinge.

Modernisierungskämpfe MIGRATION Auch wenn jetzt wieder Flüchtlingsheime brennen - das Deutschland der 1990er Jahre kriegen die Rassisten nicht zurück

Kittlitz, Brandenburg, am Mittwoch: Der Ortsbeiratsvorsitzende tritt nach Drohungen wegen eines Flüchtlingsheims zurück.

Ist das wieder das Deutschland, vor dem alle Angst haben auch der Staat selbst? Bricht eine neue Zeit der Pogrome an? Und wenn ja: Wie geht es dann weiter? Die Zahl der Flüchtlinge hat sich von 2007 bis 2014 verzehnfacht. Bis Ende 2015 könnte sie sich zwanzigfach haben. Auch die deutlich höhere Zahl während des Krieges in Jugoslawien hat Deutschland gut verkraftet gleichwohl nutzen die Nazis die Zunahme natürlich als Rechtfertigung für ihre Gewalt.

Doch es gibt auch eine Öffnung. Ob diese den Namen Willkommenskultur verdient hat, sei dahingestellt. Doch wo sich früher nur winzige Grüppchen um Flüchtlinge kümmerten, ist heute das Ausmaß von Solidaritätsinitiativen kaum zu überblicken. Während früher Medien auch für die allerhärtesten Abschiebeschicksale kaum zu interessieren waren, findet sich heute in den Zeitungen fast jeden Tag eine Geschichte über Asylsuchende.

Kohl: Kein Beileidstourismus

1992 verweigerte Helmut Kohl die Teilnahme an der Trauerfeier für die Opfer von Mölln er wolle keinen Beileidstourismus betreiben. Merkel hat letzten Endes für die NSU-Opfer einen Staatsakt veranstaltet; als Ostern in Tröglitz das Flüchtlingsheim brannte, war Stunden später der Ministerpräsident vor Ort. Fast alle großen Medien sind in Sachen Flüchtlinge auf einen vergleichsweise freundlichen Kurs geschwenkt. Für Pegida haben sie nur Spott übrig. Es war der Generalsekretär der CDU, der ein Einwanderungsgesetz vorgeschlagen hat, das nun greifbar nahe scheint. Die störrische, völkisch motivierte Gegnerschaft zur Migration ist nicht mehr haltbar.

Trotzdem ähnelt die Gewalt gegen Migranten mittlerweile der in den Neunzigern. Gleichzeitig hat sich die Gesellschaft unumkehrbar modernisiert, und weite Teile akzeptieren Migration, auch wenn selbst das sich liberal wählende Lager durchaus seine Probleme damit hat zu besichtigen immer dann, wenn im eigenen Viertel Heime eröffnen. Doch was uns erwartet, ist keine rassistische Hegemonie, nicht einmal in ostdeutschen Kaffern, sondern eine wachsende Polarisierung: zwischen denen, die die Vorstellung von einem offenen Deutschland nicht ertragen, und den anderen.

Kann man etwas gegen das Auseinanderdriften tun? Ja. Solange der Bund sich weigert, die Kommunen, die die Flüchtlinge aufnehmen müssen, ausreichend zu finanzieren, ist es nicht verwunderlich, wenn die Nazis behaupten, für das Jugendzentrum sei kein Geld da, für Asylbewerber aber schon. Und: Das Versagen der Justiz bei der Verfolgung rechter Gewalt, Paradebeispiel ist die katastrophale NSU-Aufarbeitung, muss ein Ende haben.

Polarisierung aushalten

Die große Frage aber lautet, wie der eine Teil der Gesellschaft mit dem anderen umgehen soll. Man wird aushalten müssen, dass die Spannung zunimmt.

Der Riss geht selbst mitten durch die Union. Ihre einst offen fremdenfeindlichen Positionen dürften die Täter von Hoyerswerda und Lichtenhagen bestärkt haben. Heute ist die Situation ambivalenter: Die Wirtschaft dringt darauf, mehr Einwanderung zuzulassen, völkischer Sound ist auch bei vielen Konservativen nicht mehr en vogue. Dabei geht es der Wirtschaft um Arbeitsmigration, Flüchtlinge sind weniger ihr Thema. Auf der Straße aber wird die Frage der Internationalisierung Deutschlands vor allem am Beispiel der nichteuropäischen Flüchtlinge verhandelt. Deshalb richtet sich die Gewalt vor allem gegen sie.

Während am Dienstag in Berlin und Hamburg Flüchtlingsheime brannten, veranstaltete Bundesinnenminister de Maizière eine Konferenz, um ein Einwanderungsgesetz zu verhindern. Gleichzeitig strickt er an einem neuen Gesetz zur Masseninhaftierung von Flüchtlingen und ist mitverantwortlich dafür, dass immer wieder aufs Neue Hunderte Flüchtlinge im Mittelmeer ertrinken. Teile der sächsischen CDU zeigen Verständnis für Pegida, die CSU ist in Teilen von der AfD nicht zu unterscheiden. Doch man kann über Einwanderung nicht so streiten wie über Kohlekraft oder Hartz IV. Nirgendwo sonst ist der Grat zum Vernichtungswillen so schmal wie in der Migrationsdebatte.

Modernisierungskämpfe MIGRATION Auch wenn jetzt wieder Flüchtlingsheime brennen - das Deutschland der 1990er Jahre kriegen die Rassisten nicht zurück

Die Union wird sich ihre zukünftigen Signale überlegen müssen. Der politische Preis für ihre Ambivalenz in Sachen Einwanderung jedenfalls wird angesichts der zunehmenden Gewalt gegen Migranten steigen.

CHRISTIAN JAKOB

Uns erwartet keine rassistische Hegemonie, sondern eine wachsende Polarisierung

Load-Date: April 15, 2015

End of Document

Fremdenfeindliches Baltikum; Estland und Lettland Die Abneigung gegen Flüchtlinge in den beiden Staaten trägt schon paranoide Züge. Die Argumentation ist von irrationaler Angst beherrscht

taz, die tageszeitung

Donnerstag 16. Juli 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 11

Length: 676 words

Byline: Reinhard Wolff

Highlight: Estland und Lettland Die Abneigung gegen Flüchtlinge in den beiden Staaten trägt schon paranoide Züge. Die Argumentation ist von irrationaler Angst beherrscht

Body

Aus Stockholm Reinhard Wolff

Nicht mehr als 150 bis 200 Flüchtlinge will Estland aufnehmen. Trotz dieser minimalen Zahl hat sich in dem Land eine bizarre Debatte entwickelt. Die weiße Rasse ist in Gefahr. Die Negerfrage ist eine Überlebensfrage für Estland, wird da erklärt. Wenn die Immigranten nach Estland kommen, gibt es eine Katastrophe. Oder auch: Man sollte eine europäische Unterschriftenkampagne starten, damit keiner dieser sogenannten Flüchtlinge mehr das Mittelmeer überqueren kann. Diese Sprüche stammen ausgerechnet von Estlands ehemaliger Außenministerin und Exeuropaparlamentarierin Kristiina Ojuland.

Die Zahl von 200 Flüchtlingen stammt von dem estnischen Innenminister Hanno Pevkur. Sie ist natürlich nur ein Bruchteil der verbindlichen Quote, die von der EU-Kommission vorgeschlagen worden war, die aber Estland ebenso wie die anderen baltischen Staaten abgelehnt hat. Und Tallinn möchte seine Flüchtlinge handverlesen.

Gerne Familien und vorzugsweise christliche Migranten, wie Sozialminister Margus Tsahkna betont: Schließlich gehören wir zum christlichen Kulturkreis. Flüchtlinge aus Afrika wären eine zu enorme Aufgabe für das Land, meint auch Ministerpräsident Taavi Rõivas: Das sei einer der Gründe gewesen, dass man die Quotenpläne Brüssels nicht habe akzeptieren können.

Die GegnerInnen jeglicher Flüchtlingsaufnahme beruhigen solche Einschränkungen nicht. Werde die Tür des Landes auch nur einen Spalt geöffnet, seien diese Migranten wie ein trojanisches Pferd und eine Masseneinwanderung drohe, hetzt die rechtsradikale Oppositionspartei EKRE. Der Nationalstaat und die Souveränität des Landes seien bedroht. Aufrufe Für ein weißes Estland kursieren in sozialen Medien.

Fremdenfeindliches Baltikum Estland und Lettland Die Abneigung gegen Flüchtlinge in den beiden Staaten trägt schon paranoide Züge. Die Argumentation ist von irr....

Dabei kamen zwischen 1997 und 2012 gerade mal 349 Asylsuchende ins Land. Doch nun steigt ihre Zahl. Vor allem Menschen aus der Ukraine und dem Sudan kamen in den letzten Monaten. Bislang sind alle Asylsuchenden in einer einzigen Unterkunft untergebracht, dem kleinen Dorf Vao mit rund 300 EinwohnerInnen. Die Unterkunft war wiederholt Ziel von Antiflüchtlingskundgebungen: Zuletzt waren rund 500 Biker den Aufruf zu einer Protest-Rallye gefolgt. Die Unterkunft ist auf 35 Plätze ausgelegt, aber laut Human Rights Watch mit derzeit rund 80 Flüchtlingen völlig überbelegt: Eine adäquate Versorgung dieser Menschen sei so nicht gesichert.

Sind sich in Estland wenigstens die drei Mitte-rechts Regierungsparteien über eine minimale Flüchtlingsquote einig, bedroht diese Frage im benachbarten Lettland gleich den Bestand der Koalition. Dort haben sich die Konservativen von Ministerpräsidentin Laimdota Straujuma und die Grünen nach langem Zögern und auf Druck aus Brüssel auf die Aufnahme von bis zu 250 Flüchtlingen in den kommenden zwei Jahren geeinigt. Eine einmalige Geste der Solidarität, wie Innenminister Rihards Kozlovskis vorsichtshalber betont.

Für den rechtsextremen Koalitionspartner Nationale Al-lianz sind das 250 zu viel. Lettland sei im letzten Jahrhundert gezwungen gewesen, mehr Migranten aufzunehmen als jedes andere EU-Land, beklagt deren Fraktionsvorsitzender Raivis Dzintars. Er meint die im Lande lebende russischsprachige Minderheit. Dieses Drittel der Bevölkerung soll offenbar auch ein Vierteljahrhundert nach Erringung der Unabhängigkeit mit Flüchtlingen auf eine Stufe gestellt werden.

Öffne man die Tür für Flüchtlinge, riskiere man, Seuchen wie Ebola und den Terrorismus des Islamischen Staats ins Land zu holen, warnte der Parlamentsabgeordnete Martins Bondars von der nationalistischen Opposition Partei der Regionen in einem TV-Interview. Im aktuellen Migrant Integration Policy Index (www.mipex.eu) wird Lettland als Land mit der einwanderungsfeindlichsten Politik und der unzureichendsten Integrationspolitik aller EU-Länder geführt. Dabei hätte Lettland eigentlich Grund, sich über jeden Neuankömmling zu freuen: Über 270.000 Menschen, rund 14 Prozent der Bevölkerung, haben dem Land in den letzten 15 Jahren durch Auswanderung den Rücken gekehrt.

Schließlich gehören wir zum christlichen Kulturkreis

Load-Date: July 15, 2015

Agentur: Institute: Aufschwung bleibt; Konjunktur Ausgaben für Flüchtlinge seien gut angelegtes Geld

taz, die tageszeitung

Freitag 09. Oktober 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: WIRTSCHAFT UND UMWELT; S. 9

Length: 435 words

Highlight: Konjunktur Ausgaben für Flüchtlinge seien gut angelegtes Geld

Body

Berlin dpa | Deutschland bleibt nach Ansicht der führenden Ökonomen wirtschaftlich stark und kann so auch die Ausgaben für Flüchtlinge ohne neue Schulden stemmen. In ihrem am Donnerstag vorgestellten Herbstgutachten gehen die Institute davon aus, dass Europas größte Volkswirtschaft trotz der Durststrecke der Weltwirtschaft 2015 und 2016 um jeweils 1,8 Prozent zulegt.

Das sei ein verhaltener Aufschwung, der vor allem von den konsumfreudigen Verbrauchern getragen werde, die dank Rekordbeschäftigung, steigender Löhne und weniger Steuern viel Geld ausgeben, sagte ifo-Konjunkturchef Timo Wollmershäuser in Berlin. 2014 war die deutsche Wirtschaft um 1,6 Prozent gewachsen.

Die 11 Milliarden Euro, die der Staat zur Bewältigung der Flüchtlingskrise aufbringen müsse, seien gut angelegtes Geld. Das wirkt ähnlich wie ein Konjunkturprogramm, meinte DIW-Experte Ferdinand Fichtner. Die Flüchtlinge würden den Großteil an Asytleistungen oder später Hartz IV in den Konsum stecken. Das könnte für die Wirtschaftsleistung einen positiven Effekt von einem Viertelprozentpunkt haben.

Wegen der Milliardenkosten für die Flüchtlinge sinkt aber der Überschuss des Staats von voraussichtlich 23 Milliarden Euro (2015) auf 13 Milliarden Euro (2016). Die Schuldenbremse sei deshalb nicht in Gefahr. Die Gewerkschaften kritisierten das Festhalten an der schwarzen Null mit einem gut ausgeglichenen Haushalt. Bundesfinanzminister Schäuble muss mehr Flexibilität zeigen, die schwarze Null ist kein Selbstzweck, sagte DGB-Vorstand Stefan Körzell. Investitionen in Bildung seien notwendig, gerade wegen der Flüchtlinge: Jeder Cent dafür ist eine gute und sinnvolle Investition. Die Institute rechnen mit insgesamt 1,5 Millionen Asylsuchenden bis Ende 2016 in Deutschland. Die Berater der Bundesregierung betonten aber, das sei eine Schätzung und keine offizielle Prognose.

Die Migranten müssten schnell Arbeit und Lehrstellen bekommen. Durch fehlende Deutschkenntnisse, mangelnde Berufserfahrung und die langwierigen Asylverfahren stünden dem Arbeitsmarkt zunächst 2015 nur 89.000 Flüchtlinge zusätzlich als Erwerbstätige zur Verfügung.

Agentur: Institute: Aufschwung bleibt Konjunktur Ausgaben für Flüchtlinge seien gut angelegtes Geld

Die Institute forderten von der Politik dennoch ein Einwanderungsgesetz: Die fluchtbedingte Migration ist kein Ersatz für eine vernünftige Zuwanderungspolitik , heißt es in dem Gutachten.

Die steigenden Löhne und Gehälter bei niedriger Teuerung zahlen sich im Geldbeutel der Arbeitnehmer aus. In der Summe dürften die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im Jahresdurchschnitt real um 1,8 Prozent zunehmen.

Die Gewerkschaften kritisierten das Festhalten an der schwarzen Null

Load-Date: October 8, 2015

End of Document

Viel Geld für die Abwehr von Flüchtlingen; ÄRMELKANAL Großbritannien und Frankreich erhalten von der EU 266 Millionen Euro bis zum Jahr 2020

taz, die tageszeitung

Donnerstag 06. August 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 10

Length: 354 words

Byline: Rudolf Balmer

Highlight: ÄRMELKANAL Großbritannien und Frankreich erhalten von der EU 266 Millionen Euro bis zum Jahr 2020

Body

Aus Paris Rudolf Balmer

Die EU-Kommission will Großbritannien und Frankreich bei der Lösung eines **Migrationsproblems** am Ärmelkanal helfen, das sich aus der Sicht der Regierungen beider Länder in den letzten Wochen zugespitzt hat und zu politischen Spannungen sowie auch zu Protestreaktionen populistischer Gruppen auf beiden Seiten des Ärmelkanals geführt hat.

Obwohl die Situation für die vorwiegend aus Krisenherden wie Syrien, Afghanistan oder Ostafrika stammenden Migranten in Calais seit mehr als 15 Jahren unverändert dramatisch ist und auch ihre Zahl nicht exponentiell zugenommen hat, spricht die EU von einer Einwanderungskrise von außergewöhnlichen Ausmaßen. Trotz mehrfach verschärfter Kontrollen versuchen jede Nacht Hunderte von Migranten als blinde Passagiere auf Fährschiffen den Ärmelkanal zu überqueren oder versteckt in Lastwagen durch den Eurotunnel zu gelangen.

Beide Mitgliedsstaaten sollen darum in ihren Bemühungen, die Situation unter Kontrolle zu bringen, von der EU-Kommission finanziell unterstützt werden. Für die Periode bis 2020 werden dazu vom Fonds für Einwanderung und Integration 266 Millionen Euro bereitgestellt. Laut Angaben des EU-Kommissars für Migrationsfragen, Dimitris Avramopoulos, hat Großbritannien zu diesem Zweck bereits 27 Millionen bezogen, und 20 Millionen sind Frankreich für Sofortmaßnahmen zugesprochen worden.

In der Mitteilung der EU wird nicht präzisiert, was mit dieser Subvention in den beiden Staaten genau finanziert werden soll. Beide haben bisher vor allem einen weiteren Ausbau der polizeilichen Kontrollen und die Installation zusätzlichen Schutzvorkehrungen am Tunnel unter dem Ärmelkanal erwogen. Die britische Regierung hat zudem einen weniger attraktiven Empfang der Asylbewerber und einen verschärften Kampf gegen Schwarzarbeit angekündigt. Die Grenzschutzagentur Fron-tex soll bei der Registrierung und Bearbeitung von Asylgesuchen behilflich sein.

Viel Geld für die Abwehr von Flüchtlingen ÄRMELKANAL Großbritannien und Frankreich erhalten von der EU
266 Millionen Euro bis zum Jahr 2020

Die EU-Kommission beschwört die Notwendigkeit einer umfassenden Solidarität und Verantwortlichkeit und vor allem eines geeinten Handelns beim Umgang mit einem Migrationsdruck .

Meinung + Diskussion SEITE 12

Load-Date: August 5, 2015

End of Document

Solange die Kriege nicht enden; ASYLRECHT Die Zahl der Flüchtlinge und der Asylanträge hat im vergangenen Jahr enorm zugenommen. Jetzt suchen Staaten nach Möglichkeiten, sich vor Migranten zu schützen

taz, die tageszeitung

Freitag 27. März 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 10

Length: 588 words

Highlight: ASYLRECHT Die Zahl der Flüchtlinge und der Asylanträge hat im vergangenen Jahr enorm zugenommen. Jetzt suchen Staaten nach Möglichkeiten, sich vor Migranten zu schützen

Body

VON CHRISTIAN JAKOB

BERLIN taz | Im vergangenen Jahr wurden in den westlichen Industriestaaten so viele Asylanträge gezählt wie seit dem Jugoslawienkrieg 1992 nicht mehr. Darauf hat das UN-Flüchtlingswerk UNHCR hingewiesen. Insgesamt gab es 2014 rund 866.000 Erstasylanträge. Das ist eine Steigerung von 45 Prozent gegenüber dem Vorjahr 2013.

UN-Flüchtlingskommissar António Guterres, der den Vergleich zu den 90er Jahren machte, erklärte: Heute, mit dem Anstieg bewaffneter Konflikte überall auf der Welt, stehen wir vor ähnlichen Herausforderungen, vor allem mit Blick auf die dramatische Situation in Syrien. Unsere Antwort muss so generös wie damals ausfallen.

Die meisten Asylbewerber stammten im letzten Jahr aus Syrien. Sie stellten weltweit 150.000 Asylanträge. Weitere Hauptherkunftsländer waren der Irak und Afghanistan, Serbien, das Kosovo und Eritrea.

In Deutschland wurden im letzten Jahr die meisten Asylbewerber weltweit registriert insgesamt waren es 173.000 Asylerstanträge, davon ein Viertel von Syrern. In den USA wurden geschätzte 121.000 Asylanträge gestellt. Berücksichtigt man die Bevölkerungszahlen, ist Schweden das Land mit den meisten Asylsuchenden, gefolgt von Malta, Luxemburg und der Schweiz.

Diese Zahlen bilden das tatsächliche Fluchtgeschehen aber nicht ab. Denn der UNHCR hat nur Anträge auf Asyl berücksichtigt. Allein aus Syrien haben sich jedoch rund 4 Millionen Menschen in die Nachbarländer gerettet, ohne dort einen Asylantrag zu stellen. Insgesamt sind weltweit über 50 Millionen Menschen auf der Flucht, die weitaus meisten im globalen Süden. Die Industriestaaten sind also keineswegs besonders belastet.

Nach UNHCR-Angaben muss mit einem weiteren Anstieg der Flüchtlingszahlen gerechnet werden, da viele der 3,9 Millionen seit Kriegsbeginn geflüchteten Syrer nicht mehr daran glaubten, dass sie bald in ihre Heimat

Solange die Kriege nicht enden ASYLRECHT Die Zahl der Flüchtlinge und der Asylanträge hat im vergangenen Jahr enorm zugenommen. Jetzt suchen Staaten nach Möglich....

zurückkehren können. Angesichts des wachsenden Gefühls, dass der Krieg nie enden wird , hofften sie auf einen Neuanfang in Europa, sagte UNHCR-Sprecherin Melissa Fleming.

Für viele von ihnen führt die Route über das Mittelmeer. Jüngst hat Italien seine Vorschläge konkretisiert, wie die Seenotrettung im Mittelmeer aussehen soll. Ein der taz vorliegendes Papier der italienischen Regierung zur Integration von Drittstaaten in die Seenotrettung sieht vor, dass die EU verlässlichen Mittelmeeraanrainern wie Ägypten und Tunesien Geld bezahlt, damit diese nach einer Alarmierung durch italienische Rettungsleitstellen Boote schicken und in Seenot geratene Flüchtlinge wieder nach Nordafrika zurückholen.

Italien geht in dem Papier davon aus, dass Libyen nicht in der Lage ist, seine Küsten zu bewachen. Rom möchte deshalb dort das Kommando übernehmen und Drittstaaten wie Ägypten und Tunesien auffordern können, im Seenotfall einzugreifen. Danach sollen diese Länder die Flüchtlinge auch aufnehmen.

Vom Irak oder von Syrien auf lebensgefährlichem Wege in die Hände krimineller Schlepper in Libyen, dann mit der ägyptischen Küstenwache zurück nach Kairo das versteht die italienische Regierung offenbar unter Flüchtlingsschutz , sagte die grüne EU-Abgeordnete Barbara Lochbihler. Italien plane nichts anderes als eine Legalisierung sogenannter Pullbacks und fährt einen Angriff auf das gesamte Asylrecht . Das ganze Verfahren laufe mithin auf eine Auslagerung der europäischen Schutzpflicht in menschenrechtlich fragwürdige Drittstaaten hinaus, sagte Lochbihler.

Meinung + Diskussion SEITE 12

Italien plant mithin einen Angriff auf das gesamte Asylrecht

BARBARA LOCHBIHLER

Load-Date: March 26, 2015

Mäurer trifft SPD-Kollegen; INNERES SPD-Innenminister fordern in Bremen mehr Hilfen vom Bund bei der Flüchtlingsversorgung

taz, die tageszeitung

Dienstag 14. April 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BREMEN AKTUELL; S. 24

Length: 280 words

Byline: Christoph Reis

Highlight: INNERES SPD-Innenminister fordern in Bremen mehr Hilfen vom Bund bei der Flüchtlingsversorgung

Body

Bremen wird auch weiterhin alleine Rechnungen wegen der Polizeikosten bei Risiko-Fußballspielen schreiben. Die anderen SPD-Innenminister wollen zunächst das Ergebnis der Klage der Deutschen-Fußball-Liga (DFL) gegen das Land Bremen abwarten. Das erklärten sie am Rande eines Treffens in Bremen. Die Bremische Bürgerschaft hatte ein entsprechendes Gesetz im Oktober 2014 beschlossen. Das Nordderby zwischen dem Hamburger SV und Werder Bremen am 19. April wird das erste Risikospiel sein, bei dem Bremen die Polizeikosten in Rechnung stellt.

Auf dem Treffen in Bremen stimmten die SPD-Innenminister ihr Vorgehen bei der Terrorabwehr sowie der Asylpolitik ab.

Dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) fehle es an Anreizen, Asylanträge schnell zu bearbeiten, sagte der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger. Die Zahl von 200.000 unbearbeiteten Asylanträgen und die durchschnittliche Bearbeitungsdauer von sechs Monaten sei verantwortungslos. Weil die Unterbringung der Flüchtlinge Ländersache ist, sei dies eine Belastung. Jäger forderte mehr Unterstützung vom Bund und beim BAMF eine Aufstockung auf 1.000 statt der geplanten 350 Stellen.

Gemeinsam ändern wollen die SPD-Minister auch die Verteilung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (UMF). Bremen und Hamburg nehmen im Vergleich zu anderen Ländern besonders viele UMF auf. Bremen strebt nun zusammen mit den anderen Ländern eine Gesetzesänderung an. Flüchtlings-Organisationen wie Pro Asyl kritisieren diese Pläne und fordern die Verteilung der Kosten, nicht der Kinder. Christoph Reis

Die Zahl von 200.000 unbearbeiteten Asylanträgen sei verantwortungslos, sagte NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD).

Load-Date: April 13, 2015

Mäurer trifft SPD-Kollegen INNERES SPD-Innenminister fordern in Bremen mehr Hilfen vom Bund bei der Flüchtlingsversorgung

End of Document

Gegen die einfallenden Horden; Ungarn Der Zaun gegen die Migranten und Flüchtlinge mitten in Europa ist in Angriff genommen. Ungarische Militärs legen selbst Hand an. Neonazis geben sich begeistert

taz, die tageszeitung

Mittwoch 15. Juli 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 10

Length: 587 words

Highlight: Ungarn Der Zaun gegen die Migranten und Flüchtlinge mitten in Europa ist in Angriff genommen. Ungarische Militärs legen selbst Hand an. Neonazis geben sich begeistert

Body

Aus Wien Ralf Leonhard

Mórahalom heißt die Ortschaft, in der der Grenzzaun zwischen Ungarn und Serbien Gestalt annimmt. Seit Montag wird dort gerodet, Bagger der ungarischen Armee planen das Gelände, wo bis Freitag das erste Teilstück von 150 Metern Länge stehen soll. Der Zaun soll den Ansturm von Flüchtlingen, die über Serbien nach Ungarn kommen, stoppen. Mehr als 78.000 Asylbewerbende seien in diesem Jahr in Ungarn aufgenommen worden, klagen die Behörden. 77.600 seien über die serbische Grenze ins Land gekommen.

43 Militärs der 5. Infanteriebrigade Bocsai, des 37. Ingenieurregiments Ferenc Rákóczi II und der 86. Helikopterbasis Szolnok seien mit den Bauarbeiten betraut, meldet das Büro des Ministerpräsidenten. Sie werden von Einheiten des Innenministeriums unterstützt. Am Ende, so die offiziellen Pläne, wird ein 175 Kilometer langer und vier Meter hoher Zaun die Flüchtlinge aus Nahost, Südasien und Afrika abschrecken. Den entsprechenden Beschluss hatte die ungarische Regierung am 17. Juni gefasst.

Die Betriebsamkeit soll wohl auch Gerüchten entgegentreten, der Zaun werde nie gebaut. Vielmehr solle die Drohung damit nur dazu dienen, Ungarn aus einem künftigen EU-Quotensystem für Flüchtlinge herauszunehmen.

21 Millionen Euro hat die Regierung für die Errichtung des Zauns bereits budgetiert. Die Gesamtkosten werden auf über 80 Millionen geschätzt. Das ist ungefähr zehnmal soviel, wie Ungarn derzeit jährlich für Asylverfahren, Flüchtlingsunterbringung und Grenzschutz aufwendet. Denn nur 2.700 Flüchtlinge warten tatsächlich ihr Asylverfahren in Ungarn ab. Aufgenommen werden jedes Jahr kaum 500.

Dennoch wirft Premier Viktor Orbán den Asylsuchenden vor, sie seien allesamt Wirtschaftsflüchtlinge, die weil artfremd sich anschickten, das christliche Europa zu zerstören. Im Juni wurde eine Volksbefragung lanciert, bei der die Bevölkerung mit Suggestivfragen um ihre Meinung zum Flüchtlingsproblem gebeten wurde.

Gegen die einfallenden Horden Ungarn Der Zaun gegen die Migranten und Flüchtlinge mitten in Europa ist in Angriff genommen. Ungarische Militärs legen selbst Han....

Die Regierung holt sich damit die Legitimation zu noch drastischeren Gesetzen und Methoden der Abwehr von Fremden. So soll es erlaubt sein, sie länger als 48 Stunden einzusperren. Den Mauerbau befürwortet laut unabhängigen Umfrageinstituten aber nur rund die Hälfte der Bevölkerung. 67 Prozent halten den Zaun für ungeeignet, den Flüchtlingsstrom aufzuhalten. Bei Landwirten und Bauern im Grenzbereich, wo täglich Flüchtlinge aufgegriffen werden, ist die Zustimmung naturgemäß höher.

Neonazis prahlen auf Facebook damit, dass sie Jagd auf Flüchtlinge machen um für Ordnung zu sorgen . Am Bahnhof der grenznahen Stadt Szeged provozierten sie Anfang Juli Flüchtlinge und deren ungarische Helfer. Vergangenen Donnerstag demonstrierten Rechtsextreme vor dem Budapester Ostbahnhof. Gegen die einfallenden Horden aus Afrika müsse man sich wehren, brüllte der ehemalige Abgeordnete der faschistischen Jobbik György Gyula Zagyva. Er kündigte eine Reihe von Aktionen an der Grenze und an Flüchtlingslagern an.

Gegen den Zaun tritt die Opposition an. So verlangt die Demokratische Koalition von Ex-Premier Ferenc Gyurcsány den Baustopp. Vizeparteichef Csaba Molnár wies darauf hin, dass 98 Prozent jener, die über die grüne Grenze kämen, ohnedies aufgegriffen würden. Der Dialog für Ungarn wandte sich gegen einen neuen Eisernen Vorhang . Die zu erwartenden Kosten von 113 Millionen Euro sollten besser in Armutsbekämpfung und bessere Löhne für Lehrer, Sozialarbeiter und Gesundheitspersonal investiert werden.

Asylsuchende wollten das christliche Europa zerstören, sagt Premier Viktor Orbán

Load-Date: July 15, 2015

Czaja erneuert Forderung nach Grundstücken und Immobilien des Bundes; REAKTIONEN AUF "FLÜCHTLINGSGIPFEL" VON BUND UND LÄNDERN

taz, die tageszeitung

Montag 11. Mai 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 22

Length: 313 words

Body

REAKTIONEN AUF FLÜCHTLINGSGIPFEL VON BUND UND LÄNDERN

Sozialsenator Mario Czaja (CDU) hat verhalten auf die Ergebnisse des sogenannten Flüchtlingsgipfels am Freitag reagiert. Ich bin zufrieden, dass es einen solchen Gipfel überhaupt gegeben hat, sagte er am Wochenende der taz. So sei ein Austausch zwischen Bund und Ländern möglich gewesen. Die beschlossene Aufstockung des Personals für das Bundesamt für Migration sei ein wichtiges Ergebnis, so Czaja. Denn nur so ist es möglich, die Dauer der Asylverfahren weiter zu verkürzen. Gleichzeitig erneuerte der Senator die Forderung, dass der Bund mehr bebaubare Grundstücke sowie Immobilien bereitstellen müsse. Czaja ist in Berlin für die Unterbringung der Flüchtlinge zuständig.

Ähnlich äußerte sich die Bezirksbürgermeisterin von Neukölln, Franziska Giffey (SPD). Es dürfe nicht sein, dass Flüchtlinge in Turnhallen leben müssten. Viele Menschen seien bereit, Flüchtlinge zu unterstützen. Wenn Schul- und Vereinssport aber nicht mehr stattfinden könne, dann haben Sie ein Problem, sagte Giffey.

Nach dem Treffen zwischen Bund und Ländern hatte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) am Freitag mehr Geld für das Bundesamt für Migration in Aussicht gestellt. Zudem will man noch in diesem Jahr Integrationskurse anbieten für diejenigen, die in Deutschland bleiben. Flüchtlinge haben bislang keinen Anspruch auf eine Teilnahme an einem solchen Kurs.

Georg Classen vom Berliner Flüchtlingsrat nannte die Ergebnisse als mehr als mager. Er kritisierte zudem die Spaltung der Flüchtlinge in jene mit einer guten Bleibeperspektive und jene, die schneller abgeschoben werden sollen, vor allem Menschen vom Balkan. Es ist bestürzend, wie die Rechte der Flüchtlinge vom Balkan schlicht ignoriert werden, so auch der Bayerische Flüchtlingsrat. Bereits jetzt würden ihre Asylanträge nicht mehr ordentlich geprüft. (taz, epd)

Load-Date: May 10, 2015

Czaja erneuert Forderung nach Grundstücken und Immobilien des Bundes REAKTIONEN AUF
"FLÜCHTLINGSGIPFEL" VON BUND UND LÄNDERN

End of Document

Neues Landesamt für Flüchtlinge vorgestellt; MIGRATION I Behörde soll flexibel auf künftige Asylbewerberzahlen reagieren. Aber wie?

taz, die tageszeitung

Donnerstag 21. Juli 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 22

Length: 381 words

Byline: Susanne Memarnia

Highlight: MIGRATION I Behörde soll flexibel auf künftige Asylbewerberzahlen reagieren. Aber wie?

Body

Das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) nimmt am 1. August seine Arbeit auf, Leiterin wird Claudia Langeheine, die bisherige Direktorin des Landesordnungsamts. Er sei sehr froh, dass sich die erfahrene Verwaltungsexpertin um die verantwortungsvolle Aufgabe beworben habe, sagte Sozialsenator Mario Czaja (CDU) am Mittwoch bei der Vorstellung der neuen Behörde, zumal Langeheine maßgeblich an der Konzeption mitgearbeitet habe.

Mit dem Gesetz zur Gründung des LAF hatte der Senat im Dezember auf das Chaos beim Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso) reagiert, das mit dem massiven Zustrom von Flüchtlingen völlig überfordert war. Auch wenn sich die Lage inzwischen entspannt habe, halte er die Entscheidung, den Flüchtlingsbereich vom Lageso abzutrennen, weiter für alternativlos, so Czaja am Mittwoch: Es brauche neue Strukturen aufgrund der neuen Herausforderungen.

Dazu zählt der Senator vor allem die Unberechenbarkeit der geopolitischen Lage, die Prognosen zu Flüchtlingsbewegungen erschwere. Daher müsse das LAF, betonten Czaja wie auch Langeheine, eine atmende Behörde werden, die flexibel reagieren könne. Wie das genau gehen soll, ließen sie allerdings offen.

Zudem soll sich das neue Amt um bundespolitische Vorgaben kümmern. Als Beispiel nannte Langeheine die Arbeitsgelegenheiten, die mit dem Integrationsgesetz beschlossen wurden. Man werde auch kontrollieren, ob Geflüchtete an den Maßnahmen teilnehmen, und ihnen andernfalls die Leistungen kürzen.

Strukturell soll die Behörde offenbar bürgernäher werden: Künftig werde ein und dieselbe Stelle einen Fall von Beginn an betreuen, erklärte Langeheine. Bislang wurden Flüchtlinge zwischen verschiedenen Abteilungen hin- und hergeschickt. Bei der Abteilung für Unterbringung würden zudem vier Regionalstellen geschaffen, die eng mit den Bezirken und Betreibern kooperieren sollen. Letzteres werde aber noch dauern, schränkte Langeheine ein, denn 10 Prozent der anvisierten 550 Stellen seien noch nicht besetzt.

Neues Landesamt für Flüchtlinge vorgestellt MIGRATION I Behörde soll flexibel auf künftige Asylbewerberzahlen reagieren. Aber wie?

Improvisieren muss man auch bei den Standorten: Mittelfristig soll das LAF nur zwei haben, Bundesallee und das neue Bürogebäude in der Darwinstraße. Da letztere Adresse frühestens ab nächstem Jahr zur Verfügung steht, bleiben ICC, Krupp- und Turmstraße vorerst erhalten. Susanne Memarnia

Load-Date: July 20, 2016

End of Document

Am Ende gewinnt Deutschland; MIGRATION Anders als 1993 gibt es einen breiten Konsens für die Aufnahme von Flüchtlingen. Die Standortnationalisten haben ihren Nutzen entdeckt

taz, die tageszeitung

Montag 07. September 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

Length: 1053 words

Byline: Martin Reeh

Highlight: **MIGRATION** Anders als 1993 gibt es einen breiten Konsens für die Aufnahme von **Flüchtlingen**. Die Standortnationalisten haben ihren Nutzen entdeckt

Body

Nur zur Erinnerung: Noch im Juni drohte die Bundesregierung Griechenland mit dem Rauswurf aus dem Euro. Syriza stimmte, unter Beifall der SPD, notgedrungen einer neuen Runde harter Austeritätsmaßnahmen zu. Die BILD-Zeitung hetzte, die öffentliche Stimmung richtete sich gegen Griechenland. Das hässliche Deutschland war wieder da, der Rest Europas geschockt.

Jetzt ist Deutschland Vorreiter in der **Flüchtlingspolitik**. Die Merkel-Regierung spricht offen davon, dass 2015 800.000 **Flüchtlinge** kommen werden und dass Deutschland damit nicht überfordert sei. Sie stellt Unterkünfte in großer Zahl zur Verfügung. Die Bevölkerung ist hilfsbereit, Nazis und AfD-Anhänger stehen außerhalb des nationalen Konsenses.

Mal harter Hund, mal Vorbild. Das erscheint wenig konsistent. Aber in der Politik der Bundesregierung gibt es mehr Kontinuität als Bruch. Um das zu verstehen, hilft es Gerhard Schröders Beitrag in der vorletzten Welt am Sonntag zu lesen.

Schröder will Agenda 2020

Der Alt-Kanzler, seit der Agenda 2010 bekanntlich ein Anhänger von Schocktherapien, begrüßt den Flüchtlingsansturm dieses Sommers. Er soll demografische Veränderungen in Deutschland erzwingen, den Maßnahmen wie erleichterte Einwanderungsregeln oder das Elterngeld nicht bewirkt haben. Schröder fordert eine Agenda 2020 mit dem Kern moderne Zuwanderungspolitik.

Seine Argumentation geht, kurz zusammengefasst, so: In diesem Jahr werden Hunderttausende Flüchtlinge nach Deutschland kommen, in den nächsten Jahren ebenfalls. Europa könne sich nicht abschotten, weder im Mittelmeer noch sonst wo. Für Flüchtlinge, für die das Asylrecht nicht gilt, etwa die vom Westbalkan, brauche es ein

Am Ende gewinnt Deutschland MIGRATION Anders als 1993 gibt es einen breiten Konsens für die Aufnahme von Flüchtlingen. Die Standortnationalisten haben ihren Nut....

Einwanderungsrecht. Grund sei vor allem der demographische Faktor: In Deutschland würden 2050 zwölf Millionen Erwerbstätige fehlen, was erhebliche Auswirkungen auf die Nachfrage und die internationale Wettbewerbsfähigkeit habe.

Neu ist: Flüchtlinge sollen die deutschen Demografieprobleme lösen, ebenso eine gezielte Einwanderung vom Balkan. Schröder formuliert vielleicht am prägnantesten, aber SPD-Parteichef Sigmar Gabriel, Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt argumentieren im selben Tenor. Selbst aus der CDU klingt es ähnlich, wenn auch vorsichtiger mit Rücksicht auf die eigene Klientel. Die Wirtschaft betont ihr Interesse an Flüchtlingen.

Deutschland, und damit sind wir bei den Kontinuitäten, hat in den letzten Jahren davon profitiert, dass es seine wirtschaftlichen Probleme auf Kosten anderer gelöst hat. Schröder machte unter Rot-Grün mit der Agenda 2010 Deutschland zum Niedriglohnstandort und setzte auf eine aggressive Exportpolitik zum Nachteil der EU-Nachbarn. In der Krise ab 2008 gönnte sich Deutschland keynesianische Maßnahmen, Südeuropa hingegen wurde auch auf deutschen Druck eine harte Austeritätspolitik auferlegt. Das beförderte weitere Investitionen in Deutschland und die Auswanderung junger arbeitsloser Spanier und Griechen in die Bundesrepublik. Weil die aber nicht ausreicht, um das deutsche Demografieproblem zu lösen, soll nun die Einwanderung von Asylbewerbern und Balkan-Bewohnern dazu beitragen. Um das Zitat von Gary Lineker über deutschen Fußball abzuwandeln: Politik ist, wenn am Ende immer Deutschland gewinnt. Und die anderen verlieren.

Schröder suggeriert, dass mit der Beschäftigung von Westbalkan-Migranten auch ihren Herkunftsländern gedient wäre. Natürlich wird er wissen, dass es nicht so einfach ist. Und wenn nicht, müsste er nur bei der parteinahen Friedrich-Ebert-Stiftung anrufen, die gerade eine Studie über Brain Drain/Brain Gain erstellt, also über Verluste und Gewinne durch Fachkräfteabwanderung bzw. -zuzug. Nicht für den Westbalkan, nur für EU-Staaten. Hier sind die Befunde eindeutig: Deutschland hat ebenso wie Großbritannien von der Einwanderung von Fachkräften profitiert, krisengeschüttelte Staaten wie Lettland und Spanien leiden unter einem Brain Drain, der die Krise weiter verschlimmert. Das neoliberale Vorzeigemodell Lettland erleidet demnach etwa einen Verlust von bis zu neun Prozent des Wachstumspotenzials aufgrund von Emigration.

Céline Teney von der Uni Bremen forderte bei der Vorstellung der Studie eine Regelung des Fachkräfteproblems auf europäischer Ebene. Deutschland hat daran, ebenso wie an Regeln für seinen Export auf EU-Ebene, kein Interesse, fordert gleichzeitig aber eine EU-weite Regelung des Flüchtlingsproblems. Aber warum sollten Staaten in Ost- und Südeuropa, die mit den Folgen deutscher Interessenpolitik auf anderen Ebenen zu kämpfen haben, in dieser Frage von ihren Interessen absehen?

Um Fluchtursachen kümmern

Was heißt das für die deutschen Unterstützer der Flüchtlinge? Erstens wäre es gut, nähmen sie zur Kenntnis, dass die Situation eine andere als 1992/93 ist, als weite Teile der politischen Elite gegen eine Aufnahme von Flüchtlingen waren. Zweitens sollten sie darauf verzichten, für die Aufnahme von Asylbewerbern und Einwanderern mit Argumenten des nationalen Interesses zu werben. Und drittens wäre es gut, sie kümmerten sich um die Fluchtursachen ebenso wie um die Flüchtlinge.

Möglicherweise hätte frühzeitiger Druck auf die Bundesregierung für eine Flugverbotszone über Syrien Fluchtbewegungen verhindern können. Und wem das zu militärisch gedacht ist: Druck auf die Bundesregierung für eine Wirtschaftspolitik, die dem Süden und Osten Europas eine Perspektive gibt, könnte einen guten Teil der Migration von dort verhindern.

Würde sich die Flüchtlingsbewegung so ausrichten, bekämen wir eine spannende Debatte unter denen, die jetzt für Flüchtlinge und Migranten eintreten: Auf der einen Seite die Standortnationalisten in der SPD und anderswo, die die Situation in den Krisenstaaten Afrikas, des Nahen Ostens und Europas für Deutschland ausnutzen möchten. Auf der anderen diejenigen, denen auch die Lage in den Herkunftsländern am Herzen liegt. Und sich deswegen darum kümmern, dass Flüchtlinge nicht Flüchtlinge und Einwanderer nicht Einwanderer werden müssen. Martin Reeh

Krisengeschüttelte Staaten wie Lettland und Spanien leiden unter einem Brain Drain

Am Ende gewinnt Deutschland MIGRATION Anders als 1993 gibt es einen breiten Konsens für die Aufnahme von Flüchtlingen. Die Standortnationalisten haben ihren Nut....

Martin Reeh

ist Ressortleiter Inland der taz und flüchtete mit 18 aus der deutschen Provinz zunächst nach München, dann nach Berlin. Von ihm erschien zuletzt an dieser Stelle ein Interview über die Einwanderung von Israelis nach Deutschland: Israel wird -israelischer (23. 4. 2015).

Load-Date: September 6, 2015

End of Document

Agentur: Transitzone strittig; Asyl Kretschmann beurteilt Vorschlag skeptisch

taz, die tageszeitung

Mittwoch 14. Oktober 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 2

Length: 217 words

Highlight: Asyl Kretschmann beurteilt Vorschlag skeptisch

Body

Berlin/Stuttgart dpa | Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) sieht die von der Union vorgeschlagenen Transitzonen für Flüchtlinge an deutschen Grenzen skeptisch. Diese würden eine Reihe verfassungsrechtlicher Fragen aufwerfen und möglicherweise dazu führen, dass mehr Flüchtlinge illegale Einreisemöglichkeiten suchten, sagte Kretschmann am Dienstag in Stuttgart. Viel wichtiger sei, die Beschlüsse des Asylgipfels umzusetzen und das Personal des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) aufzustocken.

Die Grünen im Bundestag forderten Kanzlerin Angela Merkel (CDU) zum Einschreiten auf. Wir erwarten von Frau Merkel, dass sie dafür sorgt, dass wir zu vernünftigen, pragmatischen, menschenrechtswürdigen und umsetzbaren Lösungen kommen, sagte Fraktionschef Anton Hofreiter. Für die Linke-Fraktion lehnte Sahra Wagenknecht die Einrichtung von Transitzonen ab.

Die Union erhöht ihren Druck auf die Sozialdemokraten, sich der Einrichtung von Transitzonen nicht zu verweigern. Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) und SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann hatten den Unions-Vorstoß am Montag zurückgewiesen.

Meinung + Diskussion 12 SEITE

Aufnahme

Die Stimmung habe sich gedreht, heißt es allenthalben. Beim Auftritt der Kanzlerin bei CDU-Mitgliedern ist davon nur wenig zu spüren

Load-Date: October 13, 2015

Der Kampf um gute Arbeit; Jobs Der Arbeitsmarkt in Berlin ist von MigrantInnen geprägt. Auch die neu ankommenden Flüchtlinge werden ihn verändern wie genau, hängt auch von der arbeitspolitischen Steuerung ab

taz, die tageszeitung

Samstag 16. Januar 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 41

Length: 590 words

Byline: Malene Gürgen

Highlight: Jobs Der Arbeitsmarkt in Berlin ist von MigrantInnen geprägt. Auch die neu ankommenden Flüchtlinge werden ihn verändern wie genau, hängt auch von der arbeitspolitischen Steuerung ab

Body

Von Malene Gürgen

Menschen kommen nach Berlin, um hier Arbeit zu finden das ist kein neues Phänomen. Von den Hugenotten, deren Migration keineswegs nur religiöse, sondern oftmals auch wirtschaftliche Gründe hatte, über die osteuropäischen WanderarbeiterInnen im Kaiserreich bis hin zu den Gastarbeitern aus der Türkei, Italien oder Vietnam: Immer wieder wurde die Stadt durch ArbeitsmigrantInnen geprägt und verändert.

Trotzdem zeigen sich viele Berliner gerade durch den Teil der Neuankömmlinge, die gern als Wirtschaftsflüchtlinge bezeichnet werden, die man aber auch ArbeitsmigrantInnen nennen könnte, besonders verunsichert: Wird sich der ohnehin angespannte Arbeitsmarkt jetzt noch weiter verändern, wird sich die Konkurrenz weiter verschärfen? Oder werden sich die Arbeitskonditionen, das Lohnniveau insgesamt verschlechtern, wenn nun besonders viele Menschen gerade in den Niedriglohnsektor drängen?

Genau vorherzusagen, wie sich der Arbeitsmarkt durch die Flüchtlinge verändern werde, sei zurzeit noch unmöglich, weiß Johannes Giesecke, Professor am Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung. Weil verlässliche Daten gerade zu den Qualifikationen fehlen, stochern Wissenschaft und Politik hier größtenteils noch im Nebel, sagt er.

Insgesamt zeige die Erfahrung aber, dass Migration nicht wie oft erwartet, zu verschärfter Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt führt. In der Regel können das die jeweiligen Märkte gut aufnehmen, und man darf ja auch nicht vergessen, dass durch Migration immer auch Arbeitsplätze geschaffen werden, sagt Giesecke. Allerdings lege das Wenige, was man bisher über die Qualifikation der Flüchtlinge wisse nahe, dass der Optimismus, dass da überwiegend gut ausgebildete Leute zu uns kommen, wieder etwas gedämpft werden muss. Zumal die Anerkennung ausländischer Berufs- und Studienabschlüsse oftmals nicht unproblematisch ablaufe.

Der Kampf um gute Arbeit Jobs Der Arbeitsmarkt in Berlin ist von MigrantInnen geprägt. Auch die neu ankommenden Flüchtlinge werden ihn verändern wie genau, hä....

Die Gefahr, dass die Wirtschaft die wenig qualifizierten Arbeitskräfte dazu nutzen werde, das Lohnniveau gerade im Niedriglohnsektor noch weiter zu senken, sei also durchaus gegeben. Allerdings gibt es dagegen seit gut einem Jahr ein Instrument, sagt Giesecke: Wenn der Mindestlohn wirklich flächendeckend umgesetzt würde, müssten wir uns um diese Fragen gar keine Gedanken machen.

Auch wenn sich Berlin in Sachen Flüchtlinge gerade noch viel mit Erst- und Notversorgung beschäftigt: Dass die Integration in den Arbeitsmarkt ein wichtiges Thema ist, hat auch die zuständige Senatorin Dilek Kolat (SPD) erkannt. Mit einem 10-Punkte-Plan will sie Flüchtlinge schneller in Arbeit bringen, die interkulturelle Öffnung in den Jobcentern gehört ebenso dazu wie der Ausbau von Deutschkursen.

Einen großen Fehler der Vergangenheit sollte Berlin dabei aber nicht wiederholen, sagt der Migrationsforscher Giesecke: Bezuschusste Tätigkeiten auf dem sogenannten zweiten Arbeitsmarkt haben sich für die Integration in den regulären Arbeitsmarkt als praktisch wirkungslos herausgestellt, betont er. Genau das aber beschreibt Kolat in Punkt 10 ihres Papiers, in dem sie Arbeitsgelegenheiten für Flüchtlinge – also Jobs vor allem in Unterkünften selbst, die nach Asylbewerberleistungsgesetz mit 1,05 Euro pro Stunde bezahlt werden –, als Brücken in den regulären Arbeitsmarkt bezeichnet, die es auszubauen gelte. Der Kampf um gute Arbeit – er betrifft Alt- und NeuberlinerInnen gleichermaßen.

Es gibt ein Instrument gegen sinkendes Lohnniveau im Niedriglohnsektor: den Mindestlohn

Wie sich Arbeitsmigranten gegen prekäre Knebelverträge wehren 44, 45SEITE

Load-Date: January 15, 2016

Der Faktor Flüchtling; ARBEITSMARKT Langzeitarbeitslose und gering Qualifizierte dürfen nicht gegen neu gekommene Geflüchtete in Stellung gebracht werden

taz, die tageszeitung

Donnerstag 01. Oktober 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

Length: 1046 words

Byline: Ursula Engelen-Kefer

Highlight: ARBEITSMARKT Langzeitarbeitslose und gering Qualifizierte dürfen nicht gegen neu gekommene Geflüchtete in Stellung gebracht werden

Body

Kaum ist die berufliche Integration der Flüchtlinge zu einer öffentlichen Herausforderung erklärt, kommen die Neos mal wieder aus ihren Ecken. Mindestlohn runter oder gleich ganz aufgeben, Leiharbeit lockern, keine Reglementierung der Werkvertragsarbeit sind nur einige ihrer Vorschläge. Langzeitarbeitslose, gering Qualifizierte, Behinderte und Migranten werden gegen die Flüchtlinge in Stellung gebracht. Der Sozialneid mit möglicherweise verheerenden Ausschreitungen gegen Flüchtlinge wird geschürt.

Sind Flüchtlinge die Fachkräfte von morgen?

Weder führt der massive Zustrom der Flüchtlinge zu einem Wirtschaftswunder, wie dies aus höchsten Kreisen der Wirtschaft zu vernehmen ist, noch bedeutet dies ein neues Lumpenproletariat. Bei dieser Herkulesaufgabe geht es auch nicht nur um die Überwindung einer kurzfristigen Krise. An die Adresse der Bundesregierung gerichtet heißt dies allerdings: Man kann nicht die Arme für Flüchtlinge ausbreiten, die Willkommenskultur sowie die Notwendigkeit ihrer Integration beschwören, gleichzeitig aber das Portemonnaie bei der dazu erforderlichen Finanzierung geschlossen halten. Die große Unterstützung in der Bevölkerung würde sich schnell in ihr Gegenteil verkehren.

Zu befürchten ist, dass die Arbeitslosigkeit infolge des übermächtigen Zustromes von Flüchtlingen ansteigt. Vor allem müssen erhebliche Hürden bei Sprache, Qualifikation, persönlichen, familiären, kulturellen und sozialen Bedingungen überwunden werden.

Nach bisherigen Erkenntnissen sind unter den Asylbewerbern besonders viele junge Menschen. Bei Bildung und beruflicher Qualifikation mangelt es bereits an Transparenz und Vergleichbarkeit als Mindestvoraussetzung für die Erfassung von Inhalt und Niveau sowie die Anerkennung. Bei den über 135 Muttersprachen der 2015 erwarteten eine Million Flüchtlinge herrscht schon beinahe babylonische Verwirrung.

Der Faktor Flüchtling ARBEITSMARKT Langzeitarbeitslose und gering Qualifizierte dürfen nicht gegen neu gekommene Geflüchtete in Stellung gebracht werden

Darüber hinaus kann ein großer Teil der Asylbewerber nicht mit einem dauerhaften Aufenthaltsrecht in der Bundesrepublik rechnen. So ist es nicht verwunderlich, dass bei dem Einsatz von Job Coaches in den Auffanglagern nur wenige Flüchtlinge für die Vermittlung in Arbeit vorgeschlagen werden können. Auch erreichen die Anforderungen an Sprachkurse allgemein und berufsbezogen eine Größenordnung, die mit den verfügbaren Angeboten keinesfalls bewältigt werden können.

Ob und inwieweit die von der Wirtschaft beklagte Fachkräftelücke tatsächlich besteht, dürfte hinter der gemeinsamen Verantwortung zur Integration von Hunderttausenden Flüchtlingen in den Hintergrund treten. Allerdings ist genauso vor der Illusion zu warnen, diese gewaltige Aufgabe könne durch kurzfristigen Aktionismus bewältigt werden. Vielmehr bedarf es hierzu eines umfassenden Konzeptes, die Arbeitsangebote mit den Anforderungen, Qualifikationen und Qualifikationspotenzialen der zuwandernden Menschen abzustimmen. Hierbei ist ebenfalls die Wirtschaft gefordert, die Eingliederung der Flüchtlinge in Arbeit und Ausbildung ohne Vorurteile, mit größerer Offenheit und finanzieller Beteiligung zu unterstützen. Dabei sind auch die Arbeitsbedingungen an die Erfordernisse der Flüchtlinge anzupassen und flankierende Hilfestellung bei den persönlichen und administrativen Anforderungen ist zu leisten.

Wirtschaft und Politik sind in der Verantwortung

Die Bundesregierung ist gefordert, die Vorrangprüfung auszusetzen, die ein faktisches Arbeitsverbot über 15 Monate bedeutet. Danach kann derzeit ein Asylbewerber eine Arbeitsstelle nur dann annehmen, wenn weder ein Inländer, ein EU-Ausländer oder ein sonstiger anerkannter Migrant zur Verfügung steht. Bedingung für den Verzicht auf einen derartigen Nachweis muss allerdings sein, dass Tarifbedingungen oder Mindestlohn gelten, um Schmutzkonzurrenz zulasten aller Arbeitnehmer zu verhindern. Ebenso notwendig ist die Erfassung und sprachliche sowie berufliche Vorbereitung Jugendlicher für eine Ausbildung mit der Gewährung eines ausreichenden Bleiberechtes während der Ausbildung und der anschließenden Beschäftigung.

Integration nicht zum Nulltarif

Die nach den jüngsten Gipfelbeschlüssen vorgesehene finanzielle Unterstützung des Bundes für die Kommunen wird schon für dieses Jahr mit 1 Milliarde Euro zusätzlich bei erwarteten 1 Million Flüchtlinge nicht ausreichen. Die Zahlung einer Pauschale von 670 Euro pro aufzunehmenden Flüchtling ab 2016 ist zwar eine richtige Weichenstellung. Damit würde der Bund mehr als bisher die Verantwortung für die finanziellen Folgen seiner Flüchtlingspolitik übernehmen. Sehr schnell könnte dies jedoch die Haushaltsvorgaben sprengen, wenn mehr als die angenommenen 400.000 anerkannten Asylanter in den Kommunen zu integrieren sind.

Fragwürdig unter humanitären und praktischen Auswirkungen ist die Verschärfung der Abschiebung in sichere Balkanstaaten, deren Anzahl auf 6 verdoppelt wird. Die gleichzeitige Erweiterung der Arbeitsmigration aus diesen Ländern als Alternative zum Asyl erfordert erheblich mehr Kontrollen, um Dumping von Löhnen und Arbeitsbedingungen zu verhindern. Dies gilt noch mehr für die vorgesehene Lockerung beim Zugang der Asylanter zur Leiharbeit.

Die dringend erforderliche Verringerung der Dauer der Asylverfahren hängt neben organisatorischen Verbesserungen entscheidend davon ab, dass die gravierende personelle Lücke vor allem bei den Entscheidern über die Asylanträge im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) schnell geschlossen wird. Mit der Nominierung des Vorstandsvorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit (BA), Frank Jürgen Weise, gleichzeitig zum Leiter des BAMF sind gute Voraussetzungen geschaffen. Für die berufliche Integration der Flüchtlinge entscheidend ist jedoch eine ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung in den Job Centern. Hier muss der Bund dringend Finanzen und Personal aufstocken. Bleibt zu hoffen, dass die anstehenden Gesetzgebungsverfahren nicht durch weitere ungesteuerte Entwicklungen in der Flüchtlingspolitik überholt werden.

Ursula Engelen-Kefer

Wer die Willkommens-kultur beschwört, muss auch ins Portemonnaie greifen können

Ursula Engelen-Kefer

Der Faktor Flüchtling ARBEITSMARKT Langzeitarbeitslose und gering Qualifizierte dürfen nicht gegen neu gekommene Geflüchtete in Stellung gebracht werden

Die promovierte Volkswirtschaftlerin war bis 2006 stellvertretende Vorsitzende des DGB und saß bis 2009 im SPD-Vorstand. An dieser Stelle beschäftigte sie sich zuletzt mit den Zukunftsaussichten der Gewerkschaftspolitik.

Load-Date: September 30, 2015

End of Document

Schneller die Mauer ausbauen; Bulgarien Gut 7.000 Flüchtlinge haben hier offiziell um Hilfe gebeten. Der Regierung von Premier Boiko Borissow ist das zu viel. Sie baut einen 130 Kilometer langen Zaun an der Grenze zur Türkei

taz, die tageszeitung

Donnerstag 20. August 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 2

Length: 428 words

Highlight: Bulgarien Gut 7.000 **Flüchtlinge** haben hier offiziell um Hilfe gebeten. Der Regierung von Premier Boiko Borissow ist das zu viel. Sie baut einen 130 Kilometer langen Zaun an der Grenze zur Türkei

Body

Sofia taz | In den letzten Tagen hatte Nikola Kasakow, Vorsitzender der Staatlichen Agentur für **Flüchtlinge** in Bulgarien, viel zu erklären. Die von ihm geführte Institution hat die Statistik für das erste Halbjahr bekannt gegeben. Und sie zeigt klar: Seit Anfang des Jahres sind so viele **Asylbewerber** in das Land gekommen, wie nie zuvor.

Im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres haben wir 2,2-mal größeren Flüchtlingsdruck und die Tendenz steigt, sagt Kasakow der lokalen Nachrichtenagentur Focus. Im Juli registrierte seine Agentur genau 1.869 Asylbewerber ein monatlicher Rekord für Bulgarien.

Im ersten Halbjahr haben sich genau 7.348 Menschen beim Staat angemeldet, um Schutz zu suchen. Zum Vergleich: Für 2013 wurden insgesamt 7.144 und für 2014 genau 11.081 Menschen registriert. Aber: In den ersten sieben Monaten 2015 wurden bereits 9.217 Personen erfasst. Die meisten davon kommen aus Syrien (4.092), Afghanistan (2.187) und dem Irak (2.139).

Wegen des hohen Migrationsdrucks hat die Regierung von Premier Boiko Borissow die Mauer an der bulgarisch-türkischen Grenze ausgebaut. Anfangs sollte sie 31 Kilometer lang werden. Nun soll die gesamte 131 Kilometer lange Grenze zur Türkei gesichert werden.

Es gibt auch einen politischen Grund für diese Entscheidung. Im Jahr 2013, als die erste große Migrationswelle begann, konnte die damalige Regierung von Premierminister Plamen Ore-sharski nicht schnell genug -reagieren. Die Verunsicherung der Bevölkerung stieg schnell, die Popularität der Regierung sank.

Flüchtlinge, die nun trotz Mauer die staatlichen Grenzen überschreiten, landen in einem Asylzentrum. Das größte befindet sich nahe der bulgarisch-türkischen Grenze in der Stadt Harmanli, wo zurzeit 1.842 Menschen untergebracht sind.

Schneller die Mauer ausbauen Bulgarien Gut 7.000 Flüchtlinge haben hier offiziell um Hilfe gebeten. Der Regierung von Premier Boiko Borissow ist das zu viel. Si....

Dort müssen sie auf ihre Asyl-entscheidung warten, meist 3 bis 6 Monate. Laut neuester Statistik leben in allen sechs Zentren 5.130 Asylbewerber. Wir haben noch für 1.200 Menschen freie Plätze , erklärt Nikola Kasakow. Doch die Agentur sei bereit, im Notfall weitere Unterkünfte zu schaffen.

Solange die Asylbewerber in einem Asylzentrum wohnen, bekommen sie alles Überlebenswichtige, aber nicht mehr: kostenlose Unterkunft, Essen, medizinische Versorgung und Arzneimittel. Erst wenn sie als Asylbewerber anerkannt sind, dürfen sie sich frei im Land bewegen. Vielen reicht das nicht. Sie reisen weiter in andere EU-Staaten, anstatt in Bulgarien zu bleiben. Georgi Minev

Flucht in Europa

Offene Türen? Meist treffen Flüchtlinge auf das genaue Gegenteil. Viele EU-Staaten machen ihnen das Leben schwer. Vier Beispiele

Load-Date: August 19, 2015

End of Document

Lange Wartezeiten machen die Familien kaputt; Flüchtlinge Grüne und Linke wollen Familiennachzug wieder erleichtern

taz, die tageszeitung

Freitag 11. November 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 7

Length: 527 words

Byline: Barbara Dribbusch

Highlight: **Flüchtlinge** Grüne und Linke wollen Familiennachzug wieder erleichtern

Body

Berlin taz | Asma A. zum Beispiel ist syrische Mutter von vier Kindern, der Ehemann wurde vom IS getötet. Sie hat es mit zwei Kindern nach Deutschland geschafft. Die anderen beiden Töchter, 15 und 16 Jahre alt, leben in einer **Flüchtlingsunterkunft** in der Türkei. Asma A. hat in Deutschland nur den subsidiären Schutz für **Flüchtlinge** bekommen. Das bedeutet: Sie kann die nächsten zwei Jahre die beiden älteren Kinder nicht nachholen. In zwei Jahren aber ist die Älteste volljährig – ein Nachholen ist dann nicht mehr möglich. Das ist eine verachtende Menschenrechtspolitik, sagte Ulla Jelpke von der Linkspartei am Donnerstag im Bundestag, die den Fall beschrieb.

Die Linkspartei und die Grünen brachten Gesetzentwürfe in den Bundestag ein, mit denen eine Praxis beendet werden soll, die auch von vielen SPD-Abgeordneten inzwischen als unmenschlich gerügt wird. Es ist eine Bestimmung im sogenannten Asylpaket II, nach der Geflüchtete, die nur noch den subsidiären Schutz bekommen und nicht mehr den vollen Schutz laut der Genfer Flüchtlingskonvention, für die Dauer von zwei Jahren ihre Ehepartner und minderjährigen Kinder nicht mehr nachholen dürfen. Dies betrifft auch minderjährige unbegleitete Flüchtlinge, die ihre Eltern nachholen möchten. Die Bestimmung gilt für Geflüchtete, die ihren Asylantrag ab März 2016 stellten.

Auch die SPD hatte ehemals dem Asylpaket zugestimmt mit Verweis darauf, dass nur sehr wenige Flüchtlinge von der Einschränkung beim Familiennachzug betroffen seien, da Syrer etwa in den meisten Fällen den vollen Flüchtlingsschutz bekämen. Das hat sich geändert. Inzwischen erhalten mehr als 70 Prozent der Syrer nur den subsidiären Schutz. Dagegen ziehen 17.000 Betroffene vor die Verwaltungsgerichte. Es kommen immer mehr Menschen, die klagen wollen, sagt der Berliner Migrationsrechtsanwalt Stefan Gräbner der taz.

Einige Verwaltungsgerichte haben bereits in erster Instanz entschieden, dass syrischen Flüchtlingen der volle Schutz zuerkannt werden müsse. Das Verwaltungsgericht Trier beispielsweise argumentierte, zurückkehrenden Flüchtlingen drohe in Syrien systematische Verfolgung, weil man ihnen aufgrund des Fluchtatbestandes eine oppositionelle Gesinnung unterstellen könnte. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat gegen diese Urteile Revisionen eingelegt, die noch anhängig sind.

Lange Wartezeiten machen die Familien kaputt Flüchtlinge Grüne und Linke wollen Familiennachzug wieder erleichtern

Sowohl die Grünen als auch die Linken möchten die Wartefrist beim Familiennachzug für subsidiär Geschützte abschaffen. Aber auch einige SPD-Abgeordnete bedauerten bei der Aussprache im Bundestag am Donnerstag, dass die SPD den Wartenfristen im Februar zugestimmt hatte. Angesichts der steigenden Zahlen der nur noch subsidiär Geschützten sei die Geschäftsgrundlage für den damaligen Beschluss entfallen, sagte der SPD-Abgeordnete Lars Castellucci. Man müsse mit der Union zueinander kommen und eine Lösung finden. Einige Unionsabgeordnete verteidigten die Einschränkung und verwiesen auf die Probleme in den Kommunen, Wohnungen bereitzustellen. Auch die Schweden hätten den Familiennachzug eingeschränkt, sagte die Unionsabgeordnete Andrea Lindholz. Barbara Dribbusch

Auch SPD-Abgeordnete würden die Einschränkungen gerne widerrufen

Load-Date: November 10, 2016

End of Document

Der umstrittene Deal mit der Türkei zeigt Wirkung; Flüchtlinge Im ersten Halbjahr 2016 ist die Zahl der Geflüchteten vergleichsweise gering angestiegen

taz, die tageszeitung

Freitag 09. September 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 333 words

Byline: Lalon Sander

Highlight: Flüchtlinge Im ersten Halbjahr 2016 ist die Zahl der Geflüchteten vergleichsweise gering angestiegen

Body

Berlin taz | Der menschenrechtlich höchst umstrittene EU-Türkei-Deal wirkt: Im ersten Halbjahr 2016 ist die Zahl der in Deutschland lebenden Flüchtlinge nur noch um 124.000 gestiegen. Der Anstieg ist weit geringer als 2015, als die Zahl um insgesamt 620.000, also um das Fünffache, stieg. An den Zahlen zeigt sich außerdem: Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gibt es einen enormen Rückstau, mit rund 610.000 Menschen, die auf eine Bearbeitung ihres Asylantrags warten oder darauf, überhaupt einen stellen zu können.

Die Zahlen basieren auf einer Kleinen Anfrage der Linkspartei im Bundestag, die regelmäßig die Zahl der Geflüchteten in Deutschland mit unterschiedlichem Schutzstatus abfragt. Die Antwort des Innenministeriums liegt der taz exklusiv vor. Demnach lebten Mitte 2016 1,23 Millionen Menschen asylberechtigt, mit Schutz nach der Genfer Konvention, einem laufenden Asylverfahren oder einer Duldung in Deutschland. Hinzu kommen noch 150.000 Menschen, die zwar bei der Einreise registriert wurden, aber noch keinen Asylantrag stellen konnten. Insgesamt sind das 1,38 Millionen Menschen, Ende 2015 waren es noch 1,25 Millionen.

Die Abschottungs- und Abschreckungspolitik der Bundesregierung und der EU trägt grausame Früchte, kommentierte die Linken-Abgeordnete Ulla Jelpke die Zahlen. Vor allem durch die Abriegelung der Balkanroute und den EU-Türkei-Deal haben Schutzsuchende kaum noch eine Chance, die EU zu erreichen.

Die größte Veränderung im ersten Halbjahr bestand darin, dass mehr als 150.000 weitere Menschen inzwischen als Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt wurden. Deren Zahl beträgt inzwischen 365.000, mehr als zwei Drittel sind Syrer oder Iraker. Asyl nach dem Grundgesetz bekommen derweil kaum noch Menschen: In 6 Monaten erhielten nur 35 Menschen Asyl.

Insgesamt erwartet das BAMF für dieses Jahr 250.000 bis 300.000 neu einreisende Flüchtlinge. Bis Ende des Jahres will es auch den Großteil der Anträge abgearbeitet haben. Lalon Sander

Der umstrittene Deal mit der Türkei zeigt Wirkung Flüchtlinge Im ersten Halbjahr 2016 ist die Zahl der
Geflüchteten vergleichsweise gering angestiegen

Load-Date: September 8, 2016

End of Document

Horst Seehofers heimlicher Triumph; Kurswechsel Für Syrer soll wieder das Dublin-Verfahren gelten: Das hat der CSU-Chef immer gefordert. Doch die Rückführung von Flüchtlingen in andere EU-Länder dürfte in der Praxis schwierig werden

taz, die tageszeitung

Mittwoch 11. November 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 4

Length: 402 words

Byline: bax, Daniel Bax

Highlight: Kurswechsel Für Syrer soll wieder das Dublin-Verfahren gelten: Das hat der CSU-Chef immer gefordert. Doch die Rückführung von Flüchtlingen in andere EU-Länder dürfte in der Praxis schwierig werden

Body

Berlin dpa/taz | Deutschland will syrische Asylbewerber wieder in andere EU-Länder zurückschicken, über die sie in die Europäische Union eingereist sind. Wie ein Sprecher des Bundesinnenministeriums am Dienstag bestätigte, wendet Deutschland das sogenannte Dublin-Verfahren aktuell wieder für alle Herkunftsländer und alle Mitgliedstaaten außer Griechenland an. Das gilt auch für syrische Staatsangehörige, seit dem 21. Oktober, fügte er hinzu. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge prüfe nun wieder in jedem Einzelfall alle Aspekte für einen sogenannten Selbsteintritt Deutschlands, heißt es also die Frage, ob ein Flüchtling ins nationale Verfahren übernommen wird oder nicht.

Im August hatte Deutschland beschlossen, das Dublin-Verfahren für Syrer vorübergehend auszusetzen. Angela Merkel hatte das Dublin-Verfahren bei einem gemeinsamen Auftritt mit Frankreichs Staatschef François Hollande vor dem EU-Parlament Anfang Oktober sogar für obsolet erklärt und ein gemeinsames Vorgehen aller EU-Staaten gefordert. CSU-Chef Horst Seehofer dagegen hatte vehement eine Rückkehr zum Dublin-System gefordert und andernfalls sogar mit einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gedroht. Wenn Schengen und Dublin nicht umgehend eingehalten werden, muss Deutschland Flüchtlinge unmittelbar an der Grenze zurückweisen, polterte er aus München.

Nach den Dublin-Regeln wird bei jedem Asylbewerber zwingend geprüft, ob er zuerst in einem anderen Land europäischen Boden betreten hat. Ist dem so, muss der Betroffene eigentlich dorthin zurück. Darauf wurde bei Syrern seit August offiziell verzichtet. Eine entsprechende Twitter-Meldung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) vom 25. August hatte im Netz für Furore gesorgt. Auf Twitter machten zahlreiche Dankes-Tweets und Liebeserklärungen an die Kanzlerin die Runde.

Horst Seehofers heimlicher Triumph Kurswechsel Für Syrer soll wieder das Dublin-Verfahren gelten: Das hat der CSU-Chef immer gefordert. Doch die Rückführung von....

Kritiker hatten Angela Merkel deshalb vorgeworfen, die Tür für eine unkontrollierte Einwanderung geöffnet zu haben. Horst Seehofer sprach davon, er sehe keine Möglichkeit, den Stöpsel wieder auf die Flasche zu kriegen .

Die Rückführung von Syrern in andere EU-Staaten dürfte in der Praxis in der Tat schwierig werden. Denn nur wenige der Flüchtlinge, die zuletzt ins Land gekommen waren, sind zuvor in einem anderen EU-Staat registriert worden. DANIEL BAX

Koalitionskrach ums Asyl

Während die SPD noch den Familiennachzug für Syrer verdaut, kehrt die Union zum Dublin-Verfahren zurück

Load-Date: November 10, 2015

End of Document

Wir wollen unsere Arbeit überflüssig machen ; MIGRATION Seit 20 Jahren vermittelt das Medibüro medizinische Hilfe für nichtversicherte MigrantInnen. Dem eigentlichen Ziel, das Recht auf Gesundheit für alle durchzusetzen, sei man leider noch nicht näher gekommen, bedauert Burkhard Bartholome

taz, die tageszeitung

Freitag 22. April 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLINER THEMA; S. 19

Length: 1383 words

Byline: Susanne Memarnia

Highlight: **MIGRATION** Seit 20 Jahren vermittelt das Medibüro medizinische Hilfe für nichtversicherte **MigrantInnen**. Dem eigentlichen Ziel, das Recht auf Gesundheit für alle durchzusetzen, sei man leider noch nicht näher gekommen, bedauert Burkhard Bartholome

Body

Von Susanne Memarnia

taz: Herr Bartholome, das Medibüro vermittelt nichtversicherte **MigrantInnen** an Ärzte, die sie kostenlos behandeln. Am heutigen Freitag feiern Sie 20-jähriges Bestehen. Aber eigentlich gibt es gar keinen Grund zum Feiern, oder?

Burkhard Bartholome: Genau. Wir haben von Anfang an gesagt, dass es unser Ziel ist, unsere Arbeit überflüssig zu machen. Dass der Staat die Aufgabe übernehmen muss, das Recht auf Gesundheit für jeden wahr zu machen. Bisher sind wir diesem Schritt nicht wirklich näher gekommen.

Wie viele Menschen kommen pro Monat zu Ihnen?

Im vorigen Jahr haben wir etwa 1.500 Menschen an Ärzte vermittelt. Aber der Bedarf ist sicherlich größer. Ich erwarte auch, dass viele der neu in die Stadt **Geflüchteten** im Laufe der nächsten Zeit abgeschoben werden sollen und untertauchen werden und dann vermehrt bei uns auftauchen.

Wie viele Ärzte machen bei Ihnen mit?

Wir kooperieren mit etwa 150 Einrichtungen. Fast alle Fachrichtungen sind vertreten. Aber wir haben einen permanenten Mangel, vor allem an Zahn-, Haut- und Augenärzten. Auch die Allgemeinärzte sind sehr stark belastet.

Wir wollen unsere Arbeit überflüssig machen MIGRATION Seit 20 Jahren vermittelt das Medibüro medizinische Hilfe für nichtversicherte MigrantInnen. Dem eigentlic....

Vor Kurzem wurde das Asylrecht dahingehend verschärft, dass Flüchtlinge mit Traumatisierungen einfacher abgeschoben werden können. Merken Sie schon Auswirkungen?

Wir haben schon immer relativ viele Leute, die psychische Probleme haben, und die wir in psychotherapeutische Einrichtungen verweisen. Wir werden auch oft gefragt, ob wir Gutachten für Menschen mit posttraumatischen Belastungsstörungen beauftragen können, weil sie in Gefahr sind, abgeschoben zu werden. Obwohl eine Abschiebung für diese Menschen oft höchst dramatisch ist, werden immer wieder PatientInnen abgeschoben trotz psychologischer Gutachten, die auf die hohen Risiken hinweisen. Durch die Asylrechtsnovelle wird diese Situation weiter verschärft, weil die Anerkennung der Gutachten noch schwerer wird.

Es gibt ja auch Verbesserungen wie die elektronische Gesundheitskarte, die jetzt in Berlin nach Hamburger und Bremer Modell eingeführt wurde.

Das haben wir seit Jahren gefordert. Aber erst jetzt, da die Bürokratie mit den Flüchtlingen überfordert war, ist das möglich geworden. Nur: Diese Verbesserung betrifft lediglich Asylsuchende und wir haben ja im Medibüro noch andere Klientengruppen: die Illegalisierten und die EU-Bürger ohne Krankenversicherung.

Derzeit gibt es viel ehrenamtliche Hilfe für Flüchtlinge. Manche kritisieren, dass die freiwilligen Helfer Aufgaben übernehmen, die Sache der öffentlichen Hand sind. Dieses Dilemma gilt auch für das Medibüro.

Das ist ein ständiges Thema für uns und der Grund, warum wir uns am Freitag in der Veranstaltung kritisch mit dem Ehrenamt und unserer eigenen Rolle auseinandersetzen wollen. Wir kritisieren den Staat für sein Versagen und ebenjener Staat verweist auf uns und sagt, die Leute sind ja versorgt! Und gibt uns dafür auch noch Preise! Aber es ist ja ein Unterschied, ob Menschen auf unsere humanitäre Hilfe angewiesen sind oder ob sie ein Recht auf eine Gesundheitsversorgung haben. In dem Zusammenhang spielt auch der Rassismus der Helfenden eine Rolle. Das mag in vielen Willkommensinitiativen kein Problem sein. Aber zum Teil schimmert es schon durch, dass manche nur bestimmten Leuten helfen möchten, den Syrern vielleicht, aber eben nicht allen.

Das sagen auch einige Oranien-platz-Leute: Wir bekommen nichts von der Hilfsbereitschaft ab, weil wir politische Forderungen stellen und die Deutschen lieber dankbaren, weißen Flüchtlingen helfen.

Ja, aus diesem Umfeld kommt auch das Statement, dass sich die weiße-Mittelklasse-Unterstützer-Schicht freut, dass sie helfen kann es aber nicht mag, wenn sie auf grundsätzliche Probleme in unserem System gestoßen wird, die dieses ganze Elend erst produzieren. Dass wir alle durch das Leben in dieser Gesellschaft die Fluchtursachen erst schaffen, sei es durch Waffenexport, Leerfischen der Meere für unsere Tiefkühltruhe oder Freihandelsabkommen, die das wirtschaftliche Ungleichgewicht aus Kolonialzeiten zementieren. Eigentlich müsste man da ansetzen. Aber das können wir gut ausblenden, wenn wir nur karitative Unterstützungsarbeit machen. Wir helfen den Leuten und müssen nichts an der Gesamtsituation verändern. Das finde ich ein sehr interessantes Argument.

Welches Motiv haben die ÄrztInnen, mit Ihnen zusammenzuarbeiten?

Das ist sehr unterschiedlich. Manche tun das aus politischen Gründen ähnlich den unseren, andere haben eher einen berufsethischen oder humanitären Ansatz. Zum Teil gibt es da auch Beschwerden, wenn PatientInnen als zu fordernd wahrgenommen werden. Nach dem Motto, die sollen doch dankbar sein, dass sie unentgeltlich behandelt werden! Wir versuchen dann in Gesprächen die Position zu vermitteln, dass diese Menschen den gleichen Anspruch auf Gesundheitsversorgung haben wie alle anderen.

Was sind Ihre konkreten politischen Forderungen: Soll jeder, der hier lebt, eine normale Krankenversicherungskarte bekommen?

Das ist letztlich unsere Forderung und auch das, was der UN-Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von 1966 besagt, den Deutschland unterzeichnet hat: Jeder Mensch soll die medizinische und soziale Versorgung bekommen, die in dem Land, in dem er lebt, möglich ist. Das bedeutet: Für EU-Leute muss das EU-

Wir wollen unsere Arbeit überflüssig machen MIGRATION Seit 20 Jahren vermittelt das Medibüro medizinische Hilfe für nichtversicherte MigrantInnen. Dem eigentlic....

Sozialrecht so angepasst werden, dass sie sich hier versichern können. Für Asylsuchende haben wir jetzt zwar in manchen Kommunen und Bundesländern die Chipkarte, aber zusätzlich sollte das Asylbewerberleistungsgesetz abgeschafft werden

weil das nur die Behandlung akuter Krankheiten erlaubt!

Man kann schon einiges mehr darüber abrechnen. Aber das Gesetz verunsichert viele Ärzte, sodass sie oft Behandlungen, die medizinisch sinnvoll wären, doch nicht machen. Tatsächlich wurde allerdings in der letzten Asylrechtsverschärfung die etwas erweiterte medizinische Versorgung erneut eingeschränkt, so dass die Leistungen de facto auf akute Erkrankungen und Schmerzzustände beschränkt werden. Und für Papierlose muss die Übermittlungspflicht weg

die besagt, dass das Sozialamt, das Krankenscheine ausstellt, die Ausländerbehörde informieren muss.

Genau. Eine pragmatische Lösung, die wir hierzu seit Jahren fordern, ist ein anonymer Krankenschein. Dazu gibt es gerade ein Pilotprojekt in Hannover und Göttingen. Papierlose Menschen werden bei einer Anlaufstelle unter ärztlicher Aufsicht registriert. Damit dürfen diese Daten nicht an die Ausländerbehörde weitergeleitet werden, weil sie unter die ärztliche Schweigepflicht fallen.

Kritiker wenden ein: Ein Krankenschein für alle ist nicht bezahlbar und ein Pull-Faktor , also ein Anreiz für Flüchtlinge, nach Deutschland zu kommen. Was erwidern Sie darauf?

Es gab erst kürzlich wieder eine Studie, die nachweist, dass die ärztliche Versorgung nach Asylbewerberleistungsgesetz teurer ist als eine normale Versorgung. Für den angeblichen Pull-Faktor gilt: Es gibt haufenweise Untersuchungen, die zeigen, dass der keinerlei Rolle spielt. Leute kommen nicht hierher, weil sie soziale Leistungen bekommen oder die medizinische Versorgung gut ist. Umgekehrt haben Asylrechtsverschärfungen noch keinen abgehalten zu kommen. Auch jetzt war nur entscheidend, dass die Grenzen dicht gemacht wurden mit der Folge, dass die Leute wieder über das Mittelmeer kommen und ertrinken.

Das Medibüro

Im Medibüro arbeiten etwa 30 Ehrenamtliche, die nicht-krankenversicherte MigrantInnen an Ärzte vermitteln, die von jenen unentgeltlich behandelt werden. Kosten für Medikamente, orthopädische Hilfsmittel, Brillen, labortechnische Untersuchungen etc. werden allein über Spenden finanziert.

Politisch fordert das Medibüro eine medizinische Versorgung unabhängig vom Aufenthalts-status. Unter anderem bekam das Medibüro 2009 den Ehrenamts-Preis des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg.

An diesem Wochenende feiert das Medibüro sein 20-jähriges Bestehen: Freitag ab 18 Uhr gibt es in der Werkstatt der Kulturen (Wissmannstr. 22, Neukölln) aus diesem Anlass eine Diskussion: Es ist uns keine Ehre! Kontroversen ums Ehrenamt in Zeiten flüchtlingspolitischen Versagens , moderiert von taz-Redakteur Bernd Pickert. Samstag ist ab 21 Uhr Party im Mensch Meier, Storkower Straße 121, Prenzlauer Berg.

Infos: www.medibuero.de

Burkhard Bartholome

43, ist bereits seit mehr als 15 Jahren beim Medibüro aktiv. Von Beruf ist er Anästhesist.

Load-Date: April 21, 2016

**Von Wartezeit und Überstunden; Antragsstau Die Dokumentation
Entscheider unter Druck begleitet den Arbeitsalltag eines Mitarbeiters beim
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und zeichnet ein paradoxes Bild
von der Behörde (23 Uhr, ARD)**

taz, die tageszeitung

Montag 29. August 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: FLIMMERN UND RAUSCHEN; S. 17

Length: 629 words

Byline: Jens Müller

Highlight: Antragsstau Die Dokumentation Entscheider unter Druck begleitet den Arbeitsalltag eines Mitarbeiters beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und zeichnet ein paradoxes Bild von der Behörde (23 Uhr, ARD)

Body

von Jens Müller

Im Sommer bei Hitze, im Winter bei Kälte: Die vergeblich ausharrenden Flüchtlinge am Berliner Lageso kennt jeder als 1A-Bildquelle für Polemiken gegen Merkels Wir schaffen das ; oder aber als Symbol für die schlechteste Behörde Deutschlands . Wichtiger ist aber das Bamf: Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ist die Bundesoberbehörde, die Asylanträge bearbeitet. Die Menschen, die dort entscheiden, heißen entsprechend Entscheider . Der Filmemacher Michael Richter hat einem von ihnen über die Schulter gesehen.

Mein Stiefvater wollte mich an einen Mann zwangsverheiraten. Punkt. Und er drohte mir damit, Komma, dass ich entweder zustimme, Komma, oder durch ihn getötet werde. Punkt. Jochen Otten spricht während der Anhörung einer Somalierin in sein Diktiergerät. Otten ist ein junger Mann mit akkuratem Vollbart, dem es beinahe gelingt, seine pfälzische Herkunft aus seinem Beamtendeutsch herauszuhalten. Sein Arbeitstag, erzählt er, geht von sieben bis 17 oder auch mal 18 Uhr. Drei bis fünf Anhörungen schafft er in dieser Zeit danach entscheidet er. Über die Drehgenehmigung allerdings hat er nicht entschieden.

Seit einem knappen Jahr leitet Frank-Jürgen Weise das Bamf, obwohl er bereits der Bundesagentur für Arbeit vorsteht. Er will die Sache gut machen , aber es läuft beileibe nicht alles rund. Bis zum Anhörungstermin vergehen manchmal zwei Jahre, bis zur Entscheidung mitunter weitere zwei Jahre. Anwälte reagieren mit Untätigkeitsklagen. Reserveoffizier Weise greift an und beklagt im Film höchstselbst: 97 Prozent Wartezeit seien nicht akzeptabel, auch für das Behandeln des Anliegen des Menschen.

Also macht Weise eine Vorgabe: Otten und Kollegen sollen bitte die über 500.000 Asylanträge bis zum Jahresende alle abarbeiten. Es werden neue Entscheider eingestellt, Rentner zum Beispiel. Früher hat die Schulung zum

Von Wartezeit und Überstunden Antragsstau Die Dokumentation Entscheider unter Druck begleitet den
Arbeitsalltag eines Mitarbeiters beim Bundesamt für Migratio....

Entscheider sechs Monate gedauert, dann drei Monate, jetzt sind es fünf Wochen, höchstens. Was in dem Film nicht vorkommt, aber dieser Tage vermeldet wurde: Über den Antrag eines Asylsuchenden entscheidet gar nicht mehr unbedingt der Bamf-Mitarbeiter, der ihn zuvor angehört hat.

Bei Jochen Otten läuft das noch anders, aber er erinnert sich bestimmt auch noch an ein Bewerbungsgespräch auch auf die verzichtet das Bamf nämlich bei seinen Einstellungen neuerdings.

Gernot Hüter ist Personalrat beim Bamf und kann sich offenbar ein offeneres Wort als Otten erlauben. Analphabeten und Ausländerhasser erwiesen sich schnell als für den Job ungeeignet, berichtet er. Ebenso, dass die unterschiedliche Verfahrensdauer politische Gründe habe: Das Bundesamt wird beauftragt, eine bestimmte Ländergruppe vorrangig zu bearbeiten alle anderen Akten bleiben liegen. Nach der Silvesternacht in Köln etwa sei der Auftrag der Politik gekommen, die Maghrebstaaten vorrangig zu bearbeiten.

Was soll man dazu sagen der Filmautor kommt zu einem hilflosen Fazit: Schnelle Verfahren sind im Interesse auch der Flüchtlinge. Der Grat zwischen dem Grundrecht auf Asyl und einem reinen Verwaltungsakt bleibt schmal.

Jochen Otten glaubt der Somalierin, andere Anträge lehnt er ab. Seinen Seelenfrieden bewahrt er sich mit ein bisschen Autosuggestion: Ich würde nicht sagen, dass es mir unheimlich ist, dass ich quasi das Schicksal von Menschen in meinen Händen hätte. Ich sehe das nicht so. Ich vertraue auf unseren Gesetzgeber und darauf, dass unser Gesetz eben das Richtige normiert. Zudem gebe es ja immer noch den Instanzenweg.

Am Ende hat man das unheimliche Gefühl, parallel zwei Filme geguckt zu haben: Der eine handelt von unglaublichen Pannen und Problemen im Bamf der andere von dem Vorzeigebeamten Jochen Otten, der von diesen Problemen noch nie gehört hat.

Am Ende hat man das Gefühl, parallel zwei Filme geguckt zu haben

Load-Date: August 29, 2016

**Deal ist völkerrechtswidrig ; FLUCHT Die grüne Europa-Abgeordnete
Barbara Lochbihler kritisiert die Grundlage der geplanten
Migrationspartnerschaften der EU mit Afrika**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 15. Dezember 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 11

Length: 689 words

Byline: Eric Bonse

Highlight: FLUCHT Die grüne Europa-Abgeordnete Barbara Lochbihler kritisiert die Grundlage der geplanten Migrationspartnerschaften der EU mit Afrika

Body

Interview Eric Bonse, Brüssel

taz: Frau Lochbihler, beim EU-Gipfel steht die Flüchtlingspolitik in Afrika im Mittelpunkt. Was halten Sie von den geplanten Migrationspartnerschaften?

Barbara Lochbihler: Das ist schwer zu sagen, da kaum bekannt ist, was die Mitgliedstaaten gerade verhandeln. Noch schwerer fällt es mir, den geplanten Migrationspartnerschaften allzu viel Positives abzugewinnen. Der EU-Türkei-Deal jedenfalls, der als Grundlage für diese neuen Verträge dienen soll, ist in meinen Augen schlichtweg völkerrechtswidrig, weil er auf der falschen Annahme fußt, die Türkei sei für Asylsuchende sicher.

Sie waren gerade im Senegal – einem Land, das ebenfalls eine Migrationspartnerschaft eingehen soll. Was sind Ihre Eindrücke?

Im Senegal war ich in erster Linie, um mit Abgeordneten aus aller Welt über Fragen der internationalen Strafjustiz zu beraten. Aber natürlich war auch die geplante Migrationspartnerschaft ein Thema. Dabei fiel auf: Das Thema Rückführungen ist im Senegal besonders heikel, der Widerstand ungewöhnlich groß. Die Finanzhilfen aus der Diaspora sind für viele Familien einfach eine zu wichtige Einnahmequelle.

121 Senegalesen, die in Bayern wohnen, haben eine Vorladung zu einer Sammelanhörung auf dem Münchner Flughafen bekommen . . .

Ja, und zu allem Überflus musste ich feststellen: Ich kann nicht mal nach Dakar reisen, ohne von allen Seiten auf die Irrungen der CSU-Asylpolitik angesprochen zu werden. Das nennt sich dann wohl Globalisierung: Aufgrund einer Anordnung in Bayern wendet sich ein Netzwerk senegalesischer Abgeordneter mit dem Vorwurf an die

Deal ist völkerrechtswidrig FLUCHT Die grüne Europa-Abgeordnete Barbara Lochbihler kritisiert die Grundlage der geplanten Migrationspartnerschaften der EU mit....

Regierung, sie würde gegen Geld die Abschiebung senegalesischer Staatsbürger in Kauf nehmen was diese gleich dementiert.

Die Bundesregierung will die Kooperation mit Afrika noch ausbauen, sogar Ägypten steht auf der Wunschliste. Ist Deutschland zum Vorreiter der Abschottungspolitik geworden?

Der anfängliche Versuch der Bundesregierung, ein solidarisches System der Umverteilung innerhalb der EU durchzusetzen, ist leider gescheitert. Seither geht es auch der Großen Koalition vor allem darum, dass möglichst niemand mehr bei uns ankommt. Nicht ohne Grund ist es im Rahmen des EU-Türkei-Abkommens längst möglich, auch syrische Familien mit unleugbarem Anspruch auf Asyl wieder abzuschieben. Wer illegal einreist, wird schlichtweg zurückgewiesen. Gleichzeitig werden legale Wege der Einreise blockiert und beschnitten, wie zuletzt die Familienzusammenführung. Im Ergebnis droht ein flüchtlingspolitischer Cordon sanitaire rund um Europa, und die Bundesregierung gehört zu den treibenden Kräften.

Ungeachtet aller Kritik will nun auch noch die EU-Außenbeauftragte Mogherini nach Kairo reisen. Was sollte sie den Generälen dort sagen?

Gesprächsstoff gibt es zur Genüge. Erst vor wenigen Wochen wurde im ägyptischen Parlament ein drakonisches NGO-Gesetz verabschiedet, das manche Aktivisten schon als finalen Angriff auf die Zivilgesellschaft beschreiben. Menschenrechtsverteidiger und kritische Journalisten werden verfolgt, festgenommen und in unfairen Gerichtsverfahren verurteilt. Wenn Federica Mogherini also nach Kairo reist, um deutliche Kritik an derartigen Rückschritten zu äußern, hat sie meine vollste Unterstützung. Verschweigt sie hingegen die katastrophale Menschenrechtslage, um einen weiteren Flüchtlingsdeal nicht zu gefährden, wiederholt sie nur die Fehler des EU-Türkei-Deals.

Was müsste die EU tun, um Afrika wirklich zu helfen?

Wenn wir Afrika wirklich zu nachhaltiger Entwicklung verhelfen wollen, sollten wir die viel zitierte Fluchtursachenbekämpfung endlich ernst nehmen. Konkret bedeutet das: Keine Rüstungsgüter mehr in Konfliktgebiete, grundlegende Reformen in der europäischen Handels- und Agrarpolitik, viel mehr Radikalität im Klimaschutz. Allerdings sind das langfristige Erwägungen. Die Forderung nach einer menschenwürdigen Flüchtlingspolitik verliert dadurch nicht an Dringlichkeit.

ist außen- und menschenrechtspolitische Sprecherin der Grünen im Europaparlament und Vizepräsidentin des EP-Menschenrechtsausschusses. Von 1999 bis 2009 war sie Generalsekretärin der deutschen Sektion von Amnesty International.

Load-Date: December 14, 2016

Somalier gewinnt Klage; VERFAHRENS-DAUER

taz, die tageszeitung

Samstag 17. Oktober 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 54

Length: 291 words

Byline: Simone Schnase

Highlight: VERFAHRENS-DAUER

Body

Weil er seit über einem Jahr auf die Entscheidung seines Asylantrages wartet, hat ein Flüchtling aus Somalia beim Verwaltungsgericht Osnabrück Klage eingereicht und am Mittwoch Recht bekommen: Innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Urteils muss das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nun über den Asylantrag des Mannes entscheiden, sonst kann es mit einem Zwangsgeld belegt werden.

Der Somalier, der vor der islamistischen Terrormiliz Al-Shabaab geflüchtet war, hatte im Juni 2014 Asyl beantragt, einen Monat wurde er zu seinem Flüchtlingsschicksal befragt. Seither wartet er auf seinen Bescheid.

Unerträglich nennt Kai Weber von Flüchtlingsrat Niedersachsen gegenüber der taz die teilweise immens langen Wartezeiten in Asylverfahren. Vor allem Flüchtlinge aus Somalia müssten manchmal 30 Monate oder länger warten. Priorität hätten Flüchtlinge vom Balkan, aus Syrien oder dem Irak; jene Asylbewerber also, die mit einer schnellen Anerkennung rechnen können oder mit einer schnellen Ablehnung.

Eine solche Priorisierung sei in einem gewissen Rahmen zulässig, sagte die Kammervorsitzende des Gerichts bei der Urteilsverkündung, allerdings müsse die Behörde auch die Anliegen von Menschen aus anderen Ländern in einer zumutbaren Frist bearbeiten. Dies sei nach 16 Monaten nicht mehr der Fall.

Das Bundesamt verwies zu seiner Verteidigung auf die stark gestiegenen Flüchtlingszahlen. Der Anwalt des Somaliers sah das Argument nicht als ausreichende Begründung an: Die Behörde hätte angesichts der steigenden Fallzahlen ihr Personal viel kräftiger aufstocken müssen. Dem folgten die Richter nun. Sie lehnten allerdings den Antrag des Mannes aus Somalia ab, das Amtsgericht solle selbst über sein Asylverfahren entscheiden. schn

Load-Date: October 16, 2015

Die Camps füllen sich wieder ; Griechenland Mütter mit kleinen Kindern müssen im Freien schlafen, in einigen der Lager gibt es nicht einmal genug Trinkwasser, Asylverfahren dauern eine Ewigkeit

taz, die tageszeitung

Montag 22. August 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 8

Length: 562 words

Byline: Theodora Mavropoulos

Highlight: Griechenland Mütter mit kleinen Kindern müssen im Freien schlafen, in einigen der Lager gibt es nicht einmal genug Trinkwasser, Asylverfahren dauern eine Ewigkeit

Body

Von Theodora Mavropoulos

Berlin taz | Es sind die gleichen Bilder wie vor einem Jahr, sagt Imad Amoun, Sprecher der Kinderhilfsorganisation Safe the Children in Griechenland. Ewig lange Schlangen bilden sich vor den Essenausgaben der Camps, Menschen müssen im Freien schlafen, weil die Kapazitäten nicht genügen. Auch sanitäre Einrichtungen reichen für die zusammengepferchten Menschen nicht aus. Täglich werde das Wasser für ein paar Stunden abgestellt, berichtet Amoun. Die Flüchtlinge und Migranten müssen das bei über 30 Grad hinnehmen. Durch die schlechten hygienischen Bedingungen bestehen gesundheitliche Risiken.

Nun schlägt Save the Children Alarm und warnt vor dramatischen Zuständen. Von den etwa 11 000 Flüchtlingen auf den Inseln sind etwa 3.800 Kinder, so Amoun. Mütter mit kleinen Kindern müssen im Freien schlafen, in einigen der Lager gebe es nicht einmal ausreichend Trinkwasser. Die Aufnahmekapazität der völlig überfüllten ostägäischen Inseln liegt bei 8.000 Flüchtlingen und Migranten.

Nachdem das EU-Türkei-Abkommen Mitte März in Kraft trat, illegal eingereiste Flüchtlinge können in die Türkei abgeschoben werden und für jeden illegal eingereisten zurückgeführten Syrer nehmen die EU-Staaten einen syrischen Flüchtling aus der Türkei auf, kommen deutlich weniger Flüchtlinge auf den Inseln an. Die Kapazitäten wurden daraufhin gedrosselt. Hilfsorganisationen und zahlreiche HelferInnen verließen die Inseln. Nun hat sich die Zahl der Flüchtlinge laut der UN-Hilfsorganisation UNHCR wieder mehr als verdoppelt: Im Juli kamen rund 560 Flüchtlinge an, im August sogar 1.367 Menschen. Die griechische Küstenwache erklärt das mit den guten Wetterbedingungen.

Die Kinderrechtsorganisation appellierte nun an Brüssel, Griechenland mehr Hilfsmittel zur Verfügung zu stellen. Außerdem ist die Bearbeitung der Asylprüfungsverfahren viel zu langsam, so Amoun. Die Camps füllen sich und

Die Camps füllen sich wieder Griechenland Mütter mit kleinen Kindern müssen im Freien schlafen, in einigen der Lager gibt es nicht einmal genug Trinkwasser, Asy....

die Menschen kommen nicht weiter. Amoun berichtet von einer Frau aus dem Irak. Sie lebe seit Anfang April im Camp Moria auf Lesbos, habe gleich einen Asylantrag gestellt. Erst im Dezember wird der Gesprächstermin mit den PrüferInnen stattfinden, der mit darüber entscheidet, ob sie in der EU bleiben kann oder abgeschoben wird. Bis dahin muss die Frau wie viele andere Menschen aushalten.

Alle haben Angst vor einer Abschiebung , sagt Amoun. Besonders nach dem sogenannten Putschversuch haben die Menschen Angst vor der Rückführung in die Türkei, die die EU immer noch als sicheres Herkunftsland einstuft. Selbst die Asylrichter waren in den Wochen nach dem Putschversuch zögerlich. Am Mittwoch wurden nun das erste Mal nach dem Putschversuch acht syrische Flüchtlinge abgeschoben alle freiwillig, wie die Behörden betonten. Die Männer seien an Bord eines Flugzeugs von Lesbos nach Adana in die Türkei gebracht worden.

Seitdem das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei geschlossen wurde, sind nach griechischen Polizeiangaben insgesamt 476 Menschen zurückgeschickt worden. Fast 15 Mal so viele Menschen sind seitdem in Griechenland angekommen. Durch das angespannte Verhältnis zwischen der EU und der Türkei ist das getroffene Flüchtlingsabkommen nun nicht mehr gewährleistet. Sollte das Abkommen von der Türkei aufgekündigt werden, erwartet Griechenland einen Zulauf, den das Land angesichts mangelnder Kapazitäten auf Dauer nicht tragen kann.

Meinung + Diskussion SEITE 10

Load-Date: August 21, 2016

Ziel: dichte Außengrenze; Erwartung EU will Vertrag mit Ankara und Balkanroute schließen

taz, die tageszeitung

Montag 07. März 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 3

Length: 479 words

Byline: Tobias Schulze

Highlight: Erwartung EU will Vertrag mit Ankara und Balkanroute schließen

Body

Berlin taz | Worum es der Bundesregierung am Montag geht, ist klar. Man müsse die Außengrenze der EU schützen, um die Reisefreiheit im Inneren Europas erhalten zu können und schrittweise wieder von den Grenzkontrollen wegzukommen, sagte Angela Merkel im Vorfeld des Gipfels. Noch konkreter drückte es eine Regierungssprecherin aus: Ziel dieses Treffens ist die vollständige und rasche Umsetzung des Aktionsplans EU-Türkei, um die Migrationsströme einzudämmen.

Um Europa zu entlasten, soll Ankara die Flüchtlinge in der Türkei halten: Schon vor Monaten hatte sich die EU mit der türkischen Regierung darauf geeinigt. In Brüssel wird die Bundeskanzlerin auf die Umsetzung dieser Vereinbarung setzen – auch wenn die Bilanz des Plans bislang mittelmäßig ausfällt.

Einige wenige Vereinbarungen hat die Türkei bereits verwirklicht. So können Flüchtlinge nun eine Arbeitserlaubnis beantragen. Eine weitere Verabredung könnte demnächst realisiert werden: Kurz vor dem Gipfel zeigt die Türkei die Bereitschaft, Flüchtlinge aus Griechenland zurückzunehmen, die über die Türkei gekommen sind, aber keine Chance auf Asyl innerhalb der EU haben.

Bei der zentralen Vereinbarung geht es aber nur langsam vorwärts: Eigentlich soll die Türkei Flüchtlinge von vornherein daran hindern, über die Ägäis nach Griechenland zu reisen. Um die türkische Küstenwache dabei zu unterstützen, trieb die Bundesregierung eigens eine Nato-Mission voran. Die Schiffe kreuzen seit Tagen untätig im Mittelmeer – unter anderem, weil Ankara ihnen den Einsatz in türkischen Gewässern verwehrt. Erst am Sonntag hieß es, man habe sich auf ein Operationsgebiet verständigt.

Noch vor dem Beginn des eigentlichen Gipfels wird Merkel in Brüssel mit dem türkischen Regierungschef Ahmet Davutoğlu über die stockende Umsetzung der gemeinsamen Agenda sprechen. Welche Gegenleistung sie bieten kann, ist offen. Eine Vorleistung in Form von nennenswerten Flüchtlingskontingenten, die EU-Staaten der Türkei freiwillig abnehmen, ist nicht in Sicht.

Ziel: dichte Außengrenze Erwartung EU will Vertrag mit Ankara und Balkanroute schließen

Und Griechenland? Die Balkanroute ist so gut wie dicht. Dabei soll es offenbar auch bleiben. Der irreguläre Strom von Migranten entlang der Westbalkanroute geht zu Ende. Diese Route ist ab nun geschlossen : So zitierte am Sonntag der österreichische Standard aus einer Erklärung, die zwischen den Regierungen in der EU abgestimmt wurde. Die Frage, ob die EU Griechenland einige der dort gestrandeten Flüchtlinge abnimmt, hat offenbar keine Priorität mehr. Stattdessen forderte Merkel die griechische Regierung auf, in Windeseile für eine menschenunwürdige Unterkunft zu sorgen. An die Aufnahme von Flüchtlingen aus Griechenland denke sie nicht, sagte Merkel. Es gebe kein Recht auf Asyl in einem bestimmten Land. Tobias Schulze

Vor dem EU-Gipfel

Flüchtlinge sitzen an der griechischen Grenze fest. Neue darf es nach dem Willen der EU nicht mehr geben. Die Türkei soll s richten

Load-Date: March 6, 2016

End of Document

Fluchts Spuren verlaufen im Sand; Ärmelkanal In Calais wird bald das Flüchtlingscamp Dschungel geräumt. Verlegen sich Fluchtrouten nun von Frankreich nach Belgien? Die Grenzkontrollen werden schärfer

taz, die tageszeitung

Freitag 21. Oktober 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 11

Length: 883 words

Byline: Tobias Müller

Highlight: Ärmelkanal In Calais wird bald das **Flüchtlingscamp** Dschungel geräumt. Verlegen sich Fluchtrouten nun von Frankreich nach Belgien? Die Grenzkontrollen werden schärfer

Body

Aus Oostende Tobias Müller

Anlässlich der bevorstehenden Räumung des Dschungels am Rande von Calais wächst nun in Belgien die Besorgnis, Transitmigranten mit Ziel Großbritannien könnten von Frankreich auf die nahe belgische Küste ausweichen. Die grenznahe Provinz Westflandern hat erste Maßnahmen getroffen: Seit Wochenbeginn finden an der normalerweise unsichtbaren Grenze zu Frankreich Kontrollen statt. An zwei Autobahnrastplätzen zwischen Grenze und belgischer Küste wurde eine 24-Stunden-Bewachung durch eine private Sicherheitsfirma eingerichtet, die eng mit der Polizei kooperieren soll. Die Regierung der Region Flandern, der flämische Teil Belgiens, zahlt dafür 200.000 Euro.

Die Grenzkontrollen am Küstenübergang zwischen dem französischen Bray-Dunes und dem belgischen Adinkerke haben vor allem Linienbusse aus dem französischen Dunkerque (Dünkirchen) im Visier. Bereits kurz vor der Grenze geht eine französische Patrouille aus Gendarmen und bewaffneten Soldaten an Bord, um Verdächtige zu suchen. Wenige Meter weiter kontrollieren belgische Polizisten alle Pässe. Wie schon im Frühjahr, als der erste Teil des Camps in Calais geräumt wurde, werden auch Pkws untersucht.

Die Maßnahmen innerhalb Belgiens zielen vor allem auf den Hafen Zeebrügge ab, den einzigen des Landes, der noch Verbindungen nach Großbritannien unterhält. Die Fähre zwischen Oostende und Ramsgate wurde vor einigen Jahren eingestellt. Carl Decaluwé, der Gouverneur der Provinz Westflandern, will absolut verhindern, dass Schmuggler-Netzwerke ihr Operationsgebiet nach Belgien verlegen. Der Tageszeitung De Morgen sagt Decaluwé, man habe weitere Maßnahmen vorbereitet, um direkt eingreifen zu können, wenn der Druck auf Grenze und Küste zunimmt.

Fluchtsuren verlaufen im Sand Ärmelkanal In Calais wird bald das Flüchtlingscamp Dschungel geräumt.
Verlegen sich Fluchtrouten nun von Frankreich nach Belgie....

In den letzten Monaten gab es deutliche Anzeichen, dass die belgische Küste in der Migration am Ärmelkanal eine größere Rolle spielt als früher. Auf der Autobahn entlang der belgischen und französischen Küste hat die Aktivität von Migranten zuletzt deutlich zugenommen. Die Rastplätze auf französischer Seite sind schon seit Jahren dicht. Nun werden die in Westflandern verstärkt als Orte genutzt, um ungesehen in einen Lkw zu steigen was wiederum die Tendenz bestätigt, dass sich das Geschehen zusehends auf das belgische Hinterland ausdehnt.

In Zeebrügge wurden wiederholt Personen festgenommen, die sich Zugang zum Hafen verschafft hatten. Mehrfach mussten Flüchtlinge aus dem Inneren von Kühlcontainern gerettet werden, die in Zeebrügge auf die Abfahrt warteten und Notrufe sendeten, als es unzumutbar lange dauerte. Ende September wurden 12 Menschen aus einem Container befreit, die darin 6 Stunden bei minus 25 Grad ausgeharrt hatten.

Im Frühjahr hielten sich mehrere Dutzend iranische Flüchtlinge vorübergehend in einer Kirche in Zeebrügge auf. Der Pfarrer gewährte ihnen Obdach, aber Gouverneur Decaluwé forderte hilfsbereite Bürger auf, ihnen nichts zu Essen zu geben, um nicht noch mehr anzulocken. Selbst Pegida demonstrierte in Zeebrügge. Auch in diesen Tagen regt sich Protest: Der rechtsextreme Vlaams Belang rief unter dem Motto Kein Calais an unserer Küste zu einer symbolischen Grenzschießung in Adinkerke auf.

In Calais rückt derweil die Räumung des Flüchtlingslagers in den Dünen nahe. Allgemein geht man davon aus, dass der Dschungel Anfang kommender Woche abgerissen wird. Das Verwaltungsgericht Lille hat inzwischen den Eilantrag lokaler Hilfsorganisationen auf Aussetzung der Räumung abgelehnt.

Das nächste Problem dräut derweil bereits: Belgiens Grenze zu Frankreich ist lang; die Übergänge in Küstennähe dicht zu machen, wird nicht reichen. Schon im Frühjahr kommentierte der französische konservative Präsidentschaftsanwärter Alain Juppé: Die belgisch-französische Grenze kontrollieren? Ich wünsche allen, die das vorhaben, guten Mut. Ich glaube, es gibt 1.500 Übergänge, und manchmal ist die Grenze auch einfach eine Dorfstraße.

Auf Linienbussen aus Frankreich gehen kurz vor der Grenze französische Gendarmen und bewaffnete Soldaten an Bord. Wenig weiter kontrollieren belgische Polizisten alle Pässe

Harter EU-Kurs zu Flüchtlingen

EU-Gipfel: Beim Staatengipfel der Europäischen Union in Brüssel am Donnerstag und Freitag steht die Verschärfung der Flüchtlings- und Migrationspolitik ganz oben auf der Tagesordnung. In einem vorab bekanntgewordenen Entwurf der Abschlusserklärung, über den die taz in ihrer Mittwochs Ausgabe berichtete, ist davon die Rede, dass angestrebte Migrationspartnerschaften mit den afrikanischen Ländern Äthiopien, Mali, Niger, Nigeria und Senegal bis Dezember konkrete und messbare Ergebnisse bei der zügigen operativen Rückführung irregulärer Migranten bringen sollen.

Kritik: Pro Asyl hat scharfe Kritik an den erwarteten Beschlüssen geübt. Menschenrechtlich begründete Tabus scheinen sich für die Europäische Union erledigt zu haben, erklärte die Organisation am Donnerstag in Frankfurt am Main. Die EU fädele einen Flüchtlingsbekämpfungsdeal nach dem anderen ein. Ziel sei es, dass die Schutzsuchenden dort bleiben, wo bereits 90 Prozent aller Flüchtlinge leben, häufig nur noch vegetieren in der unmittelbaren Herkunftsregion. Pro Asyl kritisierte insbesondere die Haltung der Bundesregierung in der Flüchtlingskrise: Deutschland ist wieder ein zentraler Motor dieser Flüchtlingsbekämpfungspolitik.

Load-Date: October 20, 2016

Altfälle sind oft aufwendig; Asyl Verfahren dauern wieder länger. In Griechenland erneut mehr Flüchtlinge

taz, die tageszeitung

Samstag 20. August 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AKTUELLES; S. 4

Length: 331 words

Byline: Barbara Dribbusch

Body

Asyl Verfahren dauern wieder länger. In Griechenland erneut mehr Flüchtlinge

Berlin epd/afp | Die Bearbeitungsdauer von Asylverfahren ist wieder gestiegen, und das liegt vor allem an aufwendigen Altfällen. Im zweiten Quartal dieses Jahres dauerte es durchschnittlich 7,3 Monate, bis über einen Asylantrag entschieden wurde, wie aus einer Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag hervorgeht, die den Zeitungen der Essener Funke Mediengruppe vorliegt.

Im ersten Quartal des laufenden Jahres hatte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Schnitt sechs Monate für ein Asylverfahren benötigt, im vierten Quartal des vergangenen Jahres waren es nur 5,1 Monate gewesen. Besonders lange müssen nach den Zahlen des Bundesinnenministeriums unbegleitete minderjährige Flüchtlinge auf eine Asylentscheidung warten. Bei ihnen dauert es im Schnitt 10,1 Monate bis zu einem Bescheid.

Eine Sprecherin des Bundesamtes begründete die längeren Bearbeitungszeiten damit, dass derzeit besonders schwierige Asylfälle bearbeitet würden. Die Verfahrensdauer werde deutlich sinken, wenn die Altfälle abgeschlossen sind, sagte die Sprecherin.

Unterdessen -verzeichnet Griechenland wieder einen wachsenden Zustrom von Flüchtlingen, die mit Booten von der Türkei auf Inseln in der Ostägäis übersetzen. In den ersten 18 Augusttagen kamen im Durchschnitt täglich etwa 94 Menschen an. Die griechische Küstenwache rettete am Freitag rund 70 Flüchtlinge von ihrem vor der unbewohnten Insel Sapienza auf Grund gelaufenen Boot.

Laut einem Bericht des Nachrichtenmagazins Spiegel hält die Bundesregierung ein Scheitern des Flüchtlingsabkommens mit der Türkei für möglich. Flüchtlinge, die in Europa ankämen und aus humanitären Gründen nicht abgewiesen werden könnten, müssten dann in grenznahen Auffanglagern gesammelt und nach Quoten auf die EU-Mitgliedstaaten verteilt werden, heißt es in einem internen Papier des Bundesfinanzministeriums, aus dem das Magazin zitierte. BD

Altfälle sind oft aufwendig Asyl Verfahren dauern wieder länger. In Griechenland erneut mehr Flüchtlinge

Load-Date: August 19, 2016

End of Document

Was macht die Bewegung?

taz, die tageszeitung

Dienstag 05. Mai 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 11

Length: 217 words

Body

- Dienstag, 5. Mai Bremen | Antifaschismus Rechte Hetze? Is' Nicht! Rassismus bekämpfen . Vortrag mit Sebastian Friedrich (Autor des Buches Der Aufstieg der AfD: Neokonservative Mobilmachung in Deutschland) und Miriam Strunge (Mitglied der linksjugend ['solid] und Jugendkandidatin für Die Linke) zum Gefahrenpotenzial von AfD und Bürger in Wut. 16 Uhr, Studiobühne im Bürgerhaus Vegesack, Kirchheide 49 Berlin | **Asylrecht** Drei Tage vor der Abstimmung im Bundestag nochmal gegen die geplante **Asylgesetzverschärfung** auf die Straße! Demo, 17.30 Uhr, Oranienplatz Frankfurt am Main | USA Mahnwache und Kundgebung für Leonard Peltier, Mumia Abu-Jamal und andere politische Langzeitgefangene in den USA: Free them all . 18 Uhr, vor dem US-Konsulat, Giessener Straße 30 Frankfurt am Main | Frontex Mehr als 1.700 tote **Flüchtlinge** und **MigrantInnen** bereits in diesem Jahr! Der Zehn-Punkte-Plan der EU in Reaktion auf die größte **Flüchtlingskatastrophe** in der jüngeren Geschichte demonstriert vor allem eines: Weiter so! Seenotrettung statt Grenzschutz Fahren statt Frontex Was tun gegen das Sterben im Mittelmeer? Diskussion mit Refugees von Lampedusa in Hanau, Pro **Asyl**, medico-international und dem Watch the Med Alarmphone. 19.30 Uhr, Studierendenhaus, Festsaal, Mertonstraße 26

Mehr: bewegung.taz.de

Load-Date: May 4, 2015

**Was beschlossen wurde: von Aufnahmezentren bis Familiennachzug;
Flüchtlingsausweis: Für alle Asy**

taz, die tageszeitung

Samstag 07. November 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AKTUELLES; S. 4

Length: 283 words

Body

Flüchtlingsausweis: Für alle **Asylbewerber** und **Flüchtlinge** soll es einen einheitlichen Ausweis und eine Datenbank geben. Bisher können sich Bundespolizei und andere Behörden untereinander nicht austauschen, weil die technischen Voraussetzungen fehlen. Der Ausweis soll für **Asylantrag** und Beantragung von Leistungen zwingend sein.

Asyl-Eilverfahren: Für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern, mit Wiedereinreisesperren, mit Folgeanträgen oder ohne Mitwirkungsbereitschaft soll das Verfahren nach drei Wochen beendet sein einschließlich des Widerspruchs vor einem Verwaltungsgericht. Für sie soll es bundesweit drei bis fünf besondere Aufnahme-Einrichtungen geben. Die ersten beiden sollen in Bamberg und Manching entstehen.

Residenzpflicht: Flüchtlinge erhalten erst Geld- und Sachleistungen, wenn sie in einer solchen Aufnahme-Einrichtung sind. Sie dürfen den Landkreis nicht verlassen. Verstöße werden mit dem Wegfall des Leistungsanspruchs geahndet, der Asylantrag ruht dann.

Abschiebungen: Sollen generell erleichtert werden. Für afghanische Flüchtlinge sollen dafür die Entscheidungsgrundlagen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) überarbeitet werden, um sie in vermeintlich sichere Gebiete abschieben zu können. Die Regeln für ärztliche Atteste, mit denen Flüchtlinge ihre Abschiebung verhindern können, sollen in einem Gesetz definiert werden.

Familiennachzug: Für Flüchtlinge, die kein Bleiberecht bekommen, aber nicht abgeschoben werden, weil ihnen in der Heimat ernsthafter Schaden droht, wird für zwei Jahre der Familiennachzug ausgesetzt.

Sprachförderung: Mit rund fünf Euro im Monat sollen sich Flüchtlinge an ihren Sprach- und Integrationskursen beteiligen. rtr, taz

Load-Date: November 6, 2015

Was beschlossen wurde: von Aufnahmезentren bis Familiennachzug Flüchtlingsausweis: Für alle Asy

End of Document

Schnellverfahren kommen nicht ganz so schnell; ASYLPOLITIK Die Bundesregierung ist zerstritten. Innenminister arbeiten an Minimalkompromiss

taz, die tageszeitung

Mittwoch 02. Dezember 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 9

Length: 542 words

Byline: Konrad Litschko

Highlight: **ASYLPOLITIK** Die Bundesregierung ist zerstritten. Innenminister arbeiten an Minimalkompromiss

Body

BERLIN taz/dpa | Es könnte ein ganz kleiner Kompromiss werden. Wenn sich am Donnerstag und Freitag in Koblenz die Innenminister der Bundesländer treffen, wird auch Thomas de Maizière (CDU) dabei sein. Der Bundesinnenminister wird noch einmal für eine Idee werben, mit der er vor einem Monat offensichtlich auf die Nase gefallen ist: ein strengerer Umgang mit syrischen **Flüchtlingsen**.

Konkret geht es jetzt nur noch um eine Rückkehr zu Einzelfallprüfungen. Diese waren für syrische Asylbewerber im November 2014 abgeschafft worden, um deren Verfahren zu beschleunigen: Statt einer mündlichen Befragung reichte das Ausfüllen eines Fragebogens, da fast alle Syrer ohnehin den Status eines Flüchtlings nach der Genfer Konvention erhielten.

Nun offenbar die Kehrtwende. Selbst Innenminister aus den SPD-Ländern verweisen auf die Sicherheitslage. Die Einzelfallprüfungen hätten den Vorteil, dass man wieder genau wisse, wer sich im Land aufhalte, sagte Roger Lewentz (SPD) aus Rheinland-Pfalz, Chef der Innenministerkonferenz.

De Maizière wollte eigentlich mehr: Er hatte das Bundesamt für Migration bereits angewiesen, syrische Flüchtlinge nur noch als subsidiär Schutzberechtigte zu behandeln mit einem Aufenthaltsrecht von vorerst nur einem Jahr statt drei und ohne Recht auf Familiennachzug. Auf Druck des Kanzleramts musste de Maizière die Weisung wieder zurückziehen. Lewentz will diese strittige Frage in Koblenz nicht aufrufen: Den Familiennachzug müsse die Bundesregierung klären.

Dort allerdings hakt es derzeit in der Flüchtlingspolitik. Eigentlich hatte sich die Regierung bereits Anfang November auf ein weiteres Gesetzespaket mit Verschärfungen des Asylrechts geeinigt, darunter die Einführung von Schnellverfahren und eigenen Unterkünften für Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive. Am Dienstag aber räumte Kanzlerin Angela Merkel (CDU) ein, dass das Paket nicht wie geplant zum 1. Januar in Kraft treten werde. Der Zeitplan sei nicht mehr einzuhalten, die Beratungen dauern an.

Schnellverfahren kommen nicht ganz so schnell ASYLPOLITIK Die Bundesregierung ist zerstritten.
Innenminister arbeiten an Minimalkompromiss

CSU und SPD werfen sich gegen-seitig vor, das Paket zu blockieren. Die SPD will noch zwei EU-Richtlinien integrieren, die Kinder, Schwangere und Kranke unter den Flüchtlingen besser medizinisch versorgen wollen. Deren Umsetzung sei ohnehin überfällig. Die CSU lehnt eine Erweiterung ab: Das Paket sei geschnürt, die Richtlinien seien praktisch nicht umsetzbar.

Wir wollen und brauchen das nicht , sagte CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt am Dienstag. Auch die Frage, ob und wie weit der Familiennachzug eingeschränkt werden kann, ist in der Regierung weiter strittig. Eine Einigung ist offenbar erst nach den anstehenden Parteitagen von SPD und CDU zu erwarten.

Derweil sanken die Flüchtlingszahlen zuletzt merklich. In den letzten Tagen erreichten Deutschland jeweils nie mehr als 3.725 Menschen. Noch im September waren es teils mehr als 10.000 täglich. Eine Entlastung des Bundesamtes für Migration (Bamf) ist dennoch nicht in Sicht. Denn die Hauptgruppe der Einreisenden bleiben Syrer. Und wenn diese bald wieder in Einzelfallprüfungen müssen, werden die Verfahren wieder aufwendiger. Das, sagt Bamf-Chef Frank-Jürgen Weise, sei dann wohl eine Abwägung von Sicherheitsfragen mit Produktivität .
Konrad Litschko

CSU und SPD werfen sich gegenseitig eine Blockade vor

Load-Date: December 1, 2015

Mit Zwang aufs Dorf; ASYL Gewerkschaften, Künstler, Wissenschaftler protestieren wie Niedersachsens Grüne gegen die Zwangszuweisung von Flüchtlingen. SPD-Regierungschef Weil hält dagegen

taz, die tageszeitung

Freitag 27. Mai 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 27

Length: 747 words

Byline: Andreas Wyputta

Highlight: ASYL Gewerkschaften, Künstler, Wissenschaftler protestieren wie Niedersachsens Grüne gegen die Zwangszuweisung von Flüchtlingen. SPD-Regierungschef Weil hält dagegen

Body

VON ANDREAS WYPUTTA

Niedersachsens rot-grüne Regierungskoalition steuert auf einen Streit um eine Wohnsitzauflage für Flüchtlinge zu. Im Grundsatz positiv findet SPD-Ministerpräsident Stephan Weil die Möglichkeit, auch anerkannten Asylbewerbern ihren Wohnort staatlich vorzuschreiben: Bei einer zu großen Konzentration in einigen wenigen Ballungsräumen kann es zu Problemen kommen, zum Beispiel auf dem Wohnungsmarkt, sagte der Regierungschef der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung zur Begründung.

Viele Grüne lehnen die Zwangszuweisung von Flüchtlingen dagegen als integrationsfeindlich ab: Ich kann mir nicht vorstellen, wie wir eine Wohnsitzauflage rechtskonform und sinnvoll umsetzen sollen, sagt die Sprecherin für Flüchtlings- und Migrationspolitik der grünen Landtagsfraktion, Filiz Polat, zur taz.

Die Auflage ist Teil des neuen Integrationsgesetzes (siehe Kasten), das die schwarz-rote Bundesregierung am Mittwoch beschlossen hat. Vorgesehen ist nicht nur, dass Flüchtlinge mindestens drei Jahre nach ihrer Anerkennung in dem Bundesland leben müssen, in dem ihr Asylverfahren abgeschlossen wurde. Die Länder sollen ihnen in dieser Zeit auch diktieren dürfen, wo genau sie wohnen müssen. Ausgenommen sind MigrantInnen, die einen Job gefunden haben, in dem sie mindestens 15 Stunden pro Woche arbeiten und mit über 712 Euro deutlich mehr verdienen als den Mindestlohn.

Unterstützung für die kritische Haltung der Grünen kommt vom niedersächsischen Flüchtlingsrat: Beim Aufbau einer eigenen Existenz werden Schutzsuchende damit gezielt benachteiligt, sagt dessen Geschäftsführer Kai Weber. Das bestimmte Gebiete verlassen werden, hat mit mangelnden Chancen gerade auf dem Arbeitsmarkt zu tun. Ähnlich argumentiert auch die Hilfsorganisation Pro Asyl: Die Initiative der Bundesregierung sei nichts anderes als ein Desintegrationsgesetz.

Mit Zwang aufs Dorf ASYL Gewerkschaften, Künstler, Wissenschaftler protestieren wie Niedersachsens Grüne gegen die Zwangszuweisung von Flüchtlingen. SPD-Regieru....

Kritik kommt auch von Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Menschenrechtsorganisationen und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). Viel wichtiger wäre es, im Ausland erworbene Berufsabschlüsse schnell und unkompliziert anzuerkennen, um so den Zugang zu Arbeit zu erleichtern, kritisiert etwa der stellvertretende Vorsitzende des DGB Nord, Ingo Schlüter.

Zuvor hatten auch Künstler, Autoren und Wissenschaftler wie Berlinale-Chef Dieter Kosslick und der Philosoph Harald Welzer das Gesetz als einen Rückschritt in die 1980er-Jahre bezeichnet. Das Vorhaben sei getragen von Misstrauen und vorauseilenden Vorverurteilungen und spiele so Rechtspopulisten in die Hände.

Das Gesetz sieht die Schaffung von 100.000 Ein-Euro-Jobs vor, sagt dazu auch Flüchtlingsrats-Geschäftsführer Weber. Asylsuchende werden damit pauschal abgewertet dabei hat die Arbeitsverwaltung gerade einmal bei jedem Fünften erfasst, welche berufliche Qualifikation überhaupt vorliegt. Nötig seien Sprachkurse und Fortbildungen für alle Schutzsuchenden. Weber kritisiert auch, dass nur Flüchtlinge aus Syrien, dem Irak, Eritrea und dem Iran in den Genuss von Integrationskursen kommen. Menschen aus Afghanistan dagegen bleiben außen vor. Dabei geht es allein um das politische Signal: Wir wollen euch nicht.

Immerhin: Auch bei Niedersachsens Ministerpräsident Weil, der schon im Januar in der taz für die Wohnsitzauflage geworben hatte, wachsen angesichts der massiven Kritik die Bedenken: Offen sei derzeit, ob und wann die Zwangszuweisung in Niedersachsen umgesetzt werde, sagt der Regierungschef: Wir würden eine solche Auflage sicher nur mit Augenmaß und bei besonderem Bedarf einsetzen.

Misstrauen und Zwang

Fördern und Fordern : Das Motto der umstrittenen Hartz-Gesetze ist auch das Leitmotiv des neuen Integrationsgesetzes.

Erleichtert werden soll vor allem die Arbeitssuche: Die sogenannte Vorrangprüfung, die Asylsuchende von Jobs ausschließt, wenn sich Bewerber mit deutschem oder EU-Pass finden, fällt zunächst für drei Jahre weg.

Wer eine Lehre beginnt, darf dazu in Deutschland bleiben und danach weitere sechs Monate für die Jobsuche.

100.000 Ein-Euro-Jobs will der Bund außerdem für Flüchtlinge schaffen in einfachen Tätigkeiten, etwa bei der Reinigung von Parks.

Sanktionen drohen allen, die diese Jobs ablehnen also die Kürzung von Sozialleistungen.

Sanktioniert werden soll auch die Weigerung, an den künftig verpflichtenden Integrationskursen teilzunehmen.

Viel zu wenig Plätze gebe es aktuell in Sprach- und Integrationskursen, kritisieren dagegen Flüchtlingsorganisationen. Auch die Arbeitsvermittlung funktioniere nur mangelhaft.

Load-Date: May 26, 2016